

## Tagesordnung öffentlicher Teil

### Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

---

**Sitzung:** Donnerstag, 07.12.2023, 15:00 Uhr

**Raum, Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

---

#### Tagesordnung

##### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
13. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
14. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 02.11.2023
15. Mitteilungen (Personal)
- 15.1. Personalkostenhochrechnung Oktober 2023 23-22422
- 15.2. 23-22640 Aktueller Stand der Digitalisierung
- 15.3. 23-22653 Prüfung der überbedarftlichen Ausbildung
16. Anträge (Personal)
17. Berufung von 2 Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis 23-22482
18. Anfragen (Personal)
19. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
20. Mitteilungen (Finanzen)
21. Anträge (Finanzen)
- 21.1. Sicherheitskonzept für das Klinikum Braunschweig 23-22426
- 21.1.1. Sicherheitskonzept für das Klinikum Braunschweig 23-22426-01
- 21.2. Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen für Karnevalsaktivitäten 23-22678
22. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig 23-22383
23. Braunschweiger Verkehrs-GmbH 23-22495  
Wirtschaftsplan 2024
24. Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH 23-22496  
Wirtschaftsplan 2024
25. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 23-22497  
Wirtschaftsplan 2024
26. 23-22619 Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH  
Vereinbarung der Gesellschafter der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG und der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG über die Verfahrensweise der Gewinnverwendung der Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026
27. 23-22605 Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH  
Wirtschaftsplan 2024
28. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Wirtschaftsplan 2024 23-22591
29. Volkshochschule Braunschweig GmbH 23-22442  
VHS Arbeit und Beruf GmbH  
Haus der Familie GmbH  
Wirtschaftspläne 2024
30. 23-22590 Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH -

- Wirtschaftsplan 2024
31. 23-22634 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH  
Wirtschaftsplan 2024
32. 23-22427 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH  
Übertragung der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH auf die  
Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH - Grundsatzbeschluss
33. 23-22655 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH  
Änderung des Gesellschaftsvertrages
34. 23-22606 Gewerbepark Waller See - Braunschweig 1. BA
35. 23-22696 Beschluss zum Gesetz zur Beschleunigung kommunaler  
Abschlüsse (NBKAG)
36. Veräußerung eines ca. 4.220 m<sup>2</sup> großen städtischen Grundstücks in **23-22186**  
dem Gewerbegebiet Hungerkamp an die MS Immobilien GmbH,  
Göllingsweg 5, 61191 Rosbach
37. 23-22685 Haushaltsvollzug 2023  
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen  
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§  
117 und 119 Abs. 5 NKomVG
38. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 **23-22543**  
€
39. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € **23-22544**
40. Anfragen (Finanzen)

Braunschweig, den 30. November 2023

Betreff:

**Personalkostenhochrechnung Oktober 2023**

Organisationseinheit:

Dezernat II  
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

29.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.12.2023

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Kenntnisnahme die Hochrechnung der Personalkosten für Oktober 2023.

Dr. Pollmann

**Anlage:**

Personalkostenhochrechnung

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O
1	10.13-1 ZSB														17. November 2023
2															
3															
4															
5															
6															
7			Beamte ohne Anwärter	Anwärter	Versorgung		Beihilfe		Tariflich Beschäftigte ohne Auszubildende			Auszubildende			Gesamt
8					Vers.empfänger	Ruhelohn	Beamte	Vers.empf.	Brutto	VBL	SV	Brutto	VBL	SV	
9					411110	411210	404110	414110	401210	402220	403210	401240	402240	403240	
10					4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															
21															
22															
23															
24															
25															
26															
27															
28															
29															
30															
31															
32															
33															
34															
35															
36															
37															
38															
39															
40															
41															
42															
43															
44															
45															

Das HH.-Soll der Deckungsreserve (Kostenart 462110) ist grds. für die Zahlung der LoB vorgesehen.  
Die diesbezüglichen HH.-Sollansätze und auch die IST Zahlungen sind grds. den entsprechenden Kostenarten zugeordnet.

Oktober 2023

Hochrechnung Personalkosten 2023

Jahresaufwand	61.179.634	3.190.150	24.939.840	1.700	4.718.616	4.450.000	113.130.301	6.037.033	22.691.230	559.170	22.993	109.583	241.030.249
Übersicht HH.soll 462110	61.191.160	3.300.600	24.360.000	1.700	4.300.000	3.600.000	111.876.433	7.240.968	23.375.353	604.400	33.200	123.000	240.006.814
Soll-Verteil. Deckungsreserve	1.909.549						1.767.337	97.027	357.621				4.131.534
fiktives Haushalts-Soll	63.100.709	3.300.600	24.360.000	1.700	4.300.000	3.600.000	113.643.770	7.337.995	23.732.974	604.400	33.200	123.000	244.138.348
Haushaltssperre	779.937				81.384		2.061.454	102.711	378.386				3.403.872
fiktives verfügbares HH.soll	62.320.772	3.300.600	24.360.000	1.700	4.218.616	3.600.000	111.582.316	7.235.284	23.354.588	604.400	33.200	123.000	240.734.476
mehr / weniger	-1.141.138	-110.450	579.840	0	500.000	850.000	1.547.984	-1.198.250	-663.358	-45.230	-10.207	-13.417	295.774

Mehrbedarf

295.774

0,12%

Die hier dargestellten Personalkosten beinhalten nicht ABM-, Beschäftigungsentgelte und keine Zuführungen / Aufösungen / Herabsetzungen von Rückstellungen.



Betreff:

**Aktueller Stand der Digitalisierung**

Organisationseinheit:

Dezernat II  
0110 Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City

Datum:

06.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.12.2023

Status

Ö

Die Digitalisierung wird als ein für städtische Belange langfristiger Entwicklungsprozess verstanden, durch dessen transformierenden Charakter eine Querschnittswirkung auf nahezu alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge erwartet wird. Die Stadt Braunschweig misst dem Thema eine hohe Priorität bei und hat neben der bestehenden IT-Abteilung, die die „innere“ Digitalisierung verantwortet, im Jahr 2021 die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City gegründet. Ihre Aufgabe liegt ergänzend darin, die städtischen Ziele umzusetzen, reife Lösungen zu nutzen, eigene Pilotprojekte und Reallabore zu initiieren und die Stadtgesellschaft mitzunehmen. Die Stadtverwaltung begreift sich dabei als Moderatorin und Ermöglicherin des digitalen Wandels. Sie setzt die Rahmenbedingungen, fordert das aktive städtische Netzwerk, schafft Plattformen und Orte des Austausches. Zugleich ist sie selbst aktive Gestalterin des digitalen Wandels und profitiert über das Netzwerk von der Expertise Dritter. Initiativen und einzelne innovative Treiber der Verwaltung werden gezielt gefördert.

Das Ziel dieser Mitteilung liegt darin, einen Einblick über die Digitalisierungs- und Smart City Aktivitäten im Zuständigkeitsbereich des Dezernats II zu geben. Die als Anhang zur Mitteilung beigefügte Broschüre liefert einen ganzheitlichen Überblick der bei der Stadt Braunschweig laufenden Digitalisierungs- und Smart City-Projekte.

## **I. Digitales Arbeiten**

In dem Handlungsfeld Digitales Arbeiten geht es um das Dokumentenmanagementsystem und seine verschiedenen Anwendungsfälle (Stichwort „papierloses Büro“), die Modernisierung der digitalen Infrastruktur in der Verwaltung, die Schulung und Förderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den Vorteilen des digitalen Arbeitens und die Schaffung von Akzeptanz für die digitale Transformation der Verwaltung.

Im Jahr 2020 wurde in den Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig mit der Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) Enaio begonnen. Ziel ist es, bis Ende 2026 eine digitale Vorgangssachbearbeitung in der gesamten Stadtverwaltung einzuführen. Dies beinhaltet die digitale Aktenführung, Aktenhaltung und die Einführung von fachbezogenen Fallakten und elektronischen Akten mit digitalen Arbeitsabläufen. In diesem Zuge werden auch bestehende Akten digitalisiert und in das DMS überführt.

Einige Organisationseinheiten haben bereits mit dem Echtbetrieb des DMS begonnen, darunter der Fachbereich 10 (Zentrale Dienste), die Abteilung 20.3 (Steuern) und der Fachbereich 65 (Gebäudemanagement). Die Zentrale Poststelle im Fachbereich 10 wurde zu einer Post- und Scanstelle umgebaut, um eingehende Post digital zur Verfügung zu

stellen und die Aktenführung vollständig digital und medienbruchfrei zu gestalten. Der weitere Ausbau des DMS und die Umstellung weiterer Organisationseinheiten sind für das Jahr 2024 geplant.

Die Umstellung auf ein DMS fördert dabei auch die Möglichkeiten von mobilem Arbeiten oder Telearbeit, da ein ortsunabhängiger Zugriff auf Akten und Vorgänge besteht.

Darüber hinaus finden derzeit verschiedene Digitalisierungsaktivitäten statt. Sie zielen darauf ab, möglichst viele der mit der Digitalisierung verbundenen Vorteile zu realisieren. Unter den laufenden Digitalisierungsvorhaben seien genannt:

- Digitalisierung von internen Prozessen
- Modernisierung von Netzwerk-Komponenten
- Einrichtung einer virtuellen Poststelle
- Modernisierung von Fachverfahren

## **II. Online-Services**

Um die Digitalisierung des öffentlichen Sektors in Deutschland zu fördern, verabschiedete der Bund im August 2017 das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG).

In der Stadt Braunschweig hat sich die Anzahl der digital angebotenen Verwaltungsleistungen seit der Freischaltung des Serviceportals im November 2022 stetig erhöht und umfasst zurzeit ca. 140 Dienstleistungen. Mit der Fortführung des OZG, dem OZG 2.0, werden aktuell die Implementierungen des zentralen Bürgerkontos (BundID) und die Bereitstellung des MUK (Mein Unternehmenskonto) in das Serviceportal vorbereitet. Diese Konten dienen zur Identifizierung, Authentifizierung und Kommunikation bei der Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen.

Bei der Digitalisierung weiterer Verwaltungsleistungen ist das wichtigste Kriterium in der Stadtverwaltung die Priorisierung anhand der Nachfrage durch die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Hier spielt eine große Rolle, ob für die zu digitalisierende Leistung

- eine Fachanwendung vorhanden ist oder
- dafür ein städtisches Formular verwendet werden kann oder
- über den digitalen Marktplatz, eine „Einer-für-Alle“-Leistung (EfA) angeboten wird.

## **III. Künstliche Intelligenz**

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung bietet zahlreiche Vorteile, die Effizienz, Transparenz und Bürgerfreundlichkeit verbessern können. So können beispielsweise Chatbots und virtuelle Assistenten häufig gestellte Fragen beantworten, beim Ausfüllen von Formularen assistieren und allgemeine Informationen bereitstellen, was die Erreichbarkeit der Verwaltung verbessert und Wartezeiten reduziert. Einer der Hauptvorteile besteht in der Automatisierung wiederkehrender Aufgaben, wodurch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Aufgaben schneller bewältigen können, was insgesamt zu kürzeren Bearbeitungszeiten und Rückmeldefristen führt. Dies kommt sowohl der Verwaltung als auch Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. Durch die Entlastung können die Beschäftigten der Verwaltung auch Zeit für komplexe und kreative Aufgaben aufwenden.

Um sich dem Thema KI in der Verwaltung zu nähern, hat im November 2023 ein Workshop mit Microsoft stattgefunden. Die Stadt Braunschweig ist bereits Kundin von Microsoft. Ein Zugang zu der Infrastruktur des Techunternehmens, die auch KI-Anwendungen umfasst, ist

durch bestehende Rahmenverträge gegeben. In dem Workshop haben die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City und die IT-Abteilung 10.4 gemeinsam mit einem Expertenteam von Microsoft zwei Chatbot-Prototypen entwickelt. Einer der Chatbots kann allgemeine Auskünfte geben und somit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung beim Verfassen von Texten unterstützen. Der andere Chatbot wurde mit Dokumenten aus der Verwaltung trainiert und gibt auf Nachfrage gezielt Antworten. Zuvor war das Durchsuchen der Dokumente nur über eine Stichwortsuche möglich, die unzureichende Ergebnisse lieferte. Eine gezielte Suche war folglich nicht möglich. Durch das neue Tool soll eine ergebnisorientierte Suche geschaffen werden. Im nächsten Schritt sollen hierzu zunächst erste Tests mit einer Testgruppe stattfinden.

#### **IV. Urbane Daten**

Bei urbanen Daten geht es um das Öffnen von Datensilos und die Etablierung eines standardisierten und offenen Umgangs mit kommunalen Daten in der Verwaltung und darüber hinaus.

Um Anwendungsfälle für die Erhebung und Nutzung von Echtzeitdaten zu erproben, hat die Stadt Braunschweig gemeinsam mit der Digitalagentur KOM|DIA ein interaktives Smart City-Dashboard eingerichtet. Auf einer Karte werden die Messwerte verschiedener Sensoren dargestellt, die im Stadtgebiet an unterschiedlichen Stellen installiert sind. Die Daten werden über das energieeffiziente LoRaWAN-Netzwerk übermittelt. Beispielsweise wurden an insgesamt zehn Braunschweiger Schulen Wetterstationen installiert. Auch das Radverkehrsaufkommen, die Parkhausbelegung, die Fußgängerfrequenzen, der Autoverkehrsfluss sowie Temperatur und Pegelstand der Oker können eingesehen werden. Das Datenangebot wird durch den Ausbau des LoRaWAN-Netzwerkes und der Realisierung neuer Anwendungsfälle stetig ausgeweitet. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport nutzt die Technologie für eine smarte Baumbewässerung. So kann dort ressourcenschonender gearbeitet werden.

Das Open Data-Portal der Stadt Braunschweig ist eine Plattform zur Bereitstellung offener Daten aus verschiedenen Themenbereichen. Um „offene“ Daten handelt es sich, wenn die Stadt die Datensätze zur freien Nutzung unentgeltlich und in offenen, maschinenlesbaren Formaten bereitstellt, damit sie beliebig weiterverwendet und weiterverarbeitet werden können. Einzige Voraussetzung ist dabei die Angabe der Quelle und die Berücksichtigung der Lizenz. Mit diesen Datensätzen können innovative Ideen und mobile Anwendungen entwickelt werden, von denen Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaftsstandort Braunschweig, aber auch die Stadtverwaltung selbst profitieren können. Mittelfristig ist auch die Aufnahme offener Daten verschiedener Kooperationspartner geplant.

#### **V. Digitale Infrastruktur**

Die digitale Infrastruktur spielt eine zentrale Rolle in Braunschweig als Smart City. Die Schwerpunkte umfassen den Breitbandausbau, die Ausweitung des öffentlichen WLAN-Netzes sowie des LoRaWAN-Funknetzes und die Schuldigitalisierung.

Die Stadt Braunschweig fördert den kabelgebundenen Glasfaserausbau in Gewerbegebieten, an unterversorgten Schulen sowie an weiteren privaten Adressen. Die Ausweitung eines schnellen Breitbandnetzes hat nachweislich einen wirtschaftlich bedeutsamen und robusten Wachstumseffekt in den angebundenen Regionen. Fördermittel des Bundes und des Landes sollen dort helfen, wo wirtschaftlich kein ausreichender Ausbau sogenannter „weißer Flecken“ mit grundsätzlichen Bandbreiten von weniger als 30 Mbit/s erfolgt. Darüber hinaus unterstützt die Breitbandkoordinierung des Wirtschaftsdezernats

Telekommunikationsunternehmen bei ihrem eigenwirtschaftlichen Engagement, um einen möglichst flächendeckenden Glasfaserausbau zu erzielen. Durch den eigenwirtschaftlichen Ausbau konnten in den letzten Jahren über 100.000 Haushalte mit schnellen und modernen Glasfaseranschlüssen versorgt werden.

Durch kostenfreies öffentliches WLAN sollen Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Besucherinnen und Besucher an hoch frequentierten Orten, wie der Innenstadt, einen zusätzlichen Kanal zum Internet haben. Das Ziel der Initiative BS|Hotspot (eine Initiative von BS|Energy, htp und Stadt Braunschweig) ist die Ausstattung der Innenstadt sowie der Wasserwelt an der Hamburger Straße mit freiem WLAN.

LoRaWAN ist ein Funkstandard mit hoher Reichweite und geringem Energieverbrauch, ideal für die Vernetzung von Objekten mit geringen Datenmengen. Dieses Netz soll im Jahr 2024 weiter ausgebaut werden. Hierzu werden zurzeit im Stadtgebiet neue Standorte identifiziert. Der Nutzen der Technologie wird künftig umso größer werden, je stärker Objekte vernetzt sein werden und je größer die Bedeutung von Echtzeitdaten für Verwaltung, Politik und Wirtschaft wird.

## **VI. Veranstaltungen**

Um den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, führt die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City verschiedene Veranstaltungen durch. So organisierte sie im August 2023 den Digital Day auf dem Platz der Deutschen Einheit, bei dem sich verschiedene Unternehmen und Organisationen vorstellten und zeigten, wie sie neue Technologien in der Praxis und bei ihrer Arbeit einsetzen. Als Aussteller waren dort vertreten: Berufsfeuerwehr Braunschweig, DLR, BS|Energy, KOM|DIA, Internetcafé 50+, Volkshochschule, AWO, Vaarhaft, Verbraucherzentrale und die VirtuaLounge sowie die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City der Stadt Braunschweig. Ziel des Digital Days ist es, die digitale Teilhabe zu fördern und Digitalisierung für die gesamte Gesellschaft erlebbar zu machen. Der Digital Day wurde von den Braunschweigerinnen und Braunschweigern sehr gut angenommen, was sich an den vielen Besucherinnen und Besuchern an den Ständen zeigte.

Im Frühjahr 2023 veranstaltete die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City im Haus der Wissenschaft eine Podiumsdiskussion zum Thema der Künstlichen Intelligenz, zu der sich über 100 interessierte Personen anmeldeten. Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Herr Prof. Gerald Spindler, Herr Prof. Alexander Ecker, Frau Prof. Simone Kauffeld und Herr Prof. Sebastian Stober. Sie diskutierten in der durch den Leiter der Stabsstelle Digitalisierung, Smart City, Herrn Dr. Josipovic, moderierten Veranstaltung über Recht und Regulierung bei KI, Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Gesundheit, Bildung, Mensch und Gesellschaft sowie die Zukunft der KI.

## **VII. Netzwerkaktivitäten**

Die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City vernetzt sich intern in der Verwaltung sowie extern mit anderen Städten, Kommunen, Institutionen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen. So gründete sie im Jahr 2022 das Netzwerk Autonomes Fahren. Ziel des Netzwerkes ist es, einen autonomen fahrenden Linienbus zur Personenbeförderung in den Echtbetrieb zu bringen. Hierzu tauschen sich die Netzwerkmitglieder regelmäßig aus. Zu ihnen gehören Institute der TU Braunschweig, das DLR, die PTB, die IAV, die Automotive Agentur Niedersachsen, der Regionalverband Großraum Braunschweig, die BSVG sowie verschiedene Abteilungen der Stadt Braunschweig. Die nunmehr siebte Sitzung des Netzwerkes ist für Anfang 2024 geplant.

Zudem engagiert sich die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City in verschiedenen Arbeitskreisen, bspw. des Deutschen Städtetages, des Niedersächsischen Städtetages und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt). Beim Niedersächsischen Städtetag ist Herr Dr. Josipovic Vorsitzender des Arbeitskreises Digitalisierung. Durch den stetigen Austausch hat sie einen guten Einblick in weitere Digitalisierungsmaßnahmen, die auch für die Stadt Braunschweig relevant sein könnten.

## **VIII. Fazit**

Die Einblicke über die Digitalisierungs- und Smart City-Aktivitäten der Stadt Braunschweig zeigen die große Vielfalt an innovativen und zukunftsweisenden Projekten, die bereits heute schon umgesetzt werden. Insgesamt zeigt sich, dass die Stadt Braunschweig den digitalen Wandel als Chance begreift und aktiv gestaltet. Hierbei ist es wichtig, dass die Stabsstelle auch zukünftig einen guten Austausch sowohl intern als auch extern pflegt, sich frühzeitig mit innovativen Projekten beschäftigt und diese auf die Einsatzmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung prüft. Insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz werden sich in naher Zukunft viele neue Möglichkeiten ergeben. Diese rechtzeitig zu erkennen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem Wandel mitzunehmen, ist von hoher Bedeutung. Perspektivisch werden die Digitalisierung und Smart City Themen weiter an Bedeutung gewinnen und sollen dazu beitragen, dass Braunschweig auch in Zukunft eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt ist.

Dr. Pollmann

**Anlage: Strategiepapier\_SmartCity-Braunschweig\_01.06\_WEB.pdf**

Braunschweig  
Löwenstadt



# SmartCity

## Braunschweig

**Strategische Handlungsfelder  
und Projekte**



## **Stadt Braunschweig**

Stabsstelle Digitalisierung, Smart City

Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

E-Mail: [smart-city@braunschweig.de](mailto:smart-city@braunschweig.de)  
[www.braunschweig.de/digitalisierung](http://www.braunschweig.de/digitalisierung)

Gestaltung:  
Jakob Piest, [jpgd.de](http://jpgd.de)

Stand: Juni 2023

## **Strategische Handlungsfelder und Projekte**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	05
<b>1. Strategische Ausrichtung</b>	06
1.1 Zielbild der Smart City Braunschweig	07
1.2 Bezug zu anderen Strategien und Konzepten	09
1.3 Strategische Ziele	11
1.4 Organisation	12
1.5 Übersicht der Handlungsfelder	13
<b>2. Die Smart City-Handlungsfelder im Einzelnen</b>	15
2.1 Digitale Infrastruktur	16
2.2 Digitales Arbeiten	18
2.3 E-Government	20
2.4 Forschung und Wissenschaft	22
2.5 Digitales Kulturangebot	24
2.6 Smart Mobility	26
2.7 Smarte nachhaltige Stadt	28
2.8 Urban Data	29
2.9 Web und Social Media	32
2.10 Innovationsstandort	34
<b>3. Ausblick</b>	36



# Einleitung

Das vorliegende Dokument erläutert in Abschnitt 1 zunächst die strategische Ausrichtung der Smart City Braunschweig. Der Abschnitt beschreibt das **Zielbild der Smart City** und erläutert den Bezug zu anderen Strategien und Konzepten sowie die strategischen Ziele. Anschließend werden die Organisation und die Smart City-Handlungsfelder vorgestellt.

In Abschnitt 2 stellt das Dokument für die einzelnen **Smart City-Handlungsfelder** die übergeordneten Zielsetzungen dar und verortet die Handlungsfelder innerhalb des Smart City-Zielbildes. Darüber hinaus werden laufende und geplante Smart City-Projekte präsentiert.

Abschnitt 3 geht auf einige **langfristige Entwicklungslinien** ein, die sich in den Smart City-Handlungsfeldern abzeichnen und die die Aktivitäten im Rahmen des Smart City-Prozesses in Zukunft prägen werden.

# 1. Strategische Ausrichtung

Um die strategische Ausrichtung der Digitalisierungs- und Smart City-Aktivitäten zu beschreiben, wird nachfolgend zunächst der Bedeutungsgehalt des Begriffs der „Smart City“ für die Stadt Braunschweig eingegrenzt. Anschließend werden die strategischen Handlungsfelder beschrieben, in denen sich die Aktivitäten konzentrieren.



## 1.1 Zielbild der Smart City Braunschweig

Der Begriff Smart City umschreibt allgemein eine intelligente, zukunftsorientierte Stadt, die sich einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung verpflichtet sieht.

Es geht darum, mit intelligenter Technik Lösungen für die ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen unserer Zeit zu finden.<sup>1</sup> Zentral ist dabei der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Übergeordnetes Ziel von Smart Cities ist es, durch den Einsatz und die Vernetzung digitaler Technik, Services effizienter, nutzerfreundlicher und ressourcenschonender anbieten zu können und somit die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Das Zielbild der Smart City Braunschweig ist durch den Anspruch geprägt, die städtischen Ziele umzusetzen, reife Lösungen zu nutzen, von Erfahrungen anderer zu lernen und die Stadtgesellschaft mitzunehmen. Die Stadtverwaltung begreift sich dabei als **Moderatorin und Ermöglicherin des digitalen Wandels**. Sie setzt die Rahmenbedingungen, fördert das aktive städtische Netzwerk, schafft Plattformen und Orte des Austausches zum Ausgleich berechtigter Interessen. Zugleich ist sie selbst aktive Gestalterin des digitalen Wandels und profitiert über das Netzwerk von der Expertise Dritter. Im Sinne eines Bottom-up-Ansatzes werden Initiativen und einzelne innovative Treiber der Verwaltung gezielt gefördert.

---

<sup>1</sup> Die Ausführungen zur strategischen Ausrichtung in Abschnitt 1 basieren zu weiten Teilen auf dem ersten Smart City-Strategiedokument aus dem Jahr 2020.

Die Braunschweiger Digitalisierung fußt auf einer **modernen Basisinfrastruktur** (z. B. LoRaWAN). Dazu gehören auch die Verwendung, der Schutz und die Zusammenführung städtischer Daten als zentrales Zukunftsthema für Bürgerinnen und Bürger, lokale Wirtschaft und die städtische Steuerung.

Smart City fördert die **Attraktivität Braunschweigs auf vielen Ebenen**. Aus dem Grund wird die Umsetzung der Strategie mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit begleitet. In Zeiten des Fachkräftemangels in vielen Berufsbildern zahlt dies auch auf die Stärkung der Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin ein. Die Region Braunschweig ist die forschungsintensivste der EU. Dieser Status soll im Hinblick auf die Chancen, die sich durch die Digitalisierung ergeben, weiter gestärkt und gesichert werden. In strategisch bedeutsamen Leuchtturm-Projekten leistet Braunschweig Pionierarbeit und ist städtisches Testlabor für Spitzentechnologien.

Foto: Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Gerald Grote



## 1.2 Bezug zu anderen Strategien und Konzepten

Neben der Digitalisierung sehen sich Kommunen mit weiteren wichtigen Entwicklungen konfrontiert – ein zentraler Trend ist etwa die Urbanisierung.

Es ziehen immer mehr Menschen vom Land in die Städte. Faktoren wie der Zuzug von außen, gestiegene Ansprüche der Stadtgesellschaft, der fortschreitende **demografische Wandel**, der zunehmende Wettbewerb um Fachkräfte sowie das gestiegene Bewusstsein für **Nachhaltigkeit** und Umweltschutz tragen dazu bei, dass sich das Gesicht unserer Städte umfassend verändert. Auch die Stadt Braunschweig sieht sich mit diesem Wandel konfrontiert und hat begonnen, ihn aktiv zu gestalten.

Um den Umgang mit diesen Entwicklungen zu gestalten und sich strategisch auszurichten, hat die Stadt Braunschweig im Jahr 2015 ein zukunftsorientiertes Entwicklungskonzept gestartet, das den Richtungskompass für die gesamtstädtische Planung bis 2030 vorgeben soll. Unter der Überschrift „Denk Deine Stadt“ nahm die Stadt Braunschweig den Beteiligungsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern auf. Gemeinsam identifizierte man Herausforderungen und skizzierte Lösungswege. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für **das Integrierte Stadtentwicklungskonzept**, das die Entwicklungsziele der Stadt Braunschweig definiert. Einer der Handlungsaufträge des Konzepts sieht vor, ein Rahmenkonzept für das Thema Smart City zu entwickeln. Diesen Auftrag wurde durch das Strategiepapier aus dem Jahr 2020 und die vorliegende Übersicht der strategischen Handlungsfelder und Projekte entsprochen.

Die Verwaltungsdigitalisierung ist ein wichtiges Handlungsfeld der Smart City und umfasst beispielsweise Verwaltungs-IT und E-Government. In Deutschland haben die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene **Vorschriften erlassen, die Teile der Digitalisierung regeln**. Zu nennen sind hier unter anderem das E-Government-Gesetz (EGovG), das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, kurz Onlinezugangsgesetz (OZG), und das niedersächsische Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG). In Niedersachsen hat die Landesregierung zudem strategische Konzepte zur Verwaltungsdigitalisierung entwickelt wie beispielsweise den „Masterplan Digitalisierung“ sowie das Konzept „Digitale Verwaltung“.

In Braunschweig wurde darauf reagiert: Seit dem Jahr 2018 existiert eine aktualisierte IT-Strategie, die als Fachstrategie einen Rahmen für die IT-technische Entwicklung der Stadtverwaltung aufzeigt. Darüber hinaus erfolgt in den einzelnen Handlungsfeldern der Smart City das **Zusammenwirken mit Fachstrategien**. Genannt seien hier etwa der Medienentwicklungsplan der Schulen, der Mobilitätsentwicklungsplan und das Klimaschutzkonzept 2.0.



## 1.3 Strategische Ziele

Der Begriff Smart City beschreibt das Zielbild einer intelligenten, zukunftsorientierten Stadt, das mit den Mitteln der Digitalisierung auf nachhaltige und sozial verträgliche Art und Weise erreicht werden soll.

Die Digitalisierung wird als ein für städtische Belange langfristiger Entwicklungsprozess verstanden, durch dessen **transformierenden Charakter** eine Querschnittswirkung auf nahezu alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge erwartet wird. Aus diesem Grund misst die Stadt Braunschweig dem Thema eine hohe Priorität im städtischen Handeln bei. Ausgehend von dem beschriebenen Smart City-Verständnis leiten sich der Anspruch, die Rolle der Stadt Braunschweig und die strategische Ausrichtung des Smart City-Prozesses ab. Sie dienen als Orientierungspunkte für künftige Projekte und Aktivitäten.



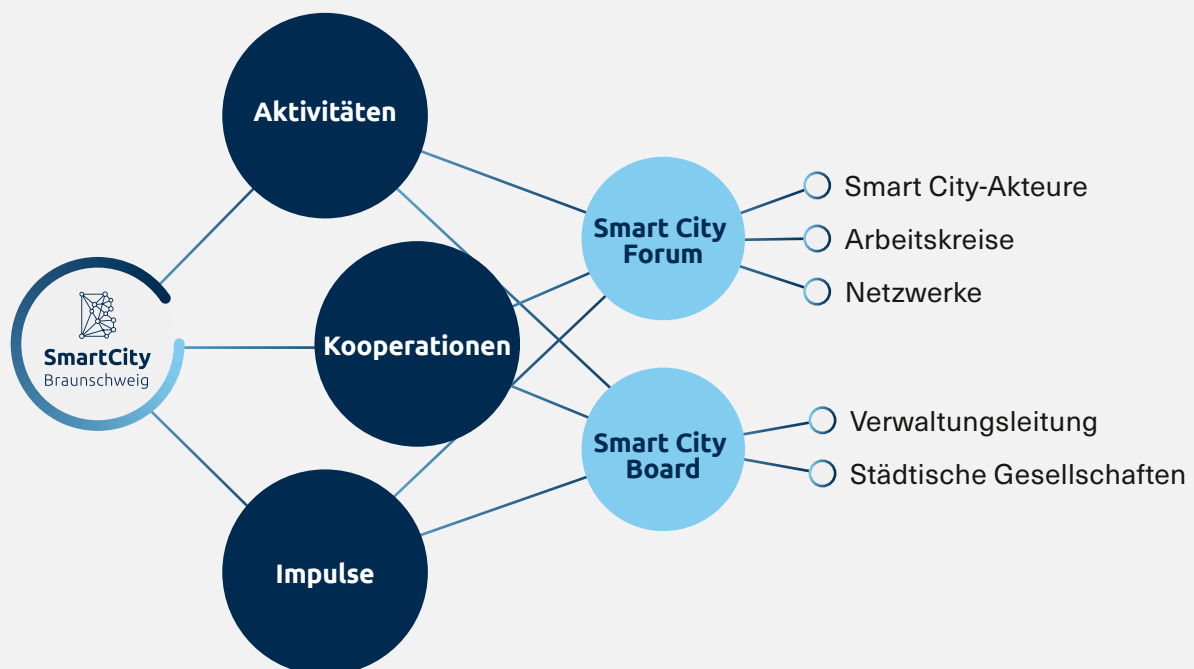


## 1.4 Organisation

Die Themen Digitalisierung und Smart City sind strategisch beim Personal-, Organisations-, Digitalisierungs- und Ordnungsdezernenten (Dezernat II) angesiedelt.

Die strategische Koordinierung des Smart City-Prozesses erfolgt durch die **Stabsstelle Digitalisierung, Smart City**. Sie koordiniert unter der Leitung des **Chief Innovation Officer (CIO)** Aktivitäten innerhalb und außerhalb von Verwaltung und städtischen Gesellschaften, initiiert Kooperationen und gibt Impulse für eine bürgerfreundliche Weiterentwicklung digitaler Dienste und Dienstleistungen der Verwaltung.

Im **Smart City-Board** stimmt die Stabsstelle Digitalisierung, Smart City strategische Schwerpunkte auf den Gebieten Digitalisierung und Smart City mit der Verwaltungsleitung ab. Bei Bedarf können hier auch die Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Gesellschaften beteiligt werden. Impulse und Ideen der regionalen Smart City-Akteure können über das **Smart City-Forum** eingeholt werden. Um einzelne Themen zu vertiefen, können Arbeitskreise oder Netzwerke eingerichtet werden.



## 1.5 Übersicht der Handlungsfelder

Die Umsetzung der Smart City-Strategie vollzieht sich in zehn Handlungsfeldern:

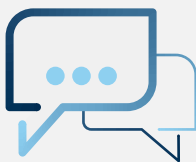
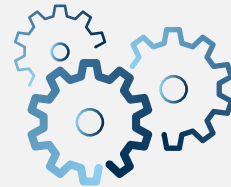


### Digitale Infrastruktur

Umfasst ist die digitale Infrastruktur im Stadtgebiet. Das betrifft den Breitbandausbau, das öffentliche WLAN, das Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) und die Digitalisierung an Schulen.

### Digitales Arbeiten

In dem Handlungsfeld sind alle Ausprägungen der Digitalisierung in der Verwaltung gebündelt. Es geht unter anderem um digitale Prozesse, moderne Fachverfahren und den Weg in die Arbeitswelt der Zukunft.



### E-Government

In dem Themenfeld steht der Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern im Fokus. Umfasst ist das Angebot an digitalen Verwaltungsleistungen und die digitalen Kommunikationskanäle mit der Verwaltung.

### Forschung und Wissenschaft

Das Themenfeld fasst Kooperationen mit regionalen Akteuren aus Forschung und Wissenschaft zusammen, in denen die Verwaltung oder die städtischen Gesellschaften beteiligt sind.



### Digitales Kulturangebot

Hier liegt der Schwerpunkt auf der Verbesserung der kulturellen Angebote mit Hilfe digitaler Technologien.

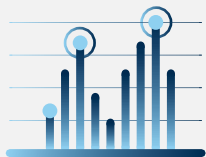


### Smart Mobility

In dem Handlungsfeld stehen digitale Angebote und innovative Lösungen im Zusammenhang mit der Mobilität der Zukunft im Fokus.

### Smarte nachhaltige Stadt

Der Anspruch ist hier, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu verbinden, und mittels digitaler Technologien einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.



### Urban Data

Das Handlungsfeld bündelt Aktivitäten, die auf das Öffnen von Datensilos und den standardisierten und offenen Umgang mit kommunalen Daten in der Verwaltung und darüber hinaus abzielen.

### Web und Social Media

Hierbei geht es um die Marketing-orientierten Aktivitäten der Stadt Braunschweig. Das betrifft beispielsweise die Nutzung von Social Media. Umfasst sind auch speziell auf mobile Endgeräte ausgerichtete Anwendungen.



### Innovationsstandort

Das Themenfeld fasst die Aktivitäten zusammen, die auf die innovative Förderung und Unterstützung wirtschaftlicher Betätigung in der Stadt Braunschweig abzielen.

## 2. Die Smart City-Handlungsfelder im Einzelnen



**SmartCity**  
Braunschweig



## 2.1 Digitale Infrastruktur



Die Digitalisierung schreitet voran und erfordert eine zunehmend leistungsfähige digitale Infrastruktur.<sup>2</sup>

Sie stellt einen **zentralen Aspekt einer Smart City** dar. In Braunschweig geht es bei der digitalen Infrastruktur um Breitbandausbau, öffentliches WLAN, den Aufbau eines LoRaWAN-Funknetzes und die Digitalisierung an Schulen.

Die Ausweitung des Breitbandinternets hat nachweislich einen wirtschaftlich bedeutsamen und robusten **Wachstumseffekt in den angebundenen Regionen**.<sup>3</sup> Außerdem unterstützt die Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur die Aneignung wertvoller Informations-, Kommunikations- und Technikfähigkeiten (IKT) in der breiten Bevölkerung.<sup>4</sup> Öffentliches WLAN und LoRaWAN steigern den regionalen Vernetzungsgrad, also die Verfügbarkeit von Netzwerken, wobei es nicht zwangsläufig um die abrufbare Bandbreite geht. Durch kostenfreies öffentliches WLAN sollen Bürgerinnen und Bürger an hoch frequentierten Orten wie der Innenstadt **einen zusätzlichen Kanal zum Internet** haben. LoRaWAN dient insbesondere der Erhebung und Nutzung von sensorbasierten Echtzeitdaten, beispielsweise zu den Themen Umwelt und Verkehr.

Beim **kabelgebundenen Breitbandausbau** möchte die Stadt Braunschweig auch mit Fördermitteln zusätzlich dort nachhelfen, wo aus wirtschaftlichen Gründen ein marktgetriebener Ausbau durch die Telekommunikations-Unternehmen nicht erfolgt ist und nur niedrige Bandbreiten (weniger als 30 MBit/Sekunde) zur Verfügung stehen. Priorität hat der Ausbau in Gewerbegebieten, um mit zukunftsfähigen Internetanschlüssen die Wettbewerbsfähigkeit der Braunschweiger Unternehmen und des Wirtschaftsstandortes zu sichern. Auch gilt es, vereinzelte unterversorgte Schulen an das Glasfasernetz anzubinden. Zudem werden Adressen mit hoher Nutzungsdichte wie Mehrfamilienhäuser und Bürokomplexe sowie Adressen mit besonders niedriger Nutzungsdichte wie entfernt gelegene Einzeladressen in den Fokus genommen. Aufgabe der Stadt ist es, sinnvolle Nutzungsszenarien zu identifizieren. Der aktuelle Stand des Breitbandausbaus ist über die Homepage der Stadt Braunschweig einsehbar.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. ifo-Institut, Digitale Infrastruktur, abrufbar unter: [www.ifo.de/themen/digitale-infrastruktur](http://www.ifo.de/themen/digitale-infrastruktur)

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Ebd.

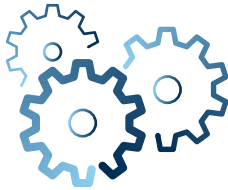
<sup>5</sup> Link: [www.braunschweig.de/digitalisierung-online-services/breitbandausbau/index.php](http://www.braunschweig.de/digitalisierung-online-services/breitbandausbau/index.php)

Die Marke BS|Hotspot ist eine gemeinsame Initiative von BS|Energy, der htp GmbH und der Stadt Braunschweig, in deren Rahmen zahlreiche Hotspots in der Innenstadt, ein mobiler Hotspot für Events und ein Hotspot in der Wasserwelt zur Verfügung gestellt werden. Installiert wurde das **öffentliche WLAN-Netz** durch die htp GmbH. Betreiberin der passiven Infrastruktur ist das Versorgungsunternehmen BS|ENERGY. Es handelt sich um einen kostenfreien Dienst, bei dem das Datenvolumen nicht beschränkt ist und eine Geschwindigkeit von bis zu 100 Mbit/s im Down- und Upload zur Verfügung gestellt wird. Das Ziel der Initiative BS|Hotspot ist die Ausstattung der Innenstadt sowie der Wasserwelt an der Hamburger Straße mit freiem WLAN.

LoRaWAN ist ein **Funkstandard**, der sich durch eine hohe Reichweite und einen geringen Energieverbrauch auszeichnet. Er eignet sich besonders zur Vernetzung von Objekten, die geringe Datenmengen produzieren. LoRaWAN hat ein großes strategisches Potenzial, die Vernetzung im Sinne einer smarten Stadt voranzutreiben. Der Nutzen der Technologie wird künftig umso größer werden, je stärker Objekte vernetzt sein werden und je größer die **Bedeutung von Echtzeitdaten für Verwaltung, Politik und Wirtschaft** wird. Beide Trends deuten sich schon heute an und werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zukunft beschleunigen.

Die Stadt Braunschweig verfügt über einen **Medienentwicklungsplan** für die Schulen in städtischer Trägerschaft. Die Planung beinhaltet u. a. die IT-Konzeption und Homogenisierung von Ausstattungen in den Schulen, die Investitionsplanung und Vernetzung und Kommunikation. Dank des Medienentwicklungsplans und den Mitteln aus dem Digitalpakt ist die Digitalisierung an Schulen deutlich vorangekommen. Inhaltlich geht es unter anderen darum, den Schülerinnen und Schülern Zugang zum Internet über das städtische Glasfasernetz zu verschaffen. Weitere Schwerpunkte sind die Ausstattung der Unterrichtsräume mit WLAN-Access-Points und digitalen Präsentationsflächen. Auch die Datenetze werden laufend modernisiert.

## 2.2 Digitales Arbeiten



In dem Themenfeld sind alle Ausprägungen der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung gebündelt.

Es geht um das Dokumenten-Management-System und seine verschiedenen Anwendungsfälle (Stichwort „papierloses Büro“), die Modernisierung der digitalen Infrastruktur in der Verwaltung, die Schulung und Förderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Vorteile des digitalen Arbeitens und die Schaffung von Akzeptanz für die digitale Transformation der Verwaltung.

Die Digitalisierung in allen Aspekten der täglichen Verwaltungsarbeit stellt eine der wichtigsten und zugleich herausforderndsten Aufgaben der digitalen Transformation dar. Es geht darum, verfügbare technische Möglichkeiten zu nutzen, um **Arbeitsabläufe in der Verwaltung** effizienter, komfortabler und intuitiver zu machen. Die strategische Bedeutung des Themenfelds resultiert unter anderem aus dem Potenzial für Kosteneinsparungen, dem kulturellen Wandel hin zu einer digitalen Arbeitswelt, und den technischen Entwicklungen außerhalb der Sphäre der Verwaltung bzw. einen technischen Stand, an die sich die meisten Menschen gewöhnt haben.

Innerhalb der Verwaltung laufen derzeit verschiedene **Digitalisierungsaktivitäten**. Sie zielen darauf ab, möglichst viele der mit der Digitalisierung verbundenen Vorteile zu realisieren. Unter den laufenden Digitalisierungsvorhaben seien genannt:

- Digitalisierung von internen Prozessen
- Modernisierung von Netzwerk-Komponenten
- Einrichtung einer virtuellen Poststelle
- Modernisierung von Fachverfahren
- Ausweitung von WLAN
- Anpassung der Ausstattung von PC-Arbeitsplätzen
- Einführung der elektronischen Aktenführung



Darüber hinaus sind in verschiedenen Organisationseinheiten weitere Digitalisierungsprojekte in Planung. **Sie setzen die strategischen Entwicklungslinien fort** oder verwirklichen neu erkannte Potenziale der Digitalisierung. In der Planung befinden sich beispielsweise:

Auf strategischer Ebene ist die Stadt Braunschweig im Jahr 2022 eine Kooperation mit der skbs.digital GmbH zur **Digitalisierung von Verwaltungsprozessen** und zur elektronischen Aktenführung eingegangen. Ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Tochtergesellschaft des Städtischen Klinikums Braunschweig ist die Prozessanalyse zur Einrichtung des Dokumenten-Management-Systems (DMS) in den Verwaltungsabteilungen. Damit wird die Grundlage für die Einrichtung des DMS geschaffen.

Im DMS lassen sich Dokumente elektronisch erfassen, speichern, medienbruchfrei bearbeiten und revisionssicher archivieren. Erste Organisationseinheiten der Stadtverwaltung arbeiten bereits im Echtbetrieb mit dem System und führen **elektronische Akten** – beispielsweise Personalakten und Steuerakten. Langfristig wird die Verwaltung ihre Strukturen so gestalten, dass die internen und externen Leistungen effizienter und effektiver erbracht werden können.





## 2.3 E-Government



In dem Themenfeld steht der digitale Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern im Fokus.

Umfasst sind die bestehenden und geplanten Online-Services, die Einführung eines zentralen Bürgerportals im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes oder auch digitale Partizipationsmöglichkeiten.

Die Stadt Braunschweig bietet über ein Serviceportal eine Vielzahl von **digitalen Verwaltungsleistungen (Online-Services)** an. Der Umfang der angebotenen Online-Services wird stetig erweitert. Das Portal integriert Basisdienste, wie z. B. E-Payment, das Servicekonto und ein Postfach für die Nutzerinnen und Nutzer. Innerhalb des Serviceportals können Bürgerinnen und Bürger und die Stadtverwaltung über das Postfach miteinander verschlüsselt kommunizieren. Sicher, einfach und schnell können Informationen zu Anträgen ausgetauscht oder weitere Antragsunterlagen ergänzt werden. Für einige der Dienstleistungen bzw. Funktionalitäten ist eine Registrierung im **Servicekonto des Landes Niedersachsen** bzw. künftig des Bundes notwendig. In Zukunft werden auch Dienstleistungen angeboten, für deren Nutzung die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises erforderlich ist. Die Stadt Braunschweig bietet Bürgerinnen und Bürgern außerdem die Möglichkeit an, **online Termine** zur Erledigung bestimmter Anliegen zu vereinbaren.

Neben dem Angebot an digitalen Verwaltungsleistungen können Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Beschwerden der Stadt Braunschweig online mitteilen und sich an aktuellen Projekten aktiv beteiligen. Das **Beteiligungsportal „Mitreden“** enthält dazu drei Tools: die Ideenplattform, den Mängelmelder und die Beteiligungsplattform.

Auf der **Ideenplattform** angekommen können Bürgerinnen und Bürger nach der Registrierung eigene Beiträge verfassen. Bereits eingebrachte Ideen anderer können auch ohne vorherigen Login eingesehen und bequem nach verschiedenen Kriterien wie Kategorie oder Anzahl an Kommentaren gefiltert werden. Wenn eine Idee mindestens 50 Unterstützerinnen und Unterstützer findet, wird sie vom zuständigen Fachbereich geprüft und anschließend den Fachausschüssen und dem Rat vorgelegt. Über den **Mängelmelder** können Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung Schäden oder Mängel im öffentlichen Bereich melden. Beispiele für Mängel sind Graffiti, Sperrmüllreste, defekte Schilder oder Laternen sowie Wegeschäden. Auf der **Beteiligungsplattform** informiert die Stadt Braunschweig die Einwohnerinnen und Einwohner über aktuelle Projekte und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Plattform bündelt übersichtlich Projekte, bei denen Bürgerbeteiligung möglich ist.



## 2.4 Forschung und Wissenschaft

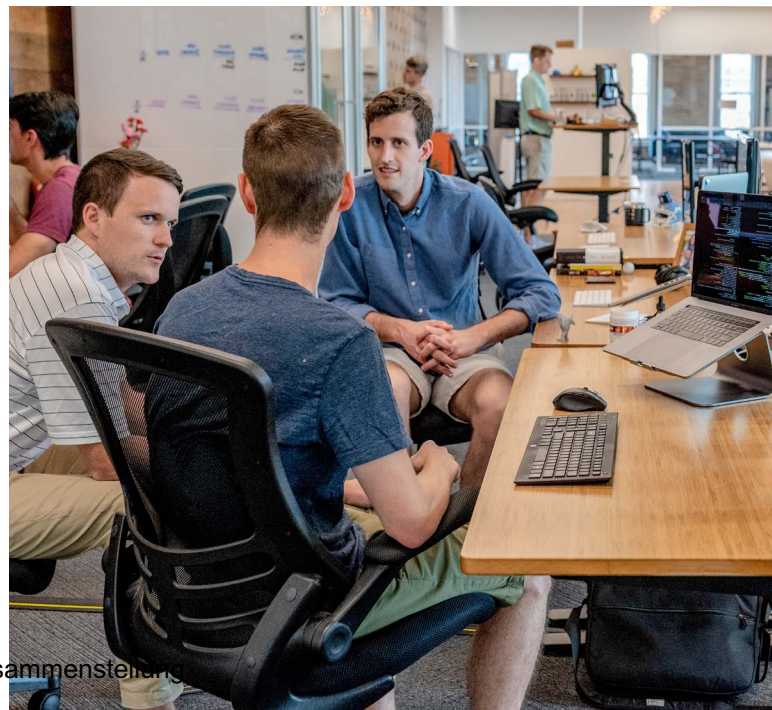


Die Region Braunschweig ist eine der forschungsintensivsten Regionen in der EU und weist eine der höchsten Beschäftigungsraten an Vollzeit-Wissenschaftler/innen auf.<sup>6</sup>

Dies ist zum einen auf die **vielen Forschungsakteure** zurückzuführen, zum anderen auf ihre effektive Vernetzung im Rahmen gemeinsamer Projekte.

Eine Verzahnung von Forschung und Verwaltung bietet **Vorteile für beide Seiten**. Durch eine enge Verzahnung mit der (Verwaltungs-)Praxis können Hochschulen sicherstellen, dass sich die in der Forschung behandelten Fragestellungen an den tatsächlichen Gegebenheiten und Herausforderungen orientieren und einen Beitrag zu ihrer Lösung leisten. Die Verwaltung profitiert vom **Wissen der Expertinnen und Experten** sowie wissenschaftlichen Analysen möglicher Vorhaben. Einzelne Projekte können durch die Integration in das städtische Leben dazu führen, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ungezwungener Weise mit neuen Möglichkeiten beschäftigen und diese spielerisch erproben. Die Stadt Braunschweig kooperiert in verschiedenen Projekten mit der Wissenschaft – weitere Kooperationen sind in Planung. Beispielfhaft seien genannt:

6 Eurostat, Interne FuE-Ausgaben (GERD) nach NUTS-2-Regionen, gemessen an Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), Online-Datencode: TGS00042, letzte Aktualisierung am 29.3.2021, abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tgs00042/default/table?lang=de>. Die FuE-Intensität (FuE-Ausgaben in % des BIP) ist ein Indikator, der auf Ebene der EU sowie auf nationaler und regionaler Ebene hohe politische Bedeutung hat. Für die Beschäftigungsrate: <https://data.europa.eu/data/datasets/fiqzalwcf9pnr60f1ptina?locale=de>



- 
- das **5G-Reallabor in der Mobilitätsregion Braunschweig-Wolfsburg** zur Erforschung und Umsetzung praxisnaher Anwendungsfälle in den Bereichen Mobilität, Gesundheits- und Bauwesen sowie Smart City,

---

  - das **Patientenzimmer der Zukunft**, ein Forschungs- und Studienlabor von TU Braunschweig, Fraunhofer IST und Städtischem Klinikum zur Erforschung infektionspräventiver Krankenhauszimmer,

---

  - die **Forschungswohnungen** der Niebelungen Wohnbau GmbH, in denen unaufdringliche technische Assistenzsysteme erprobt werden, die den Bewohnerinnen und Bewohnern Komfort, Sicherheit und Unterstützung im Alltag bieten,

---

  - die **Anwendungsplattform Intelligente Mobilität (AIM)**, eine deutschlandweit einzigartige Großforschungsanlage bestehend aus Testfeldern, Simulatoren und Forschungsfahrzeugen, die das komplette Spektrum der Verkehrsforschung abbilden kann,

---

  - der **Co-Living-Campus**, ein Wissenschaftsquartier, das Akteur/innen und Projekte aus der Wissenschaft und Stadtgesellschaft im urbanen Raum zusammenbringt und zur aktiven Mitgestaltung einlädt,

---

  - die **Bahnstadt**, ein Schlüsselprojekt der Stadtentwicklung in Braunschweig, in das zukunftsweisende Themen wie Digitalisierung, vernetzte Mobilität, Industrie 4.0 und klimagerechte Stadt- und Technikentwicklung einfließen werden,

---

  - der geplante **Future Mobility HUB** als Reallabor, um verschiedene Möglichkeiten des Wandels städtischer und ländlicher Mobilitätsformen zu untersuchen.

---

Eine Konzentration von Forschungsaktivität findet sich am **Forschungsflughafen** im Norden Braunschweigs. Er ist eines der wichtigsten Zentren für Mobilitätsforschung in Europa. Das in dieser Form **einzigartige Mobilitätscluster** umfasst zahlreiche international angesehene Forschungszentren und Bundesforschungsinstitute wie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das Luftfahrt-Bundesamt und die Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung sowie das Niedersächsische Forschungszentrum Fahrzeugtechnik und das Niedersächsische Forschungszentrum für Luftfahrt.



## 2.5 Digitales Kulturangebot



Ein buntes Kulturangebot gehört zum Wesen einer lebendigen städtischen Gemeinschaft.

In einer 2018 durchgeführten Bürgerumfrage zeigte sich, dass mehr als drei Viertel der Braunschweigerinnen und Braunschweiger das kulturelle **Angebot in Braunschweig** als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ erachten.<sup>7</sup> Besonders wichtig sind gemäß den Umfrageergebnissen Musik und Konzerte, Kinos und Theater, Stadtfeste, Ausstellungen sowie Museen. Wichtig sind darüber hinaus noch Festivals, Musiktheater und Kunst im öffentlichen Raum.<sup>8</sup>

Wie in allen Bereichen der Verwaltung muss sich das städtische Angebot auch auf dem Gebiet der Kultur mit den technischen Möglichkeiten weiterentwickeln. Es geht insgesamt darum, das Kulturerlebnis mit **technischen Mitteln zu unterstützen** und den Service weiter zu verbessern. Die Digitalisierungsaktivitäten der Verwaltung im Themenfeld Kultur lassen sich in die vier Untergruppen Denkmäler, Museen, Stadtarchiv und Stadtbibliothek unterteilen.

Im Bereich der **Denkmäler** geht es um Verbesserung der Services, u. a. durch die Digitalisierung des Braunschweiger Leit- und Informationssystems für Kulturdenkmale (BLIK), die Kennzeichnung der Kulturdenkmale in der Stadt Braunschweig im Geoportal FRISBI und die Veröffentlichung der Braunschweiger Kulturdenkmäler im Denkmalatlas Niedersachsen.

Das **Städtische Museum** setzt auf verschiedenen Linien eigene Digitalisierungsvorhaben um und verbessert dadurch stetig das Museumserlebnis von Braunschweigerinnen und Braunschweigern. Genannt seien die Mitwirkung in digitalen Portalen wie dem „Kulturerbe Niedersachsen“, die fortlaufende Digitalisierung der Sammlungsbestände, die Web- und Social Media-Aktivitäten, die Möglichkeit für Online-Buchungen von Führungen und Veranstaltungen, die Teilnahme am Stadtgutschein und die Nutzung von digitalen Vermittlungsmedien (Tablets) im Rahmen der Dauerausstellungen.

Ein weiterer zentraler Akteur im Kulturbereich der Verwaltung ist das **Stadtarchiv**, das traditionell einen großen Bestand an analogen (Papier-)Dokumenten

---

<sup>7</sup> Bürgerumfrage und Führungskräfte-Befragung zum Kulturangebot in der Stadt Braunschweig, Auswertungsbericht, Oktober 2020, abrufbar unter: [https://www.braunschweig.de/kultur/kulturentwicklungsprozess/KultEP\\_Kulturumfragen\\_Bericht.pdf](https://www.braunschweig.de/kultur/kulturentwicklungsprozess/KultEP_Kulturumfragen_Bericht.pdf), S. 8.

<sup>8</sup> Ebd., S. 10.



vorhält. Der Bestand wird fortlaufend digitalisiert, wodurch neue Services für Interessierte geschaffen werden können. Dies umfasst unter anderem die Digitalisierung von Plakaten und Flugblättern aus der Plakatsammlung des Stadtarchivs Braunschweig aus dem Zeitraum 1848 bis 1933, die Teilnahme am Förderprogramm „WissensWandel“ des Bundes zur Digitalisierung von Standesamtsregistern und zwei weiteren Beständen des Stadtarchivs, die Bereitstellung von „Findbüchern“ zu den einzelnen Beständen des Stadtarchivs im Internet auf der Seite der Stadt Braunschweig und die systematische Digitalisierung von Archivgut im Bereich des audio-visuellen Archivguts.

Die **Stadtbibliothek** genießt bei den Braunschweigerinnen und Braunschweigern ein großes Interesse. Sie hat verschiedene Wege gefunden, um durch die Nutzung technischer Mittel der Digitalisierung den Service, insbesondere im Zusammenhang mit der Recherche und der Ausleihe, zu verbessern. Dazu zählen beispielsweise die Apps für den Online-Bibliothekskatalog und die „Onleihe Braunschweig“, die Online-Artothek, die digitale Pressedatenbank GENIOS und die Digitalisierung von Teilen des historischen Buchbestandes.



## 2.6 Smart Mobility



In dem Themenfeld stehen Projekte im Zusammenhang mit der Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern im Fokus.

Es geht etwa um den Aufbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, innovative Lösungen für den ÖPNV und ein smartes Verkehrsmanagement. Mit Bezug zur Smart City Braunschweig lassen sich beispielsweise die folgenden Verkehrs- und Mobilitätsprojekte verorten.

Seit Juli 2022 hat die Stadt Braunschweig mit der Digitalagentur KOM|DIA einen Konzessionär, der **Ladestandorte für Elektrofahrzeuge** nach verkehrs- und stadtplanerischen Kriterien sowie hinsichtlich der technischen Umsetzbarkeit identifiziert, mit Ladesäulen ausstattet und betreibt. Hierbei werden sowohl AC-Ladesäulen (22 kW Normalladen) als auch DC-Ladesäulen (min. 50 kW Schnellladen) im öffentlichen Raum errichtet. Der Ausbau des Ladenetzes erfolgt in drei Stufen. Bis Ende 2024 entstehen 100 neue Ladestandorte mit 200 Ladepunkten, bis Ende 2026 folgen weitere 100 Standorte mit 200 Ladepunkten. Je nach Bedarf werden bis Ende 2028 weitere 50 Standorte mit zusätzlichen 100 Ladepunkte realisiert.

Im Großraum Braunschweig wurde ein **Echtzeit-Fahrgastinformationssystem** eingeführt, welches stetig ausgebaut wird. An aktuell über 400 Haupteinstiegs- haltestellen im Verbandsgebiet können die Fahrgäste die nächsten Abfahrten auf einem dynamischen Fahrgastinformationsanzeiger (DFI-Anzeiger) verfolgen. Auch über kurzfristige Störungen im Betriebsablauf oder Baustellen wird von den Verkehrsunternehmen in der Region über die DFI-Anzeiger informiert. Alle DFI-Anzeiger werden außerdem über ein Modul zur Sprachausgabe (Text-to-Speech-Modul) verfügen, sodass das Angebot auch von sehbehinderten Fahrgästen genutzt werden kann. So verbessert sich die Fahrgastinformation erheblich und der ÖPNV gewinnt an Attraktivität.

Um die Lücken im ÖPNV vor allem in den eher ländlich geprägten Regionen und in den Schwachlastzeiten zu schließen und ein attraktives Bedienungsangebot vorhalten zu können, sollen neben den klassischen Linienangeboten zukünftig verstärkt flexible Bedienformen zum Einsatz kommen. Diese **On-Demand-Verkehre** erfordern eine vorherige Buchung mittels Telefon, Internet oder App und werden auf der Basis eingegangener Bestellungen disponiert. Der Regionalverband Großraum Braunschweig ist Aufgabenträger für den ÖPNV in der Region und bündelt die neue Angebotsform unter der Projektbezeichnung „flexo“.

2016 wurde das **Handyparken als zusätzliche Bezahlmethode** für das Parken auf öffentlichen, zuvor ausschließlich mit Parkscheinautomaten bewirtschafteten Stellplätzen eingeführt. Neben dem komfortablen Verzicht auf die Bezahlung mit Kleingeld bietet die Technologie des Handyparkens die Möglichkeit, weitere attraktive Servicefunktionen zu nutzen. So kann beispielsweise eine automatische Erinnerung rechtzeitig vor Ablauf der Parkzeit auf das Smartphone der Nutzerin oder des Nutzers zugestellt werden oder die gebuchte Parkzeit aus der Ferne verlängert werden.

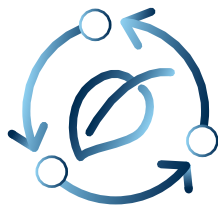
In Braunschweig gibt es an sechs Standorten **dauerhafte und automatisierte Radverkehrs-Zählanlagen**. Fünf der Anlagen sind verdeckt. Eine ist zusätzlich mit einem Display ausgestattet (Zählsäule), um die Radverkehrsstärken transparent und in Echtzeit in der Örtlichkeit darzustellen. Die Erfassung erfolgt durch elektromagnetische Induktion, bei der die Metallbauteile der Fahrräder erfasst werden. Die Daten geben eine Auskunft über beispielsweise tages- und jahreszeitliche Veränderungen und Unterschiede im Radverkehrsaufkommen. Bürgerinnen und Bürger können die Echtzeitdaten über Online-Dashboards abrufen.

Allgemein ist die Region Braunschweig mit den ansässigen Akteurinnen und Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur prädestiniert, um ein bundesweit sichtbarer **Leuchtturm für innovative Mobilität** zu sein. Eine besondere Rolle spielt dabei das automatisierte und vernetzte Fahren. Zum einen stellt es einen Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in der Region dar, zum anderen kann die Automatisierung der Mobilität dazu beitragen, gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Dazu zählen etwa die Anbindung des ländlichen Raums und der Erhalt eines funktionsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs.

Der Fachbereich Feuerwehr wirkt in **innovativen Forschungsprojekten für die Rettungsmobilität** im städtischen Verkehr mit. Ein Schwerpunkt ist die Bevorrechtigung von Einsatzfahrzeugen an Lichtsignalanlagen, die im Projekt SIRENE entwickelt und getestet wurde. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass das SIRENE-System die Fahrtzeiten der Einsatzfahrzeuge deutlich reduzieren kann. Das Nachfolgeprojekt GAIA-X baut auf SIRENE auf. Es soll das Testfeld um weitere Elemente wie eine Rettungsdrohne, eine automatisierte Rettungsgasse oder ein verbessertes Routing erweitern. Der Fachbereich präsentiert seine Forschungsergebnisse auf verschiedenen Veranstaltungen, beispielsweise auf der Messe INTERSCHUTZ und auf dem Digitaltag in Braunschweig.



## 2.7 Smarte nachhaltige Stadt



Die Stadt Braunschweig verfolgt das Ziel Nachhaltigkeit und Digitalisierung miteinander zu verknüpfen, also mittels digitaler Technologien einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Ein wichtiges Element ist der Richtungsbeschluss des **Klimaschutzkonzeptes 2.0**, in dem der Rat der Stadt Braunschweig im Oktober 2021 als Ziel die schnellstmögliche Treibhausgasneutralität festlegte. Er ist damit deutlich ambitionierter als der Bund, der dieses nach novellierter Gesetzeslage und dem Willen des Bundesverfassungsgerichtes erst ab 2045 erreichen muss. Braunschweig nimmt somit als Stadt der Forschung und Wissenschaft eine Vorreiterrolle ein. Auf der Umsetzungsebene ist das Smart City-Handlungsfeld durch verschiedene Aktivitäten und Projekte geprägt, von denen im Folgenden einige beispielhaft vorgestellt werden.

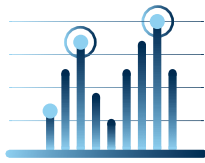
Die **mehr<weniger-Kampagne** ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Braunschweig mit ehrenamtlich und institutionell Engagierten, das mit bunten Aktivitäten für eine nachhaltigere Lebensweise wirbt. Das Projekt möchte zu bewussterem Konsum anregen: teilen, tauschen, reparieren, statt schnell weg und neu.

Das **Solarkataster** ist ein intuitiv zu bedienendes und leicht verständliches Werkzeug zur Berechnung von Solarthermie- und Photovoltaikanlagen. In wenigen Schritten können Benutzerinnen und Benutzer einen Bericht zum Solarpotenzial, der Wirtschaftlichkeit und der CO<sub>2</sub>-Einsparung ihres Sonnendaches erstellen.

Die **Online-Energieberatungen** sind ein Kooperationsprojekt der Verbraucherzentrale Niedersachsen, der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), der Energieberatung der Stadt Braunschweig und weiteren regionalen Kooperationspartnern. Die Beratungen gliedern sich in einen einführenden Vortrag und anschließende Beratungen in Kleingruppen, in denen Interessierte die Möglichkeit haben, Antworten auf ihre Fragen zu bekommen.

Im **Umweltinformationssystem** im Geoportal FRISBI lassen sich verschiedene Umweltkarten der Stadt Braunschweig zu den Themen Boden, Naturschutz, Wasser und Klima finden. Sie ermöglichen eine objektive und anschauliche Darstellung der Umweltsituation in der Stadt.

## 2.8 Urban Data



Die Stadt Braunschweig hat sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen des Smart City-Prozesses stetig die Verfügbarkeit von Daten zu erhöhen.

Unterschieden wird dabei zwischen statischen Daten wie Listen und Tabellen und dynamischen Daten wie Messwerten von Sensoren (Echtzeitdaten). Das Handlungsfeld bündelt vor dem Hintergrund Aktivitäten, die auf das Öffnen von Datensilos und den standardisierten und offenen Umgang mit kommunalen Daten in der Verwaltung und darüber hinaus abzielen. Schwerpunkte sind u. a. der Aufbau einer Urban Data Platform (UDP) und die schrittweise Veröffentlichung kommunaler Daten im Sinne eines Open Data-Ansatzes.

Das **Open Data-Portal** der Stadt Braunschweig ist eine Plattform zur Bereitstellung offener Verwaltungsdaten. Die Stadtverwaltung veröffentlicht darüber offene Daten aus verschiedenen Themenbereichen. Um „offene“ Daten handelt es sich, weil die Stadt die Datensätze zur freien Nutzung unentgeltlich und in offenen, maschinenlesbaren Formaten bereitstellt, damit sie beliebig weiterverwendet und weiterverarbeitet werden können. Einzige Voraussetzung ist dabei die Angabe der Quelle und die Berücksichtigung der Lizenz. Mit diesen Datensätzen können innovative Ideen und mobile Anwendungen entwickelt werden, von denen Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaftsstandort Braunschweig, aber auch die Stadtverwaltung selbst profitieren können. Mittelfristig ist auch die Aufnahme von Daten verschiedener Kooperationspartner geplant.



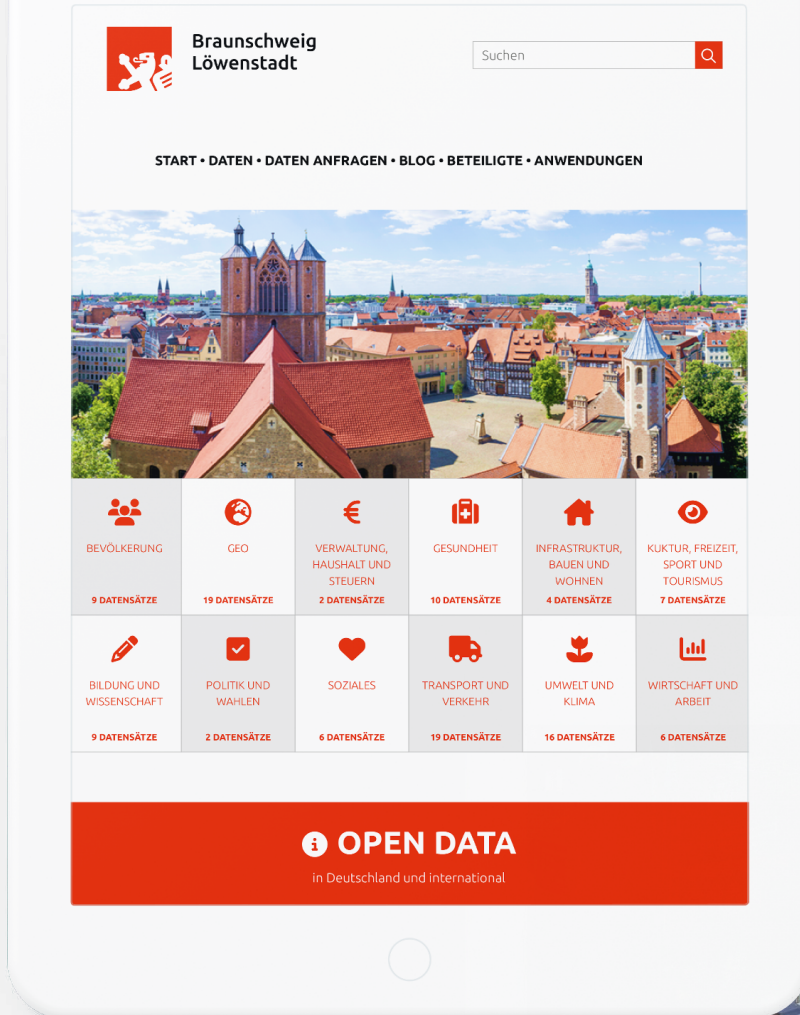
Übersicht der Daten-Kategorien auf [opendata.braunschweig.de](https://opendata.braunschweig.de)

Um Anwendungsfälle für die Erhebung und Nutzung von Echtzeitdaten zu erproben, hat die Stadt Braunschweig gemeinsam mit der Digitalagentur KOM|DIA außerdem ein interaktives **Smart City-Dashboard** eingerichtet. Das Dashboard zeigt Messwerte verschiedener Sensoren an, die im Stadtgebiet an unterschiedlichen Stellen verbaut wurden. Die Daten werden über das energieeffiziente LoRaWAN-Netzwerk übermittelt. Beispielsweise wurden an insgesamt zehn Braunschweiger Schulen Wetterstationen installiert. Auch das Radverkehrsaufkommen, die Parkhausbelegung sowie Temperatur und Pegelstand der Oker können eingesehen werden. Das Datenangebot wird stetig ausgeweitet.

Im Bereich der Daten spielen **3D-Stadtmodelle** in zentralen Aufgabenstellungen der Stadtentwicklung heute eine wichtige Rolle. Sie dienen in erster Linie der Visualisierung der Gebäude bzw. Stadtstruktur und ermöglichen die Betrachtung des Stadtgebietes am Tag oder in der Nacht, aus verschiedenen Perspektiven, in unterschiedlichen Detailstufen und zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer Entwicklung. Das öffentliche 3D-Stadtmodell der Stadt Braunschweig, eingeführt, weiterentwickelt und betreut von der Abteilung Geoinformation, setzt sich aus einem Digitalen Geländemodell (DGM) und einem 3D-Gebäudemodell zusammen. Die Datengrundlage beruht auf der Auswertung der Laserscan- und Luftbildbefliegungen des Stadtgebietes.

Das **Geoportal FRISBI** (Fach und Raumbezogenes Informationssystem der Stadt Braunschweig im Intranet/Internet) ermöglicht Nutzerinnen und Nutzern den zentralen Zugang zu kommunalen Geodatenbeständen der Stadt Braunschweig. Thematische Geodaten werden von den Fachabteilungen zur Verfügung gestellt und von der Abteilung Geoinformation grafisch aufbereitet. Die technische Präsentation erfolgt dann über eine aktuelle und moderne Geodateninfrastruktur (GDI). Für Bürgerinnen und Bürger präsentiert die Abteilung Geoinformation darin eine Auswahl von Themen zur kostenfreien Ansicht.

Der Trend, dass die Bedeutung von Daten zunimmt, wird sich in Zukunft weiter fortsetzen. Für die Stadt Braunschweig bedeutet das, Lösungen für den Umgang mit kommunalen Daten zu finden. Die langfristige Vision besteht darin, **eine Urbane Daten-Plattform (UDP)** aufzubauen. Eine UDP dient als zentraler, standardisierter und sicherer Daten-Hub, über den sich städtische Datenbestände verwalten lassen. Aufgrund der spezifischen Ausgangslagen in den Kommunen gibt es für UDPs keine standardisierte Lösung „von der Stange“. Vielmehr muss jede Kommune, ausgehend von den jeweiligen regionalen Akteuren, den kommunalen Beteiligungsstrukturen, den kommunalpolitischen Schwerpunkten und den technischen Randbedingungen der Verwaltung, eine Lösung entwickeln, die zu den eigenen Anforderungen passt. Bei der Stadt Braunschweig laufen strategische Vorarbeiten, um die Voraussetzungen für eine langfristige Entwicklung hin zu einer UDP zu verbessern. Dazu zählen das Open Data-Portal und die Erhebung von Echtzeitdaten ebenso wie die Weiterentwicklung der Geodateninfrastruktur.

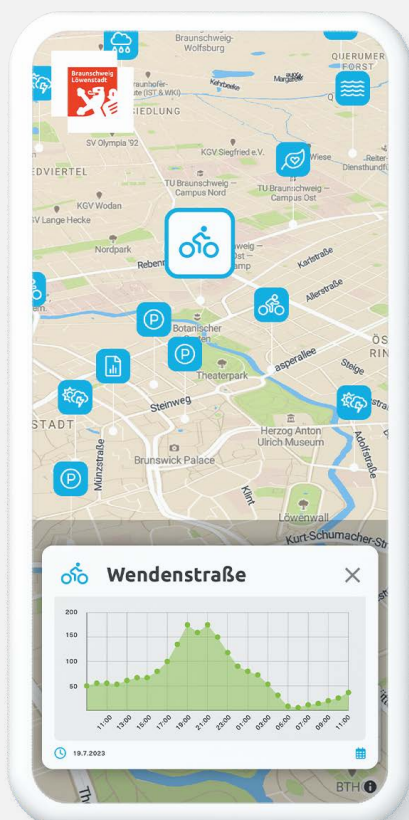


TOP 15.2



**Open Data-Portal**  
[opendata.braunschweig.de](https://opendata.braunschweig.de)

**3D-Stadtmodell**  
[braunschweig.virtualcitymap.de](https://braunschweig.virtualcitymap.de)



**Smart City-Dashboard**  
[braunschweig.de/dashboard](https://braunschweig.de/dashboard)



## 2.9 Web und Social Media



Web-Auftritte und soziale Medien bieten die Möglichkeit, effektiv und zielgruppenorientiert Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Außerdem können sie Vorgänge wie Beteiligungsprozesse und interaktive Informationen zu unterstützen. Sie lassen sich prinzipiell gut mit anderen Aktivitäten verzahnen und spielen im Rahmen des Smart City-Prozesses eine wichtige Rolle. Die Web- und Social Media-Aktivitäten der Stadt Braunschweig lassen sich unterteilen in:

### Zentraler Web-Auftritt

[www.braunschweig.de](http://www.braunschweig.de)

### Online-Portale

[service.braunschweig.de](http://service.braunschweig.de)

[mitreden.braunschweig.de](http://mitreden.braunschweig.de)

[opendata.braunschweig.de](http://opendata.braunschweig.de)

[braunschweig.de/dashboard](http://braunschweig.de/dashboard)

[geoportal.braunschweig.de](http://geoportal.braunschweig.de)

### Projektbezogene Seiten

[www.coliving-campus.de](http://www.coliving-campus.de)

[mep.braunschweig.de](http://mep.braunschweig.de)

[loewenstadt.braunschweig.de](http://loewenstadt.braunschweig.de)

[stadtgutschein-braunschweig.de](http://stadtgutschein-braunschweig.de)

### Smartphone-Apps

[Entdecke Braunschweig](#)

[Löwenbündel](#)

[Stadtgutschein Braunschweig](#)

[Mission Löwenstadt](#)

### Social Media-Portale

[www.facebook.com/  
stadtbraunschweig](http://www.facebook.com/stadtbraunschweig)

[www.facebook.com/denkdeinestadt](http://www.facebook.com/denkdeinestadt)

[www.twitter.com/Stadt\\_BS](http://www.twitter.com/Stadt_BS)

[www.instagram.com/  
die\\_loewenstadt](http://www.instagram.com/die_loewenstadt)

[www.youtube.com/stadtbs](http://www.youtube.com/stadtbs)

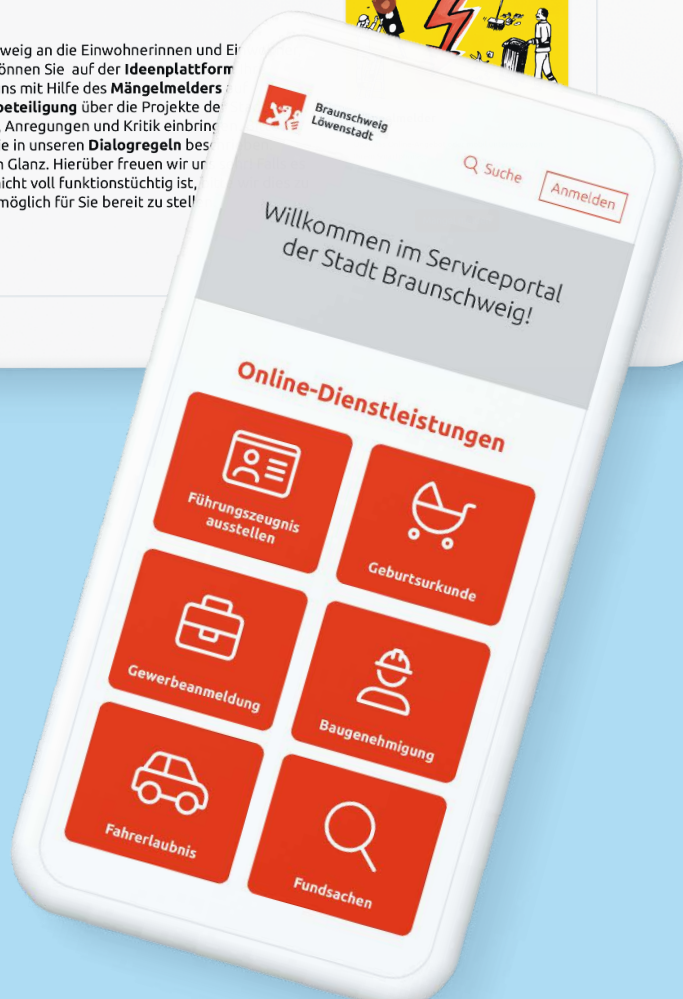
## Unsere Ideenplattform

mitreden.braunschweig.de



## Unser Serviceportal

service.braunschweig.de



## 2.10 Innovationsstandort



Die Stadt Braunschweig setzt eine Vielzahl an Projekten um, die auf die regionale Vernetzung, Gründungsförderung, Co-Working und die Förderung der Wirtschaft abzielen.

Eine smarte Stadt entwickelt sich auch durch das **Kreativ- und Innovationspotenzial** der Bürgerinnen und Bürger und der ansässigen Unternehmen. Eine smarte Stadt erleichtert es kreativen Menschen, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Sie bringt kluge Köpfe aus Wissenschaft, Wirtschaft und anderen Bereichen zusammen, unterstützt wachstumsorientierte Gründungen und schafft es dadurch, zu einem sichtbaren Innovationscluster zu werden. Die Themen werden zentral von der Braunschweig Zukunft GmbH vorangetrieben. Ausgewählte Vorhaben werden nachfolgend zusammenfassend vorgestellt.

Die **Gründungsszene am Innovationsstandort Braunschweig** ist so vielfältig wie die Unterstützungsangebote für junge Unternehmen. Starke Partnerschaften rund um das Gründungsnetzwerk Braunschweig sorgen dafür, dass Gründerinnen und Gründer in jeder Phase der Existenzgründung die passende Beratung und Betreuung sowie Gleichgesinnte und potenzielle Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden. Das Gründungsnetzwerk besteht aus regionalen Unternehmen, Hochschulen, Verbänden und Banken, die junge Gründerinnen und Gründer von der Ideenfindungs- bis zur Wachstumsphase unterstützen. Ergänzt durch das Engagement privater Akteure und regionaler Unternehmen ist so ein starkes Gründungs-Ökosystem aus öffentlichen und privaten Gründungszentren, Co-Working-Spaces, Inkubatoren, Acceleratoren und einer offenen High-Tech-Werkstatt entstanden.

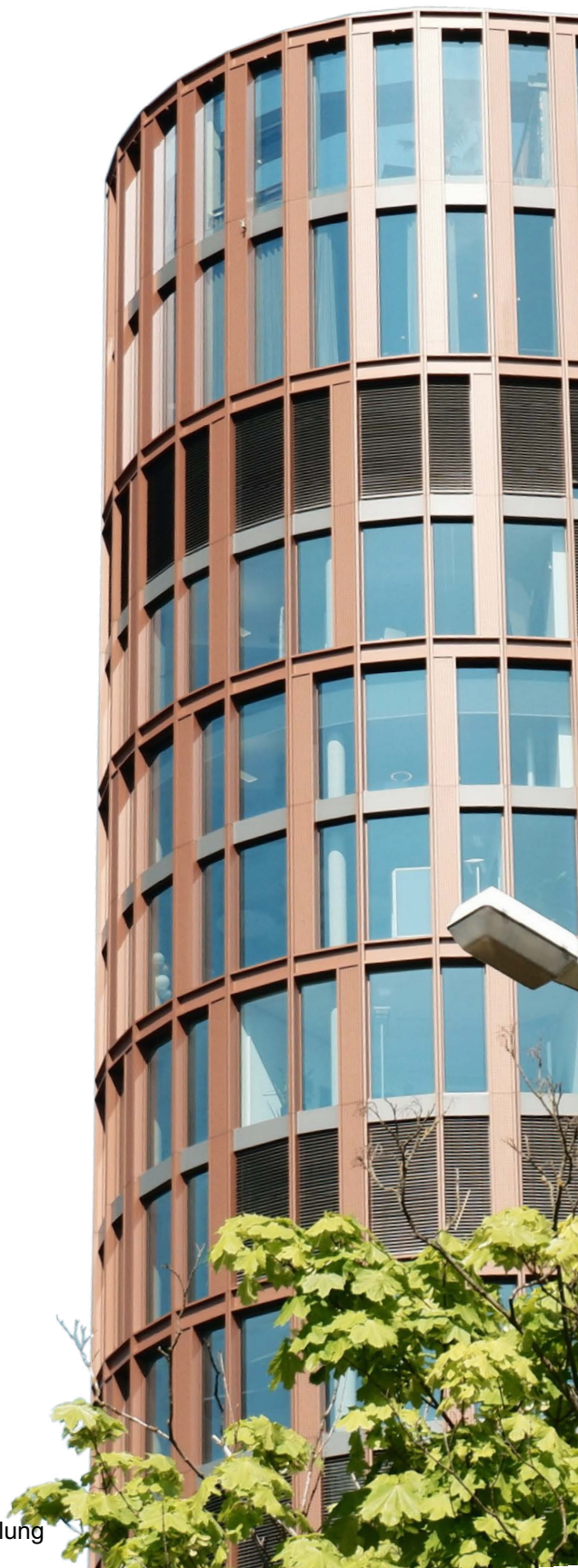
Die **Startup Akademie Wachstum und Innovation (W.IN)** fördert und begleitet innovative Startups entlang des Gründungsprozesses. Mit einem großen Netzwerk aus Braunschweiger Akteurinnen und Akteuren unterschiedlichster Bereiche bietet die Braunschweig Zukunft GmbH maßgeschneiderte Unterstützungsangebote für Startups.

Die Stadt Braunschweig hat für Existenzgründungen und junge Unternehmen mit Sitz in Braunschweig seit 2007 einen **Gründungsfonds** eingerichtet. Daraus werden Zuschüsse für die Gründung oder den Erwerb eines Unternehmens als Einstieg in die Selbstständigkeit sowie für die Erweiterung eines Unternehmens gewährt. Sie können zwischen 1.000 und 7.500 Euro liegen.

Der von der Stadt Braunschweig errichtete **Technologiepark** will die Gründung technologieorientierter Unternehmen erleichtern und den Gründerinnen und Gründern helfen, das Risiko eines Startes in die Selbstständigkeit zu verringern. Der Technologiepark ist offen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer. Dort finden sie den Raum, um mit ihren Unternehmen etwas Neues zu entwickeln, sich zu vermarkten und Beschäftigungsmöglichkeiten für andere zu schaffen.

Das **Gründungsnetzwerk Braunschweig** besteht aus über 20 Institutionen, Verbänden und Wirtschaftsunternehmen, die Existenzgründerinnen und -gründer in Braunschweig mit Expertenrat auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Über das Netzwerk finden Gründungsinteressierte schnell kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner rund um das Thema Unternehmensgründung – auch für einen ganz individuellen Informationsbedarf. Das Gründungsnetzwerk Braunschweig ist eine Initiative der Braunschweig Zukunft GmbH.

Die gegenwärtige Energiekrise macht den Stellenwert von unmittelbaren und langfristigen Maßnahmen zur effizienten Energienutzung deutlich. Deshalb plant die Braunschweig Zukunft GmbH gemeinsam mit der Regionalen EnergieAgentur (REA) die kurzfristige Gründung eines **Energieeffizienznetzwerks** für Braunschweig. Das Netzwerk ist vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet.







# 3

## 3. Ausblick

Die Einblicke in die Smart City-Handlungsfelder zeigen die große Vielfalt an innovativen und zukunftsweisenden Projekten, die die Stadt Braunschweig im Zuge des Smart City-Prozesses umsetzt. In einigen Bereichen zeichnen sich dabei langfristige Entwicklungslinien ab, die die Aktivitäten im Rahmen des Smart City-Prozesses in Zukunft prägen werden:



→ Es ist zu erwarten, dass die **Bedeutung des Umgangs mit Daten** weiter zunehmen wird. Das betrifft im Innenverhältnis den Austausch und die Verarbeitung von Daten zwischen den Fachbereichen der Verwaltung, im Außenverhältnis die Verfügbarkeit von Daten und die Einrichtung von offenen Datenplattformen.

→ Bei den Themen Mobilität und Verkehr ist ein Trend hin zu mehr **Automatisierung und Vernetzung** zu erkennen. Für die Stadt Braunschweig als Modellstadt für Mobilität stellt sich unter anderem die Frage, wie die Technologien im Sinne der kommunalen Ziele – insbesondere für den ÖPNV – nutzbar gemacht werden können.

→ Die Stadtverwaltung wird sich als Organisation stetig digital weiterentwickeln und modernisieren müssen. Neben der stetigen Digitalisierung der Verwaltungsleistungen und der internen Prozesse wird zu klären sein, welchen Nutzen **künstliche Intelligenz für die Verwaltungspraxis** bietet und wie sich KI-Systeme auf rechtskonforme Weise einsetzen lassen.

→ Menschen werden auch in Zukunft unterwegs und zu Hause viel Zeit im Internet verbringen. Mit dem technischen Fortschritt verschwimmen zunehmend die **Grenzen zwischen virtueller und echter Realität**. Für die Smart City Braunschweig bieten sich hier Potenziale, sowohl die Arbeit der Verwaltung als auch den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern zu virtualisieren.

Foto: Braunschweig  
Stadtmarketing GmbH,  
Markus Hörster





**Stadt Braunschweig**

Stabsstelle Digitalisierung, Smart City

**2023**





Betreff:

**Prüfung der überbedarftlichen Ausbildung**

Organisationseinheit:

Dezernat II  
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

01.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.12.2023

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Durch Beschluss des Rates vom 19. September 2023 (Drs.-Nr. 23-21988) ist die Verwaltung gebeten worden, zu prüfen, ob in Kooperation mit kleineren Gemeinden oder externen Partnern eine überbedarftliche Ausbildung wieder durchgeführt werden kann.

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 18. Juni 2019 wurde als Teil der Haushaltsoptimierung entschieden, nicht mehr über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Dies findet seit dem Einstellungsjahr 2020 Anwendung.

Der Verwaltungsausschuss ist damit auf Vorschlag der Verwaltung der Empfehlung der KGSt gefolgt, diesen Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung umzusetzen. Ergänzend dazu hatte die KGSt seinerzeit angeregt, dass die Stadt darüber nachdenken sollte, ob sie eine Kooperation mit kleineren Gemeinden oder externen Partnern eingeht und sich die Ausbildungskosten der über den Eigenbedarf ausgebildeten Mitarbeiter/innen gegen eine Kosten-erstattung zurückholt.

Eine Umfrage bei kleineren Kommunen in der Region, aber auch bei den umliegenden Großstädten hat ergeben, dass über den regelmäßig bereits bestehenden Erfahrungsaustausch hinaus kein Interesse an einer kooperativen Ausbildung besteht. Auch in den befragten Kommunen wird seit längerem nur eine bedarfsgerechte Ausbildung angeboten. Eine Änderung dieser Verfahrensweise zeichnet sich dort nicht ab

Eine überbedarftliche Ausbildung wird auch seitens der Verwaltung nicht als zielführend angesehen. Dies hat folgende Gründe:

Eine Überbedarfsausbildung zielt in erster Linie darauf ab, jungen Menschen zu einem Berufsabschluss zu verhelfen, der ihnen in der freien Wirtschaft – in der Stadtverwaltung aber eben nicht, da für diese Berufe ja gerade kein akuter Bedarf vorhanden ist – eine reelle Chance gibt, sich beruflich zu etablieren.

Damit greift das laut KGSt zu bedenkende Argument des „sozialen Aspekts“ bei der Ausbildung im kommunalen Umfeld aktuell gerade nicht. In den Bereichen, in denen die Stadt Braunschweig mangels Personalbedarfs nicht ausbildet, handelt es sich um solche, bei denen Ausbildungsbetriebe der Wirtschaft ihre Ausbildungsplätze aufgrund des Bewerbungsmangels nicht besetzen können. Das heißt, die Stadt könnte hier keine langfristige Perspektive für die Auszubildenden bieten, würde jedoch die Konkurrenzsituation in diesen Bereichen noch verschärfen.

Insoweit hat sich die Situation gegenüber früheren Zeiten deutlich verändert, seinerzeit wurde die Stadtverwaltung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung zur Bekämpfung

von Jugendarbeitslosigkeit durch ein stetiges Angebot einer Überbedarfsausbildung regelmäßig gerecht.

Nunmehr wird es immer schwieriger, selbst die bedarfsgerechten Ausbildungsplätze, für die sogar eine Übernahmegarantie ausgesprochen wird, vollständig zu besetzen. Das Angebot einer Überbedarfsausbildung ohne eine dauerhafte Anschlussbeschäftigung wäre im Verhältnis dazu sehr unattraktiv, sodass davon auszugehen ist, dass eine Besetzung dieser Ausbildungsplätze - wenn überhaupt - nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand zu erreichen wäre, ohne hierfür einen Nutzen zu generieren.

Gerade die Konzentration des Ausbildungsangebotes auf dringend bestehende Bedarfe hat sich bewährt. Hierdurch konnte die Zahl der bereitgestellten Ausbildungsplätze seit 2020 kontinuierlich erhöht werden. Dies nur durch Erhöhung der zielgerichteten Werbemaßnahmen und das wiederholte Ausschreiben von Ausbildungsplätzen. Der damit einhergehende größere Betreuungsaufwand dient dabei auch dem Erhalt der Qualität der Ausbildung. Hier beabsichtigt die Verwaltung, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um in noch größerem Umfang Bedarfe innerhalb der Verwaltung mit Auszubildenden zu decken. Insoweit wird die Verwaltung auch mit externen Partnern (z. B. Gartenbauunternehmen) in Kontakt treten, um mit denen mögliche Ausbildungskooperationen zu erörtern. Somit konzentriert sich die Verwaltung wie andere Kommunalverwaltungen der Region, auf eine bedarfsgerechte Ausbildung u. a. durch Ausweitung auf weitere Berufsbilder oder auch dualer Studiengänge.

Dr. Pollmann

**Anlage/n:**

Keine

Betreff:

**Berufung von 2 Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis**

Organisationseinheit:

Dezernat II  
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

17.11.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode (Anhörung)	23.11.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	28.11.2023	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

**Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Innenstadt	Ortsbrandmeister	Conrad, Fabian
2	Dibbesdorf	Ortsbrandmeister	Hallmann-Böhm, Till Ole

**Sachverhalt:**

Die Mitgliederversammlungen der Ortsfeuerwehren haben die Obengenannten als Ortsbrandmeister vorgeschlagen.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Nieders. Brandschutzgesetzes

Dr. Pollmann

**Anlage/n:**

Keine



Absender:

**Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt**

TOP 21.1

**23-22426**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Sicherheitskonzept für das Klinikum Braunschweig**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.11.2023

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit der Geschäftsführung des Klinikums Braunschweig und unter Einbeziehung des Betriebsrates des Klinikums Braunschweig ein umfassendes Sicherheitskonzept zu entwickeln und umzusetzen.

Von der Stadt Braunschweig werden benötigte Gelder zur kurzfristigen Entschärfung der aktuellen Situation, in Rücksprache mit dem Klinikum und unter Einbeziehung des Betriebsrates zur Verfügung gestellt.

### **Sachverhalt:**

Zuletzt im September 2023 hat sich der Betriebsrat des Klinikums in einer Pressemitteilung mit der Bitte um Unterstützung bei der Einrichtung und Umsetzung eines Sicherheitskonzeptes an die Stadt gewandt. Es wurde berichtet, dass es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen von Patienten und Angehörigen komme. Diese würden häufig zu wochen- oder sogar monatelangen Personalausfällen führen. Bisher werde ein Sicherheitsdienst nur in den besonders gefährdeten Bereichen wie Notaufnahme oder der Akut-Psychiatrie - und das auch nur am Wochenende - eingesetzt, was nicht ausreichend ist.

Menschen, die rund um die Uhr für uns alle da sind und sich für unsere Gesundheit einsetzen, müssen geschützt werden, damit sie nicht mit Angst zur Arbeit gehen müssen.

### **Anlagen:**

keine

Betreff:

**Sicherheitskonzept für das Klinikum Braunschweig**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

28.11.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	19.12.2023	Ö

**Sachverhalt:**

Zu dem Antrag „Sicherheitskonzept für das Klinikum Braunschweig“ der Gruppe Die FRAKTION. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI vom 7. November 2023 (DS 23-22426) nimmt die Verwaltung in Abstimmung mit der Geschäftsführung des Städtischen Klinikums Braunschweig zusammenfassend wie folgt Stellung:

In den letzten Monaten haben Gewalttaten gegen Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen medizinischen Einrichtungen in der Öffentlichkeit an Aufmerksamkeit gewonnen. Die Gesellschaft nimmt die Thematik mit Blick auf die Beschäftigten und zum Schutz der im Klinikum tätigen unterschiedlichen Berufsgruppen (u. a. Pflegepersonal, Ärztinnen und Ärzte) sehr ernst und verfolgt die Entwicklung. Im Städtischen Klinikum Braunschweig wird sich daher bereits seit mehreren Jahren mit dieser Thematik systematisiert beschäftigt und sie erfährt in der Geschäftsführung die notwendige Aufmerksamkeit.

Das Städtische Klinikum Braunschweig betreibt bereits seit mehreren Jahren ein professionelles und in der Region einmaliges Deeskalationsmanagement, das aus einer zweijährigen Pilotphase hervorging. Im Deeskalationsmanagement sind zwei hauptberufliche Deeskalationsmanager tätig. In diesem Zusammenhang wurde eine Reihe von Maßnahmen entwickelt und initiiert, die der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen sind. Insofern sind bereits etablierte Strukturen im Städtischen Klinikum Braunschweig vorhanden, die denen des geforderten Sicherheitskonzepts gleichkommen.

Das Deeskalationsmanagement umfasst mit der Prävention, Intervention und Nachsorge ein dreistufiges Konzept, das im Wesentlichen folgende Maßnahmen umfasst:

**Prävention**

- Schulungen und Auffrischkurse aller Berufsgruppen zum Thema „Deeskalation“ und „FEM“ (freiheitsentziehende Maßnahmen in der Praxis)
- Unterricht in einigen Fachweiterbildungen und Ausbildungen
- Jährliche Unterweisungen der Mitarbeitenden
- Bereichsbegehungen und Beratung auf den Stationen
- Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen
- Handlungsleitfaden „Prävention und Nachsorge – Patientenübergrieße am Klinikum Braunschweig“

**Intervention**

- Sicherheitsdienst in den Notaufnahmen an den Standorten Holwedestraße und Salzdahlumer Straße sowie in der Psychiatrie
- Verwendung von Notrufmeldesystemen (z. B. DECT-Telefone oder Notfall-Buzzer)
- Hinzuziehen der Polizei
- Verfahrensanweisung zur Vorgehensweise beim Aussprechen eines Hausverbots

### **Nachsorge**

- Psychosoziale Notfallversorgung nach belastenden Ereignissen (PSNV-E 1-IV)
- Einzel- und Teamcoachings
- Durchführung von Fallsupervisionen
- Gespräche mit der Sozialbetreuung und Seelsorge
- Unterstützung bei der Initiierung eines Psychotherapeutenverfahrens oder anderer externer Hilfen
- Handlungsleitfaden „Prävention und Nachsorge – Patientenübergriffe am Klinikum Braunschweig“
- Statistische Erfassung der gemeldeten Übergriffe auf das Personal

Die genannten Maßnahmen adressieren alle Fallarten und werden je nach Notwendigkeit an individuelle Fälle angepasst. So wurden zum Beispiel intoxikierte Patientinnen und Patienten als besondere Risikogruppe identifiziert. Vor diesem Hintergrund hat das Städtische Klinikum Braunschweig gemeinsam mit der Polizeiinspektion Braunschweig und der Stadt Braunschweig ein bundesweit beachtetes Pilotprojekt zur Ausnüchterung von stark alkoholisierten Personen im Polizeigewahrsam auf den Weg gebracht. Das Modell verfolgt das Ziel, nur diejenigen alkoholisierten Personen im Krankenhaus zu behandeln, die eine stationäre medizinische Therapie benötigen. Menschen, die lediglich ausnüchtern müssen, sollen dies unter ärztlicher Überwachung im Polizeigewahrsam tun. Damit wird das Ziel verfolgt, das Personal in den Notaufnahmen entsprechend zu schützen.

Die Maßnahmen werden regelmäßig unter Betrachtung der aktuellen Rahmenbedingungen bewertet und skalierend an das Risikopotential angepasst. Mithilfe systematischer Fragebögen werden die Übergriffe aus allen drei Klinikstandorten erfasst. Nach belastenden Ereignissen unterbreiten die Deeskalationsmanager den Mitarbeitenden Nachsorgegespräche, um Ausfälle durch Übergriffe zu vermeiden.

Weitergehende Informationen zum Deeskalationsmanagement sind auf der Internetpräsenz des Städtischen Klinikums Braunschweig zu finden:

[https://klinikum-braunschweig.de/info.php?id\\_object=3996&object=product](https://klinikum-braunschweig.de/info.php?id_object=3996&object=product)

Geiger

### **Anlage/n:**

keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /  
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der  
Stadt**

**23-22678**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen für  
Karnevalsaktivitäten**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.11.2023

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

### Beschlussvorschlag:

Dem Komitee Braunschweiger Karneval wird zur Förderung der Karnevalsaktivitäten eine um 10.900 € erhöhte Zuwendung gewährt. Für diese überplanmäßige Aufwendung wird die Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Anspruch genommen.

### Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig gewährt dem Komitee Braunschweiger Karneval (KBK) eine Zuwendung zur Förderung der Karnevalsaktivitäten in Form einer Festbetragsförderung. Der Haushaltsansatz berücksichtigt Zuwendungen für die Prunksitzungen sowie für andere Karnevalsaktivitäten wie vor allem den Schoduvel. Durch Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben entsteht dem KBK ein Mehrbedarf in Höhe von 10.900 €, der nicht aus eigener Kraft, durch Einsparungen oder durch zusätzliche Erlöse aufgefangen werden kann. Ursache sind u. a. weiter erhöhte Betriebs- und Sicherheitsauflagen (z. B. zusätzliches externes Ordnungspersonal und mehr Absperrgitter durch Auflagen im Sicherheitskonzept) sowie die Reduzierung von Sponsormitteln. Ohne die Erhöhung der Zuwendung für die Karnevalsaktivitäten für 2024 wäre die Durchführung des weit über die Stadtgrenzen ausstrahlenden Karnevalsumzugs Schoduvel nicht darstellbar.

Im Doppelhaushalt 2023/2024 ist im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft eine Deckungsreserve in Höhe von 2 Mio. € zur Flexibilisierung im 2. Planjahr des Doppelhaushalts für Aufwendungen im Ergebnishaushalt vorgesehen. Gemäß Haushaltsvermerk unterliegen diese Mittel nicht der Budgetbildung gemäß § 4 Abs. 3 KomHKVO und dürfen zur Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für die genannten Zwecke (Flexibilisierung) nur in Anspruch genommen werden, wenn andere Deckungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind. Mit E-Mail vom 20. November 2023 hat die Verwaltung weitere Ausführungen zu den Deckungsreserven zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung gemacht und ein geordnetes Verfahren beschrieben und vorgeschlagen. Insbesondere sollte demnach aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich zuerst die Finanzierbarkeit mit der jeweiligen Fachverwaltung geprüft werden, bevor ein Umsetzungsbeschluss erfolgt. Auch hat die Verwaltung vorgeschlagen, am Anfang des Jahres 2024 eine Prioritätensetzung in Kenntnis aller bis dahin vorliegenden Mehrbedarfssachverhalte zu treffen und dabei die Höhe der verfügbaren Mittel zu berücksichtigen. Ein entsprechender Ratsbeschluss zu über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen könnte in der Ratssitzung am 20. Februar 2024 gefasst werden.

Zum Mehrbedarf des KBK ist den Fraktionen bereits der ablehnende Bescheid des FB 41 vom 9. Oktober 2023 mit E-Mail vom selben Tage zugegangen, aus dem hervorgeht, dass die zusätzlichen Mittel nicht aus dem Budget des TH Kultur und Wissenschaft aufgebracht werden können. Da der Schoduvél bereits am 11. Februar 2024 stattfinden soll, wie üblich einen Tag vor Rosenmontag, muss die Beschlussfassung zu diesem Punkt vorgezogen werden; der Rat sollte bereits in seiner Dezembersitzung 2023 grünes Licht für diese Karnevalsaktivitäten 2024 geben.

**Anlagen:**

keine

Betreff:

**Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt  
Braunschweig**

Organisationseinheit:

Dezernat II  
0140 Referat Rechnungsprüfungsamt

Datum:

23.11.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

**Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig (RPO) wird beschlossen.

**Sachverhalt:**

Mit der Erweiterung und redaktionellen Anpassungen im Aufgabenkatalog des § 155 NKomVG sind verschiedene Bestimmungen der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig vom 28. Februar 2012 in Einklang zu bringen. Eine inhaltliche Veränderung der Aufgaben im Vergleich zu den Regelungen der bisherigen Rechnungsprüfungsordnung ist damit nicht verbunden. Die übrigen Änderungen stellen redaktionelle und präzisierende Anpassungen dar. Im Interesse der Übersichtlichkeit ist es zweckmäßig, die Rechnungsprüfungsordnung in einer Neufassung zu beschließen. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Fassung sind in der als Anlage beigefügten Synopse ersichtlich.

Dr. Pollmann

**Anlage/n:**

RPO 01.11.2023 Text  
RPO 01.11.2023 Synopse

# **Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig (RPO)**

## **vom 19. Dezember 2023**

Nach § 58 Abs. 1 Nr. 2 und §§ 153 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Oktober 2023 (Nds. GVBl. S. 250), hat der Rat in seiner Sitzung am 19. Dezember 2023 folgende Rechnungsprüfungsordnung (RPO) beschlossen:

### **§ 1**

#### **Rechnungsprüfungsamt**

Zur Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung hat die Stadt ein Rechnungsprüfungsamt eingerichtet (§ 153 Abs. 1 NKomVG).

### **§ 2**

#### **Stellung des Rechnungsprüfungsamtes**

Das Rechnungsprüfungsamt ist dem Rat unmittelbar unterstellt und nur diesem verantwortlich. Der Verwaltungsausschuss hat das Recht, dem Rechnungsprüfungsamt Aufträge zur Prüfung der Verwaltung zu erteilen. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der sachlichen Beurteilung der Prüfungsvorgänge unabhängig und insoweit an Weisungen nicht gebunden (§ 154 Abs. 1 NKomVG).

### **§ 3**

#### **Leiterin/Leiter und Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes**

(1) Der Rat beruft die Leiterin/den Leiter und die Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes und beruft sie ab (§ 154 Abs. 2 Satz 1 NKomVG). Sie müssen persönlich und fachlich für die Aufgabenerfüllung des Rechnungsprüfungsamtes geeignet sein und über umfassende Kenntnisse der gesamten städtischen Verwaltung verfügen; insbesondere müssen sie die für die Durchführung ihrer Prüfungstätigkeit erforderlichen spezifischen Kenntnisse besitzen. Im Übrigen gilt § 154 NKomVG.

(2) Die Leiterin/Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist für die ordnungsmäßige und rechtzeitige Erledigung der Prüfungsaufträge dem Rat gegenüber verantwortlich. Sie/Er teilt den Prüferinnen/Prüfern die Arbeitsgebiete im Rahmen eines Dienstverteilungsplans zu, stellt dazu jährlich einen Prüfplan auf und regelt durch Dienstanweisung oder Anordnung die Tätigkeit der Prüferinnen/Prüfer und der sonstigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter. Die Prüferinnen/Prüfer führen die Prüfungen in den ihnen übertragenen Aufgabengebieten in eigener Verantwortung durch.

### **§ 4**

#### **Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes**

(1) Dem Rechnungsprüfungsamt obliegen folgende gesetzliche Pflichtaufgaben (§ 155 Abs. 1 NKomVG und § 158 Abs. 1 i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG):

1. die Prüfung des Jahresabschlusses,
2. die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses,



3. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und der Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,
4. die dauernde Überwachung der Kassen der Stadt sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht. Soweit Eigenbetriebe errichtet sind, gilt dies entsprechend,
5. die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung. Soweit Eigenbetriebe errichtet sind oder kommunale Stiftungen (§ 135 Abs. 1 NKomVG) verwaltet werden, gilt dies entsprechend,
6. die Prüfung des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe (§ 157 Satz 1 NKomVG) sowie der kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) und der Kleinstkapitalgesellschaften im Sinne des § 267a Abs. 1 HGB (§ 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG). Das Rechnungsprüfungsamt kann mit der Durchführung der Jahresabschlussprüfung eine Wirtschaftsprüferin, einen Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder andere Dritte beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt unmittelbar durch den Eigenbetrieb bzw. die Gesellschaft erfolgt (§ 157 Satz 2 NKomVG).

Die Prüfungen gemäß Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 5 sind auch bei Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG durchzuführen.

(2) Der Rat überträgt dem Rechnungsprüfungsamt folgende weitere Aufgaben (§ 155 Abs. 2 NKomVG):

1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,
2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,
3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Stiftungen (§ 135 Abs. 1 NKomVG),
4. die Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist,
5. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,
6. die Prüfung der Abschlüsse der kommunalen Stiftungen nach § 135 Abs. 1 Satz 2 NKomVG und der Abschlüsse der kommunalen Stiftungen, über die die Stadt die Aufsicht führt,
7. die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen (sog. Maßnahmenprüfung).

Soweit bei den Aufgaben gemäß Nr. 3 bis 6 regelmäßig Prüfungen durch andere Prüfungseinrichtungen bzw. -organe (Nds. Landesrechnungshof, Wirtschaftsprüfer, Revisionsverbände u. ä.) vorgenommen werden, kann sich die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes auf die Auswertung der entsprechend vorliegenden Prüfungsergebnisse oder Prüfungsberichte und auf nicht geprüfte Teilgebiete beschränken.

## § 5

### Durchführung der Aufgaben

(1) Die Prüfung ist nach Maßgabe des NKomVG, der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) bzw. sonstiger maßgeblicher Rechtsnormen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt kann die Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten (§ 155 Abs. 3 NKomVG). Hierauf ist in den Prüfungsberichten hinzuweisen.

(2) Das Rechnungsprüfungsamt ist in Durchführung seiner Aufgaben befugt, von den städtischen Organisationseinheiten sowie von den seiner Prüfung unterliegenden Gesellschaften, Einrichtungen u. ä. jede für die Prüfung notwendige Auskunft und Erklärung sowie die Vorlage und die Aushändigung von Akten, Schriftstücken und sonstigen Unterlagen zu verlangen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen, die die zu prüfenden Bereiche andernfalls gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt schriftlich begründet präzise darlegen müssen, entgegenstehen. Die vorstehende Befugnis beinhaltet auch den Zugriff auf gespeicherte Daten.

(3) Die Leiterin/Der Leiter und die Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes sind berechtigt, Prüfungen ohne vorherige Anmeldung an Ort und Stelle durchzuführen; das gilt auch für Prüfungsmaßnahmen im Rahmen von Veranstaltungen. Bei ihrer Prüfung ist ihnen Zutritt zu allen Grundstücken, Baustellen und Gebäuden mit sämtlichen Räumlichkeiten zu gewähren und Einblick in die Bestände, gespeicherten Daten, Akten, Bücher und sonstigen Unterlagen zu gestatten. Sie sind berechtigt, sich Kopien von Unterlagen sowie Ausdrucke und Kopien bzw. Abbilder von gespeicherten Daten zu fertigen. Die zu prüfenden Bereiche haben das Rechnungsprüfungsamt hierbei zu unterstützen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Rechnungsprüfungsamt seine Prüfungen ordnungsgemäß durchführen kann. Die Prüferinnen/Prüfer haben sich im Bedarfsfall durch einen von der Oberbürgermeisterin/vom Oberbürgermeister der Stadt ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.

(4) Vom Rechnungsprüfungsamt sind

- a) bei der Stadtkasse einschließlich ihrer Zahlstellen und ihrer weiteren Teile sowie bei den Sonderkassen der Stadt regelmäßig und unvermutet die Zahlungsabwicklung zu prüfen,
- b) regelmäßig und unvermutet die Kassen der Eigengesellschaften zu prüfen,
- c) regelmäßig und unvermutet die Kassen, deren Kassengeschäfte die Stadt ganz oder in Teilen Dritten übertragen hat (§ 127 Abs. 1 Satz 1 NKomVG), zu prüfen,
- d) unvermutet zweijährlich die Lager im Sinne der Dienstanweisung zur Verwaltung von Lagern (SDA II 10/08) zu prüfen.

(5) Zur Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG (§ 4 Abs. 1 Nr. 5 RPO) sind dem Rechnungsprüfungsamt unaufgefordert die Vergaben einschließlich der entsprechenden Bearbeitungsunterlagen, zu denen u. a. Bedarfsbeurteilungen, Leistungsbeschreibungen, Leistungsverzeichnisse, Angebotsunterlagen, Niederschriften und Wirtschaftlichkeitsvergleiche bzw. Folgekostenberechnungen (i. S. d. § 12 Abs. 1 KomHKVO) gehören, rechtzeitig und vollständig vorzulegen,

- a) über die der Rat, der Verwaltungsausschuss oder ein Fachausschuss der Stadt entscheidet,
- b) im Bereich der Bau-, Dienst- und Lieferleistungen mit einer Auftragshöhe ab 25.000,00 EUR (brutto),
- c) im Bereich der freiberuflichen Leistungen mit einer Auftragshöhe ab 10.000,00 EUR (brutto) und
- d) im Bereich sog. Nachtragsleistungen, d. h. bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen, die in der ursprünglichen Vergabe nicht vorgesehen waren, mit einer summierten Auftragshöhe ab 10.000,00 EUR (brutto).

Dem Rechnungsprüfungsamt sind außerdem Vergaben vor Auftragserteilung vorzulegen, wenn die entsprechende Beschaffungs- bzw. Vergabestelle hierzu aufgefordert wird.

## § 6

### Prüfungsberichte

- (1) Geringfügige Beanstandungen können im nichtförmlichen Verfahren ausgeräumt werden. Die Art der Erledigung ist in einem Prüfungsvermerk festzuhalten.
- (2) Über wesentliche Beanstandungen und Fragen von nicht unerheblicher Bedeutung ist in jedem Fall ein schriftlicher Prüfungsbericht zu fertigen, der den in Betracht kommenden Stellen zur Abstellung der festgestellten Mängel zuzuleiten ist. Die Organisationseinheiten sind verpflichtet, die vom Rechnungsprüfungsamt für die Beantwortung der Prüfungsbemerkungen gesetzten Fristen einzuhalten.
- (3) Berichte über Prüfungen aus Aufträgen des Verwaltungsausschusses (§ 154 Abs. 1 Satz 2 NKomVG) sowie über wesentliche Prüfungen, die einmalig aus gebotenem Anlass erfolgt sind und sich insoweit nicht wiederholen, sind der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister, den Ratsfraktionen und Gruppen sowie dem Verwaltungsausschuss und dem für Finanzen zuständigen Ausschuss des Rates vorzulegen. Über Veruntreuungen ist der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister - soweit Kassengeschäfte davon betroffen sind, auch der Fachbereichsleiterin Finanzen/dem Fachbereichsleiter Finanzen - umgehend zu berichten.
- (4) Für die Schlussberichte über die Prüfung des Jahresabschlusses und die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses gelten § 156 Abs. 3 und 4 NKomVG.

## § 7

### Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Rechnungsprüfungsamt

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt ist in Verbindung mit seiner Prüfungstätigkeit zu grundsätzlichen Organisationsfragen begutachtend hinzuzuziehen.
- (2) Auf dem Gebiet der Informationstechnologie unterstützt die Verwaltung das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Prüfung des Einsatzes und der Anwendung von IT-Verfahren durch Bereitstellung relevanter Unterlagen, Zugang zu technischen Einrichtungen und ggf. weitere Mitwirkungen. Von dem Einsatz neuer Verfahren ist das Rechnungsprüfungsamt zu unterrichten, soweit eine Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes nicht bereits bei der Beschaffung stattgefunden hat. Außergewöhnliche Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Verfahren sind dem Rechnungsprüfungsamt unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Vor der Einführung von Gutscheinen und geldwerten Drucksachen ist das Rechnungsprüfungsamt gutachtlich hinzuzuziehen. Es hat sich insbesondere zu den vorgesehenen Sicherungsvorschriften zu äußern.
- (4) Das Rechnungsprüfungsamt hat uneingeschränkte Zugriffsberechtigungen im Ratsinformationssystem auf sämtliche Einladungen, Beratungsunterlagen, Beschlüsse und Niederschriften des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse der Stadt. Das Rechnungsprüfungsamt ist zu den Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse der Stadt über das Funktionspostfach [rechnungspruefungsamt@braunschweig.de](mailto:rechnungspruefungsamt@braunschweig.de) über entsprechende Einladungen und Niederschriften im Ratsinformationssystem zu informieren.
- (5) Dem Rechnungsprüfungsamt sind über das Funktionspostfach [rechnungspruefungsamt@braunschweig.de](mailto:rechnungspruefungsamt@braunschweig.de) unaufgefordert zu übersenden:
  - a) sämtliche über den Einzelfall hinausgehenden Anordnungen, die das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen betreffen. Dazu gehören auch Satzungen, Gebührenordnungen, IT-Dokumentationen und dergleichen,

- b) Berichte anderer Prüfungseinrichtungen bzw. -organe (Nds. Landesrechnungshof, Wirtschaftsprüfer, Revisionsverbände u. ä.),
  - c) Betriebsabrechnungen und Gebührenkalkulationen, einschließlich entsprechender Erläuterungsberichte,
  - d) Jahresabschlüsse einschließlich der Rechenschaftsberichte der Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.
- (6) Dem Rechnungsprüfungsamt sind über das Funktionspostfach rechnungspruefungsamt@braunschweig.de unaufgefordert die Namen der Dienstkräfte mitzuteilen, die
- a) zur Abgabe verpflichtender Erklärungen bevollmächtigt werden, mit Angabe des Umfanges dieser Vollmacht,
  - b) Anordnungsbefugnisse erhalten, mit entsprechender Unterschriftsprobe und Angabe des Umfanges dieser Befugnis (§ 42 Abs. 4 Satz 1 KomHKVO),
  - c) zur Wahrnehmung von Kassengeschäften ermächtigt werden, obwohl sie nicht zu den Dienstkräften der Kasse gehören.
- (7) Das Rechnungsprüfungsamt ist unter Darlegung des Sachverhaltes von der im Einzelfall betroffenen Organisationseinheit sofort zu unterrichten, wenn sich ein Verdacht von dienstlichen Verfehlungen, Unregelmäßigkeiten oder sonstigen Ursachen ergibt, durch die ein Vermögensschaden für die Stadt entstanden ist oder entstanden sein kann. Das gilt auch für Kassenfehlbestände und für Verluste durch Diebstahl, Raub usw. Die Benachrichtigung des Rechnungsprüfungsamtes befreit die betroffene Organisationseinheit nicht von einer entsprechenden Meldung an die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister.

## § 8

### Inkrafttreten

Diese Rechnungsprüfungsordnung tritt am 20. Dezember 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Rechnungsprüfungsordnung in der Fassung vom 28. Februar 2012 (NBI. 8/2012) außer Kraft.

Braunschweig, 20. Dezember 2023

Dr. Kornblum  
Oberbürgermeister

### Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig Synopsis

Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig vom 28. Februar 2012	Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig (RPO) vom 19. Dezember 2023
Aufgrund des § 58 Abs. 1 Nr. 2 und der §§ 153 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 17. November 2011 (Nds. GVBl. S. 422), hat der Rat in seiner Sitzung am 28. Februar 2012 folgende Rechnungsprüfungsordnung beschlossen:	Nach § 58 Abs. 1 Nr. 2 und §§ 153 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Oktober 2023 (Nds. GVBl. S. 250), hat der Rat in seiner Sitzung am 19. Dezember 2023 folgende Rechnungsprüfungsordnung (RPO) beschlossen:
<p style="text-align: center;">§ 1</p> <p style="text-align: center;">Rechnungsprüfungsamt</p> <p>Die Stadt Braunschweig hat ein Rechnungsprüfungsamt eingerichtet (§ 153 NKomVG).</p>	<p style="text-align: center;">§ 1</p> <p style="text-align: center;">Rechnungsprüfungsamt</p> <p>Zur Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung hat die Stadt ein Rechnungsprüfungsamt eingerichtet (§ 153 Abs. 1 NKomVG).</p>
<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Stellung des Rechnungsprüfungsamtes</p> <p>Das Rechnungsprüfungsamt ist dem Rat unmittelbar unterstellt und nur diesem verantwortlich. Der Verwaltungsausschuss hat das Recht dem Rechnungsprüfungsamt Aufträge zur Prüfung der Verwaltung zu erteilen. Bei der sachlichen Beurteilung der Prüfungsvorgänge ist es unabhängig und insoweit an Weisungen nicht gebunden (§ 154 Abs. 1 NKomVG).</p>	<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Stellung des Rechnungsprüfungsamtes</p> <p>Das Rechnungsprüfungsamt ist dem Rat unmittelbar unterstellt und nur diesem verantwortlich. Der Verwaltungsausschuss hat das Recht, dem Rechnungsprüfungsamt Aufträge zur Prüfung der Verwaltung zu erteilen. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der sachlichen Beurteilung der Prüfungsvorgänge unabhängig und insoweit an Weisungen nicht gebunden (§ 154 Abs. 1 NKomVG).</p>
<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Leiterin/Leiter und Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes</p> <p>(1) Der Rat beruft die Leiterin/den Leiter und die Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes und beruft sie ab (§ 154 Abs. 2 NKomVG). Sie müssen fachlich und persönlich für die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes geeignet sein und über eine umfassende Kenntnis der gesamten städtischen Verwaltung verfügen; insbesondere müssen sie die für die Durchführung ihrer Prüfungstätigkeit erforderlichen Kenntnisse des kommunalen Rechnungswesens und auf technischem Gebiet sowie der Informationstechnologie besitzen. Im Übrigen gilt § 154 NKomVG.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Leiterin/Leiter und Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes</p> <p>(1) Der Rat beruft die Leiterin/den Leiter und die Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes und beruft sie ab (§ 154 Abs. 2 Satz 1 NKomVG). Sie müssen persönlich und fachlich für die Aufgabenerfüllung des Rechnungsprüfungsamtes geeignet sein und über umfassende Kenntnisse der gesamten städtischen Verwaltung verfügen; insbesondere müssen sie die für die Durchführung ihrer Prüfungstätigkeit erforderlichen spezifischen Kenntnisse besitzen. Im Übrigen gilt § 154 NKomVG.</p>

<p>(2) Die Leiterin/der Leiter ist für die ordnungsmäßige und rechtzeitige Erledigung der Prüfungsgeschäfte dem Rat gegenüber verantwortlich. Sie/Er teilt den Prüferinnen und Prüfern die Arbeitsgebiete im Rahmen des Dienstverteilungsplanes zu, stellt jährlich einen Prüfplan auf und regelt durch Dienstanweisung oder Anordnung die Tätigkeit der Prüferinnen/Prüfer und der sonstigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter; die Prüferinnen/Prüfer führen die Prüfungen in den ihnen übertragenen Aufgabengebieten in eigener Verantwortung durch.</p>	<p>(2) Die Leiterin/Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist für die ordnungsmäßige und rechtzeitige Erledigung der Prüfungsaufträge dem Rat gegenüber verantwortlich. Sie/Er teilt den Prüferinnen/Prüfern die Arbeitsgebiete im Rahmen eines Dienstverteilungsplans zu, stellt dazu jährlich einen Prüfplan auf und regelt durch Dienstanweisung oder Anordnung die Tätigkeit der Prüferinnen/Prüfer und der sonstigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter. Die Prüferinnen/Prüfer führen die Prüfungen in den ihnen übertragenen Aufgabengebieten in eigener Verantwortung durch.</p>
<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Aufgaben</p> <p>(1) Dem Rechnungsprüfungsamt obliegen folgende gesetzliche Pflichtaufgaben (§§ 155 Abs. 1, 157, 158 Abs. 1 NKomVG):</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Prüfung des Jahresabschlusses;</li> <li>2. die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses;</li> <li>3. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses;</li> <li>4. die dauernde Überwachung der Stadtkasse einschließlich ihrer Zahlstellen und der Sonderkassen der Stadt sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht. Soweit Eigenbetriebe errichtet werden, gilt dieses entsprechend;</li> <li>5. die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung;</li> <li>6. die Prüfung des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe und der kleinen Kapitalgesellschaften i. S. des § 267 Abs. 1 HGB. Es kann mit der Durchführung der Jahresabschlussprüfung eine Wirtschaftsprüferin, einen Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder andere Dritte beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt unmittelbar durch den Eigenbetrieb bzw. die Gesellschaft erfolgt.</li> </ol> <p>Die Prüfung von Vergaben gemäß Abs. 1 Nr. 5 ist auch bei Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG durchzuführen.</p> <p>(2) Der Rat überträgt dem Rechnungsprüfungsamt folgende weitere Aufgaben (§ 155 Abs. 2 NKomVG):</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,</li> <li>2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,</li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes</p> <p>(1) Dem Rechnungsprüfungsamt obliegen folgende gesetzliche Pflichtaufgaben (§ 155 Abs. 1 NKomVG und § 158 Abs. 1 i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG):</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Prüfung des Jahresabschlusses,</li> <li>2. die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses,</li> <li>3. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und der Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,</li> <li>4. die dauernde Überwachung der Kassen der Stadt sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht. Soweit Eigenbetriebe errichtet sind, gilt dies entsprechend,</li> <li>5. die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung. Soweit Eigenbetriebe errichtet sind oder kommunale Stiftungen (§ 135 Abs. 1 NKomVG) verwaltet werden, gilt dies entsprechend,</li> <li>6. die Prüfung des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe (§ 157 Satz 1 NKomVG) sowie der kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) und der Kleinstkapitalgesellschaften im Sinne des § 267a Abs. 1 HGB (§ 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG). Das Rechnungsprüfungsamt kann mit der Durchführung der Jahresabschlussprüfung eine Wirtschaftsprüferin, einen Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder andere Dritte beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt unmittelbar durch den Eigenbetrieb bzw. die Gesellschaft erfolgt (§ 157 Satz 2 NKomVG).</li> </ol> <p>Die Prüfungen gemäß Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 5 sind auch bei Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG durchzuführen.</p> <p>(2) Der Rat überträgt dem Rechnungsprüfungsamt folgende weitere Aufgaben (§ 155 Abs. 2 NKomVG):</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,</li> <li>2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,</li> </ol>

<p>3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Stiftungen,</p> <p>4. die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder als Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,</p> <p>5. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,</p> <p>6. die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen.</p> <p>Falls bei den Prüfungen gemäß Abs. 2 Nr. 3 bis 5 regelmäßig Prüfungen durch andere Stellen (Wirtschaftsprüfer, Revisionsverbände u. a.) vorgenommen werden, kann sich die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes auf nicht bereits geprüfte Teilgebiete und die Auswertung der vorliegenden Prüfungsberichte beschränken.</p>	<p>3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Stiftungen (§ 135 Abs. 1 NKomVG),</p> <p>4. die Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist,</p> <p>5. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,</p> <p>6. die Prüfung der Abschlüsse der kommunalen Stiftungen nach § 135 Abs. 1 Satz 2 NKomVG und der Abschlüsse der kommunalen Stiftungen, über die die Stadt die Aufsicht führt,</p> <p>7. die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen (sog. Maßnahmenprüfung).</p> <p>Soweit bei den Aufgaben gemäß Nr. 3 bis 6 regelmäßig Prüfungen durch andere Prüfungseinrichtungen bzw. -organe (Nds. Landesrechnungshof, Wirtschaftsprüfer, Revisionsverbände u. ä.) vorgenommen werden, kann sich die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes auf die Auswertung der entsprechend vorliegenden Prüfungsergebnisse oder Prüfungsberichte und auf nicht geprüfte Teilgebiete beschränken.</p>
<p style="text-align: center;">§ 5</p> <p style="text-align: center;">Durchführung der Aufgaben</p> <p>(1) Die Prüfung ist nach Maßgabe der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) in der jeweils geltenden Fassung durchzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt kann die Prüfung der in § 155 Abs. 1 und 2 NKomVG genannten Aufgaben (§ 4 Abs. 1 und 2 RPO) nach pflichtgemäßem Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten. Hierauf ist in den Prüfungsberichten hinzuweisen.</p> <p>(2) Das Rechnungsprüfungsamt ist in Durchführung seiner Aufgaben befugt, von den städtischen Organisationseinheiten sowie von den seiner Prüfung unterliegenden Gesellschaften, Einrichtungen usw. jede für die Prüfung notwendige Auskunft und die Vorlage und die Aushändigung von Akten, Schriftstücken und sonstigen Unterlagen zu verlangen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Die vorstehende Befugnis beinhaltet auch den Zugriff auf gespeicherte Daten.</p> <p>(3) Die Leiterin/der Leiter und die Prüferinnen/Prüfer sind berechtigt Prüfungen ohne vorherige Anmeldung an Ort und Stelle durchzuführen; das gilt auch für Prüfungsmaßnahmen im Rahmen von Veranstaltungen. Bei ihrer Prüfung ist ihnen Zutritt zu allen Räumen, Grundstücken und Baustellen zu gewähren und Einblick in die Bestände, gespeicherten Daten, Akten, Bücher und sonstigen Unterlagen zu gestatten. Alle Prüferinnen/Prüfer haben sich ggf. durch einen von der Oberbürgermeisterin/vom Oberbürgermeister ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 5</p> <p style="text-align: center;">Durchführung der Aufgaben</p> <p>(1) Die Prüfung ist nach Maßgabe des NKomVG, der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) bzw. sonstiger maßgeblicher Rechtsnormen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt kann die Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten (§ 155 Abs. 3 NKomVG). Hierauf ist in den Prüfungsberichten hinzuweisen.</p> <p>(2) Das Rechnungsprüfungsamt ist in Durchführung seiner Aufgaben befugt, von den städtischen Organisationseinheiten sowie von den seiner Prüfung unterliegenden Gesellschaften, Einrichtungen u. ä. jede für die Prüfung notwendige Auskunft und Erklärung sowie die Vorlage und die Aushändigung von Akten, Schriftstücken und sonstigen Unterlagen zu verlangen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen, die die zu prüfenden Bereiche andernfalls gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt schriftlich begründet präzise darlegen müssen, entgegenstehen. Die vorstehende Befugnis beinhaltet auch den Zugriff auf gespeicherte Daten.</p> <p>(3) Die Leiterin/Der Leiter und die Prüferinnen/Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes sind berechtigt, Prüfungen ohne vorherige Anmeldung an Ort und Stelle durchzuführen; das gilt auch für Prüfungsmaßnahmen im Rahmen von Veranstaltungen. Bei ihrer Prüfung ist ihnen Zutritt zu allen Grundstücken, Baustellen und Gebäuden mit sämtlichen Räumlichkeiten zu gewähren und Einblick in die Bestände, gespeicherten Daten, Akten, Bücher und sonstigen Unterlagen zu gestatten. Sie sind berechtigt, sich Kopien von Unterlagen sowie Ausdrucke und Kopien bzw. Abbilder von gespeicherten Daten zu fertigen. Die zu prüfenden Bereiche haben das Rechnungsprüfungsamt hierbei zu unterstützen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Rechnungsprüfungsamt seine Prüfungen ordnungsgemäß durchführen kann. Die Prüferinnen/Prüfer haben sich im Bedarfsfall durch einen von der Oberbürgermeisterin/vom Oberbürgermeister der Stadt ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.</p>



<p>(4) Vom Rechnungsprüfungsamt sind</p> <p>a) bei der Stadtkasse und bei jeder ihrer Zahlstellen sowie den Sonderkassen in jedem Jahr mindestens einmal unvermutet die Zahlungsabwicklung zu prüfen. Wird die Zahlungsabwicklung ständig durch das Rechnungsprüfungsamt überwacht, so kann von einer unvermuteten Prüfung abgesehen werden,</p> <p>b) unvermutet jährlich mindestens einmal die Kassen der Eigengesellschaften zu prüfen,</p> <p>c) unvermutet nach Möglichkeit jährlich einmal, mindestens aber alle zwei Jahre die Lager und Bestände zu prüfen.</p> <p>(5) Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen nach der VOB, VOL und VOF (dazu gehören auch Aufträge an freiberuflich Tätige) sind dem Rechnungsprüfungsamt unaufgefordert mit den vollständigen Bearbeitungsunterlagen (Leistungsbeschreibungen, Leistungsverzeichnisse, sämtliche Angebotsunterlagen, Niederschriften, ggf. Wirtschaftlichkeitsberechnungen usw.) rechtzeitig vor Auftragserteilung zur Prüfung vorzulegen, wenn</p> <p>a) der Rat oder der Verwaltungsausschuss über den Auftrag entscheidet oder</p> <p>b) die Auftragshöhe oberhalb der vom Verwaltungsausschuss festgesetzten Wertgrenze liegt.</p> <p>Die übrigen Vergaben sind dem Rechnungsprüfungsamt vor Auftragserteilung vorzulegen, wenn es die Beschaffungs- und Vergabestellen hierzu auffordert.</p>	<p>(4) Vom Rechnungsprüfungsamt sind</p> <p>a) bei der Stadtkasse einschließlich ihrer Zahlstellen und ihrer weiteren Teile sowie bei den Sonderkassen der Stadt regelmäßig und unvermutet die Zahlungsabwicklung zu prüfen,</p> <p>b) regelmäßig und unvermutet die Kassen der Eigengesellschaften zu prüfen,</p> <p>c) regelmäßig und unvermutet die Kassen, deren Kassengeschäfte die Stadt ganz oder in Teilen Dritten übertragen hat (§ 127 Abs. 1 Satz 1 NKomVG), zu prüfen,</p> <p>d) unvermutet zweijährlich die Lager im Sinne der Dienstanweisung zur Verwaltung von Lagern (SDA II 10/08) zu prüfen.</p> <p>(5) Zur Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG (§ 4 Abs. 1 Nr. 5 RPO) sind dem Rechnungsprüfungsamt unaufgefordert die Vergaben einschließlich der entsprechenden Bearbeitungsunterlagen, zu denen u. a. Bedarfsbeurteilungen, Leistungsbeschreibungen, Leistungsverzeichnisse, Angebotsunterlagen, Niederschriften und Wirtschaftlichkeitsvergleiche bzw. Folgekostenberechnungen (i. S. d. § 12 Abs. 1 KomHKVO) gehören, rechtzeitig und vollständig vorzulegen,</p> <p>a) über die der Rat, der Verwaltungsausschuss oder ein Fachausschuss der Stadt entscheidet,</p> <p>b) im Bereich der Bau-, Dienst- und Lieferleistungen mit einer Auftragshöhe ab 25.000,00 EUR (brutto),</p> <p>c) im Bereich der freiberuflichen Leistungen mit einer Auftragshöhe ab 10.000,00 EUR (brutto) und</p> <p>d) im Bereich sog. Nachtragsleistungen, d. h. bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen, die in der ursprünglichen Vergabe nicht vorgesehen waren, mit einer summierten Auftragshöhe ab 10.000,00 EUR (brutto).</p> <p>Dem Rechnungsprüfungsamt sind außerdem Vergaben vor Auftragserteilung vorzulegen, wenn die entsprechende Beschaffungs- bzw. Vergabestelle hierzu aufgefordert wird.</p>
<p>§ 6</p> <p>Prüfungsberichte</p> <p>(1) Geringfügige Beanstandungen können im nichtförmlichen Verfahren ausgeräumt werden. Die Art der Erledigung ist im Prüfungsvermerk festzuhalten.</p> <p>(2) Über wesentliche Beanstandungen und Fragen von nicht unerheblicher Bedeutung ist in jedem Fall ein schriftlicher Prüfungsbericht zu fertigen, der den in Betracht kommenden Stellen zur Abstellung der Mängel zuzuleiten ist. Die Organisationseinheiten sind verpflichtet die vom Rechnungsprüfungsamt für die Beantwortung der Prüfungsbemerkungen gesetzten Fristen einzuhalten.</p>	<p>§ 6</p> <p>Prüfungsberichte</p> <p>(1) Geringfügige Beanstandungen können im nichtförmlichen Verfahren ausgeräumt werden. Die Art der Erledigung ist in einem Prüfungsvermerk festzuhalten.</p> <p>(2) Über wesentliche Beanstandungen und Fragen von nicht unerheblicher Bedeutung ist in jedem Fall ein schriftlicher Prüfungsbericht zu fertigen, der den in Betracht kommenden Stellen zur Abstellung der festgestellten Mängel zuzuleiten ist. Die Organisationseinheiten sind verpflichtet, die vom Rechnungsprüfungsamt für die Beantwortung der Prüfungsbemerkungen gesetzten Fristen einzuhalten.</p>

<p>(3) Berichte über wichtige Prüfungen sowie über Prüfungen, die das Rechnungsprüfungsamt im Auftrag des Verwaltungsausschusses durchgeführt hat, sind der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister, den Ratsfraktionen und Gruppen sowie dem Verwaltungsausschuss und dem für Finanzen zuständigen Ausschuss des Rates vorzulegen. Über Veruntreuungen ist der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister - soweit Kassengeschäfte davon betroffen sind auch der Fachbereichsleiterin Finanzen/dem Fachbereichsleiter Finanzen - umgehend zu berichten.</p> <p>(4) Für den Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses gilt § 156 Abs. 3 und 4 NKomVG.</p>	<p>(3) Berichte über Prüfungen aus Aufträgen des Verwaltungsausschusses (§ 154 Abs. 1 Satz 2 NKomVG) sowie über wesentliche Prüfungen, die einmalig aus gebotenem Anlass erfolgt sind und sich insoweit nicht wiederholen, sind der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister, den Ratsfraktionen und Gruppen sowie dem Verwaltungsausschuss und dem für Finanzen zuständigen Ausschuss des Rates vorzulegen. Über Veruntreuungen ist der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister - soweit Kassengeschäfte davon betroffen sind, auch der Fachbereichsleiterin Finanzen/dem Fachbereichsleiter Finanzen - umgehend zu berichten.</p> <p>(4) Für die Schlussberichte über die Prüfung des Jahresabschlusses und die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses gelten § 156 Abs. 3 und 4 NKomVG.</p>
<p style="text-align: center;">§ 7</p> <p style="text-align: center;">Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rechnungsprüfungsamt</p> <p>(1) Das Rechnungsprüfungsamt ist in Verbindung mit seiner Prüfungstätigkeit zu grundsätzlichen Organisationsfragen begutachtend hinzuzuziehen.</p> <p>(2) Auf dem Gebiet der Informationstechnologie unterstützt die Verwaltung das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Prüfung des Einsatzes und der Anwendung von IT-Verfahren durch Bereitstellung relevanter Unterlagen, Zugang zu technischen Einrichtungen und ggf. weitere Mitwirkungen. Von dem Einsatz neuer Verfahren ist das Rechnungsprüfungsamt zu unterrichten, soweit eine Beteiligung nicht bereits bei der Beschaffung stattgefunden hat. Außergewöhnliche Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Verfahren sind dem Rechnungsprüfungsamt unverzüglich mitzuteilen.</p> <p>(3) Vor der Einführung von Gutscheinen und geldwerten Drucksachen ist das Rechnungsprüfungsamt gutachtlich zu hören. Es hat sich insbesondere zu den vorgesehenen Sicherheitsvorschriften zu äußern.</p> <p>(4) Dem Rechnungsprüfungsamt sind unaufgefordert zu übersenden:</p> <p>a) alle Einladungen (einschließlich Tagesordnungen und Beratungsunterlagen) zu Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse sowie der Arbeits- oder Projektgruppen der Stadt,</p> <p>b) alle Niederschriften und Beschlüsse des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse sowie die Berichte und Niederschriften der Arbeits- und Projektgruppen der Stadt,</p>	<p style="text-align: center;">§ 7</p> <p style="text-align: center;">Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Rechnungsprüfungsamt</p> <p>(1) Das Rechnungsprüfungsamt ist in Verbindung mit seiner Prüfungstätigkeit zu grundsätzlichen Organisationsfragen begutachtend hinzuzuziehen.</p> <p>(2) Auf dem Gebiet der Informationstechnologie unterstützt die Verwaltung das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Prüfung des Einsatzes und der Anwendung von IT-Verfahren durch Bereitstellung relevanter Unterlagen, Zugang zu technischen Einrichtungen und ggf. weitere Mitwirkungen. Von dem Einsatz neuer Verfahren ist das Rechnungsprüfungsamt zu unterrichten, soweit eine Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes nicht bereits bei der Beschaffung stattgefunden hat. Außergewöhnliche Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Verfahren sind dem Rechnungsprüfungsamt unverzüglich mitzuteilen.</p> <p>(3) Vor der Einführung von Gutscheinen und geldwerten Drucksachen ist das Rechnungsprüfungsamt gutachtlich hinzuzuziehen. Es hat sich insbesondere zu den vorgesehenen Sicherheitsvorschriften zu äußern.</p> <p>(4) Das Rechnungsprüfungsamt hat uneingeschränkte Zugriffsberechtigungen im Ratsinformationssystem auf sämtliche Einladungen, Beratungsunterlagen, Beschlüsse und Niederschriften des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse der Stadt. Das Rechnungsprüfungsamt ist zu den Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse der Stadt über das Funktionspostfach rechnungspruefungsamt@braunschweig.de über entsprechende Einladungen und Niederschriften im Ratsinformationssystem zu informieren.</p> <p>(5) Dem Rechnungsprüfungsamt sind über das Funktionspostfach rechnungspruefungsamt@braunschweig.de unaufgefordert zu übersenden:</p>

<p>c) alle über den Einzelfall hinausgehenden Anordnungen, die das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen betreffen (dazu gehören auch Satzungen, Gebührenordnungen, Lohntarife, Preisverzeichnisse, IT-Dokumentationen und dergleichen),</p> <p>d) Berichte anderer Prüfungsorgane (Rechnungshöfe, Wirtschaftsprüfer usw.),</p> <p>e) Betriebsabrechnungsbögen und die dazugehörenden Erläuterungsberichte der kostenrechnenden Einrichtungen,</p> <p>f) die Zwischen- und Jahresabschlüsse einschließlich der Geschäftsberichte der wirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen der Stadt sowie der Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist.</p> <p>(5) Dem Rechnungsprüfungsamt sind unaufgefordert die Namen der Dienstkräfte mitzuteilen, die</p> <p>a) zur Abgabe verpflichtender Erklärungen bevollmächtigt werden (mit Angabe des Umfangs dieser Vollmacht),</p> <p>b) Anordnungsbefugnisse erhalten (mit Unterschriftsproben und Angabe des Umfangs dieser Befugnis) - § 40 Abs. 4 GemHKVO -,</p> <p>c) zur Wahrnehmung von Kassengeschäften ermächtigt werden, obwohl sie nicht zu den Dienstkräften der Kasse gehören.</p> <p>(6) Das Rechnungsprüfungsamt ist unter Darlegung des Sachverhaltes von der im Einzelfall betroffenen Organisationseinheit sofort zu unterrichten, wenn sich ein Verdacht von dienstlichen Verfehlungen, Unregelmäßigkeiten oder sonstigen Ursachen ergibt, durch die ein Vermögensschaden für die Stadt entstanden ist oder entstanden sein kann. Das gilt auch für Kassenfehlbestände und für Verluste durch Diebstahl, Beraubung usw. Die Benachrichtigung des Rechnungsprüfungsamtes befreit nicht von der Meldung an die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister.</p>	<p>a) sämtliche über den Einzelfall hinausgehenden Anordnungen, die das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen betreffen. Dazu gehören auch Satzungen, Gebührenordnungen, IT-Dokumentationen und dergleichen,</p> <p>b) Berichte anderer Prüfungseinrichtungen bzw. -organe (Nds. Landesrechnungshof, Wirtschaftsprüfer, Revisionsverbände u. ä.),</p> <p>c) Betriebsabrechnungen und Gebührenkalkulationen, einschließlich entsprechender Erläuterungsberichte,</p> <p>d) Jahresabschlüsse einschließlich der Rechenschaftsberichte der Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.</p> <p>(6) Dem Rechnungsprüfungsamt sind über das Funktionspostfach rechnungspruefungsamt@braunschweig.de unaufgefordert die Namen der Dienstkräfte mitzuteilen, die</p> <p>a) zur Abgabe verpflichtender Erklärungen bevollmächtigt werden, mit Angabe des Umfangs dieser Vollmacht,</p> <p>b) Anordnungsbefugnisse erhalten, mit entsprechender Unterschriftsprobe und Angabe des Umfangs dieser Befugnis (§ 42 Abs. 4 Satz 1 KomHKVO),</p> <p>c) zur Wahrnehmung von Kassengeschäften ermächtigt werden, obwohl sie nicht zu den Dienstkräften der Kasse gehören.</p> <p>(7) Das Rechnungsprüfungsamt ist unter Darlegung des Sachverhaltes von der im Einzelfall betroffenen Organisationseinheit sofort zu unterrichten, wenn sich ein Verdacht von dienstlichen Verfehlungen, Unregelmäßigkeiten oder sonstigen Ursachen ergibt, durch die ein Vermögensschaden für die Stadt entstanden ist oder entstanden sein kann. Das gilt auch für Kassenfehlbestände und für Verluste durch Diebstahl, Raub usw. Die Benachrichtigung des Rechnungsprüfungsamtes befreit die betroffene Organisationseinheit nicht von einer entsprechenden Meldung an die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister.</p>
<p>§ 8</p> <p>Diese Rechnungsprüfungsordnung tritt am 1. März 2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Rechnungsprüfungsordnung in der Fassung vom 8. Juli 2008 (NBI. 48/2008) außer Kraft.</p>	<p>§ 8</p> <p>Inkrafttreten</p> <p>Diese Rechnungsprüfungsordnung tritt am 20. Dezember 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Rechnungsprüfungsordnung in der Fassung vom 28. Februar 2012 (NBI. 8/2012) außer Kraft.</p>

Betreff:

**Braunschweiger Verkehrs-GmbH**  
**Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

27.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 07.12.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

## **Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH den Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. November 2023 empfohlenen Fassung festzustellen.
2. Die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH im Vorgriff auf die Wirtschaftsplanung 2025 für folgende Projekte bereits im Wirtschaftsjahr 2024 eine Handlungsermächtigung zur Initiierung von Beschaffungsvorgängen zu erteilen:
  - Projekt E-Buskonzept (Buslieferung der alternativ angetriebenen Busse)
  - Ladeinfrastruktur Gelegenheitslader E-Bus im Stadtgebiet
  - Sanierung Gleichrichterunterweg Lincolnsiedlung
  - Erneuerung Gleisdreieck Berliner Platz (Teil 2 und 3)
  - Sanierung Gleisanlagen Ottenroder Straße (Querung Bienroder Weg)
  - Sanierung Gleisanlagen Gleisverschlingung Lange Straße
  - Sanierung Gleisanlagen Mühlenpfordtstraße bis Wendentorwall
  - Infrastrukturelle Anpassungen für 2,65m - Bahnen
  - Umbau der Haltestellen Hamburger Straße
  - Stadt.Bahn.Plus – Vorbereitende Maßnahmen TP1 Volkmarode“

## **Sachverhalt:**

### Zu 1. Wirtschaftsplan 2024

Sämtliche Geschäftsanteile der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) werden von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) gehalten.

Gemäß § 12 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages der BSVG entscheidet die Gesellschafterversammlung der BSVG über die Feststellung der Wirtschaftspläne. Nach § 12 Ziffer 5 des

Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BSVG wird den Wirtschaftsplan 2024 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 29. November 2023 beraten. Über das Ergebnis wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung mündlich berichtet.

Der Wirtschaftsplan 2024 der BSVG weist einen Fehlbetrag in Höhe von 36.569 T€ aus. Der Verlust wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der SBBG ausgeglichen. Aufgrund der fortgeschriebenen Ergebnisentwicklungen ergibt sich gegenüber der bisherigen mittelfristigen Planung für das Jahr 2024 ein um 3.714 T€ höherer Verlustausgleichsbedarf für die BSVG. Ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe konnte seitens der Gesellschaft in der Planung nicht berücksichtigt werden.

Der Erfolgsplan 2024 und auch die mittelfristige Unternehmensvorschau sind betrieblich signifikant durch steigende Personal-, Material- und Energiekosten sowie die verstärkte Investitionstätigkeit der Gesellschaft u. a. in Elektromobilität und die Stadtbahnerweiterung geprägt. Die Leistungserstellung und die Nutzung des ÖPNVs normalisiert sich seit dem Ende der Corona-Pandemie, erreicht jedoch noch nicht das ursprüngliche Nutzungsniveau. Mit der Einführung des 49-Euro-Tickets ist ein attraktives Angebot für die Fahrgäste entstanden, die den Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit nutzen können. Im Planungszeitraum wird die auskömmliche Finanzierung dieses Tickets eine wesentliche Grundlage darstellen. Vor diesem Hintergrund berücksichtigt der Wirtschaftsplan 2024 auf Basis der bundes- und landespolitischen Grundsatzaussagen auch einen Ansatz zum Ausgleich des D-Tickets von jährlich 10,2 Mio. € bis 11,1 Mio. €. Hinsichtlich der konkreten Jahresbeträge wird auf die Ausführungen in der Textziffer I.3 auf Seite 5 des der Vorlage beigefügten Wirtschaftsplans verwiesen.

Unter diesen Planungsprämissen stellt sich die Ergebnisentwicklung wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	36.484	39.674	39.757	41.607
1a	% zum Vorjahr/Plan		+8,7%	+9,0% / +0,2%	+4,7%
2	andere aktivierte Eigenleistungen	930	1.060	1.060	1.060
3	sonstige betriebliche Erträge	12.793	17.521	8.563	10.645
4	Materialaufwand	-22.027	-29.421	-24.145	-22.995
5	Personalaufwand	-39.434	-42.603	-42.603	-46.126
6	Abschreibungen	-10.231	-11.459	-11.191	-12.188
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.539	-4.431	-4.507	-4.393
8	Betriebsergebnis (Summe 1-7)	-27.025	-29.659	-33.066	-32.390
9	Zins-/Finanzergebnis	-2.593	-2.868	-2.508	-4.086
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
11	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 8-10)	<b>-29.618</b>	<b>-32.527</b>	<b>-35.573</b>	<b>-36.475</b>
12	sonstige Steuern	-92	-93	-84	-94
13	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 11-12)	<b>-29.710</b>	<b>-32.620</b>	<b>-35.657</b>	<b>-36.569</b>

Gegenüber den Vorjahren ist eine Steigerung der Umsatzerlöse geplant. Im Vergleich zu der Prognose für das Jahr 2023 ergibt sich eine Erhöhung um 1.850 T€. Dies entspricht einer Steigerung um 4,7 %. Diese Steigerung unterstellt eine weitere Zunahme der Nutzerhäufigkeiten und die Weiterführung des D-Tickets in Form des 49-Euro-Tickets.

Die Ausgleichszahlungen für die Schwerbehindertenbeförderung für das Jahr 2024 belaufen sich auf 588 T€ und bemessen sich am Zählergebnis des Jahres 2022. Im Jahr 2024 erfolgt eine erneute Zählung für den Schwerbehindertenquotienten.

Die Ausgleichsleistung des Landes zur Finanzierung der Fehlbeträge durch Ausgabe von preisrabattierten Wochen-, Monats- oder Jahreskarten im Linienverkehr an Schüler, Studenten und Auszubildende (Schülerverkehre) ist in den § 7a und 7b des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes geregelt. Die bisherigen Ausgleichszahlungen in Höhe von 2.877 T€ wurden in der Planung fortgeschrieben.

Aus der Werbeflächenvermietung, welche im Wesentlichen die Außenwerbung auf Fahrzeugen und Haltestellen beinhaltet, werden Erlöse in Höhe von 900 T€ erwartet.

Die sonstigen Umsatzerlöse belaufen sich auf 3.212 T€ und beinhalten im wesentlichen Zahlungen des Regionalverbandes und Dritten für die Erbringung von Regiobusleistungen und weiteren Bedarfsverkehren sowie innerkonzernliche Umsätze.

Die anderen aktivierten Eigenleistungen, die insbesondere auf eigenen internen Planungs- und Steuerungsmaßnahmen der Gesellschaft im Rahmen des Stadtbahnausbauprojektes sowie der weiteren großen Investitionstätigkeiten anfallen, bleiben im Planungszeitraum auf einem hohen Niveau.

Der Materialaufwand 2024 wird in Höhe von insgesamt 22.995 T€ prognostiziert und setzt sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (13.046 T€) sowie aus den bezogenen Leistungen (9.949 T€) zusammen. Erstere beinhalten neben den Materialkosten insbesondere Energiekosten für den Fahrbetrieb (Fahrstrom und Dieselskosten). Die Mehrkosten berücksichtigen die Preissteigerungen für Dieselskraftstoff in Bezug auf die seit dem Jahr 2021 stufenweise eingeführte CO<sub>2</sub>-Besteuerung und die Ausweitung von ÖPNV-Leistungen. Unter den bezogenen Leistungen werden u. a. Fremdleistungen für die Instandhaltung und Reinigung der Fahrzeuge und aller Braunschweiger Haltestellen (5.079 T€) sowie Anmietverkehre (4.870 T€) veranschlagt.

Der Personalaufwand beläuft sich auf 46.126 T€. Neben einem erhöhten Personalbedarf, der aus Leistungsausweitungen resultiert, sind auch Tarifsteigerungen von rund 8 % berücksichtigt. Die Mitarbeiterzahl wird sich auf Basis der Vollzeitbetrachtung gegenüber der Vorschau 2023 (743 Mitarbeiter inkl. Auszubildende) nicht erhöhen.

Im Jahr 2024 werden Abschreibungen in Höhe von 12.188 T€ geplant. Diese resultieren in Höhe von 10.118 T€ aus bereits durchgeführten Investitionen der Vorjahre, während 2.070 T€ auf die im Finanzplan vorgesehenen Neuinvestitionen entfallen. Die Abschreibungen erhöhen sich im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich auf 16.930 T€ im Jahr 2027, wobei der Anteil für die Neuinvestitionen auf 7.992 T€ ansteigen wird. Auf Basis der bereits in den Vorjahren realisierten Investitionsmaßnahmen führen insbesondere die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen für die Fahrzeugbeschaffungen, die Sanierung des Betriebshofs Lindenberg und die Gleissanierungsmaßnahmen zu dem gezeigten Aufwuchs. Aus dem Stadtbahnausbauprojekt sind erstmals ab dem Jahr 2027 Abschreibungen zu erwarten.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden insbesondere das an die Stadt Braunschweig zu zahlende Wegenutzungsentgelt und Zahlungen für Dienstleistungen der SBBG im Rahmen der Finanzbuchhaltung veranschlagt.

Das Zins- und Finanzergebnis steht in direktem Zusammenhang mit den im Finanzplan enthaltenen Investitionen und berücksichtigt den um die Förderung bereinigten Fremdkapitalbedarf.

Der Finanzplan 2024 weist unter Einrechnung einer leichten Steigerung des Baupreisindex einen Finanzbedarf für Investitionen in Höhe von 83.106 T€ (Brutto-Finanzbedarf) aus. Hiervon entfällt ein Betrag von 3.553 T€ auf Investitionen (Planungskosten) im Rahmen des Stadtbahnausbauprojekts.

Aufgrund der erwarteten Zuschüsse in Höhe von 36.654 T€ wird ein Netto-Finanzbedarf in Höhe von 46.452 T€ prognostiziert. Als Investitionsschwerpunkte 2024 sind neben der genannten Bereitstellung von Planungsmitteln für das Stadtbahnausbauprojekt zu nennen:

• Omnibusbeschaffungen (E-Standard- und E-Gelenkbusse)	20.008 T€
• Sanierung und Erweiterung Betriebshof Lindenberg	16.597 T€
• Anpassung der Linie 1/10 auf 2,65m Wagenkästen	7.565 T€
• Bahnsteiganhebung/Möblierung Stadtbahnhaltestellen	6.206 T€
• Wendeschleife Inselwall	3.804 T€
• HESOP (Energierückgewinnungssystem)	2.600 T€

## Zu 2. Handlungsermächtigung für Maßnahmen des Planjahres 2025

In Anbetracht der steigenden Vorlaufzeiten einzelner Projekte hat sich gezeigt, dass aus zeitlichen und wirtschaftlichen Aspekten heraus bereits vorfristig eine Initiierung von Beschaffungsvorgängen erforderlich werden kann, um diese plankonform realisieren oder Preisvorteile generieren zu können. Dieses betrifft in diesem Jahr insbesondere die Elektro-Busausschreibung, die aufgrund von unerwartet langen Herstellungszeiträumen von über 60 Wochen die Beantragung sowie die zeitliche Inanspruchnahme von Bundes- und Landesförderungen erschwert.

Um für die Maßnahmen, deren eigentliche Umsetzung im Jahr 2025 vorgesehen ist, bereits im Laufe des Jahres 2024 Ausschreibungen vornehmen zu können, benötigt die BSVG eine Handlungsermächtigung. Der Antrag auf vorgezogene Genehmigung im Sinne einer Handlungsermächtigung ergeht für folgende Projekte des Planjahres in 2025:

- Projekt E-Buskonzept (Buslieferung der alternativ angetriebenen Busse)
- Ladeinfrastruktur Gelegenheitslader E-Bus im Stadtgebiet
- Sanierung Gleichrichterunterwerk Lincolnsiedlung
- Erneuerung Gleisdreieck Berliner Platz (Teil 2 und 3)
- Sanierung Gleisanlagen Ottenroder Straße (Querung Bienroder Weg)
- Sanierung Gleisanlagen Gleisverschlingung Lange Straße
- Sanierung Gleisanlagen Mühlenpfordtstraße bis Wendentorwall
- Infrastrukturelle Anpassungen für 2,65m - Bahnen
- Umbau der Haltestellen Hamburger Straße
- Stadt.Bahn.Plus – Vorbereitende Maßnahmen TP1 Volkmarode

Da dieser Vorgriff auf das Wirtschaftsjahr 2025 eine Vorfestlegung für die Wirtschaftsplanung 2025 der BSVG bedeutet, ist nach den bereits genannten Bestimmungen der Gesellschaftsverträge der BSVG bzw. der Alleingesellschafterin SBBG ein Anweisungsbeschluss des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung zur Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG erforderlich.

Das seit der Wirtschaftsplanung 2018 praktizierte Verfahren der Handlungsermächtigung hat sich bewährt und soll entsprechend auch weiterhin Anwendung finden.

Der Wirtschaftsplan 2024 der BSVG ist als Anlage beigefügt.



Geiger

**Anlage/n:**

BSVG - Wirtschaftsplan 2024

# Wirtschaftsplan 2024

**Braunschweiger Verkehrs-GmbH**

**und mittelfristige Unternehmensvorschau  
2025 bis 2027**

## Inhaltsübersicht

### I. Erfolgsvorschau

1. Allgemeines und Entwicklung der Mitarbeiterzahl
2. Ergebnisdarstellung
3. Erfolgsplan 2023 und mittelfristige Unternehmensvorschau 2024 – 2027
4. Erläuterungen zu Aufwand und Erträgen

### II. Finanzvorschau

1. Investitionsvorhaben
2. Finanzierung

### III. Bilanzplan

## I. Erfolgsvorschau

### **1. Allgemeines und Entwicklung der Mitarbeiterzahlen**

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat sich zu einem leistungsfähigen und modernen Verkehrsunternehmen entwickelt. In enger Abstimmung mit der Stadt Braunschweig sowie unter enger Einbindung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig konnte die Konsolidierungsphase zu Beginn der 2000er Jahre überwunden werden. Die Erhöhung der Betriebsleistung wurde in den letzten Jahren durch die Beschlüsse zum städtischen Fahrplanangebot durch den Aufgabenträger Stadt Braunschweig und auf Initiative des Regionalverbandes durch Mehrbestellungen von Regiobusleistungen ermöglicht. Dies zeigt sich im Planungszeitraum in einem stärker nachfrageorientierten, ökologisch geprägten Fahrplanangebot für die Bürger der Stadt. Auch der Klimaschutz findet in der Planung entsprechend hohe Beachtung. Diese zusätzlichen Leistungen spiegeln sich einhergehend mit der gesetzlichen Verpflichtung der Einführung von Elektrobussystemen in erhöhten Aufwendungen der Gesellschaft wider. Unternehmenstichernde Großinvestitionen befinden sich weiterhin in der baulichen Umsetzung (z. B. Busbetriebshof, Stadtbahnbeschaffung, Echtzeitumstellung, Infrastruktur für Elektrobusse, Bahnsteiganhebung und Aufwertung der Möblierung der Stadtbahnhaltestellen, HESOP) beziehungsweise in der planerischen Vorbereitung (Stadtbahnausbau, Elektrobussbeschaffung, Wagenkastenverbreiterung auf 2,65 m). Im Ergebnis wird im Planungszeitraum ein kontinuierlicher Systemausbau samt qualitativer Steigerung des ÖPNVs in Braunschweig im Sinne der politisch übergeordnet geplanten Verkehrswende ermöglicht.

Diese zukunftsweisenden Projekte sollen die Zugangshemmnisse für den Fahrgast zum ÖPNV-System vermindern und die Verfügbarkeit und Qualität des ÖPNVs kontinuierlich verbessern. Ziele sind unter anderem die Steigerung der Kundenzufriedenheit, ein Zuwachs an Fahrgästen im ÖPNV und eine Steigerung des ÖV-Anteils am Modal-Split in Braunschweig. Hier konnte die Gesellschaft mit zwei Fahrgastbefragungen bereits vergleichbar sehr gute Ergebnisse erzielen, was als eine Bestätigung des eingeschlagenen Weges gelten kann. Mit zunehmender Umsetzung dieser Ziele sollten sich die städtischen Emissionen reduzieren. Dank dieser Maßnahmen im ÖPNV kann die ökologische Gesamtbilanz der Stadt Braunschweig verbessert werden.

Das Stadtbahnausbauprojekt ist für die ÖPNV-Entwicklung der Stadt Braunschweig wegweisend und wird gemeinsam von Stadtverwaltung und BSVG auf Basis des Ratsbeschlusses aus dem Frühjahr 2017 intensiv vorangetrieben. Die Umsetzbarkeit des Projektes hängt wesentlich von den Fördermöglichkeiten der Trassen durch Bund und Land, der Sicherstellung der investiven Eigenmittelanteile und den langfristigen wirtschaftlichen Folgen für das Unternehmen ab. Hierzu hat sich das Bundes-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) deutlich zu Gunsten dieses Projektes entwickelt. Die BSVG ist genau dazu in ersten Abstimmungen mit dem Fördermittelgeber Land und Bund. Der eingereichte Rahmenantrag hat das Projekt von Fördermittelkategorie C bereits in die nächsthöhere Stufe B beim Bund befördert. Der Start des Planfeststellungsverfahrens für das erste Teilprojekt Volkmarode Nord steht unmittelbar bevor.

Zu den zukunftsweisenden betrieblichen Investitionen zählen die Sanierung und Modernisierung des Busbetriebshofes Lindenberg mit Photovoltaikanlagen und die Vorbereitung für die Umstellung des Busbetriebes auf Elektromobilität samt Ladeinfrastruktur. Die Investitionen in die innovative Unterwerkstechnik „HESOP“ und der fortlaufende Ausbau des digitalen Vertriebs sorgen für die erforderlichen Modernisierungen. Diese Projekte werden das Gesicht der BSVG weiter positiv verändern und den ÖPNV modernisieren. Bei den Gleisanlagen werden im Planungszeitraum in den Bereichen Europaplatz – John-F.-Kennedy-Platz, Gleisdreieck Berliner Platz, Münchenstraße, Wendeschleife Inselwall und Ottenroder Straße die Gleisanlagen sukzessive saniert.

Die Leistungserstellung und die Nutzung des ÖPNVs normalisiert sich seit dem Ende der Corona-Pandemie, erreicht jedoch noch nicht das ursprüngliche Nutzungsniveau. Nichtsdestotrotz wird mit kontinuierlich steigenden Umsatzerlösen gerechnet. Mit der Einführung des 49-Euro-Tickets ist ein attraktives Angebot für die Fahrgäste entstanden, die den Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit nutzen können. Die auskömmliche Finanzierung dieses Tickets wird im Planungszeitraum eine wesentliche Grundlage darstellen.



Das erweiterte Fahrplanangebot, gestiegene Energiekosten und die gestiegene Investitionstätigkeit in Großprojekte führen zu steigenden Aufwendungen, die nicht (voll) durch die Erträge gegenfinanzierbar sind. Die Personalkosten steigen durch die Tarifabschlüsse an, die zu deutlichen Steigerungen des Personalaufwands geführt haben. Aufgrund des inflationären Umfelds sind die Tarifabschlüsse gegenüber den Vorjahren deutlich höher ausgefallen.

Bereits seit Mitte 2021 und aufgrund der kriegsbedingten Entwicklungen in der Ukraine seit März 2022 waren auf den Börsenmärkten drastische Preissteigerungen bei der Beschaffung von allen relevanten Energiearten (Diesel, Gas und Strom) zu verzeichnen. Seit Anfang 2023 sind die Energiepreise gefallen, verharren jedoch auf einem deutlich höheren Niveau. Zur Abmilderung dieser Effekte sind bundesseitige Maßnahmen implementiert worden. Hier ist das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) und das Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz (EWPBG) zu nennen, welche die Energiepreisanstiege dämpfen. Ab dem Jahr 2024 wird in der Planung mit einer preislichen Entspannung für die Energiebeschaffung gerechnet. Künftig wird der relative Anteil der Dieselmotorkraftstoffbeschaffung aufgrund der zunehmenden Elektrifizierung der Busflotte abnehmen, sodass sich die Bedarfe samt der Kostenhöhen entsprechend verschieben. Ergänzend ist anzumerken, dass die Fremdkapitalzinsen von unter 1 % auf nahe 4 % angestiegen sind.

Die BSVG hält weiter daran fest, die im Rahmen der Restrukturierung erarbeitete strukturelle Aufstellung des Unternehmens mit dem Fokus auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Organisation des Kerngeschäftes zu wahren. Angemessene Berichts- und Abstimmungsläufe mit den Verwaltungen der Stadt Braunschweig und dem Regionalverband sind ein Faktor für einen effizient aufgestellten betrieblichen Overhead. Die Entwicklungen der fortschreitenden Digitalisierung, der weiterführenden Elektromobilität und zunehmenden komplexen Projekten haben und werden weiterhin eine angemessene Ressourcenzuführung erforderlich machen.

Aufgrund des erarbeiteten Projektfortschrittes und der damit einhergehend getroffenen städtischen Beschlusslagen zum Projekt Stadtbahnausbau sind im Wirtschaftsplan sowie der Mittelfristplanung umfangreiche Planungs- und in 2025 bereits erste Bauleistungen in Volkmarode berücksichtigt.

Auch im Jahr 2022 werden die getätigten Leistungserweiterungen im Angebot gemäß den Abstimmungen mit der Stadt Braunschweig und des Regionalverbandes auf die Entwicklung der Nachfrage mit den jetzt verfügbaren Fahrgastzählgeräten evaluiert und nach Bewertung der Ergebnisse Vorschläge zum weiteren Vorgehen erarbeitet. Eine anteilige Finanzierung erfolgt durch den Regionalverband. Zukünftig sind zunehmend längere Vorlaufzeiten erforderlich, um geförderte Fahrzeuge einsetzen zu können und das benötigte Fahrpersonal zu akquirieren.

Das unter der Führung des Regionalverbandes und der Verbundgesellschaft verbundweit eingeführte Einnahmeaufteilungsverfahren (EAV) wurde für 2021 erstmals Mitte 2022 abgerechnet. Ein derartiges Ertragsverteilungssystem führt dauernd zu leichten Anpassungen und Korrekturen, ist im Grunde innerhalb des Verbundes jedoch als eingeführt zu betrachten. Ertragsverluste zum SPNV gilt es zu plausibilisieren. Es werden daraus negative Wirkungen auf den Ertrag wesentlich aufgrund der Neuverteilung der Semesterkarten erwartet, die für 2022 nur gering wirkten und zudem durch angestiegene Erträge aus den sonstigen Ticketsegmenten kompensiert werden konnten. Die BSVG plant diesbezüglich in Absprache mit dem Regionalverband konkretisierende Erhebungen durchzuführen, um die abschließend mittels SPNV-Daten erfolgte Verteilung der Erträge zu plausibilisieren.

Signifikante Verbesserungen der Jahresergebnisse sind aufgrund fehlender Kompensationsmöglichkeiten von allgemeinen Kostensteigerungen und ansteigenden systemischen Bedarfen und rechtlich eher ansteigender Forderungen ohne Leistungsreduzierungen oder Einschränkungen der steigenden Kundenerwartungen nicht möglich. Die Entwicklung der Jahresergebnisse im Planverlauf ist durch die zu erbringende Verkehrsleistung, die Qualität des Verkehrsangebotes und das Marktpreisniveau geprägt.

Die BSVG verfügt im Vergleich zu anderen kombinierten Stadtbahn-Busunternehmen über einen außergewöhnlich geringen Bestand an Mitarbeitern, die nicht im Fahrdienst beschäftigt sind.

Die Reduzierungen im Ertrag sowie der gleichzeitige Anstieg der Kostenpositionen führt zu verminderten Deckungsbeiträgen von rund 58 % zum Vorjahr (rund 64 %), die ohne in der Branche üblichen separaten Zahlungen von Infrastrukturzuschüssen, verkehrsvertraglichen Leistungsvergütungen oder weiteren finanziellen Ausgleichen verbundspezifischer Kosten erreicht werden.

Das prognostizierte Jahresergebnis 2023 liegt derzeit noch auf dem Niveau des Wirtschaftsplanwertes für 2023. Diese Ergebniseinschätzung zeigt den Kenntnisstand von Anfang Oktober 2023 und ist bezogen auf die unklaren Wirkungen aus der weiteren Entwicklung der Energiepreise zu bewerten sowie der derzeitigen unklaren Höhe der Kompensationszahlungen der Einnahmeschäden des 49-Euro-Tickets sowie Schlussrechnungen der Corona-Hilfszahlungen aus den Vorjahren. Die Planansätze sind unter vorsichtiger Einschätzung der relevanten und bekannten Einflussfaktoren erstellt worden, jedoch sind die Energiepreise schwer abschätzbar. Dennoch wird im Plan von einer preislichen Entspannung ab dem Jahr 2024 ausgegangen, die jedoch auf einem höheren Preisniveau gegenüber den Vorjahren bleibt.

### Personalbilanz BSVG

(zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Planjahres)

Nach MITARBEITERZAHL

Busfahrer/innen

Straßenbahnfahrer/innen

**= Mitarbeiter/innen Fahrpersonal Bus/Schiene**

Mitarbeiter/innen nicht im Fahrdienst

**GESAMT**

2023 Vorschau	2024 Plan	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan
356	354	354	354	354
155	153	153	153	153
<b>511</b>	<b>507</b>	<b>507</b>	<b>507</b>	<b>507</b>
269	279	273	274	274
<b>780</b>	<b>786</b>	<b>780</b>	<b>781</b>	<b>781</b>

(zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Planjahres)

Nach VOLLZEITÄQUIVALENT

Busfahrer/innen

Straßenbahnfahrer/innen

**= Mitarbeiter/innen Fahrpersonal Bus/Schiene**

Mitarbeiter/innen nicht im Fahrdienst

**GESAMT**

2023 Vorschau	2024 Plan	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan
337	337	337	337	337
143	143	143	143	143
<b>480</b>	<b>480</b>	<b>480</b>	<b>480</b>	<b>480</b>
263	263	257	258	258
<b>743</b>	<b>743</b>	<b>737</b>	<b>738</b>	<b>738</b>

## 2. Ergebnisdarstellung

Die BSVG erwartet für die Planjahre folgende Ergebnisse:

	T€ 2023 Vorschau	T€ 2024 Plan	T€ 2025 Plan	T€ 2026 Plan	T€ 2027 Plan
<b>Verlustübernahme</b>	<b>-35.657</b>	<b>-36.569</b>	<b>-38.491</b>	<b>-40.578</b>	<b>-41.898</b>

Der jeweilige Verlust ist nach dem geltenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Obergesellschaft der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH auszugleichen.



### 3. Erfolgsplan 2023 bis 2027

	T€ 2023 Vorschau	T€ 2024 Plan	T€ 2025 Plan	T€ 2026 Plan	T€ 2027 Plan
1. Umsatzerlöse	-39.757	-41.607	-43.802	-45.898	-47.996
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	-1.060	-1.060	-1.060	-1.060	-1.060
3. Sonstige betriebliche Erträge	-8.563	-10.645	-10.951	-11.265	-11.589
davon Ansatz Ausgleich D-Ticket	-8.098	-10.180	-10.485	-10.800	-11.124
	<b>-49.380</b>	<b>-53.313</b>	<b>-55.812</b>	<b>-58.223</b>	<b>-60.645</b>
4. Materialaufwand					
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14.539	13.046	12.456	12.595	12.642
b) Bezogene Leistungen	9.606	9.949	9.554	9.566	9.607
davon Anmietung	4.777	4.870	4.968	5.067	5.168
5. Personalaufwand	42.603	46.126	47.686	48.999	49.685
a) davon Löhne und Gehälter	33.613	36.393	37.624	38.660	39.201
b) davon Soz. Abgaben/Altersversorgung	8.989	9.733	10.062	10.339	10.484
6. Abschreibung auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	11.191	12.188	13.884	15.378	16.930
davon geplante Neuinvestitionen	360	2.070	4.737	6.471	7.992
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.507	4.393	4.435	4.479	4.481
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-450	-100	-100	-100	-100
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.958	4.186	6.297	7.791	9.206
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>35.573</b>	<b>36.475</b>	<b>38.399</b>	<b>40.486</b>	<b>41.806</b>
10. Sonstige Steuern	84	94	92	92	92
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	<b>-35.657</b>	<b>-36.569</b>	<b>-38.491</b>	<b>-40.578</b>	<b>-41.898</b>

#### 4. Erläuterungen zu Aufwand und Erträgen

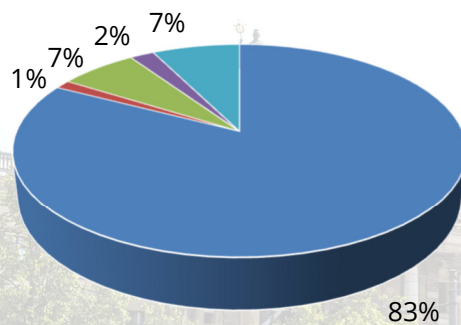
Zu 1. Umsatzerlöse

- 1.1 Erlöse aus der Fahrgastbeförderung
- 1.2 Ausgleichzahlung für Schwerbehindertenbeförderung § 148 SGB IX 9. Buch
- 1.3 Ausgleichzahlung für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Straßenpersonenverkehr § 7a NNVG
- 1.4 Werbeflächenvermietung und Videowerbung
- 1.5 Sonstige Umsatzerlöse

**Umsatzerlöse**

T€ 2023 Vorschau	T€ 2024 Plan	T€ 2025 Plan	T€ 2026 Plan	T€ 2027 Plan
-32.280	-34.030	-36.180	-38.231	-40.283
-488	-588	-588	-588	-588
-2.877	-2.877	-2.877	-2.877	-2.877
-900	-900	-900	-900	-900
-3.212	-3.212	-3.256	-3.301	-3.347
<b>-39.757</b>	<b>-41.607</b>	<b>-43.802</b>	<b>-45.898</b>	<b>-47.996</b>

#### Mittlere Erlösstruktur bis 2027



- Erlöse aus der Fahrgastbeförderung
- Ausgleichzahlung Schwerbehindertenbeförderung
- Ausgleichzahlung Schülerbeförderung
- Werbeflächenvermietung und Videowerbung
- Sonstige Umsatzerlöse

#### Erlöse aus Fahrgastbeförderung:

Die Ansätze der Fahrgastentwicklung und damit einhergehend die Umsatzerlöse aus dem Fahrbetrieb sind in der Planung mit ehrgeizigen Zielstellungen bei sich teils unklar verändernden Rahmenbedingungen eingeflossen. Die prognostizierte Erlösentwicklung der Umsatzerlöse ist sukzessive ansteigend geplant mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von ca. 5 % bis zum Ende des Planungszeitraumes. Hinsichtlich des 49-Euro-Tickets ist nach jetzigem Stand die Nachfrage- und Ertragswirkung offen, jedoch werden im Planansatz die entgangenen Einnahmen durch den Regionalverband Großraum Braunschweig entsprechend kompensiert werden. Entsprechende Zahlungen dazu sind dem Grunde und in der Höhe derzeit noch unklar, wurden aber als zwingend benötigter Finanzierungsbaustein bewertet und in die Planung eingebracht. Abstimmungen zur Auskömmlichkeit von ersten Teilzahlungen des RGB laufen dazu. Die BSVG wird im Planungszeitraum mit den Partnern im Verkehrsverbund Maßnahmen bewerten, um zukünftig eine verbesserte Tarifergiebigkeit generieren zu können und gleichzeitig den Kunden im Fokus des Handelns zu behalten.

Im Verkehrsverbund wird die BSVG in den unterschiedlichen Gremien deutlich machen, dass eine Kernaufgabe in der Erstellung einer nutzerfreundlichen und gleichzeitig verursachungskonformen Tarifsystreiform besteht. Dieses ist elementar, um moderne Tarifprodukte für die Kunden anzubieten und gleichzeitig eine ausreichende Finanzierung für die Unternehmen zu erreichen.



Das Primärziel dabei bleibt, den Dauerkunden wie auch den Gelegenheitskunden ein qualitativ sehr hochwertiges, transparentes, modernes und finanzierbares ÖPNV-Angebot zur Verfügung zu stellen. Dadurch sollen die Bestandskunden dauerhaft weiter gebunden und möglichst viele Neukunden akquiriert werden.

Das Stadtbahnerweiterungsprojekt sorgt für eine Verbesserung der Erschließung weiterer Stadtteile inklusive Neubaugebieten. Durch die Anbindung der Stadtbahn sollen neue Kunden gewonnen werden, insbesondere junge Familien. Im Wirtschaftsplan sind mit der weiteren Gestaltung einer attraktiven und zukunftsgerichteten Infrastruktur, der Modernisierung des Fahrzeugparks Tram und Bus und der Weiterentwicklung der Digitalisierung wichtige Ansätze für die zukünftige erfolgreiche Unternehmensentwicklung eingebracht.

Die besten Kostendeckungsbeiträge werden insbesondere in den von diversen Kundengruppen stark ausgelasteten Hauptverkehrszeiten eines Stadtverkehrs erzielt, welcher der hohen Nachfrage entsprechend ausgebaut wurde. Das Leistungsangebot in der Hauptverkehrszeit und in der Schwachlastzeit wird mittels Fahrgastzählgeräten sowie Kundenbefragungen ermittelt und entsprechend ausgewertet, um das Angebot kundenorientiert zu optimieren.

Kenntnisse bezüglich geeigneter Fahrtarifanpassungen und Entwicklungen zum Ticketsortiment bringt die BSVG in die entsprechenden Gremien des VRB ein. Zudem arbeitet die BSVG an diversen Zukunftsthemen im VRB wie Abozentrale, Erbringung der Arbeitspakete im VRB-Projekt Echtzeit und der EFA. Dies sind Beiträge der Gesellschaft, um auch zukünftig die engagierten Zielvorstellungen verbundweit umsetzen zu können. Diese neuen Schnittstellen in der Zusammenarbeit erfordern zusätzliche personelle Ressourcen und teils etwas komplexere Abläufe. Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung sind auch hier die steigenden Kosten für z. B. Fachpersonal und Serverkosten weiterzugeben.

#### Die Ausgleichszahlung für die Beförderung von Schwerbehinderten § 148 SGB IX 9. Buch

Im Jahr 2022 erfolgten die Zählungen für die Ermittlung des Schwerbehindertenquotienten. Der Wert des Quotienten liegt unterhalb des vorherigen Zeitraumes und nur knapp oberhalb des Landessatzes. Im gewohnten zwei Jahresrhythmus wird im Jahr 2024 wieder eine Zählung durchgeführt werden. Bis zur Neufestlegung der Sätze gleicht das Land nur auf Basis des geringeren Landessatzes aus.

#### Die Ausgleichszahlung für die rabattierte Beförderung von Schülern § 7 NNVG

Die Landesregierung hat das vertragsbasierte Ausgleichsverfahren zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz im NNVG § 7a (und 7b) verankert.

#### Aktivierte Eigenleistung

Die Eigenleistungen in Investitionsprojekten werden durch die erforderlichen internen Planungs- und Steuerungsmaßnahmen im Planungszeitraum, insbesondere in dem Projekt Stadtbahnausbau auf hohem Niveau bleiben und bezogen auf die Projektstände den zu erwartenden Aufwendungen angepasst.



## Materialaufwand

### a) Roh-, Hilfs- und Betriebskosten

Materialkosten

Kosten für Energie und Wasser

Fahrstrom für Straßenbahn- und E-Busbetrieb

Treibstoffkosten

**Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

### b) Bezogene Leistungen

Fremdleistungen

Anmietung von Fahrleistungen

**Bezogene Leistungen**

**Materialaufwand - Gesamt**

T€ 2023 Vorschau	T€ 2024 Plan	T€ 2025 Plan	T€ 2026 Plan	T€ 2027 Plan
3.786	4.756	4.348	4.460	4.475
610	610	610	660	660
5.937	3.592	4.505	4.821	5.141
4.206	4.088	2.993	2.654	2.366
<b>14.539</b>	<b>13.046</b>	<b>12.456</b>	<b>12.595</b>	<b>12.642</b>
4.829	5.079	4.586	4.499	4.439
4.777	4.870	4.968	5.067	5.168
<b>9.606</b>	<b>9.949</b>	<b>9.554</b>	<b>9.566</b>	<b>9.607</b>
<b>24.145</b>	<b>22.995</b>	<b>22.010</b>	<b>22.161</b>	<b>22.249</b>

### Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Die Kosten für den Fahrstrombedarf basieren auf einer Beschaffungsstrategie, die über Chargen beim Lieferanten erfolgt. Nach Wertung der Strompreisentwicklung an der Leipziger Strombörse erfolgt der Einkauf. Dieses reduziert die kursbedingten Energiepreisschwankungen, wobei derzeit ein hohes Preisniveau zu verzeichnen ist. Die zu beschaffenden Energiemengen steigen durch Leistungsausweitungen der Stadtbahn an.

Auch die Beschaffung von elektrisch angetriebenen Bussen wird den Fahrstrombedarf steigen lassen. Die Wirkung auf den Stromverbrauch durch den Elektrobus wurden zunächst auf theoretischen Verbrauchsberechnungen eingepreist. Seit 2021 nutzt die BSVG gemäß politischer Beschlusslage nur noch Ökostrom, was zum derzeitigen Preisstand im Planwerk hinterlegt wurde.

Die Kosten für Brenn- und Treibstoffe werden über die kommenden Jahre trotz des erhöhten Einsatzes von Elektrobussen und den damit verbundenen Einsparungen von Diesel ansteigen. Dies liegt insbesondere am Anstieg des Dieselpreises, der auf einem höheren Niveau verharrt. In den folgenden Jahren wird mit einer Steigerung des Dieselpreises gerechnet. Die Effekte der Preissteigerung sind einerseits auf die seit 2021 stufenweise eingeführte Besteuerung von Kohlenstoffdioxid sowie auf die Unsicherheiten auf den Märkten durch externe Schocks gekennzeichnet.

### Bezogene Leistungen

In dieser Position werden neben der Subunternehmerleistung die Fremdleistung für die Instandhaltung sowie die Fahrzeuginnenreinigung von Stadtbahn und Bus abgebildet. Die externen Leistungen zeigen sich am Markt preissteigend. Wesentliche Preissteigerungen bei zu erneuernden Fremdleistungsvergaben sind nicht abgebildet. In den Fremdleistungen sind ebenso Gleisschleifarbeiten und Wartungsverträge enthalten.

### Anmietung von Fahrleistungen

Der zentrale Subunternehmer der BSVG ist das Schwesterunternehmen Kraftverkehr Mundstock GmbH, die diese Leistung derzeit zu Marktkonditionen über einen Haustarifvertrag erbringt. Im letztjährigen Tarifaabschluss sind die Inflationsentwicklungen eingeflossen, was zu höheren Personalkosten geführt hat. Für die BSVG kommt es hierdurch zu einem höheren Aufwand in der Anmietung von Fahrleistungen.

## Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt aufgrund des Tarifabschlusses im Planungszeitraum um rund 8 % für das Jahr 2024 an. Des Weiteren sollen weitere geplante Personaleinstellungen insbesondere im Fahrdienst erfolgen. Ob und in welcher Form die deutschlandweite Fahrerknappheit auf die Personalkosten wirkt, ist unklar und gegebenenfalls anzupassen. Bereits bekannte baustellenbedingte Ersatz- und Umleitungsverkehre sind in die Personalplanung eingeflossen.

Ab dem Jahr 2025 wird von einer Tarifentwicklung von rund 2,5 % für den Personalaufwand ausgegangen.

## Abschreibungen

Die Abschreibungen errechnen sich aus der Realisierung des geplanten mehrjährigen Investitionsprogramms sowie den Abschreibungen auf bereits durchgeführte Investitionen der Vorjahre. Berücksichtigt wurde bei den Projekten im Rahmen des Niedersächsischen Konjunkturprogrammes jeweils eine Förderquote nach dem GVFG.

Im Planungszeitraum sind unbefristet ebenfalls Maßnahmen gemäß dem Niedersächsischen Konjunkturprogramm enthalten, da dieses durch das Land Niedersachsen fortgesetzt wird.

Die Effekte aus dem seitens der Stadtverwaltung, der BSVG und dem Regionalverband projektierten Stadtbahnerweiterungsprojekt sind als Investitionsvolumen mit vorgeschalteter Planungsphase im Wirtschaftsplan dargestellt. Diese Investitionen werden nach der aktuellen Projektplanung bis 2027 hinsichtlich der Abschreibungen nicht ergebnisrelevant.

Die Lieferung der ersten Elektrobusse soll im Jahr 2024 erfolgen, um die Vorgaben der Clean Vehicle EU-Richtlinie zu erfüllen.

Die Ertüchtigung des Anlagevolumens spiegelt sich in den steigenden Abschreibungen und den aktivierten Eigenleistungen wider.

## Sonstige betriebliche Aufwendungen

Das Wegebenutzungsentgelt wird in unveränderter Höhe zur Nutzung öffentlicher Flächen für die Erbringung des ÖPNV an die Stadt abgeführt.

## Dienstleistungen der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG)

Von der SBBG werden für die BSVG die Arbeiten der Finanzbuchhaltung durchgeführt. Hierfür sind Dienstleistungsaufwendungen zu entrichten.

Die EDV-Dienstleistungskosten der GISA sind im Plan berücksichtigt und lösen die BSI Energy-Kosten ab.

## Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen resultieren aus dem um die Förderung bereinigten Fremdkapitalbedarf der Gesellschaft, welche eng mit dem steigenden Mittelbedarf aus den beschriebenen Investitionsprojekten verbunden sind. Der zu Grunde gelegte Zinssatz wurde nach Projektion des derzeitigen Marktniveaus angesetzt.

## Erträge aus Verlustübernahme

Das Geschäftsjahr 2023 wird die Braunschweiger Verkehrs-GmbH nach derzeitigen Erkenntnissen mit einem Verlust in Höhe von rund 35,657 Mio. Euro abschließen, der nach dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ausgeglichen wird.

Die Abrechnung des Bundesrettungsschirms für das Jahr 2022 wird gesamthaft im Jahr 2024 erfolgen. Nach Abgabe der testierten Abrechnung erfolgt die finale Abrechnung des Bundesrettungsschirms gebündelt für die Jahre 2020 bis 2022. Die deutlichen Energiepreiserhöhungen für Fahrstrom, Diesel und Gas beeinflussen das Jahresergebnis 2023 negativ, jedoch ist es derzeit noch unklar, in welcher genauen Höhe die Preisbremsen ihre Wirkungen entfalten.



## II. Finanzvorschau

Investitionsvorhaben	T€ 2023 Vorschau	T€ 2024 Plan	T€ 2025 Plan	T€ 2026 Plan	T€ 2027 Plan
1. Wartung, Werkzeuge, Regale, Getriebe, Besandungsgerät	41	868	430	10	10
2. Gebäudeanteil Werkstatt Strab / Nebengebäude	618	323	691	58	8
3. Betriebshofgelände/Verschluss Sicherheit	123	65	85	0	0
4. Gärtnergeräte	78	145	15	15	15
5. Grunderneuerung Stadtbahn 07er Serie	773	1.235	56	0	0
6. DFI + Teilprojekte	542	0	0	0	0
7. Leitstelle Funk + Videoleinwand	333	220	50	0	0
8. Ersatzbeschaffung RBL	31	220	20	120	205
9. Ersatzbeschaffung Monitore Fahrgastinformation	0	250	0	0	0
10. Tablets im Fahrbetrieb	0	300	0	0	0
11. Schallabsorber Tramino	0	135	135	0	0
12. Neufahrzeuge Stadtbahn Tramino I	59	330	100	0	0
13. Neufahrzeuge Stadtbahn Tramino III	0	0	12.500	6.250	6.250
14. E-Standardomnibusse * (Bundes- u. Landesförderung)	1.120	8.984	2.419	3.628	9.069
15. E-Gelenkomnibusse * (Bundes- u. Landesförderung)	1.570	11.024	11.984	7.704	1.712
16. Aufschweißungen	120	120	120	120	120
17. Gleisbauwerkstatt	15	12	36	212	12
18. Stromversorgung, Gleichrichterunterwerke	295	1.245	1.470	630	430
19. GUW Kocherstraße	0	1.220	0	0	0
20. HESOP	0	2.600	2.900	0	0
21. Weichen, Elektroteile, Schmieranlagen	370	465	390	390	390
22. Weichenstellvorrichtung	60	70	70	70	80
23. Fahrleitung	50	80	80	80	80
24. Signalanlagen	50	100	100	60	60
25. Wendeschleifen + Umsteigeanlagen	35	105	184	611	100
26. Haltestellen Bahn	15	760	80	193	805
27. Elektrofahrzeuge	90	90	0	0	90
28. Arbeitsfahrzeuge	297	716	1.200	53	103
29. Helmstedter Str. West - Johanniskirche bis Anschluss HBF	330	551	0	0	0
30. Herzstücke-Austausch Bohlweg + Friedrich-Wilhelm-Platz	0	533	0	0	0
31. BH Lindenberg Sanierung und Erweiterung	8.532	16.597	11.980	4.209	340
32. Donaustraße zwischen Münchenstraße und Isarstraße	60	276	0	0	0
33. Brückenbauwerk A39	3.328	1.750	0	0	0
34. Erneuerung FL-Maste Wolfenbütteler Straße Süd	18	448	0	0	0
35. Bahnhof Gliesmarode	210	51	0	0	0
36. Gleiserneuerung Lincolnsiedlung bis WS Carl-Miele-Straße	650	653	0	0	0
37. Donaustraße/Kruckweg Am Lehmaner - Turmstraße	2.985	486	0	0	0
38. Anpassung der Linie 1/10 auf 2,65 m Wagenkästen	329	7.565	6.846	5.451	1.488
39. Schäden Fallersleber Straße & Leipziger Straße	0	150	500	0	0
40. Bahnsteiganhebung/Möbelierung Stadtbahnhaltestellen	2.315	6.206	3.826	5.560	5.312
41. Gleisanlagen Europaplatz - JFK-Platz + Brückensanierung	4.800	2.188	0	0	0
42. Erneuerung Gleisdreieck Berliner Platz	35	1.822	30	0	0
43. Münchenstraße SA (BAB A391 - Hst. Emsstraße)	0	693	0	0	0
44. Wendeschleife Inselwall	0	3.804	0	0	0
45. Erneuerung Gleisdreieck Berliner Platz (restl. 2/3)	35	85	1.710	1.723	8
46. Wartehallen Tramhaltestelle Rathaus Richtung Nord	31	274	0	0	0
47. Ottenroder Str. (Bienroder Weg - vor Wendeschleife)	0	140	3.471	870	32
48. Gleisverschlingung Lange Straße (Baujahr 1986)	0	35	856	145	0
49. Mühlenpfordstraße bis Wendentorwall	0	120	2.491	212	0
50. Erneuerung Gleisbögen Magnitorwall	0	0	50	1.093	30
51. Erneuerung Gleisanlagen F.W.Straße/Waisenhausdamm	0	0	0	300	6.744
52. Erneuerung Gleisanlagen Hagenbrücke/Lange Straße	0	0	0	170	3.198
53. Bahnhofsquartier I (Kurt-Schumacher-Str./Willy-Brandt-Pl.)	0	0	500	7.200	1.038
54. IT-Infrastruktur, ZIV-Investition Verkehrs-GmbH, MFP	152	156	246	206	112
55. ITCS Erweiterung (Förderprojekt DOSTDI)	0	120	140	150	0
Maßnahmen mit Herstellungskosten < 250 T€	8.463	2.345	1.685	941	1.159
<b>Investitionen Braunschweiger Verkehrs-GmbH ohne Stadtbahnausbauprojekt</b>	<b>38.958</b>	<b>78.730</b>	<b>69.446</b>	<b>48.434</b>	<b>39.000</b>

1. Stadt.Bahn.Plus Planungs-/Nebenkosten übergeordnet	250	250	250	250	250
2. Volkmarode Nord	798	766	4.065	11.175	13.275
3. Rautheim	743	611	622	1.978	10.330
4. Erweiterung Werkstattfläche im Süden FB 2a	15	250	350	300	7.600
5. Erweiterung Abstellanlage im Norden FB 3	0	0	0	60	200
6. Campusbahn (via Stammstrecke)	14	19	579	868	868
7. Salzdahlumer Straße (Tram 2 Variante B)	70	512	853	853	728
8. Lehnendorf/Kanzlerfeld	0	65	229	648	780
9. westl. Innenstadtstrecke	0	80	93	235	212
10. Stadtbahnen - zusätzl. Fahrzeugbedarf	0	1.000	500	500	1.000
<b>Investitionen Stadtbahnausbauprojekt</b>	<b>1.890</b>	<b>3.553</b>	<b>7.541</b>	<b>16.867</b>	<b>35.243</b>
<b>Investitionen gesamt</b>	<b>40.848</b>	<b>82.283</b>	<b>76.987</b>	<b>65.301</b>	<b>74.243</b>
Preissteigerung - Baupreisindex (1 %/a)	0	823	1.540	1.959	2.970

### Finanzbedarf Investitionen BSVG

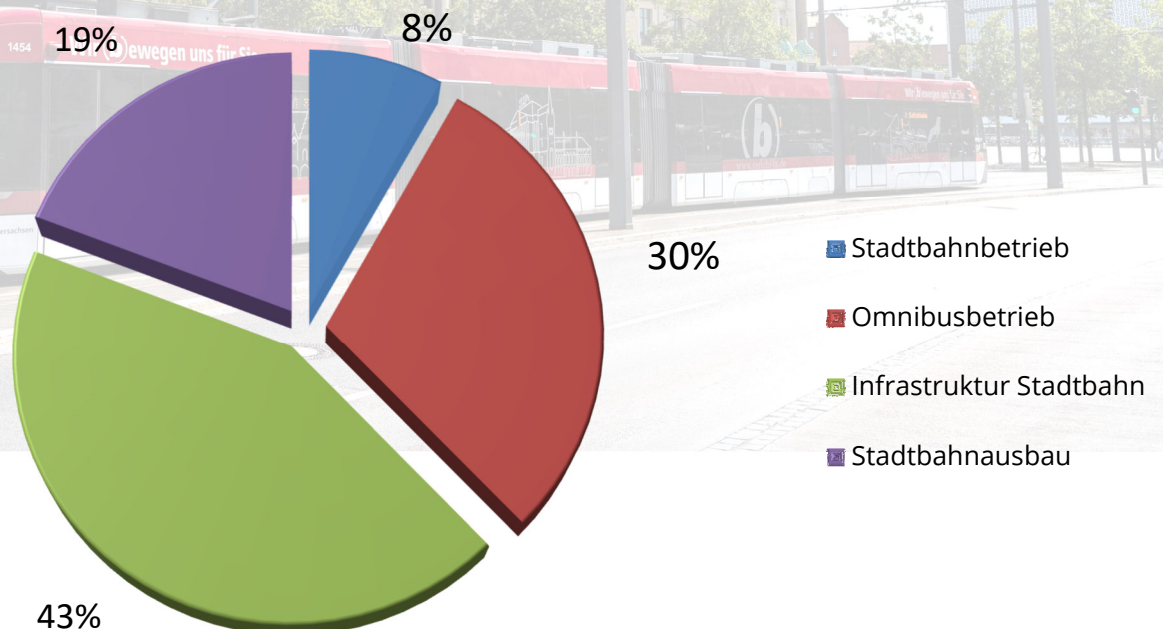
davon Finanzbedarf Investitionen STADTBAHNAUSBAU

**Netto-Finanzbedarf Investitionen Verkehrs-GmbH  
abzüglich Fördermittel**

2023	2024	2025	2026	2027
<b>40.848</b>	<b>83.106</b>	<b>78.527</b>	<b>67.260</b>	<b>77.213</b>
1.890	3.553	7.541	16.867	35.243
<b>27.276</b>	<b>46.452</b>	<b>37.186</b>	<b>37.040</b>	<b>40.062</b>

\* Berücksichtigung der Clean Vehicle Direktive und Ratsbeschluss zu alternativen Antrieben.

### Mittlere Jahresinvestitionen BSVG 2024 bis 2027





## 5. Finanzierung

### Mittelherkunft

	T€ 2023 Vorschau	T€ 2024 Plan	T€ 2025 Plan	T€ 2026 Plan	T€ 2027 Plan
1. Ergebnis Braunschweiger Verkehrs-GmbH	35.957	36.569	38.491	40.578	41.898
2. Verlustübernahme Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH	-35.957	-36.569	-38.491	-40.578	-41.898
3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände	-11.191	-12.188	-13.884	-15.378	-16.930
<b>Cash-flow</b>	<b>-11.191</b>	<b>-12.188</b>	<b>-13.884</b>	<b>-15.378</b>	<b>-16.930</b>
4. Kapitalzuschüsse Bund, Land	-13.324	-36.162	-39.915	-28.316	-34.169
5. Fremdmittelbedarf **	-16.703	-44.109	-37.500	-37.210	-41.114
6. Darlehensprolongation	0	0	0	0	0
7. Entnahme Cash Pool / Mittel vorhanden	-9.260	-1.000	-500	-500	-500
<b>Gesamte Mittelherkunft</b>	<b>-50.478</b>	<b>-93.459</b>	<b>-91.799</b>	<b>-81.404</b>	<b>-92.713</b>
8. Finanzbedarf aus Investitionen	40.848	83.106	78.527	67.260	77.213
9. Tilgung von Fremdmitteln	9.630	10.353	13.272	14.144	15.500
<b>Gesamte Mittelverwendung</b>	<b>50.478</b>	<b>93.459</b>	<b>91.799</b>	<b>81.404</b>	<b>92.713</b>
<b>davon nachrichtlich für STADTBAHNAUSBAU</b>					
10. Investition Stadtbahnausbau	1.890	3.553	7.541	16.867	35.243
11. Förderung Stadtbahnausbau	8	138	1.702	7.304	18.544
12. Mittelbedarf für Stadtbahnausbau	1.882	3.415	5.839	9.563	16.699

\*\* bis zur jeweiligen Projektschlussrechnung wird die Finanzierung im Regelfall über den Cash Pool der Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH dargestellt. Die langfristige Projektfinanzierung erfolgt nach Marktbefassung nach derzeitigem Stand am externen Kapitalmarkt. Das echte Aufnahmevolumen am Kapitalmarkt beinhaltet neben den geschäftsjahresbezogenen Investitionsmittelbedarfen auch gebündelte Maßnahmen der jungen Vergangenheit bzw. Sammelabrufe für mehrjährige Großprojekte und entspricht daher nicht voll dem sich rechnerisch ergebenden und unter 5. gezeigten Fremdmittelbedarf. Die Mittelaufnahme für den Stadtbahnausbau erfolgt analog zu den BSVG-seitigen großvolumigen Finanzierungen getrennt vom Regelgeschäft in separaten Strukturen und Verträgen. Die Fördermittelbeträge sind die vorsichtige Einschätzung vom September 2023. Für das Jahr 2023 werden keine zusätzlichen Mittel mehr benötigt, da diese bereits in der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

### III. Bilanzplanung 2024 bis 2027 und Plan 2023

	Vorschau T€ 31.12.23	Plan T€ 31.12.23	Plan T€ 31.12.24	Plan T€ 31.12.25	Plan T€ 31.12.26	Plan T€ 31.12.27
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>144.841</b>	<b>160.994</b>	<b>179.996</b>	<b>205.922</b>	<b>231.725</b>	<b>260.570</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	493	82	387	318	272	246
II. Sachanlagen	144.336	160.900	179.597	205.592	231.441	260.312
III. Finanzanlagen	12	12	12	12	12	12
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>26.257</b>	<b>19.221</b>	<b>26.145</b>	<b>34.458</b>	<b>38.471</b>	<b>47.389</b>
I. Vorräte	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
II. Forderungen u. sonst. Vermögensge.	22.457	15.421	22.345	30.658	34.671	43.589
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Summe Aktiva (Bilanzsumme)</b>	<b>171.198</b>	<b>180.315</b>	<b>206.241</b>	<b>240.480</b>	<b>270.296</b>	<b>308.059</b>

	31.12.23	31.12.23	31.12.24	31.12.25	31.12.26	31.12.27
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b> (Planung bei EAV ohne Anreizsystem)	<b>19.578</b>	<b>19.578</b>	<b>19.578</b>	<b>19.578</b>	<b>19.578</b>	<b>19.578</b>
I. Gezeichnetes Kapital	17.938	17.938	17.938	17.938	17.938	17.938
II. Kapitalrücklage	1.640	1.640	1.640	1.640	1.640	1.640
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>6.812</b>	<b>6.834</b>	<b>6.774</b>	<b>6.711</b>	<b>6.649</b>	<b>6.591</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>144.308</b>	<b>153.403</b>	<b>179.389</b>	<b>213.691</b>	<b>243.569</b>	<b>281.390</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
<b>Summe Passiva (Bilanzsumme)</b>	<b>171.198</b>	<b>180.315</b>	<b>206.241</b>	<b>240.480</b>	<b>270.296</b>	<b>308.059</b>

#### Bilanzkennzahlen:

<b>Eigenkapitalquote:</b>	<b>EK/Bilanzsumme</b>	<b>0,11</b>	<b>0,11</b>	<b>0,09</b>	<b>0,08</b>	<b>0,07</b>	<b>0,06</b>
<b>Fremdkapitalquote:</b>	<b>FK/Bilanzsumme (ohne D. RAP)</b>	<b>0,88</b>	<b>0,89</b>	<b>0,90</b>	<b>0,92</b>	<b>0,93</b>	<b>0,93</b>
<b>Verschuldungsquote:</b>	<b>FK/EK</b>	<b>7,72</b>	<b>8,18</b>	<b>9,51</b>	<b>11,26</b>	<b>12,78</b>	<b>14,71</b>
<b>Anlagendeckungsgrad I:</b>	<b>EK/AV</b>	<b>0,14</b>	<b>0,12</b>	<b>0,11</b>	<b>0,10</b>	<b>0,08</b>	<b>0,08</b>

Die wesentlichen Bilanzpositionen sind auf Basis der geplanten Investitionsaktivitäten der BSVG fortgeschrieben.

Die Fremdkapitalquote des aktuell im hohen Maße investiv tätigen Verkehrsunternehmens mit einem Stadtbahnbereich und voller Fertigungstiefe ist im Vergleich zur Eigenkapitalquote eines mit Gewinnabführungsvertrag unterlegtem kommunalen Verkehrsunternehmens klassischer Weise als hoch anzusehen. Der sich daraus ergebende Verschuldungsgrad kann aus gleichen Gründen, ohne eine zusätzliche Infrastrukturunterstützung durch Dritte, ebenso nicht niedrig sein.

Dieser Sachverhalt ist seitens der BSVG als strukturelles Problem seit langem thematisiert. Insbesondere die Sicherstellung der langfristigen Fremdkapitalausstattung, die ausschließlich über den externen Bankenmarkt durchgeführt wird, ist durch o. g. Bilanzkennzahlen tendenziell erschwert (Basel II) und verteuert. Ebenso unterstützt der durch die Stadt Braunschweig und den Regionalverband erteilte Öffentliche Dienstleistungsauftrag des Unternehmens den Vorgang der Generierung der benötigten Fremdkapitalausstattung.

Neben den reinen Kennzahlen sind bei einer Bewertung der finanziellen Situation eines Unternehmens zusätzlich Faktoren wie stille Reserven, Fristigkeit des Fremdkapitals, Rechtsrahmen, Sicherheit der Branche, Marktstellung des Unternehmens, genutzte Finanzierungsstrukturen sowie die Stellung des kommunalen Eigners zum Unternehmen zu bewerten.

Die Bilanzkennziffern zeigen den Effekt der vielfältigen investiven Projektumsetzungen, insbesondere der bereits thematisierten Großprojekte im Planungszeitraum. Nach Möglichkeit wird die landesseitige bereitgestellte Mittelaufnahme über die Experimentierklausel eingesetzt.

Betreff:

**Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH**  
**Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 07.12.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

**Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH werden angewiesen,
- b) der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 1. November 2023 empfohlenen Fassung wird festgestellt.
2. Vergaben gemäß § 14 Ziffer 11 des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit § 4 Abs. 2 Ziffer 2 der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH mit einem Wert von über 100.000 € wird zugestimmt, soweit sie im Wirtschaftsplan 2024 enthalten sind.“

**Sachverhalt:**

Zu 1. Wirtschaftsplan 2024

Die Gesellschaftsanteile an der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthallen-GmbH) werden in Höhe von 94,8077 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) und in Höhe von 5,1923 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Stadthallen-GmbH obliegt gemäß § 14 Ziffer 9 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf der Wirtschaftsplan gemäß § 11 Abs. 5 Ziffer 2 des Gesellschaftsvertrages der Beratung im Aufsichtsrat.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Stadthallen-GmbH der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.



Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Stadthallen-GmbH und der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Stadthallen-GmbH hat den Wirtschaftsplan 2024 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 1. November 2023 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2024 der Stadthallen-GmbH weist einen Zuschussbedarf in Höhe von 7.045 T€ aus, der sich aus einem Zuschussbedarf für die Stadthalle in Höhe von 3.516 T€, für die Volkswagen Halle in Höhe von 2.211 T€ und für das Eintracht-Stadion in Höhe von 1.318 T€ zusammensetzt. In der Wirtschaftsplanung 2024 ist ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe berücksichtigt.

Aufgrund der bestehenden Beteiligungsstruktur wird von der SBBG ein anteiliger Verlust in Höhe von rd. 6.679 T€ übernommen, während auf die Stadt Braunschweig ein Verlustanteil in Höhe von rd. 366 T€ entfällt.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2022 und 2023 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	5.428	4.403	4.541	4.292
1a	% zum Vorjahr/Plan		-18,9%	-16,3% / +3,1%	-5,5%
2	Sonstige betriebliche Erträge	142	12	32	41
3	Materialaufwand *)	-1.432	-1.172	-1.275	-1.184
4	Personalaufwand	-2.676	-3.060	-3.032	-3.305
5	Abschreibungen	-1.179	-1.241	-1.287	-1.452
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen **)	-4.342	-5.170	-4.510	-4.904
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-4.058	-6.229	-5.532	-6.511
8	Zins-/Finanzergebnis	-201	-238	-273	-334
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
10	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 7-9)	<b>-4.259</b>	<b>-6.467</b>	<b>-5.805</b>	<b>-6.845</b>
11	sonstige Steuern	-200	-200	-199	-200
12	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 10-11)	<b>-4.459</b>	<b>-6.667</b>	<b>-6.004</b>	<b>-7.045</b>

\*) Eigenveranstaltungen und Veranstaltungskosten

\*\*) Instandhaltungskosten, Betriebs- und Verwaltungsaufwand, Raumaufwendungen

Die Wirtschaftsplanung 2024 der Stadthallen-GmbH ist von einer Steigerung der veranschlagten Personalaufwendungen aufgrund einer hohen tariflichen Personalkostenentwicklung und den weiterhin erhöhten Energiekosten durch den voraussichtlichen Wegfall der Energiepreisbremse geprägt. Darüber hinaus ergeben sich Auswirkungen durch die Mitte des Jahres sanierungsbedingte Schließung der Stadthalle.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen Auflösungserträge aus Sonderposten und außergewöhnliche Erträge.

Die Instandhaltungsaufwendungen beinhalten lediglich notwendige bauliche Unterhaltungen sowie Maßnahmen zum Erhalt der technischen Funktionalität und der Betriebssicherheit.

Die sonstigen Steuern umfassen Grundsteuern und Kfz-Steuern.

Der Finanzplan sieht Investitionsmaßnahmen mit einem Volumen in Höhe von 1.843 T€ vor. Hiervon entfällt ein Anteil von 1.321 T€ auf den Betriebsteil Volkswagen Halle u. a. für die Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstung und des digitalen Gebädefunks sowie der Installation von Scheinwerfern.

#### Betriebsteil Stadthalle

Die vorliegende Planung und mittelfristige Unternehmensvorschau berücksichtigt die geplante Sanierung und die damit einhergehende Schließung der Stadthalle nunmehr in den Jahren 2025 bis 2027. In der Stadthalle sind im Jahr 2024 außer den Gerichtsverhandlungen des Landgerichtes und des Oberlandesgerichtes nur noch wenige Veranstaltungen berücksichtigt.

Der Weiterbetrieb in reduzierter Form bis zur Schließung der Stadthalle im Juli 2024 sorgt für eine Verschiebung des Sanierungszeitraumes. Die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH wird spätestens zum 1. August 2024 die Zuständigkeit für das Gebäude übernehmen.

Weiterhin werden bei diesem Betriebsteil der wesentliche Teil der allgemeinen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen sowie Werbekosten und die nicht zuordenbaren Personalkosten (Verwaltungspersonal) dargestellt. Zudem sind die Kosten für Pacht, Grundsteuer und Sicherung des Geländes der Stadthalle veranschlagt.

Vor diesem Hintergrund werden Gesamterträge in Höhe von 263 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 3.780 T€ (inklusive Zinsaufwendungen und Steuern) erwartet. Es ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 3.516 T€.

#### Betriebsteil Volkswagen Halle

Den Gesamterträgen in Höhe von 2.711 T€ stehen Gesamtaufwendungen in Höhe von 4.923 T€ (inklusive Zinsaufwendungen und Steuern) gegenüber. Es ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 2.211 T€.

Die Buchungslage der Volkswagen Halle ist grundsätzlich gut, so dass durch die bereits vorliegenden Buchungen mit ähnlichen Erträgen wie im aktuellen Jahr und somit gegenüber der bisherigen Planung mit einer Verbesserung geplant wird. Das Tourneegeschäft hat sich gegenüber den letzten Jahren verbessert, entspricht dennoch nicht den Erwartungen bzw. dem Vor-Corona-Niveau.

Korrespondierend zu den Erträgen ergibt sich ein Anstieg der Aufwendungen, insbesondere der Raumaufwendungen und Veranstaltungskosten.

Auch die Abschreibungen steigen aufgrund des höheren Investitionsvolumens. Zusätzlich erhöhen sich die Instandhaltungskosten aufgrund der Erneuerung der Bodenbeschichtung in der Arena.

#### Betriebsteil Eintracht-Stadion

Den Gesamterträgen in Höhe von 1.359 T€ stehen Gesamtaufwendungen in Höhe von 2.677 T€ (inklusive Zinsaufwendungen und Steuern) gegenüber, sodass sich ein Fehlbetrag in Höhe von 1.318 T€ ergibt.

Die Erträge im Eintracht-Stadion resultieren im Wesentlichen aus Pachtzahlungen der Eintracht Braunschweig GmbH & Co. KGaA (Eintracht Braunschweig) und Mieterträgen aus dem Spielbetrieb der New Yorker Lions sowie aus der Vermarktung des Business-Bereichs der Westtribüne. In diesem Jahr wurde ein neuer Pachtvertrag mit der Eintracht Braunschweig geschlossen, welcher zu erhöhten Abschlagszahlungen für Betriebs- und Nebenkosten sowie Einsparungen im Betriebs- und Verwaltungsaufwand (Rasenpflege)

führt. Der Bereich der Erlöse für Strom und Fernwärme ist nach dem Vorsichtsprinzip geplant worden, da noch keine Daten aus dem neuen Messkonzept generiert werden konnten.

Bei den New Yorker Lions wird von einem leicht reduzierten Spielbetrieb ausgegangen. Die Instandhaltungskosten steigen aufgrund verschiedener Maßnahmen wie bspw. ein Rasentausch und die Durchführung der Deutschen Leichtathletik Meisterschaften (DLM) gegenüber der Vorjahresplanung um rund 300 T€. Die Kosten für die Durchführung der DLM werden mit 140 T€ beziffert und können durch erzielbare Erträge wie Sponsoring teilweise kompensiert werden.

#### Zu 2. Auftragsvergaben durch die Gesellschafterversammlung

Gemäß § 14 Ziffer 11 des Gesellschaftsvertrages der Stadthallen-GmbH entscheidet die Gesellschafterversammlung über die Maßnahmen zur Erhaltung, baulichen Erneuerung und Erweiterung sowie den Erwerb oder die Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit jeweils im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird. Diese Wertgrenze beträgt gemäß § 4 Abs. 2 Ziffer 2 der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung 100 T€.

Der Beschlussvorschlag unter Ziffer 2 dient der Klarstellung im Hinblick auf anstehende Vergaben mit einem Volumen von über 100 T€, die bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung von der Gesellschafterversammlung beschlossen worden sind.

In der Anlage ist der Wirtschaftsplan 2024 der Stadthallen-GmbH beigelegt.

Geiger

#### **Anlage/n:**

Stadthallen-GmbH - Wirtschaftsplan 2024

# **Geschäftsjahr 2024**

**Wirtschaftsplan  
Finanzplan  
Bilanzplan**

**Stadthalle Braunschweig  
Volkswagen Halle Braunschweig  
Eintracht-Stadion**

**Stadthalle Braunschweig  
Betriebsgesellschaft mbH**

**06. Oktober 2023**

## **Wirtschaftsplan 2024 der Stadthalle Braunschweig Betriebs GmbH mit den Betriebsteilen Stadthalle Braunschweig, Volkswagen Halle Braunschweig und Eintracht-Stadion**

### **Allgemeine Erläuterungen**

Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Stadthalle Braunschweig, der Volkswagen Halle Braunschweig und des Eintracht-Stadions in Braunschweig. Die überwiegende Geschäftstätigkeit ist das Vermieten der Räumlichkeiten für Veranstaltungen aller Art.

Die Stadthalle und das Eintracht-Stadion wurden von der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH gepachtet. Zum Betrieb einer Parkeinrichtung hat die Gesellschaft das auf dem Grundstück St. Leonhard stehende Parkdeck sowie die Straße „An der Stadthalle“ gepachtet. Die Volkswagen Halle Braunschweig ist durch den Erwerb des Erbbaurechts von der bisherigen Eigentümerin, der Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig, am 30.06.2014 in das Eigentum der Gesellschaft übergegangen.

Bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne wurden die Ertragserwartungen auf Grund der vorliegenden gültigen Verträge (z.B. Eintracht Braunschweig GmbH & Co KG aA in der 2. Liga, New Yorker Lions, Basketball Löwen Braunschweig) und der bereits gebuchten Veranstaltungen ermittelt. Ab Saison 2023/24 ist die neue Ertragslage mit der Eintracht im Stadion umgesetzt. Zusätzlich zur mittelfristigen Finanzplanung kommen Aufwendungen für die Durchführung der Deutschen Leichtathletik Meisterschaft 2024 hinzu.

Die Aufwendungen wurden aufgrund der Planungsvorgaben inkl. der globalen Minderausgaben und unter Berücksichtigung der aktuellen Situation sehr knapp kalkuliert. Allerdings hat die Energiepreisentwicklung sowie die Preiserhöhungen im Dienstleistungsbereich durch die Anpassung des Mindestlohns weiterhin Auswirkungen.

Die in allen Betriebsstätten geplanten Instandhaltungskosten umfassen die notwendigen baulichen Unterhaltungen und die Erhaltung der technischen Funktionalität und der Betriebssicherheit. Für die Betriebsstätte Volkswagen Halle ist mittelfristig hier mit Mehraufwendungen zu rechnen, da nach 23 Betriebsjahren erste Verschleißerscheinungen zu erkennen sind, bzw. für Anlagen teilweise keine Ersatzteile mehr zu bekommen sind.

Für die Stadthalle sind noch geringe Erträge bis Juli 2024 geplant. Ab August ist die Betriebsstätte Stadthalle geschlossen, so dass für die Jahre 2025 bis 2027 keine Erträge in der Stadthalle geplant sind. Mit der Wiedereröffnung wird im Laufe des Jahres 2028 gerechnet.

### **Allgemeine Erläuterungen zum Wirtschaftsplan**

#### Mieterträge

Die Mieterträge beinhalten die Erträge, die in den einzelnen Sälen der Stadthalle, der Volkswagen Halle und des Eintracht-Stadions erwirtschaftet werden. Außerdem sind hier die Nutzungsentgelte für das Stadion verbucht.

#### Sonstige Umsatzerlöse

Diese Position setzt sich aus den Erträgen aus Dienstleistungen, Garderobengebühren, technischen Einrichtungen, Gastronomiepacht, Logenvermarktung, Werbung, Namensrechte, Eigenveranstaltungen, Parkgebühren und der Erstattung von Nebenkosten zusammen.

#### Sonstige Erträge

Im Wesentlichen werden hier die Auflösung von Sonderposten und außergewöhnliche Erträge, also keine Umsatzerlöse, gebucht.

Raumaufwendungen

Energiekosten, Reinigungskosten, Miet- und Pachtzahlungen.

Veranstaltungskosten

Hier werden Kosten veranschlagt, die direkt durch Veranstaltungen entstehen und zum größten Teil an die Veranstalter weiterberechnet werden. Außerdem beinhaltet dieser Ansatz die Kosten für die Logenvermarktung, die Eigenveranstaltungen und die Werbekosten.

Instandhaltungskosten

Allgemeine Instandhaltung für die Volkswagen Halle auch im Bereich Dach und Fach, Reparaturen und Wartungskosten.

Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen

Grundstückskosten, Versicherungen, Softwarelizenzen, allgemeine Bürokosten, Telefon, Porto und Kosten für Prüfungs- und Rechtsberatung sowie sonstige Aufwendungen.

Steuern

Grundsteuer und Kfz-Steuer.

Zinsaufwand

Zinsaufwendungen für Darlehen.

**Personalplan 2024 Gesamtbetrieb**

Personalplan	Plan 2023 Anzahl	Status 01.08.2023 Anzahl	Plan 2024 Anzahl
Stadthalle	25,9	24,4	25,9
Volkswagen Halle	8,0	8,9	8,0
Eintracht-Stadion	4,0	4,0	4,0
Auszubildende	5,0	5,0	5,0
<b>Gesamtbetriebsgesellschaft</b>	<b>42,9</b>	<b>42,3</b>	<b>42,9</b>

Die Gesellschaft liegt aktuell mit 0,6 Kapazitäten unter Plan. Die Planstelle IT ist weiterhin nicht besetzt, allerdings befindet sich ein ehemaliger Auszubildender noch in der vereinbarten 6-monatigen Beschäftigung nach dem Ende der Ausbildung. Bei den 0,6 Kapazitäten handelt es sich um, aufgrund der aktuellen Situation, noch nicht umgesetzte, aber geplante Stundenerhöhungen für den Empfang sowie um zwei befristete Stundenreduzierungen.

## Wirtschaftsplan 2024 / Gesamtbetrieb

	Prognose 2023 in T€	Plan 2023 in T€	Plan 2024 in T€	Plan 2025 in T€	Plan 2026 in T€	Plan 2027 in T€
<b>Erträge</b>						
Mieterträge	1.970	2.099	1.907	1.713	1.747	1.782
Sonstige Umsatzerlöse	2.571	2.304	2.385	2.221	2.241	2.262
<b>Umsatzerlöse zusammen</b>	<b>4.541</b>	<b>4.403</b>	<b>4.292</b>	<b>3.934</b>	<b>3.988</b>	<b>4.044</b>
Sonstige Erträge	12	12	12	12	12	12
Auflösung Sopo Invest.	20	0	29	29	29	29
<b>Gesamterträge</b>	<b>4.572</b>	<b>4.415</b>	<b>4.333</b>	<b>3.975</b>	<b>4.029</b>	<b>4.085</b>
<b>Aufwendungen</b>						
Personalaufwand	3.032	3.060	3.305	3.397	3.498	3.602
Raumaufwendungen	2.339	2.946	2.646	2.223	2.233	2.244
Veranstaltungskosten	1.275	1.172	1.184	1.139	1.258	1.277
Instandhaltungskosten	1.122	1.072	1.279	1.204	935	1.264
Betriebs- u. Verw.-Aufwand	1.049	1.152	979	900	918	936
Abschreibungen	1.287	1.241	1.452	1.540	1.553	1.538
Steuern	199	200	200	240	240	240
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>10.303</b>	<b>10.844</b>	<b>11.044</b>	<b>10.643</b>	<b>10.635</b>	<b>11.100</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-5.730</b>	<b>-6.429</b>	<b>-6.711</b>	<b>-6.668</b>	<b>-6.605</b>	<b>-7.015</b>
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	273	238	334	492	493	603
Zinsertrag	0	0	0	0	0	0
Erträge aus Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-6.004</b>	<b>-6.667</b>	<b>-7.045</b>	<b>-7.159</b>	<b>-7.099</b>	<b>-7.618</b>

Der Wirtschaftsplan 2024 weist für den Gesamtbetrieb einen Jahresfehlbetrag von 7.045 T€ (VJ 6.667 T€) aus.

Die Gesamterträge liegen aufgrund der Schließung der Stadthalle unter dem Plan des Vorjahres und der Prognose. Bei den Aufwendungen wirken sich der hohe Tarifabschluss, der voraussichtliche Wegfall der Energiepreisebremse (gegenläufig die Schließung der Stadthalle), zwei große Maßnahmen bei den Instandhaltungskosten sowie die Erhöhung der Abschreibungen einhergehend mit einem erhöhten Zinsaufwand durch die Investitionen des aktuellen Jahres negativ aus.

Die Fehlbeträge teilen sich wie folgt auf die Betriebsstätten auf: Stadthalle 3.516 T€ (3.749T€); Volkswagen Halle 2.211 T€ (1.840 T€); Eintracht-Stadion 1.318 T€ (1.078 T€).



## Wirtschaftsplan 2024 / Stadthalle

	Prognose 2023 in T€	Plan 2023 in T€	Plan 2024 in T€	Plan 2025 in T€	Plan 2026 in T€	Plan 2027 in T€
<b>Erträge</b>						
Mieterträge	252	291	116	0	0	0
Sonstige Umsatzerlöse	388	337	135	0	0	0
<b>Umsatzerlöse zusammen</b>	<b>640</b>	<b>627</b>	<b>251</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Sonstige Erträge	11	12	12	12	12	12
Auflösung Sopo Invest.	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamterträge</b>	<b>652</b>	<b>639</b>	<b>263</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>12</b>
<b>Aufwendungen</b>						
Personalaufwand	2.066	2.135	2.348	2.411	2.482	2.556
Raumaufwendungen	712	1.120	649	146	146	146
Veranstaltungskosten	164	164	113	50	150	150
Instandhaltungskosten	220	220	50	0	0	0
Betriebs- u. Verw.-Aufwand	488	493	421	331	338	344
Abschreibungen	149	149	92	99	83	86
Steuern	100	101	101	121	121	121
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>3.899</b>	<b>4.380</b>	<b>3.774</b>	<b>3.158</b>	<b>3.319</b>	<b>3.403</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3.247</b>	<b>-3.741</b>	<b>-3.511</b>	<b>-3.146</b>	<b>-3.307</b>	<b>-3.391</b>
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	7	8	6	12	19	130
Zinsertrag	0	0	0	0	0	0
Erträge aus Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-3.255</b>	<b>-3.749</b>	<b>-3.516</b>	<b>-3.158</b>	<b>-3.326</b>	<b>-3.521</b>

Im Betriebsteil **Stadthalle** werden durch den eingeschränkten Weiterbetrieb bis zum 31.07.2024 geringe Erträge in Höhe von 263 T€ erwartet (VJ 639 T€), dagegen stehen Aufwendungen in Höhe von 3.774 T€ (4.380 T€). Der Zinsaufwand beträgt 6 T€ (8 T€). Der Wirtschaftsplan schließt mit einem Fehlbetrag von 3.516 T€ (3.749 T€) ab.

In der Stadthalle sind im Jahr 2024 außer den Gerichtsverhandlungen des LG und des OLG nur noch wenige Veranstaltungen der Stadt sowie „einfache“ Veranstaltungen wie z. B. Prüfungen berücksichtigt. Der technische Zustand der Stadthalle lässt leider keinen umfangreicheren Zwischenbetrieb zu, obwohl die Nachfrage vorhanden wäre. Auch während der Schließung der Stadthalle verbleiben hier die Kosten für die Lagerung der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Stadthalle sowie deren Abschreibungen und Finanzierungskosten, der wesentliche Teil der allgemeinen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen sowie Werbekosten, die Personalkosten der Verwaltung und der techn. Mitarbeiter der Stadthalle sowie die Kosten für die Pacht und Grundsteuer.

## Wirtschaftsplan 2024 / Volkswagen Halle

	Prognose 2023 in T€	Plan 2023 in T€	Plan 2024 in T€	Plan 2025 in T€	Plan 2026 in T€	Plan 2027 in T€
<b>Erträge</b>						
Mieterträge	1.147	1.105	1.149	1.073	1.095	1.116
Sonstige Umsatzerlöse	1.614	1.298	1.553	1.568	1.584	1.600
<b>Umsatzerlöse zusammen</b>	<b>2.761</b>	<b>2.403</b>	<b>2.702</b>	<b>2.641</b>	<b>2.679</b>	<b>2.717</b>
Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Auflösung Sopo Invest.	0	0	9	9	9	9
<b>Gesamterträge</b>	<b>2.761</b>	<b>2.403</b>	<b>2.711</b>	<b>2.650</b>	<b>2.688</b>	<b>2.726</b>
<b>Aufwendungen</b>						
Personalaufwand	694	670	676	697	718	739
Raumaufwendungen	860	848	994	1.046	1.052	1.058
Veranstaltungskosten	878	832	891	906	921	937
Instandhaltungskosten	500	400	516	573	450	651
Betriebs- u. Verw.-Aufwand	311	336	330	336	343	350
Abschreibungen	904	883	1.143	1.233	1.249	1.216
Steuern	59	59	59	71	71	71
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>4.206</b>	<b>4.029</b>	<b>4.609</b>	<b>4.862</b>	<b>4.804</b>	<b>5.022</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-1.445</b>	<b>-1.626</b>	<b>-1.898</b>	<b>-2.212</b>	<b>-2.117</b>	<b>-2.297</b>
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	249	215	314	453	438	416
Zinsertrag	0	0	0	0	0	0
Erträge aus Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-1.693</b>	<b>-1.840</b>	<b>-2.211</b>	<b>-2.665</b>	<b>-2.555</b>	<b>-2.713</b>

Die erwarteten Erträge für den Betriebsteil **Volkswagen Halle** betragen 2.711 T€ (2.403 T€). Die betrieblichen Aufwendungen werden mit 4.609 T€ (4.029 T€) veranschlagt. Der Zinsaufwand beträgt 314 T€ (215 T€), so dass sich ein Jahresfehlbetrag von 2.211 T€ (1.840 T€) ergibt.

In der Volkswagen Halle wird durch die bereits vorliegenden Buchungen mit ähnlichen Erträgen wir im aktuellen Jahr und damit etwas höher als der diesjährige Plan gerechnet. Das Tourneegeschäft hat sich zwar verbessert, entspricht aber noch nicht den Erwartungen bzw. den Zeiten vor 2020. Die Aufwendungen erhöhen sich besonders im Bereich der Abschreibungen, durch die im laufenden Jahr getätigten Investitionen und bei den Instandhaltungskosten ist die Erneuerung der Bodenbeschichtung der Arena notwendig. Die Raumaufwendungen steigen gem. der Energiepreisentwicklung kombiniert mit der gestiegenen Auslastung.

## Wirtschaftsplan 2024 / Eintracht-Stadion

	Prognose 2023 in T€	Plan 2023 in T€	Plan 2024 in T€	Plan 2025 in T€	Plan 2026 in T€	Plan 2027 in T€
<b>Erträge</b>						
Mieterträge	570	703	642	640	653	666
Sonstige Umsatzerlöse	569	669	698	653	657	662
<b>Umsatzerlöse zusammen</b>	<b>1.139</b>	<b>1.373</b>	<b>1.339</b>	<b>1.293</b>	<b>1.310</b>	<b>1.327</b>
Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Auflösung Sopo Invest.	20	0	20	20	20	20
<b>Gesamterträge</b>	<b>1.159</b>	<b>1.373</b>	<b>1.359</b>	<b>1.313</b>	<b>1.330</b>	<b>1.347</b>
<b>Aufwendungen</b>						
Personalaufwand	272	255	281	289	297	306
Raumaufwendungen	766	979	1.003	1.031	1.035	1.039
Veranstaltungskosten	232	176	180	183	187	190
Instandhaltungskosten	402	452	713	631	485	613
Betriebs- u. Verw.-Aufwand	251	324	228	232	237	241
Abschreibungen	234	210	217	208	222	236
Steuern	40	40	40	48	48	48
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>2.197</b>	<b>2.435</b>	<b>2.662</b>	<b>2.623</b>	<b>2.511</b>	<b>2.675</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-1.038</b>	<b>-1.063</b>	<b>-1.303</b>	<b>-1.310</b>	<b>-1.181</b>	<b>-1.328</b>
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	18	15	15	27	37	56
Zinsertrag	0	0	0	0	0	0
Erträge aus Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-1.056</b>	<b>-1.078</b>	<b>-1.318</b>	<b>-1.337</b>	<b>-1.218</b>	<b>-1.384</b>

Der Wirtschaftsplan für den Betriebsteil **Eintracht-Stadion** enthält Ertragserwartungen in Höhe von 1.359 T€ (1.373 T€). Demgegenüber stehen betriebliche Aufwendungen von 2.662 T€ (2.435 T€). Der Zinsaufwand beträgt 15 T€ (15 T€) und insgesamt ergibt sich damit ein Fehlbetrag in Höhe von 1.318 T€ (1.078 T€).

Die Erträge im Eintracht-Stadion basieren auf dem neu abgeschlossenen Vertrag sowie den dort angesetzten Abschlagszahlungen. Gerade im Bereich der Nebenkostenerlöse für Strom und Fernwärme ist nach dem Vorsichtsprinzip geplant worden, da noch keine Daten aus dem neuen Messkonzept generiert werden konnten. Eine deutliche Einsparung aus dem neuen Vertrag generiert sich unter dem Betriebs- und Verwaltungsaufwand, da die Rasenpflege von Eintracht nun auch finanziell getragen wird. Für die New Yorker Lions wird von einem leicht reduzierten Spielbetrieb ausgegangen. Die Kosten steigen i. W. im Bereich der Instandhaltung durch verschiedene Maßnahmen wie z. B. den Rasentausch und die Durchführungskosten für die Deutschen Leichtathletik Meisterschaften.

## Prognosebericht

Allgemein: Auch 2023 sind die Auswirkungen der Corona Pandemie und weiteren Krisen für die Veranstaltungsbranche intensiv zu spüren, auch wenn Corona direkt keinerlei Einfluss mehr auf die Veranstaltungsdurchführung hat.

Fehlende Buchungsvorläufe (i.d.R. 1-2 Jahre) führen zu reduzierten Belegungen bzw. sehr kurzfristigen Buchungsanfragen, dies kann erst im Jahr 2024 wieder annähernd ausgeglichen werden.

Aktuell zeichnen sich, bedingt durch die allgemeine Unsicherheit der Kunden (Veranstalter und Besucher) folgende Prognosen ab:

- Öffentliche Bühnenveranstaltungen mit sogenannten B/C Künstlern haben es schwer, die Kartenverkäufe liegen oft deutlich hinter denen der Vor-Corona-Zeit.
- Besucher öffentlicher Veranstaltungen kaufen sehr viel kurzfristiger Karten, damit wird die Planbarkeit eines Events unsicherer.
- Im Publikumssektor scheint sich eine Entwicklung deutlich in Richtung Großevents einzustellen. D.h. der Kunde gibt einmal einen größeren Betrag für ein Event (Festival, Mega-Star, Stadionkonzert, usw.) aus und verzichtet dafür auf zwei, drei Besucher kleinerer Show-Veranstaltungen.
- Die bereits in den Vorjahren prognostizierte Verlagerung von kleineren Veranstaltungen zur Wissensvermittlung in den digitalen Raum setzt sich fort, dafür werden im Firmenkunden (Corporate) Segment die Veranstaltungsformate größer.
- Preissteigerungen speziell im Bereich der Gastronomie können und wollen einige Kunden nicht mehr zahlen, so dass auf Veranstaltungen (speziell Weihnachtsfeiern) verzichtet wird oder eigene Formate entwickelt werden.
- Lokale Produktionen laufen erfreulicherweise eher gut.

Lokal und regional betrachtet, ist der Ausfall der Stadthalle nur bedingt zu kompensieren. Die Summe der stattfindenden Veranstaltungen im öffentlichen Show-/Konzert-Bereich ist auch unter Einbezug der regionalen Veranstaltungsstätten (Congress Park WOB, Lindenhalle WF oder Stadthalle Gifhorn) nicht auf Vor-Corona Niveau. Marktbeeinflussend wirkt hier allerdings der Konzertsommer der Autostadt. Über 100.000 Gäste bei 18 Veranstaltungen beeinflussen den regionalen Markt nicht unerheblich, die Auswirkungen werden für regionale Anbieter in den kommenden Jahren zu spüren sein, da Künstler, die in der Autostadt für 25,00 Euro aufgetreten sind, natürlich kurzfristig die Region Braunschweig/Wolfsburg nicht im Tour-Routing berücksichtigen werden.

Auch wenn der Wirtschaftsplan 2024 noch nicht wieder mit den Vorjahren vergleichbar ist, so stellt sich doch eine Stabilisierung ein. Große Unsicherheiten ergeben sich nach wie vor durch die Energiekosten. Es ist unklar, ob es über den 31.03.2024 hinaus eine Energiepreisbremse geben wird. So wurden auch für das kommende Jahr bei den Energieträgern Strom und Fernwärme nach Marktbeobachtung und vielen Gesprächen Faktoren hinterlegt, die mit Risiken behaftet sind, da letztlich niemand die Entwicklung vorhersagen kann.

Die Buchungsanfragen für 2024 und 2025 stabilisieren sich hingegen wieder, so dass hier eine bessere Planbarkeit gegeben ist.

Der Status der Stadthalle ist zwischenzeitlich weitestgehend klar. Die SFB (Struktur-Fördergesellschaft Braunschweig mbH) unter der Geschäftsführung von Natascha Wessling wird zum 01.08.2024 die Zuständigkeit für das Gebäude Stadthalle übernehmen. Bis spätestens Ende August 2024 wird die Stadthalle Braunschweig Betriebs GmbH vollständig aus dem Gebäude ausgezogen sein, so dass die Sanierung beginnen kann. Der Prozess bei der SFB läuft aktuell sehr positiv und planmäßig.

Wie bereits im Rahmen der mittelfristigen Finanz-Prognose in den Vorjahren dargestellt, wird sich der Zuschussbedarf 2024 mangels Einnahmen in der Betriebsstätte Stadthalle verschlechtern. Hinzu kommen Kosten zur Durchführung der Deutschen Leichtathletik Meisterschaften im Sommer 2024. Für die Jahre 2025 bis 2027 geht die Gesellschaft von einer konstanten Entwicklung aus, wobei ab dem Jahr 2027 Investitionskosten für die Veranstaltungstechnik im Rahmen der Wiederinbetriebnahme der Stadthalle berücksichtigt sind.

Alle bekannten Informationen wurden für die Jahre verarbeitet.

#### Personal:

Die Mitarbeiterzahl bleibt weitestgehend konstant. Eine Stelle im Bereich IT ist aktuell weiterhin unbesetzt.

Zum 01.08.2023 wurden zwei Ausbildungsplätze besetzt, eine Fachkraft für Veranstaltungstechnik sowie eine Auszubildende zur Veranstaltungskauffrau. Für das Jahr 2023 wird planmäßig nur ein Ausbildungsplatz zur Fachkraft für Veranstaltungstechnik ausgeschrieben.

Dienstleister: Die Leistungsfähigkeit unsere Dienstleister entwickelt sich recht konstant. Insgesamt ist die Sicherstellung der Qualität und der Quantität des Personals eine Herausforderung für die Unternehmen im Bereich Sicherheits- und Ordnungsdienst, Umbauhelfer, Gastronomie und Reinigung. Hinzu kommt, dass sich die Entwicklung beim Mindestlohn direkt auf die Kosten für die Dienstleistungen auswirken

Die Entwicklung im Bereich der technischen Dienstleister ist weiter zu beobachten, grundsätzlich hat sich die Lage aber entspannt.

#### Betriebsstätten:

Stadthalle: Bis Ende Juli 2024 werden noch Veranstaltungen in Stadthalle durchgeführt. Eine aktive Vermarktung erfolgt nicht, so dass sich die Formate im Wesentlichen auf Gerichtsverhandlungen, Sitzungsbetrieb, Bürgerinformationsveranstaltungen, Prüfungen und Betriebsversammlungen beschränkt. Die Erzielung von Deckungsbeiträgen mit Veranstaltungen in der Stadthalle ist nicht mehr möglich.

Die Betriebsfähigkeit ist nicht mehr in allen Bereichen des Hauses vollständig gegeben. Wasserschäden und Ausfälle der Heizung/Lüftung bestimmen inzwischen den Alltag.

Für die Verwaltung (8-10 Arbeitsplätzen) wird aktuell ein Ausweichquartier für die Zeit der Sanierung gesucht.

Volkswagen Halle: Die Buchungslage der Volkswagen Halle ist grundsätzlich gut, die s.g. kleine Variante wird inzwischen gut angenommen, es fehlen allerdings dafür ein paar große Konzertveranstaltungen, hier sind aktuelle Standorte mit über 10.000 Plätzen im Vorteil.

Im Sommer 2023 wurde an vielen Stellen der Arena investiert, neben einer neuen Tonanlage und dem Ersatz des Videowürfels, wurden vier Brandgasventilatoren installiert, um die Genehmigungsfähigkeit der Halle zu erhalten. Erneut mussten Maßnahmen nach Verfügbarkeit der ausführenden Firmen bzw. des Materials zwischen den Jahren 2023/2024 verschoben werden. Mit nun über 23 Betriebsjahren wird in den Folgejahren an einigen Stellen erhöhte Aufmerksamkeit auf die Erhaltung der Halle zu legen sein.

Eintracht-Stadion: Ein neuer Pachtvertrag mit der Eintracht Braunschweig GmbH & Co KG aA konnte abgeschlossen werden. Ebenso wurde mit dem Eintracht e.V. eine Vereinbarung zur Vereinsnutzung getroffen.

Das Risiko der Kostensteigerungen für Dienstleistungen und Energie wurde hierbei weitergegeben. Auch die Rasenpflegekosten liegen beim Nutzer und nicht mehr beim Betreiber. Für 2024 und die Folgejahre wurde mit einem Klassenerhalt geplant, auch wenn dieses Ziel für die laufende Saison sicher ambitioniert ist.

Zwar konnten die New Yorker Lions in der Saison 2023 das Play Off Halbfinale erreichen, leider hatte das Team jedoch kein Heimrecht in den Play Offs, so dass nur sechs Ligaspiel im Eintracht-Stadion stattgefunden haben. Die Planungen für die Saison 2024 sind bereits angelaufen. Am 17.06.2023 konnte mit 10.000 Gästen erfolgreich der 100ste Geburtstag der Betriebsstätte gefeiert werden. In der öffentlichen Wahrnehmung hat es sich zwar um eine Veranstaltung der Eintracht gehandelt, formal war aber die Stadthalle Braunschweig Betriebs GmbH der Veranstalter. Durch gute Sponsorenakquise konnte die Veranstaltung innerhalb des geplanten Budgets durchgeführt werden.

## Risikobericht

Weiterhin beherrschen die Auswirkungen der volatilen Zeiten speziell im Bereich der Inflation, der allgemeinen Unsicherheit sowie der Energie das Veranstaltungsgeschäft.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung leiten sich folgende Risiken hieraus ab:

- Energiemangel-Lage: Aktuell keinen Risiken erkennbar. Versorgungssicherheit scheint gegeben. Energiesparmaßnahmen bleiben für die Gesellschaft in Kraft.
- Personalmangel: Risiko ist latent, jedoch nicht akut. Bisher konnten alle fehlenden Personen durch Mehreinsatz des eigenen Personals kompensiert werden., sollten jedoch ganze Crews ausfallen, könnten Folge-Veranstaltungen in Gefahr sein, woraus sich ein wirtschaftlicher Schaden ergeben könnte.
- Inflation: Die Reduzierung des Freizeitbudgets der Privathaushalte ist bereits angesprochen, die Auswirkungen sind zu beobachten. Die Rücknahme der Mehrwertsteuer Reduzierung für die Gastronomie zum 01.01.2024 und damit eine Erhöhung um 12% wird sicher an die Verbraucher größtenteils weitergegeben, was zu Einnahmeausfällen führen wird.
- Lieferketten, Handwerker Mangel: Noch ist die Gesellschaft gut aufgestellt, aber auch hier ist die Lage dynamisch. Flexibles Reagieren auf das Mögliche wird in den kommenden Jahren zunehmen. Risiken müssen durch intensive Kommunikation und eine langfristige Planung minimiert werden.

Es ist gerade zum Jahresende festzustellen, dass Firmenkunden nicht bereit oder in der Lage sind, speziell die erhöhten Gastronomiepreise für z.B. Weihnachtsfeiern zu tragen, leider sind hier vermehrt Absagen zu verzeichnen. Vertrieblischen Maßnahmen werden hierzu eingeleitet, da dieses Geschäftsfeld ausgebaut werden soll.

Das verbleibende Risiko aus dem Betrieb der Stadthalle bleibt bis Mitte 2024 latent vorhanden, Die technischen Anlagen werden nach besten Möglichkeiten in Betrieb gehalten, stellen aber ein Risiko dar. Die Sicherheitstechnischen Anlagen sind alle geprüft und in Funktion.

Potenzielle Risiken aus den Standardbereichen Gefährdungsbeurteilungen, Compliance, Datenschutz, usw. sind weiterhin in Prozessen abgebildet und werden regelmäßig wiederkehrend einem Monitoring unterzogen und soweit notwendig entsprechend angepasst.

Bestandsgefährdende Risiken werden zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht gesehen.

## Chancenbericht

Der Fahrplan zur Sanierung der Stadthalle steht, im Laufe des Jahres 2024 werden die vermarktungsrelevanten Inhalte konkretisiert. Hieraus werden dann die vertrieblischen Maßnahmen abgeleitet, die 2025 beginnen werden.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2023 angefangen aktiv Vertriebsveranstaltungen durchzuführen, erste Erfolge hieraus werden sichtbar.

Das Thema Nachhaltigkeit wird innerhalb des Betriebes weiter konkretisiert. Der Weg zu Net Zero Carbon Emission ist begonnen, die Ziellinie ist noch nicht in Sicht, aber wir arbeiten daran.

Die Entwicklung eines Hotels an der Stadthalle ist wieder intensiver in den Fokus gerückt, hieraus würden sich natürlich sehr gute Chancen für den Vertrieb ergeben.

In weiteren Projekten zur zukunftsgerichteten Entwicklung der Destination Braunschweig, wie z.B. das Konzerthaus ist die Geschäftsführung eng eingebunden.

Braunschweig, 06. Oktober 2023

gez.  
Stephan Lemke  
Geschäftsführer



## Finanzplan 2024

	2023 Prognose T€	2024 Plan T€	2025 Plan T€	2026 Plan T€	2027 Plan T€
<b><u>Mittelherkunft</u></b>					
Jahresergebnis	-6.004	-7.045	-7.160	-7.099	-7.618
Abschreibungen Altinvestitionen	1.058	933	832	736	624
Abschreibungen Neuinvestitionen	229	519	709	817	914
	-4.717	-5.593	-5.619	-5.546	-6.080
Verlustausgleich der Gesellschafter					
a) Stadt Braunschweig	393	366	372	369	396
b) Stadt Braunschweig Beteiligungs GmbH	6.020	6.680	6.788	6.730	7.223
Sondertilgung Gesellschafter Kauf VW Halle	0	0	0	0	0
Darlehensaufnahme	2.500	1.800	900	1.000	8.700
Darlehensaufnahme Prolongation (Kauf VWH)	0	8.356	0	0	0
Cashpool	500	100	100	0	0
<b>Summe Mittelherkunft</b>	<b>4.696</b>	<b>11.708</b>	<b>2.541</b>	<b>2.553</b>	<b>10.238</b>
<b><u>Mittelverwendung</u></b>					
Finanzbedarf Sachanlagen	2.840	1.843	976	1.060	8.986
Tilgung langfristiger Fremdmittel alt	1.174	1.174	1.044	180	180
Tilgung langfristiger Fremdmittel neu	0	250	430	520	620
Tilgung Cashpool	500	0	0	200	0
Umschuldung (Kauf VWH)	0	8.356	0	0	0
<b>Summe Mittelverwendung</b>	<b>4.514</b>	<b>11.622</b>	<b>2.450</b>	<b>1.960</b>	<b>9.786</b>

## Bilanzplan 2024

	Vorschau T€ 31.12.23	Plan T€ 31.12.24	Plan T€ 31.12.25	Plan T€ 31.12.26	Plan T€ 31.12.27
<b>Aktiva</b>					
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>17.500</b>	<b>17.890</b>	<b>17.325</b>	<b>16.832</b>	<b>15.500</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0	0	0
II. Sachanlagen	17.499	17.890	17.325	16.831	15.500
III. Finanzanlagen	0	0	0	0	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.150</b>	<b>1.100</b>	<b>1.100</b>	<b>1.500</b>	<b>1.600</b>
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	800	900	900	1.200	1.300
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	350	200	200	300	300
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>
<b>Summe Aktiva (Bilanzsumme)</b>	<b>18.700</b>	<b>19.040</b>	<b>18.475</b>	<b>18.381</b>	<b>17.150</b>
<b>Passiva</b>					
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>3.388</b>	<b>3.388</b>	<b>3.388</b>	<b>3.388</b>	<b>3.388</b>
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26	26	26
II. Kapitalrücklage	3.362	3.362	3.362	3.362	3.362
<b>B. Sonderposten für Zuschüsse</b>	<b>78</b>	<b>52</b>	<b>26</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>450</b>	<b>400</b>	<b>350</b>	<b>300</b>	<b>250</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>14.634</b>	<b>14.999</b>	<b>14.561</b>	<b>14.543</b>	<b>13.362</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>150</b>	<b>200</b>	<b>150</b>	<b>150</b>	<b>150</b>
<b>Summe Passiva (Bilanzsumme)</b>	<b>18.700</b>	<b>19.040</b>	<b>18.475</b>	<b>18.381</b>	<b>17.150</b>

### Bilanzkennzahlen:

	31.12.23	31.12.24	31.12.25	31.12.26	31.12.27
<b>Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme</b>	<b>0,18</b>	<b>0,18</b>	<b>0,18</b>	<b>0,18</b>	<b>0,20</b>
<b>Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme</b>	<b>0,81</b>	<b>0,81</b>	<b>0,81</b>	<b>0,81</b>	<b>0,79</b>
<b>Verschuldungsquote: FK/EK</b>	<b>4,45</b>	<b>4,55</b>	<b>4,40</b>	<b>4,38</b>	<b>4,02</b>
<b>Anlagedeckungsgrad I: EK/AV</b>	<b>0,19</b>	<b>0,19</b>	<b>0,20</b>	<b>0,20</b>	<b>0,22</b>

## Instandhaltungen 2024

in €	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
<b>Stadthalle</b>	<b>220.000</b>	<b>50.000</b>	-		
Summe Bauunterhaltung	145.000	20.000	-	-	-
Wartung	75.000	30.000	-	-	-
Maßnahmen	-	-	-		
<b>Volkswagen Halle</b>	<b>400.000</b>	<b>516.000</b>	<b>572.800</b>	<b>450.000</b>	<b>651.000</b>
Summe Bauunterhaltung	175.000	180.000	185.000	190.000	195.000
Wartung	90.000	95.000	100.000	105.000	110.000
Maßnahmen	135.000	241.000	287.800	155.000	346.000
Reinigung Lüftungskanäle u. Dachkonstruktion (alle 2 Jahre)	30.000	30.000	33.000		36.000
Sachverständigenprüfungen (alle 3 Jahre)	32.000	16.000			35.000
Energieaudit (alle 4 Jahre)			18.000		
Dachaufstieg erneuern		42.000			
Anpassung Klimasplitgeräte		28.000			
Blechverkleidung an Eingängen beschichten			56.000		
Erneuerung Gardetobentresen			60.000		
Ertüchtigung Brandschutz	38.000				
Bodenbeschichtung Arena		100.000			
Bodenbeschichtung Foyer + Umgang				110.000	
Bodenbeschichtung Umlauf oben			85.800		
Bodenbeschichtung Oberring					80.000
Linoleum FL+BB+Restaurant					160.000
Vorhänge Reparatur+Reinigung	10.000		10.000	20.000	10.000
Sonstiges	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
<b>Eintracht Stadion</b>	<b>452.000</b>	<b>713.000</b>	<b>631.000</b>	<b>485.000</b>	<b>613.000</b>
Summe Bauunterhaltung	145.000	150.000	155.000	160.000	165.000
Wartung	125.000	130.000	135.000	140.000	145.000
Maßnahmen	182.000	433.000	341.000	185.000	303.000
Sachverständigenprüfungen (alle 3 Jahre)	32.000	16.000			35.000
Austausch Rauchmelder (alle 8 Jahre 2030)					
Kabelbahnen auf Dächern Nord, Ost und Süd	24.000	24.000			
Ausbesserung der Dachflächen	24.000	27.000	30.000	33.000	36.000
Erneuerung Regner A-Platz		48.000			
Wandflächen Nordkurve			18.000		
Leuchten gegen LED		28.000			
Taubenschutz neu			96.000	42.000	42.000
Spülarmaturen					
Tribünenabdichtung West/Ost	34.000				
Fassade Haus Guntherstr.	18.000				
Hussen auf Businessplätzen			32.000		
Sitzschalen			140.000	60.000	
Sonstiges	50.000		25.000	50.000	25.000
DLM		140.000			
Rasentausch		150.000			165.000
<b>Gesamt</b>					
Summe Bauunterhaltung	465.000	350.000	340.000	350.000	360.000
Wartung	290.000	255.000	235.000	245.000	255.000
Maßnahmen	317.000	674.000	628.800	340.000	649.000
<b>Summe Instandhaltung</b>	<b>1.072.000</b>	<b>1.279.000</b>	<b>1.203.800</b>	<b>935.000</b>	<b>1.264.000</b>

## Investitionen 2024

in €	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
<b>Stadthalle</b>					
Baunebenkosten aktive Komponenten Veranstaltungskomponenten		100.000	100.000	100.000	1.394.400
Aktive Veranstaltungstechnik TON					1.864.310
Aktive Veranstaltungstechnik LICHT					1.585.640
Aktive Veranstaltungstechnik PROJEKTION					1.275.120
Aktive Veranstaltungstechnik SONSTIGES					572.740
Aktive Komponenten IT					1.262.800
Einrichtung BreakOut Räume					448.000
Einrichtung Büros					154.000
Ausstattung Werkstätten					112.000
Infrastruktur/Ersatzbeschaffung Facility Management	1.000	1.000			
Infrastruktur/Ersatzbeschaffung Veranstaltungstechnik					
GWG	20.000	10.000	10.000	10.000	10.000
IT	90.000	90.000	90.000	100.000	100.000
<b>Gesamt Stadthalle</b>	<b>111.000</b>	<b>201.000</b>	<b>200.000</b>	<b>210.000</b>	<b>8.779.010</b>
<b>Volkswagen Halle</b>					
Aramark Erweiterung	106.000	120.000			
Ansulanlagen für Counter (3)	36.000				
Gebäudefunk BOS digital	160.000	160.000			
Beschallung / Tonanlage Arena	1.452.000				
TGA Erneuerung	280.000	310.000			
Videowürfel	540.000				
Monitorhauben und neue Monitore 65" (5)		40.000			
Scheinwerfer		160.000			
Sicherheitsbeleuchtung	24.000	152.000			
Erneuerung Not-Türöffnungsanlage	48.000	64.000			
RWA für Fassade Anbau (2)	28.000	28.000			
Kameratausch Videoüberwachung		60.000			
BBL Projektierung stimmseitig		100.000			
Pulte Licht und Ton Ersatz			90.000		
Beamer + Videotechnik Ersatz		25.000		130.000	
Lastenaufzug			280.000		
Kettenzüge 2t		15.000		60.000	
BMA Zentrale Erneuerung '26				12.000	
Ersatz Kassensysteme (alle 5 Jahre)				19.600	19.600
Infrastruktur Ersatzbeschaffung Facility Management	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Infrastruktur/Ersatzbeschaffung Veranstaltungstechnik	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
GWG	17.000	17.000	17.000	20.000	20.000
<b>Gesamt Volkswagen Halle</b>	<b>2.761.000</b>	<b>1.321.000</b>	<b>457.000</b>	<b>311.600</b>	<b>109.600</b>
<b>Eintracht-Stadion</b>					
Ersatz Transportfahrzeug		25.000			
Videoüberwachung Polizei ("22) / Kameratausch ("24)		96.000	96.000	84.000	
Senkelektanten Vorplatz (2)	36.000				
Stromverteiler Osttribüne (3)	18.000				
Messkonzept ES	96.000				
Kauf Theken von VW Service Factory	35.000				
Neue Stehbrücken		36.000			
Treppen Dächer S-W; N-W		16.000			
Neues Lautsprechersystem E20		15.000			
Neue Stühle		90.000	180.000		
Lastenaufzug				270.000	
Regie Erneuerung				35.000	
BMA Zentrale Erneuerung				24.000	
SAA Zentrale Erneuerung				28.000	
Ersatz Kassensysteme (alle 5 Jahre)				54.000	54.000
Infrastruktur Ersatzbeschaffung Facility Management	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Infrastruktur/Ersatzbeschaffung Veranstaltungstechnik	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
GWG	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
<b>Gesamt Eintracht Stadion</b>	<b>228.000</b>	<b>321.000</b>	<b>319.000</b>	<b>538.000</b>	<b>97.000</b>
<b>Betriebsgesellschaft</b>					
Maßnahmen	2.879.000	1.532.000	666.000	739.600	96.600
Sanierung STH / Ertüchtigung VWH+ES	-00	100.000	100.000	100.000	8.669.010
Infrastruktur Ersatzbeschaffung Facility Management	41.000	41.000	40.000	40.000	40.000
Infrastruktur/Ersatzbeschaffung Veranstaltungstechnik	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
GWG	20.000	10.000	10.000	10.000	10.000
IT	90.000	90.000	90.000	100.000	100.000
<b>Gesamt Betriebsgesellschaft</b>	<b>3.100.000</b>	<b>1.843.000</b>	<b>976.000</b>	<b>1.059.600</b>	<b>8.985.610</b>

Betreff:

**Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH**  
**Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 07.12.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

## **Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
- b) der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 8. November 2023 empfohlenen Fassung wird festgestellt.“

## **Sachverhalt:**

Die Gesellschaftsanteile an der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) werden in Höhe von 94,8954 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) und in Höhe von 5,1046 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Gemäß § 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Stadtbad GmbH bedarf der Wirtschaftsplan der Gesellschaft der Zustimmung der Gesellschafter. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad GmbH der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Stadtbad GmbH und der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Stadtbad GmbH hat den Wirtschaftsplan 2024 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 8. November 2023 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2024 der Stadtbad GmbH weist einen Zuschussbedarf in Höhe von 10.200 T€ aus. Aufgrund der bestehenden Beteiligungsstruktur wird von der SBBG ein anteiliger Verlust in Höhe von rd. 9.679 T€ übernommen, während auf die Stadt

Braunschweig ein Verlustanteil in Höhe von rd. 521 T€ entfällt. In der Wirtschaftsplanung 2024 ist ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe berücksichtigt.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2022 und 2023 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	3.901	4.135	4.306	4.612
1a	% zum Vorjahr/Plan		+6,0%	+10,4% / +4,1%	+7,1%
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	10	0	55	0
3	Sonstige betriebliche Erträge	324	36	49	36
4	Materialaufwand	-3.222	-4.815	-4.445	-4.475
5	Personalaufwand	-5.230	-5.734	-5.900	-6.664
6	Abschreibungen	-2.440	-2.416	-2.305	-2.306
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-828	-699	-794	-899
8	Betriebsergebnis (Summe 1-7)	-7.485	-9.493	-9.034	-9.696
9	Zins-/Finanzergebnis	-523	-485	-515	-483
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8-10)	-8.008	-9.977	-9.548	-10.178
12	sonstige Steuern	-21	-21	-22	-22
13	Jahresergebnis (Summe 11-12)	-8.029	-9.998	-9.569	-10.200

Im Jahr 2024 werden 650.000 Besucher erwartet. Die Umsatzerlöse fallen mit 4.612 T€ entsprechend höher aus. Gegenüber den Vorjahren ergibt sich wieder ein Anstieg der Besucherzahlen und Umsatzerlöse. Positiv wirkt die geplante Anpassung der Entgeltordnung zum 1. Januar 2024 und Erhöhung der Nutzungsentgelte für Vereine zum 1. April 2024. Dies führt zu einer Erhöhung der Umsatzerlöse von insgesamt rd. 247 T€. Neben den Eintrittsgeldern werden insbesondere Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung von Räumlichkeiten erzielt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 36 T€ beinhalten im Wesentlichen Gehaltserstattungen für die Betreuung der Schulschwimmbäder.

Im Materialaufwand werden die Kosten für die zu erwartenden Energieverbräuche und den Wasserbezug sowie die bezogenen Leistungen und Waren veranschlagt. Die städtischen Bäder decken ihren Wärmebedarf zu rd. 90 % über Fernwärme und zu rd. 10 % über Gas. Eine reine Wärmeversorgung über Gas ergibt sich für das Sommerbad Raffteich sowie für die beiden Außensaunen in der Wasserwelt. Aufgrund der moderaten Senkung der der Energiekosten wird gegenüber der bisherigen Planung mit einem um 370 T€ verringerten Materialaufwand geplant. Die Verlängerung der Energiepreislösung bis April 2024 würde zu einer Einsparung im Materialaufwand führen.

Die geplanten Personalaufwendungen belaufen sich auf 6.664 T€. Die Verschlechterung gegenüber der bisherigen Planung von 930 T€ resultiert im Wesentlichen aus den Tarifsteigerungen aus der Tarifrunde 2023 (639 T€) und der angestrebten Höhergruppierung von Aufsichtspersonal im Badebetrieb (100 T€). Die Anpassung der Entgeltgruppe des Aufsichtspersonals ist aufgrund zunehmender Konkurrenz von anderen Schwimmbädern hinsichtlich der Mitarbeiter- und Nachwuchsgewinnung notwendig und ist ein geeignetes Instrument um Mitarbeitende zu binden.

In den Jahren 2022 bis 2024 erfolgt die Verwendung des Kapitalstocks der Unterstützungskasse in Höhe von insgesamt 477 T€ (Umsetzung eines Vorschlages im



Rahmen des Haushaltsoptimierungsprozesses), der zu einer Verminderung der Aufwendungen für den Ruhelohn bei der Stadtbad GmbH führt.

Gegenüber der vorherigen mittelfristigen Planung sinken die Abschreibungen durch geringere Investitionen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen Kosten für Marketing, Versicherungen, Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten sowie Berufsförderungsmaßnahmen.

Die geplanten Zinsaufwendungen in Höhe von 483 T€ resultieren aus der Fremdfinanzierung der Investitionen. Die Investitionsmaßnahme Sportbad Heidelberg mit einem Volumen in Höhe von 10,3 Mio. € wurde in den Jahren 2018 bis 2021 über einen Zwischenfinanzierungsvertrag mit der Stadt Braunschweig abgebildet. Für die gesamte Investitionssumme wurde im Jahr 2022 ein Darlehen aufgenommen und ein jährlicher Zinsaufwand für die Folgejahre für diese Investitionsmaßnahme veranschlagt.

Die sonstigen Steuern umfassen Grund- und Kfz-Steuern.

Der Investitionsplan für das Jahr 2024 weist ein Volumen in Höhe von insgesamt 1.845 T€ aus. Hiervon entfällt ein Teil in Höhe von 600 T€ auf die Brandschutzsanierung des BürgerBadeParks. Weiterhin soll in die Brandschutzsanierung (450 T€) und der Regenwasserrückhalterung (200 T€) im Sportbad Heidelberg investiert werden.

In der Anlage ist der Wirtschaftsplan 2024 der Stadtbad GmbH beigelegt.

Geiger

**Anlage/n:**

Stadtbad GmbH - Wirtschaftsplan 2024

# **STADTBAD BRAUNSCHWEIG SPORT UND FREIZEIT GMBH**

**Wirtschaftsplan 2024**

**und**

**mittelfristige Unternehmensvorschau 2023 - 2027**

**Inhaltsübersicht**

	<u>Seite</u>
1. Allgemeines	<b>3</b>
2. Personalplan	<b>4</b>
3. Ergebnisplan	<b>4 - 7</b>
4. Investitions- und Finanzplan	<b>8 - 9</b>
5. Bilanzplan	<b>10</b>

## 1. Allgemeines

Der Gesamtverlust der GmbH wird durch die Gesellschafter Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadt Braunschweig abgedeckt. Die Planansätze basieren auf dem Kenntnisstand August 2023. In der Planung wurden die folgenden Prämissen berücksichtigt:

Die Personalaufwendungen sind in diesem Wirtschaftsplan mit Tarifierhöhungen aus der Tarifrunde 2023 i. H. v. 639 TEUR berücksichtigt worden. Ab 2025 bis 2027 wurden Tarifierhöhungen i. H. v. 2,0 % angenommen. Die deutliche Tarifierhöhung kann nur zu einem sehr geringen Teil und lediglich bei befristeten Mitarbeitern aufgefangen werden.

Im Geschäftsjahr 2023 kam es zu deutlichen Preiserhöhungen im Bereich der Fernwärme. Auch für Strom sind die Preise aufgrund der neuen Ausschreibung der Stadt Braunschweig im Vergleich zu 2022 gestiegen. Die hohen Strom- und Fernwärmepreise wurden jedoch im Jahr 2023 von der gesetzlichen Preisbremse verringert. Es ist nicht absehbar, ob die Preisbremse wie eigentlich geplant bis April 2024 verlängert wird. Daher ist anzunehmen, dass sich die Gesamtkosten für Strom und Fernwärme bei sinkenden Preisen weiterhin auf dem hohen Vorjahrsniveau einpendeln werden.

**2. Personalplan in MAK**

Stichtag: 31.12. des Planjahres

	2023 Vorschau	2024 Plan	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan
Beschäftigte	110,86	113,05	113,63	113,63	113,63
Ruhende Arbeitsverhältnisse	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	111,86	113,05	113,63	113,63	113,63

Aktuell wird für 2023 (Stichtag 31.12) mit einem Personalbestand von 111,86 MAK inkl. Auszubildende kalkuliert.  
Die Stadtbad GmbH wird im Wirtschaftsplanjahr 2024 mit einer MAK von 113,05 kalkulieren.

**3. Ergebnisplan**

	2023 TEUR Vorschau	2024 TEUR Plan	2025 TEUR Plan	2026 TEUR Plan	2027 TEUR Plan
Jahresergebnis Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (gesamt)	-9.569	-10.200	-10.188	-10.175	-10.346
Ausgleichszahlung Gesellschafter					
a) Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	9.081	9.679	9.668	9.656	9.818
b) Stadt Braunschweig	488	521	520	519	528

Der Ergebnisplan gibt den Zuschussbedarf der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH des Betrachtungszeitraumes 2023 bis 2027 wieder. Es sind Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadt Braunschweig in Höhe des voraussichtlichen entstehenden Verlustes geplant.

**Erfolgsvorschau - GmbH**

	2023 TEUR Vorschau	2024 TEUR Plan	2025 TEUR Plan	2026 TEUR Plan	2027 TEUR Plan
1. Umsatzerlöse	4.306	4.612	4.641	4.672	4.703
2. Aktivierte Eigenleistungen	55	-	-	-	-
3. Sonstige betriebliche Erträge	49	36	36	36	36
	4.410	4.648	4.678	4.708	4.739
4. Materialaufwand	- 4.445	- 4.475	- 4.370	- 4.308	- 4.432
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	- 3.029	- 2.994	- 2.857	- 2.749	- 2.825
b) Bezogene Leistungen	- 1.416	- 1.481	- 1.513	- 1.559	- 1.606
5. Personalaufwand	- 5.900	- 6.664	- 6.874	- 7.091	- 7.217
6. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	- 2.305	- 2.306	- 2.225	- 2.110	- 2.090
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 794	- 899	- 916	- 917	- 923
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>- 9.033</b>	<b>- 9.695</b>	<b>- 9.706</b>	<b>- 9.718</b>	<b>- 9.922</b>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-	-
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 515	- 483	- 460	- 436	- 402
<b>Zinsergebnis</b>	<b>- 515</b>	<b>- 483</b>	<b>- 460</b>	<b>- 436</b>	<b>- 402</b>
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>- 9.548</b>	<b>- 10.178</b>	<b>- 10.166</b>	<b>- 10.154</b>	<b>- 10.324</b>
11 Sonstige Steuern	- 22	- 22	- 22	- 22	- 22
<b>Jahresergebnis</b>	<b>- 9.569</b>	<b>- 10.200</b>	<b>- 10.188</b>	<b>- 10.175</b>	<b>- 10.346</b>

**Erläuterungen zur Erfolgsvorschau der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH**

Zu 1: Umsatzerlöse

	2023 TEUR Vorschau	2024 TEUR Plan	2025 TEUR Plan	2026 TEUR Plan	2027 TEUR Plan
Bäder und Sommerbäder	2.062	2.304	2.304	2.304	2.304
Saunen	424	450	450	450	450
Sonstige Umsatzerlöse	1.821	1.858	1.888	1.918	1.949
	4.306	4.612	4.641	4.672	4.703

**Besucherzahlen**

Wasserwelt	265.000	297.500	297.500	297.500	297.500
BBP und SpbH	190.000	218.000	218.000	218.000	218.000
Sommerbäder	84.000	90.000	90.000	90.000	90.000
Sauna Wasserwelt (ohne Workout)	32.000	36.000	36.000	36.000	36.000
Sauna SpbH	8.200	8.500	8.500	8.500	8.500
<b>Gesamt</b>	<b>579.200</b>	<b>650.000</b>	<b>650.000</b>	<b>650.000</b>	<b>650.000</b>



## Zu 1: Umsatzerlöse

Am 01.01.2024 wird voraussichtlich eine neue Entgeltordnung in Kraft treten. Für die Hallen- und Sommerbäder ergibt sich daraus eine Umsatzerhöhung von rund 190 TEUR. Im Bereich der Saunen wird eine Umsatzerhöhung in 26 TEUR resultieren. Die Kurserlöse werden sich durch die neue Entgeltordnung um 31 TEUR erhöhen. Bei den sonstigen Umsatzerlösen aus Vermietung und Verpachtung handelt es sich für das Freizeitbad um Erträge aus der partiarischen Verpachtung des Fitnessstudios und der Wellnessabteilung sowie der diesbezüglichen Nebenkostenerstattung. In den anderen Bädern handelt es sich im Wesentlichen um die Vermietung an das Rehasentrum und die Volkshochschule, die Verpachtung der Kioske in den Sommerbädern und die Vermietung an einen Friseurbetrieb. Darüber hinaus fließen u. a. die Erlöse aus dem Kursbetrieb ein.

## Zu 2: Sonstige betriebliche Erträge

Hier sind Erträge aus Versicherungsleistungen und Gehalterstattung eingestellt.

## Zu 3: Materialaufwand

Der überwiegende Teil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind Energieverbräuche und Wasser/Abwasser. Darüber hinaus sind die bezogenen Waren eingestellt. Bereits im aktuellen Geschäftsjahr 2023 kam es zu deutlichen Preiserhöhungen im Bereich der Fernwärme. Auch für Strom sind die Preise aufgrund der neuen Ausschreibung der Stadt Braunschweig im Vergleich zu 2022 gestiegen. Die hohen Strom- und Fernwärmepreise wurden jedoch im Jahr 2023 von der gesetzlichen Preisbremse verringert. Es ist nicht absehbar, ob die Preisbremse wie eigentlich geplant bis April 2024 verlängert wird. Daher ist anzunehmen, dass sich die Gesamtkosten für Strom und Fernwärme bei sinkenden Preisen weiterhin auf dem hohen Vorjahrsniveau einpendeln werden. Trotzdem wird sich eine Kostensenkung im Bereich der RHB im Jahr 2024 um 35 TEUR im Vergleich zur Vorschau 2023 einstellen.

## Zu 4: Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt in 2024 gegenüber dem Vorjahr um 765 TEUR. Dies resultiert überwiegend aus Tarifierungen aus der Tarifrunde 2023 (+ 639 TEUR). Hinzu kommt ein Budget i. H. v. rd. 100 TEUR für eine Höhergruppierung der Aufsichtskräfte. Grund hierfür ist die zunehmende Konkurrenz von anderen Schwimmbädern hinsichtlich der Mitarbeiter- und Nachwuchsgewinnung. Wie bereits im Strategiegelgespräch 2023 thematisiert, ist eine Erhöhung der Eingruppierung um eine Entgeltgruppe beim Wasseraufsichtspersonal, ein geeignetes Instrument um Mitarbeiter zu binden. Im regionalen Vergleich zeigte sich auch während der laufenden Saison 2023, dass es zu Kündigungen kommt, da regionale Mitbewerber ein höheres Gehalt anbieten. Es ist davon auszugehen, dass eine Erhöhung der Entgeltgruppe die Attraktivität des Berufsbildes, sowie des Arbeitsgebers erhöht, was hinsichtlich der Personalknappheit ein wichtiger Punkt ist, um sich für die nächsten Jahre besser zu positionieren.

In den Jahren 2022 bis 2024 wird die Verwendung des Kapitalstocks der Unterstützungskasse mit einem Gesamtvolumen von 477 TEUR in drei Teilen in Höhe von jeweils 159 TEUR berücksichtigt. Dies mindert die Aufwandszahlungen für den Ruhegehalt bei der Stadtbad GmbH.

Berücksichtigt wurden ebenfalls der anteilige Personalaufwand für den betrieblichen Ruhegehalt, Beihilfen, die Berufsgenossenschaft sowie der Aufwand für den Pensionssicherungsverein und die Unterstützungskasse.

## Zu 5: Abschreibungen

Die Abschreibungen sinken in den Folgejahren durch die in diesem Wirtschaftsplan einbezogenen geplanten Investitionen.

## Zu 6: Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für Marketing, Versicherungen, Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten sowie für Berufsförderungsmaßnahmen enthalten.

## Zu 7: Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern werden Grund- und Kfz-Steuer ausgewiesen. Andere Steuern fallen wegen der Gemeinnützigkeit der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH nicht an.

## Zu 8: Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Diese werden nicht generiert.

## Zu 9: Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen resultieren aus der Fremdfinanzierung der Investitionen. Alle Darlehen werden zu Kommunalkonditionen aufgenommen. Neuaufnahmen wurden mit dem jeweiligen von der Stadt Braunschweig vorgegebenen Zinssatz berechnet.

Die Planung enthält mehrere Variablen, die zu einer Verbesserung oder Verschlechterung des Ergebnisses führen können:

- überplanmäßige Besucherzahlen und daraus resultierend höhere Erträge:

- a) höheres Besucheraufkommen (Normalzahler);
- b) höhere Besucherzahlen in den Sommerbädern durch höhere Temperaturen in der Sommersaison;
- c) höhere Besucherzahlen im Ersatzneubau des Sportbades Heidberg durch überplanmäßig gute Annahme der dort entstandenen Angebote;
- d) Höhere Nachfrage nach Schwimmkursen durch den Wegfall eines ganzen Jahreszyklus an Schwimmkursen; hier wird eine Angebotserweiterung für die zukünftigen Kurspläne kontinuierlich geprüft

- die kontinuierliche Weiterentwicklung des Kursprogramms durch Schaffung neuer und innovativer Angebote;
- einen geringeren Zinsaufwand bei Darlehensaufnahmen gegenüber den im Geschäftsjahr prognostizierten Zinsen. Der im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Zinsaufwand für anstehende Darlehensaufnahmen oder Prolongationen ist mit dem durch die Stadt Braunschweig vorgegebenen Zinssatz gerechnet worden. Bei einem geringeren Zinssatz zum Zeitpunkt der Darlehensaufnahmen ergeben sich Einsparungen;
- die Prüfung und Weiterentwicklung von Angeboten im Sektor Freizeit;
- Anpassung der Öffnungszeiten an den tatsächlichen nachfragebasierten Bedarf der Besucher;
- mögliche weitere Zusammenarbeit von Gesellschaften im Konzern Stadt Braunschweig.
- mögliche Abmilderung der hohen Energiekosten durch staatliche Maßnahmen
- Zugewinn von Kunden aufgrund stark gestiegener Preise von regionalen Mitbewerbern
- Kosteneinsparpotenzial aufgrund eigener PV-Anlagen

Im Wesentlichen bestehen **Risiken** für die Gesellschaft vor allem durch:

- steigende Energiekosten
- geringere Besucherzahlen, durch niedrigere Temperaturen in der Sommersaison in den Sommerbädern, die zu geringeren Besucherzahlen führen;
- eventuelle Preissteigerungen bei den Betriebskosten, die über der in der Planung berücksichtigten Preissteigerungsrate liegen;
- Auswirkungen der Inflation auf das Kaufverhalten der Gäste und daraus resultierende geringere Erlöse
- der tatsächliche Zinssatz übersteigt den, welchen die Stadt Braunschweig prognostizierte. Sie können im hohen Maße auf dasinsergebnis und damit das Gesamtergebnis der Gesellschaft durchschlagen;
- Preissteigerungen und Verlängerung von Ausführungsfristen für Dienstleistungen durch Fachkräftemangel bei Handwerksbetrieben und Auswirkungen der Energiekrise, die über der in der Planung berücksichtigten Preissteigerungsrate und Bauzeiten liegen;
- Auswirkungen des Fachkräftemangels, der sich auf die Bäderbesetzung auswirken kann, sodass nicht alle Bäder in Folge von Personalmangel besetzt werden können;
- andauernde Verluste in den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben. Diese können sich negativ für die Gesellschaft auswirken;

Bestandgefährdende Risiken liegen nach unserer Auffassung nicht vor.

Um auch in Zukunft die prognostizierten Ergebnisse erreichen zu können bzw. den Verlustausgleich weiter nachhaltig zu senken, wird es gerade auch im Hinblick auf einen eventuellen Rückgang der normalzahlenden Gäste nötig sein, alle Bereiche des Unternehmens intensiv zu betrachten. Dabei gilt es, Strukturen, wenn nötig zu verändern und mit einer bedarfsgerechten Reduzierung des Angebotes auf die tatsächliche Nachfrage zu reagieren. Angebote mit größerem Marktpotential sind dabei bevorzugt zu behandeln.

## 4. Investitions- und Finanzplan

	Vorschau 2023	WPL 2024	WPL 2025	WPL 2026	WPL 2027
<b>BÄDERBESTAND</b>					
<b><u>Bürgerpark</u></b>					
Sanierung MSR-Lüftungstechnik (Steuerungsanlage)	48				
Brandschutzsanierung	50	600	750		
PV-Anlage			300		
Erneuerung Wasseraufbereitung				500	
Lüftungsanlage mit WRG für Umkleide 1.OG		37			
<b><u>Sportbad Heidelberg</u></b>					
PV-Anlagen 442,5 KW	525				
Brandschutzsanierung (Versammlungsstätte)	75	450			
Regenwasserrückhaltung 120-150 m³		200			
Beckensauger		23			
Sanierung Becken 50m Halle				800	
<b><u>Raffteich</u></b>					
Liegen	5				
Außensitzmöbel für Kiosk	8				
Strandfläche	23				
Photovoltaik SBR	65				
Solar-Absorbeanlage	67				
Zufahrt Fa. Ding	10				
Kiosk Neubau	80				
Rutsche					500
<b><u>Waggum</u></b>					
Photovoltaik Waggum	37				
Umkleidegebäude u. Kiosk			500		
<b><u>Sommerbad Bürgerpark</u></b>					
Sanierung Planschbecken inkl. Splashpad	470				
Sanierung Kiosk					200
<b><u>Allgemeine Investitionen</u></b>					
Kleininvestitionen und GWG alle Bäder	20	20	20	20	20
Sonstige Investitionen alle Bäder	40	40	40	40	40
<b><u>Verwaltung und Sonstiges</u></b>					
EDV-Bereich alle Bäder	20	63	57	88	20
<b><u>Werkstatt und Gärtnerei</u></b>					
Traktor		80			
Neuer Firmwagen Werkstatt (Ersatz Kangoo)		12			
Rasenmäher			25		
<b>Zwischensumme Bäderbestand</b>	<b>1.543</b>	<b>1.525</b>	<b>1.692</b>	<b>1.448</b>	<b>780</b>
<b>WASSERWELT</b>					
<b><u>Parkplatz</u></b>					
Neue Schrankenanlage	30				
Photovoltaik WW	480				
Neue Kältemaschine		125			
Liegen Sauna		15			
Zusätzliche Treppe Fahrradstellplatz				55	
Dampfsauna			100		
Machbarkeitsstudie LP0-1		30			
<b><u>Nachattraktivierung</u></b>		150			
<b>Zwischensumme Wasserwelt</b>	<b>510</b>	<b>320</b>	<b>100</b>	<b>55</b>	<b>-</b>
<b>GESAMT</b>	<b>2.053</b>	<b>1.845</b>	<b>1.792</b>	<b>1.503</b>	<b>780</b>

	2023 TEUR Vorschau	2024 TEUR Plan	2025 TEUR Plan	2026 TEUR Plan	2027 TEUR Plan
<b><u>Mittelherkunft</u></b>					
Jahresergebnis	-9.569	-10.200	-10.188	-10.175	-10.346
sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen	-4	-4	-4	-4	-4
Abschreibungen	2.305	2.306	2.225	2.110	2.090
<b>Cashflow</b>	-7.268	-7.898	-7.967	-8.070	-8.259
Verlustrücklage	9.569	10.200	10.188	10.175	10.346
a) Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	9.081	9.679	9.668	9.656	9.818
b) Stadt Braunschweig	488	521	520	519	528
Fremdkapitalaufnahme	2.053	1.845	1.792	1.503	780
Cashpoolabruf	0	-	-	-	-
Einstellung in die Kapitalrücklage	962	-	-	-	-
Liquiditätsabfluss	0	0	0	0	0
<b><u>Summe Mittelherkunft</u></b>	<b>5.316</b>	<b>4.147</b>	<b>4.013</b>	<b>3.609</b>	<b>2.866</b>
<b><u>Mittelverwendung</u></b>					
Finanzbedarf Sachanlagen	2.053	1.845	1.792	1.503	780
Tilgung Cashpool	962	-	-	-	-
Tilgung langfristiger Fremdmittel	2.301	2.302	2.221	2.106	2.086
<b><u>Summe Mittelverwendung</u></b>	<b>5.316</b>	<b>4.147</b>	<b>4.013</b>	<b>3.609</b>	<b>2.866</b>

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH benötigt zur Finanzierung der Wasserwelt insgesamt ca. 35,4 Mio. EUR ohne die erworbenen Grundstücke. Der Cashflow ist im Planungszeitraum dauerhaft negativ. Dies entsteht dadurch, dass ein Bad aufgrund der sozialverträglichen, nicht kostendeckenden Eintrittsentgelte ein Zuschussbetrieb ist. Weil die Tilgung ab dem Jahr 2016 der Abschreibung weitestgehend angepasst ist, resultiert der negative Cashflow primär aus dem negativen Betriebsergebnis (ohne AfA) sowie dem Zinsaufwand für die Darlehensaufnahmen der Investitionen. Durch die Vereinbarung mit der Stadt Braunschweig, dass die Unterschreitung des Wirtschaftsplanergebnisses 2018 in Form einer Eigenkapitalerhöhung zur Teiltilgung des Grundstückdarlehens der Wasserwelt zur Verfügung gestellt wird, erhöhte sich das Eigenkapital in 2020 um 980 TEUR. Diese Mittel sind zur Tilgung des Grundstücksdarlehens für die Wasserwelt eingesetzt worden. In 2021 ist die Unterschreitung des Planverlustes 2019 in Höhe von 791 TEUR in die Kapitalrücklage eingestellt. In 2022 wurde die Unterschreitung des Planverlustes 2020 in Höhe von 944 TEUR in die Kapitalrücklage eingestellt und in 2023 hat die Ergebnisverbesserung aus 2021 das Grundstücksdarlehen WW komplett getilgt.

## 5. Bilanzplan

	IST TEUR 31.12.22	Vorschau TEUR 31.12.23	Plan TEUR 31.12.23	Plan TEUR 31.12.24	Plan TEUR 31.12.25	Plan TEUR 31.12.26	Plan TEUR 31.12.27
<b>Aktiva</b>							
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>40.359</b>	<b>40.107</b>	<b>40.375</b>	<b>39.646</b>	<b>39.213</b>	<b>38.606</b>	<b>37.296</b>
	0	0	0	0	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	62	62	60	57	55	53
II. Sachanlagen	40.355	40.045	40.313	39.586	39.156	38.551	37.243
a) Grundstücke und Bauten	35.621	35.450	35.856	35.492	35.235	34.932	34.230
b) techn. Anlagen und Maschinen	3.861	3.866	3.448	3.402	3.247	2.985	2.410
c) andere Anlagen, Betriebs- u. GA	729	729	1.009	692	674	634	603
d) Anlagen im Bau	144	-	-	-	-	-	-
III. Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	-
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.612</b>	<b>1.584</b>	<b>1.584</b>	<b>1.584</b>	<b>1.480</b>	<b>1.475</b>	<b>1.551</b>
I. Vorräte	102	94	94	94	94	94	94
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	892	947	947	947	947	947	947
III. Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	618	543	543	543	439	434	510
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>15</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>28</b>
<b>Summe Aktiva (Bilanzsumme)</b>	<b>41.986</b>	<b>41.719</b>	<b>41.987</b>	<b>41.258</b>	<b>40.721</b>	<b>40.109</b>	<b>38.875</b>

<b>Passiva</b>							
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>4.240</b>	<b>5.202</b>	<b>5.202</b>	<b>5.202</b>	<b>5.202</b>	<b>5.202</b>	<b>5.202</b>
I. Gezeichnetes Kapital	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023
II. Kapitalrücklage	2.716	3.678	3.678	3.678	3.678	3.678	3.678
III. Gewinnrücklagen	501	501	501	501	501	501	501
VI. Bilanzverlust	-	-	-	-	-	-	0
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	<b>27</b>	<b>28</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>20</b>	<b>16</b>	<b>10</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>930</b>	<b>576</b>	<b>576</b>	<b>576</b>	<b>576</b>	<b>576</b>	<b>576</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>35.801</b>	<b>35.113</b>	<b>35.385</b>	<b>34.656</b>	<b>34.123</b>	<b>33.515</b>	<b>32.287</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>987</b>	<b>800</b>	<b>800</b>	<b>800</b>	<b>800</b>	<b>800</b>	<b>800</b>
<b>Summe Passiva (Bilanzsumme)</b>	<b>41.986</b>	<b>41.719</b>	<b>41.987</b>	<b>41.258</b>	<b>40.721</b>	<b>40.109</b>	<b>38.875</b>

## Bilanzkennzahlen:

	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026	31.12.2027
<u>Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme</u>	0,13	0,12	0,13	0,13	0,13	0,13
<u>Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme</u>	0,87	0,88	0,87	0,87	0,87	0,87
<u>Verschuldungsquote: FK/EK</u>	6,86	6,91	6,77	6,67	6,55	6,32
<u>Anlagedeckungsgrad I: EK/AV</u>	0,13	0,13	0,13	0,13	0,13	0,14

Die Bilanzkennzahlen sind aufgrund des Umstandes, dass die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ein auf Dauer angelegter Zuschussbetrieb im Bereich der Daseinsvorsorge ist, nicht aussagekräftig.

*Betreff:*  
**Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH  
Vereinbarung der Gesellschafter der Braunschweiger Versorgungs-  
AG & Co. KG und der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG  
über die Verfahrensweise der Gewinnverwendung der  
Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 04.12.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	12.12.2023	N

## **Beschluss:**

- „1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, dem als Anlage beigefügten Entwurf der Vereinbarung mit der Veolia BS|ENERGY Beteiligungs GmbH, der Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH und der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG zuzustimmen und die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, die Vereinbarung redaktionell endzuverhandeln und zu unterzeichnen.
2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG dem als Anlage beigefügten Entwurf der Vereinbarung mit der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, der Veolia BS|ENERGY Beteiligungs GmbH und der Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH zuzustimmen und die Geschäftsführung der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG zu veranlassen, die Vereinbarung redaktionell endzuverhandeln und zu unterzeichnen.“

## **Sachverhalt:**

Vor dem Hintergrund der Finanzierung vergangener Investitionen, der Auswirkungen der Corona- und Energiekrise sowie der Erforderlichkeit künftiger Investitionen gewinnt die Stärkung der Liquidität und der Eigenkapital-Basis der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|Energy) zunehmend an Bedeutung.

Seit der Privatisierung im Jahr 2002 erfolgte eine Vollausschüttung der Jahresergebnisse an die Gesellschafter (Anteil der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH -SBBG-: rd. 237 Mio. €). Eine Ausnahme bildete das Jahr 2021. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2021 verständigten sich die Gesellschafter darauf, einen Teil des Gewinns des Jahres 2021 (rd. 10,5 Mio. €) zur Liquiditätssicherung und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis im Unternehmen zu belassen und der Kapitalrücklage zuzuführen.



Die Gewinnausschüttung von BS|Energy hat eine hohe Bedeutung für das Ergebnis der SBBG und somit für den Haushalt der Stadt Braunschweig. Wenn BS|Energy Teile des erwirtschafteten Gewinns in die Gewinnrücklagen einstellt, werden diese nicht an die SBBG ausgeschüttet und fehlen dort in der Liquidität. Die entsprechenden Beträge müssen also auf Ebene der SBBG bzw. der Stadt Braunschweig anderweitig bereitgestellt werden. Andererseits besteht aufgrund der o. a. Herausforderungen die Notwendigkeit, die Eigenkapitalbasis von BS|Energy zu stärken. Insofern haben sich der Vorstand von BS|Energy und die Gesellschafter auf diese gemeinsame Zielsetzung verständigt. Es wurde eine Vereinbarung zur Erreichung dieses Ziels erarbeitet. Mit dem darin vorgesehenen Vorgehen soll ein angemessener Ausgleich der Interessen erreicht werden, der während der Laufzeit der Vereinbarung Planungssicherheit für die Beteiligten schafft. Die Vereinbarung wurde inhaltlich einvernehmlich zwischen den Gesellschaftern abgestimmt.

Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG können die Gesellschafter vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses einstimmig beschließen, dass ein Teil des Gewinns dem gemeinsamen Rücklagenkonto zugeschrieben wird. Eine Umsetzung der Vereinbarung ist folglich nur möglich, wenn alle Gesellschafter der Vereinbarung in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG zustimmen.

Die noch fehlende formale Zustimmung auf Ebene der Veolia BS|ENERGY Beteiligungs GmbH wird kurzfristig erwartet.

Die als Anlage beigefügte Vereinbarung umfasst zunächst die Geschäftsjahre 2023 bis 2026 als Übergangsmodell. Sie enthält darüber hinaus die Absichtserklärung der Beteiligten, für die Wirtschaftsjahre ab 2027 ein angepasstes Thesaurierungsmodell unter Berücksichtigung eines detaillierten Investitionspfades einschließlich der Erschließung neuer Geschäfts- und Aufgabenfelder spätestens bis zum Ablauf der Vereinbarung zu verhandeln. Wesentlich hierfür wird die kommunale Wärmeplanung und die Ableitung der daraus folgenden Investitions- und Finanzierungspläne sein.

Im Rahmen der seinerzeitigen konsortialen Vereinbarung zur strategischen Neuausrichtung des Unternehmens unter Aufnahme eines kommunalen Gesellschafters wurden insbesondere Investitionen bezüglich der künftigen Energieerzeugung vereinbart (Projekt Energieerzeugung 2030). Hieraus resultieren erhebliche Finanzierungsnotwendigkeiten, für die gegenüber den finanzierenden Kreditinstituten ein verbindlicher Financial Covenant in Form des Nettoverschuldungsgrads (Verhältnis von Konzern-Nettoverschuldung zu Konzern-EBITDA) einzuhalten ist. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisensituation, der bestehenden Herausforderungen auf dem Energiemarkt, der angespannten Lage der Finanzmärkte sowie der notwendigen künftigen Investitionen soll zunächst übergangsweise für die Jahre 2023 und 2024 bis 2026 durch das in der Vereinbarung vorgesehene Thesaurierungsmodell die Eigenkapitalbasis gestärkt werden. Ziel der geplanten Thesaurierung ist, die Eigenkapitalquote bei steigenden Verbindlichkeiten zur Umsetzung der notwendigen Investitionen zu halten oder bestenfalls zu steigern. Hierdurch sollen u. a. die Refinanzierungskonditionen der Gesellschaft am Kapitalmarkt mittelfristig erhalten bzw. verbessert werden.

Für das Geschäftsjahr 2023 soll der ausschüttungsfähige HGB-Jahresüberschuss, der den im Wirtschaftsplan 2023 geplanten Wert übersteigt, vollständig thesauriert werden.

Für die Geschäftsjahre 2024, 2025 und 2026 soll eine Gewinnverwendung gemäß nachstehendem Thesaurierungskonzept erfolgen.

Das Konzept sieht drei Zonen vor, die in Abhängigkeit des HGB-Ergebnisses und der daraus resultierenden Eigenkapitalverzinsung definiert werden. Der Betrag der Mindest-Eigenkapitalverzinsung wird ermittelt, indem die Eigenkapitalbasis mit dem Mindest-Eigenkapitalverzinsungssatz multipliziert wird. Als Eigenkapitalbasis gilt in diesem

Zusammenhang der im Rahmen des letzten Anteilsübergangs ermittelte Unternehmenswert von 594,76 Mio. € zzgl. der seit dem Anteilsübergang bis zum jeweiligen Geschäftsjahr erfolgten Thesaurierungen.

Folgende Regeln (Zonen) für die Ergebnisverwendung sollen vereinbart werden:

- Ergebnis bis zu 6% EK-Verzinsung (Mindestverzinsung): Keine Thesaurierung.
- Ergebnis zwischen 6 % und 8 % EK-Verzinsung: Thesaurierung von 30% des Betrages über der Mindestverzinsung von 6%.
- Ergebnis über 8 % EK-Verzinsung: Thesaurierung von 50% des Betrages der eine Eigenkapitalverzinsung von 8% überschreitet.

In der beigefügten Vereinbarung ist die tabellarische Darstellung einer Beispielkalkulation der Thesaurierungsbeträge anhand der im Wirtschaftsplan 2023 sowie der vorgelegten Mittelfristplanung prognostizierten ausschüttungsfähigen HGB-Jahresüberschüsse enthalten.

Geiger

**Anlage/n:**

Entwurf der Vereinbarung über die Verfahrensweise der Gewinnverwendung der Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026

# **Vereinbarung der Gesellschafter der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG und der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG**

## **über die Verfahrensweise der Gewinnverwendung der Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026**

zwischen

der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH  
der Veolia BS|ENERGY Beteiligungs GmbH  
der Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH

und

der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG.

### **Präambel**

Aufgrund der für die kommenden Jahre bestehenden Herausforderungen auf dem Energiemarkt, der angespannten Lage der Finanzmärkte sowie der notwendigen künftigen Investitionen ist eine Stärkung des Eigenkapitals der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG notwendig. Diese Stärkung soll durch die Thesaurierung von Gewinnen erfolgen. Hierzu haben bereits umfangreiche Gespräche mit den Gesellschaftern der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG im Oktober 2023 stattgefunden. Ein gemeinsam vereinbartes Thesaurierungsmodell soll übergangsweise für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026 zur Stärkung der Eigenkapitalquote dienen.

Die Parteien streben an, sich auch für die Wirtschaftsjahre ab 2027 auf ein geeignetes Thesaurierungsmodell spätestens bis zum Ablauf dieser Vereinbarung zu einigen. Dafür ist jedoch die Vorlage der kommunalen Wärmeplanung und die Ableitung der daraus folgenden Investitions- und Finanzierungspläne notwendig.

§ 8 Absatz 3 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG sieht grundsätzlich eine Vollausschüttung, d.h. eine Gutschrift der Gewinne auf den Darlehenskonten der Gesellschafter vor, insoweit die Gewinne nicht zum Ausgleich der Berichtigungskonten verwendet werden müssen. Gemäß § 8 Absatz 4 des Gesellschaftsvertrages kann vor oder bei der Feststellung des Jahresabschlusses einstimmig von den Gesellschaftern der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG beschlossen werden, dass ein Teil des Gewinns dem gemeinsamen Rücklagenkonto zugeschrieben wird.

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Veolia BS|ENERGY Beteiligungs GmbH, Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH und die Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG vereinbaren vor diesem Hintergrund Folgendes:

### **§ 1 Gewinnverwendung**

1. Die Parteien dieser Vereinbarung sind sich einig, dass für das Geschäftsjahr 2023 der ausschüttungsfähigen HGB-Jahresüberschusses, der den im Wirtschaftsplan 2023 geplanten Wert übersteigt, thesauriert werden soll. Für die Geschäftsjahre 2024, 2025 und 2026 soll eine Thesaurierung gemäß Thesaurierungskonzept erfolgen.

2. Das Thesaurierungskonzept umfasst das im folgenden beschriebene Vorgehen zur Ermittlung des Thesaurierungsbetrages:

Eine Thesaurierung erfolgt anteilig für den Betrag des ausschüttungsfähigen HGB-Jahresüberschusses, welcher den Betrag der zwischen den Gesellschaftern abgestimmten Mindest-Eigenkapitalverzinsung übersteigt.

Der Betrag der Mindest-Eigenkapitalverzinsung wird ermittelt, indem die Eigenkapitalbasis mit dem Mindest-Eigenkapitalverzinsungssatz multipliziert wird. Als Eigenkapitalbasis gilt in diesem Zusammenhang der im Rahmen des letzten Anteilsübergangs ermittelte Unternehmenswert von 594,76 M€ zzgl. der seit dem Anteilsübergang bis zum jeweiligen Geschäftsjahr erfolgten Thesaurierungen

Für die Geschäftsjahre 2024, 2025 und 2026 beträgt bei einer Überschreitung der Mindest-Eigenkapitalverzinsung von 6% der prozentuale Thesaurierungsanteil 30% des Betrages der die Eigenkapitalverzinsung von 6% überschreitet (Zone 1). Für Beträge, die eine Überschreitung der Eigenkapitalverzinsung über 8% darstellen, erhöht sich der prozentuale Thesaurierungsanteil auf 50% (Zone 2). Wird die Mindest-Eigenkapitalverzinsung von 6 % nicht erreicht, erfolgt keine Thesaurierung.

Die folgende tabellarische Darstellung zeigt eine Beispielkalkulation der Thesaurierungsbeträge gemäß dieser Vereinbarung anhand der im Wirtschaftsplan 2023 sowie der vorgelegten Mittelfristplanung prognostizierten ausschüttungsfähigen HGB-Jahresüberschüsse.

Thesaurierungskonzept BS ENERGY		2022	2023	2024	2025	2026
		M€	M€	M€	M€	M€
Eigenkapitalbasis 100% zum 1.1.2018	Anfang GJ	594,76	594,76	594,76	594,76	594,76
Summe der Thesaurierungsbeträge ab 1.1.2018	Anfang GJ	0,00	10,54	10,54	14,46	18,98
Thesaurierung aus dem Jahresüberschuss des vorangegangenen Geschäftsjahres	in GJ	10,54	0,00	3,92	4,52	5,74
<b>Eigenkapitalbasis 100%</b>	Ende GJ	<b>605,30</b>	<b>605,30</b>	<b>605,30</b>	<b>609,22</b>	<b>613,74</b>
<b>HGB Jahresüberschuss IST</b>			<b>49,00</b>	<b>50,20</b>	<b>52,90</b>	<b>55,10</b>
(Beispiel gemäß aktuellem WP)						
Mindest-Eigenkapitalverzinsung von 6%	6,0%		36,32	36,32	36,55	36,82
(Beginn Zone 1)						
Schwellenwert Eigenkapitalverzinsung von 8%	8,0%		48,42	48,42	48,74	49,10
(Beginn Zone 2)						
Anteil Thesaurierung Zone 1 - Anteil 30%	30,0%		3,63	3,63	3,66	3,68
Anteil Thesaurierung Zone 2 - Anteil 50%	50,0%		0,29	0,89	2,08	3,00
<b>Thesaurierungsbetrag gesamt</b>			<b>3,92</b>	<b>4,52</b>	<b>5,74</b>	<b>6,68</b>

3. Die Parteien dieser Vereinbarung werden, falls erforderlich, ihren jeweiligen zuständigen Gremien dieses Konzept zur Beschlussfassung vorlegen, um eine Zustimmung herbeizuführen.
4. In der jeweils ordentlichen Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG wird entsprechend dieser Vereinbarung bei

der Feststellung des Jahresabschlusses und der Gewinnverwendung des jeweiligen Geschäftsjahres verfahren.

## **§ 2 Laufzeit / Kündigung**

Diese Vereinbarung gilt erstmals für den Jahresabschluss der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG für das Geschäftsjahr 2023 und ist befristet bis einschließlich zur Entscheidung über die Gewinnverwendung der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG aus dem Jahresabschluss 2026.

## **§ 3 Schriftform/Salvatorische Klausel**

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Schriftformklausel selbst.

Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder undurchführbar sein, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen werden die Parteien dieser Vereinbarung solche setzen, die dem gewollten Sinn und Zweck dieser Vereinbarung unter Wahrung des Grundsatzes der Vertragstreue entsprechen.

Braunschweig, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_.2023

---

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Braunschweig, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_.2023

---

Veolia BS|ENERGY Beteiligungs GmbH

München, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_.2023

---

Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH

Braunschweig, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_.2023

---

Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG

Betreff:

**Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH**  
**Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

01.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 07.12.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

**Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. November 2023 empfohlenen Fassung wird festgestellt.“

**Sachverhalt:**

Gemäß § 12 Ziffer 3 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) entscheidet die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Wirtschaftsplanes. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat den Wirtschaftsplan 2024 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 29. November 2023 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Der Wirtschaftsplan 2024 der SBBG weist einen Fehlbetrag in Höhe von insgesamt 40.868 T€ aus, der sich aus dem Betriebsergebnis inklusive sonstigen Steuern (-979 T€), dem Zinsergebnis (-534 T€), den Steuern vom Einkommen und Ertrag (-175 T€) sowie dem Beteiligungsergebnis der Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften (-39.180 T€) zusammensetzt. Die Ergebnisentwicklung der SBBG wird hauptsächlich vom Beteiligungsergebnis bestimmt. Eine Übernahme des Verlustes durch die Stadt Braunschweig ist vorgesehen. Im Betriebsergebnis der SBBG ist ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe berücksichtigt.

Aufgrund der fortgeschriebenen Ergebnisentwicklungen – vor allem im Beteiligungsergebnis der SBBG – ergibt sich gegenüber der bisherigen mittelfristigen Planung für das Jahr 2024 in Höhe von -40.868 T€ ein um 3.975 T€ höherer Verlustausgleichsbedarf für die SBBG.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2022 und 2023 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023	Plan 2024
<b>Betriebsergebnis SBBG</b>	<b>647</b>	<b>-829</b>	<b>-685</b>	<b>-930</b>
<u>Erträge aus Beteiligungen</u>				
Brg. Versorgungs-AG & Co. KG	4.493	12.299	17.670	11.044
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Brg.*)	1.291	1.077	1.093	1.123
Hafenbetriebsgesellschaft Brg. mbH	335	258	286	307
Kraftverkehr Mundstock GmbH	537	103	448	1.273
<u>Aufwendungen aus Verlustübernahmen</u>				
Brg. Bus- u. Bahnbetriebsgesellschaft mbH	0	0	-1	0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-29.710	-32.620	-35.657	-36.569
Stadthalle Brg. Betriebsgesellschaft mbH	-4.228	-6.321	-5.692	-6.679
Stadtbad Brg. Sport und Freizeit GmbH	-7.618	-9.488	-9.081	-9.679
<b>Beteiligungsergebnis</b>	<b>-34.901</b>	<b>-34.692</b>	<b>-30.933</b>	<b>-39.180</b>
<b>Zins/Finanzergebnis</b>	<b>-437</b>	<b>-352</b>	<b>-125</b>	<b>-534</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-165	-168	180	-175
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-34.856</b>	<b>-36.041</b>	<b>-31.563</b>	<b>-40.819</b>
Sonstige Steuern	-50	-50	-50	-49
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-34.906</b>	<b>-36.091</b>	<b>-31.613</b>	<b>-40.868</b>
Erträge aus Verlustübernahme	34.906	36.091	31.613	40.868
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

\*) Ausschüttungen erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht.

Die Ergebnisentwicklung der SBBG wird hauptsächlich vom Beteiligungsergebnis bestimmt, das im Jahr 2024 mit einem Verlust in Höhe von 39.180 T€ einen gegenüber der Vorjahresplanung um 3.818 T€ erhöhten Mehrbedarf ausweist.

Ursächlich hierfür sind die folgenden teilweise auch gegenläufig wirkenden Faktoren:

- Ergebnisverbesserungen von insgesamt 1.422 T€ ergeben sich durch höhere Ausschüttungen der Kraftverkehr Mundstock GmbH (1.142 T€), der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (4 T€) und einen geringeren Verlustausgleichsbedarf der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (133 T€) und der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (86 T€) sowie durch eine höhere Dividende der Niwo (57 T€).
- Ergebnisbelastende Effekte in Höhe von insgesamt 5.240 T€ ergeben sich durch die erhöhten Verlustausgleichsbedarfe der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (3.684 T€) und durch die geringere Ausschüttung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (1.556 T€).

#### I. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG)

Im Betriebsergebnis wird das operative Geschäft der SBBG abgebildet. Das Betriebsergebnis 2024 (inklusive sonstige Steuern) beträgt -979 T€. In der mittelfristigen Unternehmensvorschau bleibt das Betriebsergebnis auf gleichem Niveau. Der Dienstleistungsbereich ist stabil. Ergebnisschwankungen, Chancen und Risiken ergeben sich insbesondere aufgrund von Entwicklungen im Immobilienbereich im Hinblick auf die im



Eigentum der SBBG stehenden Gebäude Taubenstraße 7-8, Neue Knochenhauerstraße 5 und Wilhelmstraße 62 - 71. Hinsichtlich näherer Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Textziffer 3.3 auf Seite 9 des der Vorlage beigefügten Wirtschaftsplans verwiesen.

Im Personalaufwand sind insbesondere Tarifierhöhungen für den geplanten Personalstand von 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen aktuell fünf in Teilzeit arbeiten, berücksichtigt. Um den geplanten Personalstand zu erreichen, ist für das Jahr 2024 die Einstellung von zwei Nachwuchskräften vorgesehen.

Das Zinsergebnis beläuft sich im Jahr 2024 auf -534 T€. Aufgrund der Zinsentwicklung wird das Ergebnis kurzfristig etwas schlechter ausfallen als noch in der Planung des letzten Jahres angenommen. Auf mittelfristige Sicht sind – vor allem wegen einer für das Jahr 2026 geplanten Umfinanzierung sowie geplanter Thesaurierungen bei der BVAG – weitere Verschlechterungen zu erwarten, so dass immer größer werdende Liquiditätsfehlbeträge entstehen. An Lösungen zur Verbesserung der Situation wird gearbeitet.

Das Beteiligungsergebnis 2024 beläuft sich auf -39.180 T€. Die sich im Finanzplanungszeitraum ergebenden Schwankungen sind insbesondere durch die Ergebnisabführung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) und die Verlustübernahmen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) bedingt. Das Planergebnis der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) für das Jahr 2024 in Höhe von 1.273 T€ ist durch den geplanten Verkauf zweier Tochtergesellschaften durch einen Einmaleffekt geprägt. In der Mittelfristplanung reduzieren sich demzufolge die Ergebnisbeiträge dieser Gesellschaft deutlich. Zur Ergebnisentwicklung der Beteiligungsgesellschaften wird auf die Ausführungen in der Textziffer 3.2 auf den Seiten 6 ff. des Wirtschaftsplans verwiesen.

Bei der Position Steuern vom Einkommen und Ertrag ist zu berücksichtigen, dass bei der SBBG durch die steuerliche Organschaft erhebliche Steuervorteile realisiert werden. So werden die auf die SBBG entfallenden Gewinnanteile der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG letztlich nicht mit Körperschaftsteuer belastet. Vom Jahr 2017 an wurde auch die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH in die steuerliche Organschaft aufgenommen, so dass auch die von dieser Gesellschaft erwirtschafteten Gewinne nicht mehr durch Ertragssteuern belastet werden. Die geplanten Körperschaft- und Gewerbesteuern in Höhe von 175 T€ fallen insbesondere für die Aktivitäten im Immobilien- und Reisebereich an. Dabei ist das durch den im Jahr 2023 erfolgten Auszug des langjährigen Mieters in der Wilhelmstraße 62 – 71 verschlechterte Ergebnis der Sparte berücksichtigt.

Der Investitionsplan 2024 der SBBG hat einen Umfang von 761 T€. Neben Ersatzinvestitionen im Bereich der IT-Ausstattung (15 T€) sind im Jahr 2023 Investitionen im Zusammenhang mit der Implementation einer Nachfolgelösung für das auf Sicht von SAP nicht mehr gepflegte Buchhaltungsprogramm eingeplant. Daneben sind Mittel für den Standort Taubenstraße zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur technischen Gebäudetrennung sowie zur Neugestaltung der Außenanlagen eingeplant. Zudem sind vorbehaltlich der entsprechenden Beschlüsse ab dem Jahr 2023 Thesaurierungen des bei der BVAG & Co. KG erwirtschafteten Ergebnisse vorgesehen und planerisch abgebildet.

## **II. Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG)**

Die Wirtschaftsplanung der BVAG wird in diesem Jahr etwas später beendet als sonst üblich. Zum Zeitpunkt der finalen Erstellung des SBBG-Planes lag insofern nur eine vorläufige Planung der BVAG vor. Demnach erwartet die BVAG für das Jahr 2024 einen Jahresüberschuss von 44.000 T€. Der auf die SBBG entfallende Ergebnisanteil beträgt 25,1 % und beläuft sich somit auf 11.044 T€. Dieser Wert wurde in der Planung der SBBG verarbeitet. Dabei war bewusst, dass sich bis zum Zeitpunkt, an dem die BVAG ihren endgültigen Plan vorlegen wird, ggf. noch Veränderungen ergeben können. Diese Veränderungen sowie ggf. im Jahr 2024 eintretende weitere, nicht im Plan abgebildete Entwicklungen würden dann im Rahmen der Ergebnisprognosen berücksichtigt.

Zwischenzeitlich ist erkennbar, dass die BVAG ihre Planung nochmals überarbeitet und sich der für den Jahresüberschuss bisher geplante Wert von 44.000 T€ noch verändern wird.

Durch den mit Wirkung vom 1. Januar 2005 vollzogenen Formwechsel der BVAG in eine Personengesellschaft wurde erreicht, dass auf Ebene der SBBG eine Verrechnung der aus der Beteiligung an der BVAG resultierenden Gewinne ohne Körperschaftsteuerbelastung insbesondere mit Verlusten aus dem Verkehrsbereich erfolgen kann.

Die Ergebnisse der BVAG spiegeln die Entwicklung der Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten wider.

Der Aufsichtsrat der BVAG wird über den Wirtschaftsplan 2024 in seiner Sitzung voraussichtlich am 20. Dezember 2023 beschließen.

### **III. Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo)**

Die Ergebnisse der Niwo fließen um ein Jahr versetzt in den Jahresabschluss der SBBG ein, da hier weder ein Ergebnisabführungsvertrag besteht noch Abschlagszahlungen auf das Jahresergebnis zu leisten sind. Unter Berücksichtigung der zwischen der Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig und SBBG abgeschlossenen Vereinbarung über die Ergebnisverwendung vom 7. März 2016 entfällt auf die SBBG auf Basis der Ergebnisprognose 2023 der Gesellschaft eine Dividendenzahlung in Höhe von 1.123 T€ im Jahr 2024. Der Anweisungsbeschluss im Hinblick auf die Stimmbindung der Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der Niwo und der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der Niwo wurde nach Beratung im Aufsichtsrat der Niwo am 6. Oktober 2023 bereits durch den FPDA in seiner Sitzung am 2. November 2023 gefasst. Hierzu wird auf die Drucksachen-Nr. 23-22209 verwiesen.

### **IV. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG)**

Ende des Jahres 2016 wurden 94,9 % der Anteile an der HBG von der Stadt auf die SBBG übertragen. Die Gesellschaft wurde in den bei der SBBG bestehenden steuerlichen Querverbund integriert, sodass auf die positiven Ergebnisse der Gesellschaft keine Ertragsteuern mehr anfallen. Dabei wurde auch ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der vom Geschäftsjahr 2017 an wirksam ist. Die Ergebnisse der Gesellschaft fließen somit - bis auf eine fixe Garantiedividende für die Minderheitsgesellschafterin - vollständig an die SBBG. Unter bestimmten Bedingungen können aber trotzdem Rücklagen in der Gesellschaft gebildet werden, ohne den steuerlichen Querverbund zu gefährden. Diese Bedingungen werden aus heutiger Sicht im Planungszeitraum vorliegen, sodass in der Wirtschaftsplanung auch eine Rücklagenbildung in Höhe von jährlich 150 T€ abgebildet ist. Ob dies tatsächlich immer realisiert werden kann, wird aber als Einzelfallentscheidung jedes Jahr erneut betrachtet werden. Auf Basis der Wirtschaftsplanung 2024 und der im Planungszeitraum voraussichtlich in Frage kommenden Rücklagenbildung, ergibt sich eine geplante Gewinnabführung für das Jahr 2024 in Höhe von 307 T€.

Der Anweisungsbeschluss im Hinblick auf die Stimmbindung der Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der HBG und der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der HBG wurde nach Beratung im Aufsichtsrat der HBG am 10. Oktober 2023 bereits durch den FPDA in seiner Sitzung am 2. November 2023 gefasst. Hierzu wird auf die Drucksachen-Nr. 23-22214 verwiesen.

### **V. Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM)**

Gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der KVM bedarf der Wirtschaftsplan der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrates. Eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung ist nicht vorgesehen. Der Aufsichtsrat der KVM hat den Wirtschaftsplan 2024 in seiner Sitzung am 29. November 2023 zugestimmt.

Die wesentliche Geschäftstätigkeit des Unternehmens besteht neben der Erbringung der eigenen Linienverkehre auf zwei konzessionierten Linien im Braunschweiger Umland sowie in der Durchführung von Auftragsverkehren auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs mit Omnibussen, die überwiegend in den Stadtrandlagen Richtung Vechede orientiert sind. Hierfür stellt die Gesellschaft auf vertraglicher Grundlage der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) Fahrer und Fahrzeuge zur Verfügung.

Die Gesellschaft hält 100 % der Geschäftsanteile an der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG) und der Mundstock Reisen GmbH (MR) und ist mit 50,96 % an der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service-GmbH (MNS) beteiligt. Die KVM ist Mitglied und Gesellschafterin der Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH (VRB).

Die bisher gehaltenen Anteile an MR und MNS werden zum Jahreswechsel veräußert. Die Ergebnisse für das Jahr 2023 der beiden Gesellschaften fließen für das Wirtschaftsjahr 2023 letztmalig der KVM zu. Insofern werden die zukünftigen KVM-Ergebnisse ohne diese Ergebnisanteile geplant und für die zu veräußernden Gesellschaften kein Wirtschaftsplan 2024 aufgestellt. Die mit der Veräußerung generierten Gewinne fallen einmalig an.

Ein Ergebnisabführungsvertrag besteht zwischen der KVM und der MR. Die anteilige Gewinnausschüttung der MNS an die KVM erfolgt erst mit der Beschlussfassung über die Verwendung des jeweiligen Jahresergebnisses und damit um ein Jahr zeitversetzt.

Die PVG erbringt ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet und im Landkreis Peine. Die KVM ist für diese Leistungen Inhaber der Linienkonzessionen, die Betriebsführung wurde bereits vor Jahren auf die PVG übertragen. Die Jahresüberschüsse bzw. Jahresfehlbeträge der PVG werden auf neue Rechnung vorgetragen und reduzieren bzw. erhöhen den Bilanzverlust bzw. Bilanzgewinn des Unternehmens (Stand Bilanzgewinn per 31. Dezember 2022: 32.702,36 €). Für das Jahr 2024 ist ein Ergebnis in Höhe von 260 T€ geplant.

Die KVM erwartet für das Planjahr 2024 ein Ergebnis in Höhe von 1.273 T€. Darin enthalten sind prognostizierte Veräußerungserlöse abzgl. Buchwertbereinigungen in Höhe von insgesamt 1.014 T€ (MNS: 409 T€ und MR: 605 T€) sowie die Gewinnabführung von MNS in Höhe von 157 T€.

Im Investitionsplan der KVM sind für das Jahr 2024 Investitionen im Umfang von 585 T€ vorgesehen. Hiervon entfällt ein Großteil auf die Beschaffung von Linienbussen (550 T€).

## **VI. Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)**

Die SBBG ist alleinige Gesellschafterin der BSVG. Der von der BSVG erwirtschaftete Fehlbetrag wird gemäß des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der SBBG ausgeglichen. Zum Anweisungsbeschluss zur Stimmbindung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der BSVG wird auf die Drucksachen-Nr. 23-22495 zur heutigen Sitzung verwiesen.

## **VII. Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthallen-GmbH)**

Die SBBG hält 94,8077 % an der Stadthallen-GmbH und trägt den für das Jahr 2024 geplanten Verlust entsprechend im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Anweisungsbeschluss im Hinblick auf die Stimmbindung der Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der Stadthallen-GmbH und der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der Stadthallen-GmbH wird auf die Drucksachen-Nr. 23-22496 zur heutigen Sitzung verwiesen.

**VIII. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH)**

Die SBBG hält 94,8954 % an der Stadtbad GmbH und trägt den für das Jahr 2024 geplanten Verlust entsprechend im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Anweisungsbeschluss im Hinblick auf die Stimmbindung der Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der Stadtbad GmbH und der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der Stadtbad GmbH wird auf die Drucksachen-Nr. 23-22497 zur heutigen Sitzung verwiesen.

Die Wirtschaftspläne 2024 der SBBG, der KVM und der PVG sind als Anlage beigefügt.

Geiger

**Anlage/n:**

SBBG - Wirtschaftsplan 2024

KVM - Wirtschaftsplan 2024

PVG - Wirtschaftsplan 2024

**Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH**

**Wirtschaftsplan 2024**

**und**

**mittelfristige Unternehmensvorschau**

**Inhaltsübersicht**

	<b><u>Seite</u></b>
<b>1. Allgemeines</b>	<b>3</b>
<b>2. Personalplan</b>	<b>4</b>
<b>3. Ergebnisplan</b>	<b>5</b>
<b>3.1 SBBG gesamt</b>	<b>5</b>
<b>3.2 Beteiligungsergebnis</b>	<b>6</b>
<b>3.3 SBBG ohne Beteiligungsgesellschaften</b> <b>Betriebsergebnis, Zinsergebnis sowie Steuern vom Einkommen</b> <b>und Ertrag</b>	<b>8</b>
<b>3.4 Konzernergebnis</b>	<b>10</b>
<b>4. Investitionsplan</b>	<b>11</b>
<b>5. Finanzplan</b>	<b>12</b>
<b>6. Bilanzplan</b>	<b>15</b>
<b>7. Chancen und Risiken</b>	<b>17</b>

## 1. Allgemeines

Die Kernaufgabe der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) besteht im Halten, Verwalten und in der Steuerung von Beteiligungsunternehmen. In ihrer zentralen Funktion agiert sie somit als Finanzholding. Dabei wird insbesondere die ertragsteuerliche Organschaft zwischen dem Verkehrs-, dem Versorgungs- und dem Hafenbereich sichergestellt, die im Konzern letztlich Ertragsteuern in erheblichem Umfang erspart.

Neben den daraus resultierenden Aufgaben im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, der Beteiligungssteuerung und des Liquiditätsmanagements werden von der SBBG kaufmännische Dienstleistungen speziell im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, des Controllings und der Unternehmensführung erbracht. Darüber hinaus verfügt sie noch über - allerdings nicht betriebsnotwendige - Immobilien und ist insofern im Bereich des Immobilienmanagements aktiv.

In den folgenden Darstellungen werden neben dem Planjahr 2024 und den Vorschaujahren 2025 – 2027 auch das laufende Jahr 2023 abgebildet. Die Planansätze basieren überwiegend auf dem Kenntnisstand Oktober 2023. Bei der Erarbeitung der Planung wurden insbesondere folgende wesentliche Prämissen berücksichtigt:

- Es wird planerisch von einem unveränderten Immobilienportfolio ausgegangen. Gleichwohl gibt es bei der SBBG zahlreiche Aktivitäten, um das Ziel einer weiteren Reduzierung des Bestandes an Immobilien zu erreichen. Die Aktivitäten sind aber noch nicht so weit gediehen, dass sie in konkrete Maßnahmen münden und werden deshalb im Plan noch nicht abgebildet.
- Die Beteiligungsstruktur ist weitgehend unverändert. Allerdings ist planerisch berücksichtigt, dass die Anteile an zwei Enkelgesellschaften der SBBG zum Jahreswechsel 2023 / 2024 veräußert werden sollen, konkret 100 % der bis dahin von der Kraftverkehr Mundstock GmbH gehaltenen Anteile an der Mundstock Reisen GmbH und 50,96 % der Magdeburg Nutzfahrzeug Service GmbH.
- Im Personalbereich wurden für das Jahr 2024 die bereits feststehende Tarifierhöhung von rd. 5,5 % und für die Folgejahre von jeweils 3,0 % planerisch berücksichtigt.
- Kurzfristige Liquiditätsüberhänge werden im Cashpool der Stadt Braunschweig angelegt. Kurzfristige Liquiditätsfehlbeträge werden aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt. Im Jahr 2026 ist die Umschuldung eines in der Vergangenheit aufgenommenen Darlehens berücksichtigt worden. Weitere langfristige Kapitalaufnahmen sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen.
- Im Plan ist abgebildet, dass die bei der SBBG entstehenden Verluste wie bisher durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen werden und entsprechende Verlustausgleichszahlungen erfolgen.



## 2. Personalplan

### Personalplan

Stichtag: 31.12. des Planjahres

	2023 Plan	2023 Vor- schau	2024 Plan	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan
Arbeiter und Angestellte	11,0	10,0	12,0	12,0	12,0	12,0
Personen Mitarbeiterjahre	11,0 9,94	10,0 8,94	12,0 11,19	12,0 11,19	12,0 11,19	12,0 11,19

Die SBBG hat - ohne Berücksichtigung der Geschäftsführung - aktuell einen Personalstand von zehn Mitarbeitern; davon arbeiten fünf in Teilzeit.

Für die Folgejahre ist ein Personalstand von jeweils zwölf geplant. Darin ist die Einstellung von Nachwuchskräften enthalten. Hierzu wurde vor einigen Jahren ein entsprechendes Handlungskonzept zur Gewinnung und Förderung von Nachwuchskräften entwickelt. Dadurch soll das Know-how, insbesondere im betriebswirtschaftlichen Bereich, weiter gestärkt werden. Weiterhin wird die Möglichkeit geschaffen, bei - immer wieder auftretenden ungeplanten - Engpässen in den Gesellschaften zu unterstützen und durch ggf. zentrale Organisation von Aufgaben Synergien im Konzern zu erzeugen. Darüber hinaus sollen die neuen Leistungsträger mittelfristig im Rahmen von Nachfolgeregelungen auch für die Übernahme von anspruchsvollen Fach- oder Führungsaufgaben in Betracht gezogen werden können. Das Programm bildet zudem einen wichtigen Baustein im Rahmen der Nachfolgeplanung für in den nächsten Jahren planmäßig ausscheidende Leistungsträger.

Das Konzept hat sich bisher bewährt. Diese Maßnahme wurde im Konzern Stadt Braunschweig auch im Rahmen des Haushaltsoptimierungsprozesses betrachtet und soll weitergeführt werden.

In den Plandaten ist insofern für die Folgejahre unterstellt, dass kontinuierlich Nachwuchskräfte im Unternehmen tätig sind. Es wird dabei davon ausgegangen, dass es sich nicht permanent um dieselben Personen handelt, sondern dass bisherige Nachwuchskräfte in andere Positionen wechseln und neue Nachwuchskräfte nachrücken können.

Die Geschäftsführung ist in den o. a. Zahlen nicht enthalten. Zum Jahresende wird der bisherige Geschäftsführer altersbedingt ausscheiden; Anfang 2024 wird der neue Geschäftsführer ohne Zeitverzug die Position übernehmen. Die Kosten sind in den Ergebnisplanungen berücksichtigt.

### 3. Ergebnisplan

#### 3.1 SBBG gesamt

In der folgenden Aufstellung ist die Ergebnisentwicklung dargestellt:

	2023 Plan T Euro	2023 Vor- schau T Euro	2024 Plan T Euro	2025 Plan T Euro	2026 Plan T Euro	2027 Plan T Euro
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	12.299	17.670	11.044	13.278	13.830	14.031
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1.077	1.093	1.123	1.061	1.045	1.007
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	258	286	307	286	290	299
Kraftverkehr Mundstock GmbH	103	448	1.273	100	90	123
Braunschweiger Bus und Bahnbetriebs- Gesellschaft mbH	0	-1	0	0	0	0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-32.620	-35.657	-36.569	-38.491	-40.578	-41.898
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-6.321	-5.692	-6.679	-6.787	-6.730	-7.222
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	-9.488	-9.081	-9.679	-9.668	-9.656	-9.818
Beteiligungsergebnis	-34.692	-30.933	-39.180	-40.221	-41.709	-43.478
Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH Betriebsergebnis	-829	-685	-930	-979	-1.019	-1.088
Zinsergebnis	-352	-125	-534	-620	-1.284	-1.520
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-168	180	-175	-139	-153	-153
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-36.041</b>	<b>-31.563</b>	<b>-40.819</b>	<b>-41.959</b>	<b>-44.165</b>	<b>-46.239</b>
Sonstige Steuern	-50	-50	-49	-49	-49	-49
<b>Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)</b>	<b>-36.091</b>	<b>-31.613</b>	<b>-40.868</b>	<b>-42.008</b>	<b>-44.214</b>	<b>-46.288</b>
<b>Verlustausgleich durch die Stadt BS</b>	<b>36.091</b>	<b>31.613</b>	<b>40.868</b>	<b>42.008</b>	<b>44.214</b>	<b>46.288</b>
<b>Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Bei der SBBG wird für das Jahr 2024 vor Verlustübernahme ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 40,9 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der SBBG setzt sich dabei aus mehreren Komponenten zusammen, dem Beteiligungsergebnis, dem Betriebsergebnis, dem Zinsergebnis und den Steuern vom Einkommen und Ertrag. Es ist vorgesehen, dass dieser Verlust durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen wird, so dass sich nach Verlustausgleich ein Ergebnis von null ergibt und die Liquidität der Gesellschaft grundsätzlich sichergestellt ist.

In den Folgejahren liegen die Ergebnisse in einer vergleichbaren Größenordnung, verschlechtern sich aber gleichwohl noch weiter; dies ist insbesondere auf die Schwankungen in den Ergebnissen einiger Tochtergesellschaften zurückzuführen. Auch für die Folgejahre ist geplant, dass die entstehenden Verluste vollständig durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen werden sollen.

### 3.2 Beteiligungsergebnis

Im **Beteiligungsergebnis** werden die auf die SBBG entfallenden Ergebnisanteile der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Braunschweiger Bus und Bahnbetriebs-Gesellschaft mbH, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH desselben Jahres berücksichtigt. Zusätzlich ist noch der aus dem Vorjahresergebnis an die SBBG ausgeschüttete Ergebnisanteil der Nibelungen-Wohnbau-GmbH enthalten. Das **Beteiligungsergebnis** wird im Planjahr 2024 rd. -39,2 Mio. Euro betragen.

Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG erwartet für 2024 ein vergleichsweise schwächeres Jahr. Die Entwicklung auf den Energiemärkten ist zurzeit mit großen Unsicherheiten behaftet. Aufgrund der aktuellen Wettbewerbssituation ist zur Vermeidung weiterer Kundenabwanderungen im Oktober 2023 eine Preissenkung notwendig gewesen, die die Vertriebsmarge nachhaltig belastet. Hohe Investitionen im Zusammenhang mit dem Gebäudeenergiegesetz, Wärmeplanungsgesetz und der Dekarbonisierung werden perspektivisch die Braunschweiger Versorgungs-AG und Co. KG zusätzlich zu den planmäßigen Erneuerungen belasten. Diese Investitionen gehen voraussichtlich mit schlechteren Finanzierungsbedingungen einher.

In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Eigenkapitalbasis nachhaltig zu stärken. Über dieses Ziel besteht Einigkeit mit den Gesellschaftern. Es wird angestrebt, dass deshalb Teile des Jahresüberschusses den Gewinnrücklagen zugeführt werden sollen; die jeweiligen Beträge ergeben sich nach einem festgelegten Rechenmodell in Abhängigkeit von der Höhe des Ergebnisses. Hierzu sollen noch im Jahr 2023 entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Bei der SBBG werden unabhängig davon im Beteiligungsergebnis die auf sie entfallenden Ergebnisanteile in voller Höhe gezeigt, unabhängig davon, ob eine Thesaurierung erfolgt oder nicht (siehe dazu auch die Ausführungen unter Punkt 4 – Investitionsplan).

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH entwickelt sich im Planungszeitraum weiterhin positiv. Sie wird sich in den nächsten Jahren u. a. um die klimagerechte Entwicklung ihrer Bestände kümmern, wird aber auch noch weiter maßgeblich an der begonnenen Entwicklung von neuen Wohnquartieren beteiligt sein. Die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft bleibt grundsätzlich erfreulich. Im Beteiligungsergebnis der SBBG wird die von der Gesellschaft an die SBBG ausgeschüttete Dividende erst im Jahr der Ausschüttung ergebniswirksam gezeigt. Eine Aufteilung des von der Gesellschaft erwirtschafteten Ergebnisses in eine auszuschüttende Dividende und einen in die Gewinnrücklagen einzustellenden Teil erfolgt auf Basis der Anfang des Jahres 2016

geschlossenen Vereinbarung zwischen der Gesellschaft, der Stadt Braunschweig und der SBBG über die Ergebnisverwendung. Das so geregelte Vorgehen zur Gewinnverwendung hat sich aus Sicht der Vertragspartner weiter bewährt.

Ende des Jahres 2016 wurden 94,9 % der Anteile an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH von der Stadt auf die SBBG übertragen. Die Gesellschaft wurde in den bei der SBBG bestehenden steuerlichen Querverbund integriert, so dass auf die positiven Ergebnisse der Gesellschaft keine Ertragsteuern mehr anfallen. Dabei wurde auch ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der vom Geschäftsjahr 2017 an wirksam ist. Die Ergebnisse der Gesellschaft fließen somit - bis auf eine fixe Garantiedividende für die Minderheitsgesellschafterin - grundsätzlich vollständig an die SBBG. Unter bestimmten Bedingungen können aber trotzdem Rücklagen in der Gesellschaft gebildet werden, ohne den steuerlichen Querverbund zu gefährden. Diese Bedingungen werden aus heutiger Sicht im Planungszeitraum vorliegen, so dass in der Wirtschaftsplanung auch eine Rücklagenbildung von je 150 T Euro p. a. abgebildet ist. Ob diese Rücklagenbildung tatsächlich immer realisiert werden kann, wird aber als Einzelfallentscheidung im Rahmen des Jahresabschlusses in jedem Jahr erneut betrachtet und beschlossen werden.

Die Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) plant leicht positive Ergebnisse. Darin sind grundsätzlich die auf sie entfallenden Ergebnisse ihrer eigenen Tochtergesellschaften berücksichtigt. Zur künftigen strategischen Aufstellung der KVM-Gruppe wurde eine Studie erstellt; darin wird die Realisierung erheblicher Veränderungen empfohlen. Zurzeit wird davon ausgegangen, dass die Anteile an der Mundstock Reisen GmbH und an der Magdeburg Nutzfahrzeug Service GmbH zum Jahreswechsel 2023 / 2024 veräußert werden können. Die im Geschäftsjahr 2023 erwirtschafteten Ergebnisse stehen aber auch in diesem Fall noch der KVM zu. Darüber hinaus entstehen Veräußerungsgewinne. Entsprechend ist diese Veräußerung in den Planungen der KVM und der SBBG abgebildet, so dass sich im Jahr 2024 ein durch diese Sachverhalte bedingtes einmalig hohes Ergebnis ergibt.

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH plant für 2024 einen Verlust von rd. 36,6 Mio. Euro. Für die Folgejahre sind weitere Verschlechterungen des Jahresergebnisses absehbar. Die Entwicklung der Jahresergebnisse im Planverlauf ist durch die zu erbringende Verkehrsleistung, die Qualität des Verkehrsangebotes und das Marktpreisniveau geprägt. Gestiegene Energiekosten, steigende Personalkosten, gestiegene Investitionstätigkeiten in Großprojekte (wie z.B. Elektromobilität, Sanierungen, Stadtbahnausbau) sowie das gestiegene Zinsniveau können nicht voll durch die Erträge gegenfinanziert werden. Die Höhe der Kompensationszahlungen der Einnahmeschäden aus dem Deutschland-Ticket sind zudem immer noch unklar und mit Risiken behaftet.

Der auf die SBBG entfallende Anteil am Ergebnis der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH wird im Planjahr 2024 bei rd. -6,7 Mio. Euro liegen. Der auf die SBBG entfallende Ergebnisanteil der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH liegt im Jahr 2024 bei -9,7 Mio. Euro.

### 3.3 SBBG ohne Beteiligungsgesellschaften

#### Betriebsergebnis, Zinsergebnis sowie Steuern vom Einkommen und Ertrag

In der folgenden Aufstellung ist die Entwicklung des „eigenen“ Jahresergebnisses der SBBG ohne Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsgesellschaften dargestellt. Dabei sind die einzelnen Ergebniskomponenten - das Betriebsergebnis, das Zinsergebnis sowie die Steuern vom Einkommen und Ertrag – erkennbar:

	2023 Plan T Euro	2023 Vor- schau T Euro	2024 Plan T Euro	2025 Plan T Euro	2026 Plan T Euro	2027 Plan T Euro
Umsatzerlöse	1.641	1.675	1.708	1.721	1.663	1.672
Sonstige betriebliche Erträge		41				
Materialaufwand	-443	-418	-472	-530	-468	-476
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-240	-209	-218	-206	-206	-206
b) Bezogene Leistungen	-203	-209	-254	-324	-262	-270
Personalaufwand	-1.231	-1.181	-1.317	-1.359	-1.403	-1.449
Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-53	-53	-62	-90	-113	-132
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-743	-749	-787	-721	-698	-703
<b>Betriebsergebnis</b>	-829	-685	-930	-979	-1.019	-1.088
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	976	3	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-361	-1.101	-537	-621	-1.284	-1.520
<b>Zinsergebnis</b>	-352	-125	-534	-620	-1.284	-1.520
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-168	180	-175	-139	-153	-153
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	-1.349	-630	-1.639	-1.738	-2.456	-2.761
Sonstige Steuern	-50	-50	-49	-49	-49	-49
<b>Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)</b> (ohne Beteiligungsergebnis)	-1.399	-680	-1.688	-1.787	-2.505	-2.810

Im **Betriebsergebnis** der SBBG wird das operative Geschäft der Gesellschaft abgebildet. Der Dienstleistungsbereich ist stabil; es wird auch weiterhin von einer dauerhaften Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH ausgegangen. Darüber hinaus ist planerisch abgebildet, dass die bislang für die Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH erbrachten Dienstleistungen im Bereich der Buchführung mit Ablauf des Jahres 2024 nicht mehr erbracht werden, da die dafür gebundenen Kapazitäten im Konzern selbst benötigt werden und da unabhängig davon die VRB die entsprechenden Leistungen künftig höchstwahrscheinlich selbst erbringen will.

Im Jahr 2024 wurden erhöhte Beraterkosten eingeplant, da dann voraussichtlich ein größeres IT-Projekt gestartet werden muss, in dem es um die Ablösung des auf Sicht nicht mehr gepflegten aktuellen SAP-Systems geht.

Bezüglich der Immobilien sind darüber hinaus folgende Punkte besonders herauszuheben:

Die SBBG besitzt neben einigen unbebauten Grundstücken noch die Gebäude Taubenstraße 7-8 (Bauteile B1 - B4), Wilhelmstraße 62 - 71 sowie Neue Knochenhauerstraße 5. Die SBBG will sich grundsätzlich vom Immobiliengeschäft trennen und die Immobilien veräußern. Hierzu hat sie bereits zahlreiche Aktivitäten ergriffen. Diese sind aber noch nicht so weit fortgeschritten, dass sie konkret im Plan abgebildet werden können. Insofern ist planerisch von einem unveränderten Immobilien-Portfolio ausgegangen worden.

- Der Standort Wilhelmstraße 62 - 71 steht nach dem im ersten Halbjahr 2023 erfolgten Auszug des langjährigen Mieters leer.

Nach wie vor wird angestrebt, das gesamte Quartier zu entwickeln und das Gebäude dann zu einem späteren Zeitpunkt an einen noch zu findenden Investor zu veräußern.

- Für den Standort Taubenstraße 8, Bauteile 3 und 4 konnte ein Mietvertrag mit dem Niedersächsischen Studieninstitut (NSI) abgeschlossen werden. Die umfangreichen Umbauarbeiten, die das NSI auf eigenen Kosten vor Einzug durchführt, haben sich verzögert. Das NSI wird nach aktuellem Kenntnisstand voraussichtlich zum Jahresende 2023 in die dann fertiggestellten Räume einziehen. Es ist ein langfristiger Mietvertrag abgeschlossen worden, der beiden Partnern für viele Jahre Planungssicherheit gibt.
- Für die Standorte Taubenstraße 7, Bauteile 1 und 2 sowie Neue Knochenhauerstraße 5 bestehen langfristige Mietverträge mit der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG bzw. mit der Stadt Braunschweig.

Das **Zinsergebnis** wird im Jahr 2024 bei rd. -0,5 Mio. Euro liegen. Vor allem aufgrund der Zinsentwicklung wird es damit kurzfristig etwas schlechter ausfallen als noch in der Planung des letzten Jahres erwartet. Auf mittlere Sicht sind – vor allem wegen einer für 2026 geplanten Umfinanzierung sowie wegen der abschmelzenden Liquidität – aber weitere Verschlechterungen zu erwarten.

Bei der Position **Steuern vom Einkommen und Ertrag** ist zu berücksichtigen, dass bei der SBBG durch die steuerliche Organschaft erhebliche Steuervorteile realisiert werden. So werden die auf die SBBG entfallenden Gewinnanteile der BVAG & Co. KG nicht mit Körperschaftsteuer belastet. Vom Jahr 2017 an wurde auch die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH in die steuerliche Organschaft aufgenommen, so dass auch die von dieser Gesellschaft erwirtschafteten Gewinne nicht mehr durch Ertragssteuern belastet werden.

Unabhängig davon muss die SBBG aber seit dem Geschäftsjahr 2009 die entstehenden Ergebnisse in mehrere Sparten aufteilen, die steuerlich separat betrachtet werden. In der Sparte 2 werden dabei alle Sachverhalte zusammengefasst, die nicht direkt mit dem Kerngeschäft zusammenhängen, wie z. B. der Reise- und der Immobilienbereich. Diese Sparte weist in der Regel ein positives steuerliches Ergebnis aus und führt somit zu einer Belastung mit Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Vor diesem Hintergrund ist in der Wirtschaftsplanung eine vorsichtige Einschätzung der möglicherweise in der Zukunft entstehenden Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerzahlungen erfolgt. Für den Planungszeitraum werden Werte von jeweils rd. 0,2 Mio. Euro p. a. erwartet. Dabei ist das durch den o. a. Leerstand im Immobilienbereich verschlechterte Ergebnis der Sparte 2 berücksichtigt. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2023 selbst. Hier werden aufgrund der inzwischen vorliegenden Steuerbescheide für vergangene Jahre Rückstellungen aufgelöst werden können, so dass die Steuerposition ausnahmsweise einen Ertrag ausweist.

### 3.4 Konzernergebnis

Die SBBG ist Obergesellschaft eines Konzerns. Sie ist insofern verpflichtet, auch einen Konzern-Jahresabschluss aufzustellen. In diesen fließen die Aufwendungen und Erträge ihrer Tochtergesellschaften ein, die der SBBG zuzuordnen sind; Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Gesellschaften werden eliminiert. Im Jahresabschluss wird auch für den Konzern eine Gegenüberstellung der Ist-Daten mit den geplanten Werten vorgenommen; insofern erfolgt auch auf Ebene des Konzerns SBBG eine Ergebnisplanung.

Die wesentlichen Daten dieser Planung sind in der folgenden Aufstellung abgebildet:

	<b>2023 Plan T Euro</b>	<b>2023 Vor- schau T Euro</b>	<b>2024 Plan T Euro</b>	<b>2025 Plan T Euro</b>	<b>2026 Plan T Euro</b>	<b>2027 Plan T Euro</b>
Konzernjahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-36.199	-30.836	-40.922	-42.039	-44.268	-46.331
Konzerngewinnvortrag (+) / -verlustvortrag (-)	5.117	5.283	6.856	7.683	8.539	9.369
Auf andere Gesellschaf- ter entfallender Verlust	851	795	882	887	883	919
Verlustübernahme durch Stadt BS	36.091	31.613	40.868	42.008	44.214	46.288
Konzernbilanzgewinn (+) / -verlust (-)	5.860	6.856	7.683	8.539	9.369	10.245



#### 4. Investitionsplan

Die Investitionen stellen sich wie folgt dar:

	2023	2023	2024	2025	2026	2027
	Plan	Vor-	Plan	Plan	Plan	Plan
	T Euro	schau	T Euro	T Euro	T Euro	T Euro
		T Euro				
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	307	169	259	115	94	268
Finanzanlagen	913	6.284	502	1.330	1.556	1.381
Summe	1.220	6.453	761	1.445	1.650	1.649

Im Bereich der Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände sind im gesamten Planungszeitraum kontinuierlich Ersatzinvestitionen von jeweils rd. 15 T Euro geplant. Diese umfassen insbesondere Bildschirme und Drucker sowie Software. Darüber hinaus sind im Planungszeitraum Investitionen im Zusammenhang mit der Implementation einer Nachfolgelösung für das auf Sicht von SAP nicht mehr gepflegte aktuelle System eingeplant; hier ist noch abschließend zu entscheiden, ob eine Migration auf SAP S/4HANA erfolgt oder zunächst eine ergebnisoffene Analyse des Marktes und alternativ einsetzbarer Systeme erfolgt.

Die für das Jahr 2023 vorsorglich berücksichtigten Investitionen für ein Modernisierungskonzept Wilhelmstraße fallen nicht an. Vor dem Hintergrund der geplanten Konzeptvergabe werden auch für die Folgejahre aus heutiger Sicht keine entsprechenden Positionen zu berücksichtigen sein. Im Zusammenhang mit dem Standort Taubenstraße sind im Jahr 2024 Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur technischen Gebäudetrennung sowie zur Neugestaltung der Außenanlagen eingeplant.

Die abgebildeten Investitionen in das Finanzanlagevermögen betreffen im Jahr 2023 eine Einstellung in die Kapitalrücklage der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad) sowie die damit verbundene Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes an dieser Gesellschaft. Hintergrund ist, dass die Ergebnisverbesserungen, die das Stadtbad im Rahmen des sogenannten Anreizsystems gegenüber dem Planergebnis erzielt hat, der Gesellschaft wieder zufließen, um die Eigenkapitalbasis zu stärken. Diese Methodik wurde seit einigen Jahren angewendet, um Stadtbad liquide Mittel zukommen zu lassen. Das Ziel ist nun aber erreicht; für die Folgejahre sind keine entsprechenden Aktivitäten vorgesehen.

Im für das Jahr 2023 prognostizierten Betrag von rd. 6,3 Mio. Euro ist darüber hinaus abgebildet, dass ein Teil des bei der BVAG & Co. KG erwirtschafteten Ergebnisses nicht ausgeschüttet, sondern in die Gewinnrücklagen eingestellt werden soll. Hierfür sollen noch in diesem Jahr entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Konkret wird angestrebt, den Teil des Ergebnisses zu thesaurieren, der den geplanten Betrag übersteigt. Auch für die Folgejahre sind Thesaurierungen vorgesehen und planerisch abgebildet.; hier sollen dann Regeln greifen, nach denen in Abhängigkeit von der Höhe des Ergebnisses bestimmte Beträge thesauriert werden dürfen. Die Thesaurierungen verbessern die Kapital- und Liquiditätssituation der BVAG & Co. KG. Auf Ebene der SBBG haben sie u. a. zur Folge, dass die entsprechenden Beträge nicht an die SBBG ausgeschüttet werden und in der Liquidität der SBBG fehlen. Stattdessen erhöht sich jeweils der Buchwert der Beteiligung, den die SBBG an der BVAG & Co. KG hält; diese Erhöhungen werden als Investition in Finanzanlagen ausgewiesen.

## 5. Finanzplan

Der Finanzplan stellt sich wie folgt dar:

	2023	2023	2024	2025	2026	2027
<b>Mittelherkunft</b>	Plan T Euro	Vor- schau T Euro	Plan T Euro	Plan T Euro	Plan T Euro	Plan T Euro
Jahresergebnis	-36.091	-31.613	-40.868	-42.008	-44.214	-46.288
Abschreibungen	53	53	62	90	113	132
Weitere Korrekturposition zwi- schen Ergebnis- und Liquiditäts- ebene	-7.150	925	-5.912	-212	-320	-418
<b>Cash-flow</b>	-43.188	-30.635	-46.718	-42.130	-44.421	-46.574
Tilgungsrückflüsse aus langfristi- gen Ausleihungen an das verbun- dene Unternehmen Braunschweiger Verkehrs- GmbH	233	233	235	223	0	0
Tilgungsrückflüsse aus Arbeitgeberdarlehen	6	6	3	0	0	0
Darlehensaufnahmen	0	0	0	0	0	0
Darlehensprolongationen/-um- schuldungen	0	0	0	0	12.000	0
Einstellung in die Kapitalrücklage	2.413	2.413	1.500	1.500	1.500	1.500
Entnahme Cashpool	7.547	4.705	6.758	1.706	2.407	3.085
Verlustausgleich	36.091	31.613	40.868	42.008	44.214	46.288
<b>Summe Mittelherkunft</b>	<b>3.102</b>	<b>8.335</b>	<b>2.646</b>	<b>3.307</b>	<b>15.700</b>	<b>4.299</b>
<b>Mittelverwendung</b>						
Finanzbedarf Sachanlagen	307	169	259	115	94	268
Einstellung in die Kapitalrücklage Stadtbad GmbH	913	913	0	0	0	0
Brg. Versorgungs-AG	0	5.371	502	1.330	1.556	1.381
Rückzahlung Cashpool	0	0	0	0	0	0
Tilgung langfristiger Fremdmittel	1.882	1.882	1.885	1.862	14.050	2.650
<b>Summe Mittelverwendung</b>	<b>3.102</b>	<b>8.335</b>	<b>2.646</b>	<b>3.307</b>	<b>15.700</b>	<b>4.299</b>

Der Cashflow der SBBG ist im Planungszeitraum - bedingt durch die Verlustsituation - dauerhaft negativ. Tilgungsrückflüsse im Zusammenhang mit langfristigen Ausleihungen an verbundene Unternehmen verbessern die Liquiditätssituation minimal. Die Stadt Braunschweig gleicht die bei der SBBG entstehenden Verluste aus. Dadurch fließen der SBBG liquide Mittel zu, die ihre Liquiditätssituation entsprechend verbessern. Zur Tilgung von in der Vergangenheit aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln sowie zur Finanzierung der Investitionen bei der SBBG werden liquide Mittel benötigt.

Nach wie vor wird die finanzielle Situation der SBBG auch durch die im Jahr 2016 erfolgte Umfinanzierung geprägt. Dabei wurden ein Darlehen am Kapitalmarkt (19 Mio. Euro) und ein Darlehen beim Pensionsfonds der Stadt Braunschweig (24 Mio. Euro) aufgenommen. Letztlich konnte somit der in der Vergangenheit erfolgte Erwerb der Anteile an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH gegenfinanziert und auf eine längerfristig tragfähige Basis gestellt werden. Der SBBG sind Anfang des Jahres 2016 somit 43 Mio. Euro zugeflossen.

Das dabei beim Pensionsfonds der Stadt Braunschweig aufgenommene Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro war im Jahr 2021 zur vollständigen Rückzahlung fällig. Hier wurde aber vereinbart, dass ein Teilbetrag von 12 Mio. Euro für weitere fünf Jahre vom Pensionsfonds bereitgestellt wird. Ein weiterer Teilbetrag von 12 Mio. Euro wurde am Kapitalmarkt aufgenommen und wird über 24 Jahre getilgt. Die für die Tilgung benötigten Mittel von 0,5 Mio. Euro p. a. können von der SBBG aber genau wie die für die Tilgung der o. a. 19 Mio. Euro benötigten Mittel von 1 Mio. Euro p. a. nicht erwirtschaftet werden. Es ist deshalb verabredet, dass die Stadt Braunschweig eine jährliche Einstellung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in Höhe von künftig jeweils 1,5 Mio. Euro vornimmt. Damit fließen der SBBG die zur Tilgung der Darlehen benötigten Mittel zu. Als „Gegenfinanzierung“ auf Seiten der Stadt dient die vorgesehene Gewinnabführung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH. Dieser Betrag mindert zunächst den Verlust der SBBG und führt somit zu einem entsprechend geringeren Verlustausgleich auf Seiten der Stadt. Dadurch werden dort Beträge frei, die sonst für den Verlustausgleich der SBBG benötigt worden wären.

Für die Tilgung der o. a. beim Pensionsfonds für fünf Jahre aufgenommenen Mittel in Höhe von 12 Mio. Euro stehen aber aus heutiger Sicht noch keine Mittel zur Verfügung. Hierzu ist spätestens zum Umschuldungszeitpunkt Anfang 2026 noch eine Lösung zu erarbeiten.

Im Jahr 2023 ist darüber hinaus letztmalig eine weitere Einstellung in die Kapitalrücklage der SBBG vorgesehen; dies dient zur Gegenfinanzierung der durch die SBBG vorzunehmende Einstellung in die Kapitalrücklage der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (siehe auch die Ausführungen im Investitionsplan).

Die Liquidität der Gesellschaft wird grundsätzlich gut gesteuert. Vorhandene freie Mittel werden im Cashpool der Stadt Braunschweig angelegt. Im Laufe des Jahres 2023 wird unter Berücksichtigung der aktuellen Planungsprämissen die Liquidität der SBBG aber erschöpft sein. Im Jahr 2024 und in den darauffolgenden Jahren entsteht nicht unerheblicher Liquiditätsbedarf. Neben der o. a. Umschuldung sind die wesentlichen Ursachen dafür:

- Die Ergebnisse der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG werden liquiditätsmäßig immer erst im Folgejahr vereinnahmt, sodass jedes Jahr ein Jahresergebnis der BVAG zwischenfinanziert werden muss.
- Die bei der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG thesaurierten Ergebnissanteile fehlen der SBBG in der Liquidität.

- Die Auflösung der Pensionsrückstellung im Jahr 2022 führte zu einer Ergebnisverbesserung in Höhe von 1,2 Mio. Euro, jedoch auch zu einer Liquiditätslücke in derselben Höhe.

Der entstehende Liquiditätsbedarf kann zunächst aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt werden. Für die Zukunft sind aber noch langfristig tragende Lösungen zu implementieren. Zur Lösung des Liquiditätsproblems wurden bereits folgende Lösungsansätze generiert:

- Die SBBG verkauft Anteile an der Nibelungen-Wohnbau GmbH an die Stadt Braunschweig zurück.
- Die BVAG schüttet Gewinne vorab an die SBBG aus (aktuell aufgrund der Liquiditätssituation bei der BVAG nicht realisierbar).
- Die SBBG verkauft ihre Immobilien. Aus dem Verkauf wird ein Veräußerungsgewinn erwartet, der den Verlustausgleich der Stadt Braunschweig reduzieren würde. Im Rahmen einer ergänzenden Vereinbarung könnte geregelt werden, dass der entstehende Veräußerungsgewinn bei der SBBG verbleibt.
- Weitere Kapitalerhöhungen durch die Stadt Braunschweig.

Insbesondere die Aktivitäten zur Veräußerung der Immobilien und damit zur Generierung von liquiden Mitteln werden zurzeit intensiv vorangetrieben. Es wird davon ausgegangen, dass hierzu im ersten Quartal 2024 belastbare Ergebnisse vorliegen, so dass auf der Basis weitere Schritte geplant werden können.

## 6. Bilanzplan

Die Entwicklung der Bilanz stellt sich wie folgt dar:  
(alle Daten zum: 31.12. des jeweiligen Jahres)

### Aktiva

	2023 Plan T Euro	2023 Vor- schau T Euro	2024 Plan T Euro	2025 Plan T Euro	2026 Plan T Euro	2027 Plan T Euro
A. Anlagevermögen	83.704	88.899	89.363	90.495	92.032	93.549
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	9	53	125	153	139
II. Sachanlagen	826	641	794	747	700	850
III. Finanzanlagen	82.878	88.249	88.516	89.623	91.179	92.560
B. Umlaufvermögen	15.142	14.294	13.699	13.844	14.152	14.584
I. Vorräte	0	0	0	0	0	0
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	15.039	14.191	13.596	13.741	14.049	14.481
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	103	103	103	103	103	103
C. Rechnungsabgrenzungsposten	20	20	20	20	20	20
<b>Summe Aktiva</b>	<b>98.866</b>	<b>103.213</b>	<b>103.082</b>	<b>104.359</b>	<b>106.204</b>	<b>108.153</b>

### Passiva

A. Eigenkapital	52.021	52.021	53.521	55.021	56.521	58.021
I. Gezeichnetes Kapital	32.724	32.724	32.724	32.724	32.724	32.724
II. Kapitalrücklage	18.348	18.348	19.848	21.348	22.848	24.348
III. Gewinnrücklagen	949	949	949	949	949	949
IV. Bilanzgewinn	0	0	0	0	0	0
B. Rückstellungen	4.807	4.187	4.266	4.045	3.841	3.675
C. Verbindlichkeiten	42.038	47.005	45.295	45.293	45.842	46.457
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
<b>Summe Passiva</b>	<b>98.866</b>	<b>103.213</b>	<b>103.082</b>	<b>104.359</b>	<b>106.204</b>	<b>108.153</b>

### Bilanzkennzahlen:

	2023 Plan	2023 Vor- schau	2024 Plan	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan
Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme	0,53	0,50	0,52	0,53	0,53	0,54
Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme	0,47	0,50	0,48	0,47	0,47	0,46
Verschuldungsquote: FK/EK	0,90	0,98	0,93	0,90	0,88	0,86
Anlagedeckungsgrad I: EK/AV	0,62	0,59	0,60	0,61	0,61	0,62

Die Bilanzsumme beträgt zum Ende des Planjahres 2023 rd. 103 Mio. Euro; sie wird in den Folgejahren weiter leicht steigen. Auf der Aktivseite der Bilanz ist dies vor allem durch die vorgesehenen Gewinnthesaurierungen bei der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG bedingt. Die nicht ausgeschütteten Beträge erhöhen den Buchwert der von der SBBG an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG gehaltenen Anteile. Dadurch steigen das Anlagevermögen und somit die Bilanzsumme.

Darüber hinaus ist das Anlagevermögen weitgehend konstant. Die abnutzbaren Vermögensgegenstände, insbesondere die Gebäude, sind bereits überwiegend abgeschrieben; Neuinvestitionen finden nur im begrenzten Umfang statt. Das Umlaufvermögen weist durch den Geschäftsverlauf bedingte geringe Schwankungen auf, ist in der Größenordnung aber weitgehend konstant.

Auf der Passivseite nimmt das Eigenkapital während des Planungszeitraums durch die vorgesehenen Einstellungen in die Kapitalrücklage kontinuierlich zu. Die Rückstellungen nehmen tendenziell leicht ab.

Die Verbindlichkeiten steigen im Jahr 2023 an. Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass das Ergebnis der SBBG besser ausfällt als geplant und somit ein zu hoher Betrag für Verlustausgleichszahlungen durch die Stadt Braunschweig angesetzt wurde. Der zu viel gezahlte Verlustausgleich muss zurückgezahlt werden und wird zunächst als Verbindlichkeit bilanziert. Unabhängig davon wird das Ergebnis der Braunschweiger Verkehrs-GmbH schlechter ausfallen als geplant. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat somit einen Anspruch gegenüber der SBBG auf Zahlung des den geplanten Betrag übersteigenden Verlustanteils; dieser wird ebenfalls als Verbindlichkeit bilanziert.

In den Folgejahren gibt es vergleichbare Sachverhalte planmäßig nicht. Hier wirken im Planungszeitraum zwei gegenläufige Effekte. So nehmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die planmäßige Tilgung von Altdarlehen kontinuierlich ab. Weiterhin entstehen durch die abschmelzende Liquidität Liquiditätsbedarfe.

Die wesentlichen Bilanzkennzahlen haben sich in der Vergangenheit bereits stabilisiert. Vor allem durch die vorgenommenen und weiter vorgesehenen Einstellungen in die Kapitalrücklage verbessern sie sich auch in der Zukunft weiter. Die Eigenkapitalquote steigt im Planungszeitraum auf über 50 %. Der Anlagendeckungsgrad I verbessert sich weiter. Insbesondere die Kennzahl Eigenkapitalquote weist somit einen sehr guten Wert auf. Dieser ist in der Höhe aber angemessen, da die SBBG über einen hohen Anteil an langfristig gebundenem Vermögen verfügt, das idealerweise über Eigenkapital finanziert sein soll.

## 7. Chancen und Risiken

Das Geschäft der Gesellschaft beinhaltet eine Reihe von Chancen und Risiken. Da die SBBG nur in geringem Umfang ein eigenes operatives Geschäft betreibt, können Einzelsachverhalte eine starke Wirkung entfalten. Somit gibt es grundsätzlich auch nur begrenzte Möglichkeiten, auftretende negative Abweichungen zu kompensieren. Gegenüber der Planung abweichend eintretende Sachverhalte im positiven wie im negativen Bereich können somit relativ stark auf das Gesamtergebnis durchschlagen. Darüber hinaus liegen die Chancen und Risiken vor allem in folgenden Bereichen:

- Unsicherheiten durch Kriege und Krisen: Während sich eine Normalisierung nach der Überwindung der Corona-Pandemie einzustellen scheint, beeinflusst die angespannte geopolitische Lage insbesondere die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften. Im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den daraufhin gestiegenen Energiepreisen ist die Inflation in Deutschland stark angewachsen. Staatliche Unterstützungsleistungen aus diversen Energiepreisbremsengesetzen konnten die Preisanstiege für bezogene Energie im Jahr 2023 abmildern. Mittlerweile sind die Energiepreise weiter gesunken, befinden sich aber immer noch stabil auf einem hohen Niveau. Die geplante Verordnung zur Verlängerung der Energiepreisbremsen bis April 2024 würde zusätzliche Preissicherheit für weitere vier Monate schaffen. Ob es darüber hinaus ab Mai 2024 staatliche Unterstützungsleistungen geben wird, ist ungewiss. Die inflationsbedingt gestiegenen Aufwendungen in nahezu allen Bereichen sowie das gestiegene Zinsniveau belasten die Jahresergebnisse nachhaltig. Auch Auswirkungen der Inflation auf das Konsumverhalten der Verbraucher sind bereits spürbar und belasten zusätzlich die Ertragsseite.

Die kürzlichen Eskalationen im Nahostkonflikt führen zu weiteren Unwägbarkeiten. Es ist daher in hohem Maße unsicher, wie sich die Gesamtsituation weiter entwickeln wird.

Trotz permanenter enger Betrachtung im Rahmen von Risikomanagementsystemen können hier naturgemäß keine abschließend belastbaren Prognosen entwickelt werden. In den meisten Gesellschaften entstehen aus diesem Themenkonglomerat heraus insofern nicht unerhebliche Chancen und Risiken.

- Entwicklung und Ergebnisse der Tochtergesellschaften: Die Ergebnisse der Tochtergesellschaften beeinflussen darüber hinaus in hohem Maße das Ergebnis der SBBG. So liegen in den vom Plan abweichenden Ergebnisentwicklungen der Tochtergesellschaften auch Chancen und Risiken.
- Immobilien: Nach der vor einigen Jahren erfolgten Bereinigung des Immobilien-Portfolios verfügt die Gesellschaft nur noch über wenige Gewerbeimmobilien. Insofern existiert bei diesen Immobilien nach wie vor grundsätzlich ein Instandhaltungs- und Vermietungsrisiko; aktuell bestehen aber für fast alle Immobilien langfristige Mietverträge, so dass dieses Risiko als gering eingeschätzt wird. Ein weiteres Risiko könnte zum Tragen kommen, wenn entgegen der heutigen Erwartung doch Ertüchtigungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Standsicherheit des Bauteils B3 in der Taubenstraße 8 notwendig werden.

Für den Standort Wilhelmstraße 62 – 71 ergeben sich Chancen durch die vorgesehene Entwicklung des gesamten Areals.

- Finanzbereich: Chancen und Risiken entstehen naturgemäß im Zusammenhang mit einer Veränderung des Zinsniveaus. Im Planungszeitraum entsteht unabhängig davon erheblicher Liquiditätsbedarf. Aus heutiger Sicht besteht aber kein Risiko, da kurz- bis mittelfristig



eine konzerninterne Finanzierung sichergestellt wird. Zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der Liquidität sind noch Detailmaßnahmen zu erarbeiten; es bestehen aber keine Zweifel, dass dies gelingt.

- Steuern: Im Konzern SBBG wird eine ertragsteuerliche Verrechnung der Gewinne und Verluste zwischen dem Verkehrs- und dem Versorgungs- sowie ab 2017 auch dem Hafenbereich realisiert; damit entstehen erhebliche Steuervorteile. Hier besteht permanent ein latentes Risiko, dass diese Konstruktion von der Steuerverwaltung nicht mehr anerkannt werden könnte. Ein weiteres latentes Risiko wird darüber hinaus vor dem Hintergrund der immer wiederkehrenden Diskussion und der sich möglicherweise einmal verändernden Rechtslage darüber gesehen, dass Verlustausgleichszahlungen an manche Gesellschaften als verdeckte Gewinnausschüttung angesehen werden könnten.

Gegenläufig könnten - nach der vor einigen Jahren erfolgten Übertragung von Anteilen an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH auf die SBBG - durch eine Optimierung der Konzern- und Beteiligungsstruktur eventuell noch weitere Chancen zur Verbesserung der Steuerposition entstehen.

Durch die Einführung eines Tax Compliance Management Systems sind darüber hinaus Risiken aus operativem Fehlverhalten weiter minimiert und Strafen wegen Organisationsmängeln nahezu ausgeschlossen worden. Zwischenzeitlich haben auch alle Beteiligungsgesellschaften entsprechende Systeme implementiert oder bereiten ihre Einführung vor. Insofern werden auch im Rahmen der seit inzwischen über zwei Jahre laufenden Betriebsprüfung keine überraschenden Sachverhalte erwartet.

- Bilanzierung und Bewertung: Die Vermögensgegenstände der SBBG werden regelmäßig auf Werthaltigkeit geprüft; ggf. werden sie abgewertet. Ein latentes Risiko liegt hier grundsätzlich vor allem im Bereich der Beteiligungsbuchwerte. Es wird aktuell aber kein besonderes Risiko gesehen.

# TOP 6.1 - Wirtschaftsplan 2024

und mittelfristige Unternehmensvorschau 2025 bis 2027





# Erfolgsplan

Stand: Verkauf MR und MNS zum 31.12.2023

	Vorschau	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2023 T€	2023 T€	2024 T€	2025 T€	2026 T€	2027 T€
Umsatzerlöse	8.193,6	8.795	8.603	8.775	8.995	9.265
Sonstige betriebliche Erträge	210,4	150	1.230	220	224	229
Umsatzerlöse und Erträge gesamt	8.404,0	8.945	9.833	8.995	9.219	9.493
Materialaufwand	2.090	2.534	2.135	2.199	2.265	2.333
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.932	2.318	1.970	2.030	2.090	2.153
Aufwendungen für bezogene Leistungen	158	215	164	169	174	180
Personalaufwand	5.170	5.363	5.472	5.627	5.787	5.952
Löhne und Gehälter	4.330	4.411	4.589	4.727	4.869	5.015
Soziale Abgaben	841	952	883	900	918	937
Abschreibungen	409	444	425	450	453	460
Sonstige betriebliche Aufwendungen	588	525	612	546	548	550
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36	30	45	45	50	50
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>111</b>	<b>49</b>	<b>1.146</b>	<b>130</b>	<b>120</b>	<b>153</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
Sonstige Steuern	30	30	30	30	30	30
Erträge aus Beteiligungen (MNS)	117	57	157	0	0	0
<b>Ergebnis ohne Tochtergesellschaft</b>	<b>198</b>	<b>76</b>	<b>1.273</b>	<b>100</b>	<b>90</b>	<b>123</b>
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (MR)	251	27	0	0	0	0
<b>Ergebnis mit Tochtergesellschaft</b>	<b>448</b>	<b>103</b>	<b>1.273</b>	<b>100</b>	<b>90</b>	<b>123</b>

# Erfolgsplan

Stand: Verkauf MR und MNS zum 31.12.2023

## ➤ Ertrag

Bundes- und Landesausgleichsregularien aus 49-Euro-Ticket sind nach aktuellem Kenntnisstand in der Prognose 2023 sowie als Fortführung 2024ff angesetzt. Noch fehlen dazu klare Bemessungsergebnisse sowie die Bescheinigung des Bundes und der Länder zur weiteren Finanzierung. Im Grundsatz sind Teile der Ausgleichsfinanzierung zugesagt, so dass eine Beendigung des Tickets durch eine langfristig fehlende Co-Finanzierung deutschlandweit wenig wahrscheinlich ist, jedoch noch diverse sichernde Aktivitäten erforderlich sind.

## ➤ Erträge Fahreinnahmen

Die neu verhandelten Ausgleichsbeträge (allgemeine Vorschrift, EAV) zeigen positive Wirkungen, ebenso wie die Anhebung des K4-Wertes, der zur Finanzierung der kriegsbedingten Mehrkosten unerlässlich ist. Die Planung basiert auf einer Unternehmensfortführung auch nach Ablauf des Konzessionsendes 2024, was durch den RGB auf 2025 verschoben wurde.

## ➤ Sonstige betriebliche Erträge

Diese Position nimmt die Wirkung aus den beiden Verkäufen auf. MR mit a. o. Ertrag 1.150 Euro sowie dem Ergebnis aus 2023 mit Gewinnabführungsvertrag abzüglich der Buchwertbereinigung in der KVM von rund 545 TEuro. MNS mit a. o. Ertrag 520 Euro sowie dem Beteiligungsergebnis aus 2023 abzüglich der Buchwertbereinigung in der KVM von rund 111 TEuro. Diese Position wird sich durch die voraussichtlich verbesserten Geschäftsergebnisse der MR und der MNS verbessern.

## ➤ Energiepreis/Tarifverhandlungen

Die Dieselpreisanstiege sind bestmöglich beplant und mit einer geringen Gegenfinanzierung von Bund/Land abgemildert. Der Umgang mit den Energiepreisanstiegen, den Dieselmehraufwendungen wird über die AV gegenfinanziert. Diese endet in 2025 und geht in einen 3-jährigen Verkehrsvertrag bis 2028 über, der derzeit vom Aufgabenträger in Vorbereitung ist. Die AV läuft zu dem Zeitpunkt 10/2025 für die KVM aus.

## ➤ Personal

Die Wirkung aus der ab Sommer 2023 geführten Tarifverhandlung wird zum derzeitigen Status verhandelt und ist in einer prozentualen Steigerung eingepreist. Die Höhe der Vorstellungen der Tarifparteien liegen derzeit noch weit auseinander.

## ➤ Zinsen

Der Fremdkapitalzinsmarkt ist derzeit sehr angespannt und steigend.

## ➤ Berücksichtigung des "KVM-Gutachtens"

Die Planansätze sind unter der Maßgabe der Geschäftsfortführung und unter des Verkaufsszenarios der Töchter MR und MNS getroffen.

**Der Wirtschaftsplan basiert auf einer ausreichenden Finanzierung der Mehrkosten durch Energiekrise, D-Ticket etc. über die allgemeine Vorschrift (AV) des RGB bzw. Bundeshilfen. Etwaige übergeordnet festgelegte Änderungen der Ticketstruktur sind im Ansatz ebenso gegenfinanziert.**



# Investitionsplan

## Investitionsvorhaben in T€

### Gebäude/Außenanlagen Fahrzeuge

Linienbus

PKW

### Technische Anlagen

### Betriebs- und. GA, GWG, EDV

Betriebshof Wedtlenstedt

**Gesamt**

Vorschau 2023	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
0	0	0	0	0	0
424	440	550	550	550	550
0	0	0	0	0	0
70	20	20	20	20	20
0	15	15	15	15	15
<b>494</b>	<b>475</b>	<b>585</b>	<b>585</b>	<b>585</b>	<b>585</b>

Der in 2022 geplante Gelenkbus (MAN, Hybrid) wurde im Februar 2023 ausgeliefert. Weiterhin wurde ein PKW für Ablösefahrten aus dem Leasing übernommen.

In den "Technischen Anlagen" ist die Restzahlung der neuen Tankanlage und die komplette Erneuerung der abgängigen Waschanlage, inkl. rund 20 TEuro für die Erneuerung des 30 Jahre alten Fliesenbodens, enthalten.

Für die weiteren Jahre sind kontinuierliche Busbeschaffungen geplant, um einen Busbetrieb mit angemessenen KOM gegenüber den Kunden und dem Leistungsbesteller der BSVG zu gewährleisten. Auswirkungen der Clean Vehicle Richtlinie sind mangels Klarheit der Umsetzung nicht berücksichtigt und würden alternativ den Investitionsbedarf aufgrund der Beschaffungsquotierung über E-Busse und Ladeinfrastruktur merklich erhöhen.

#### ➤ Fremdkapital

Die benötigten Mittel werden bedarfskonform über das Unternehmen am externen Kapitalmarkt eingeholt.

# Personalplan

	Vorschau 2023	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
Angestellte	8	8	8	8	8	8
Gewerbliche	105	105	105	105	105	105
Auszubildende	0	0	0	0	0	0
kaufmännisch	0	0	0	0	0	0
gewerblich	0	0	0	0	0	0
<b>Bestand</b>	<b>113</b>	<b>113</b>	<b>113</b>	<b>113</b>	<b>113</b>	<b>113</b>



# TOP 6.3 - Wirtschaftsplan 2024



Peiner Verkehrsgesellschaft mbH

und mittelfristige Unternehmensvorschau 2025 bis 2027



❖ Erfolgsplan

❖ Investitionsplan

❖ Personalplan



# Erfolgsplan

	Vorschau 2023 T€	Plan 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€
Umsatzerlöse	7.300,1	6.130	6.883	7.130	7.277	7.442
Sonstige betriebliche Erträge	564,7	401	579	490	500	510
Umsatzerlöse und Erträge gesamt	7.864,9	6.531	7.462	7.620	7.778	7.952
Materialaufwand	2.653,7	2.384	2.720	2.774	2.830	2.887
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.704,1	1.513	1.747	1.782	1.817	1.854
Aufwendungen für bezogene Leistungen	949,5	872	973	993	1.013	1.033
Personalaufwand	3.180,7	3.089	3.300	3.366	3.433	3.502
Löhne und Gehälter	2.636,3	2.555	2.742	2.797	2.852	2.910
Soziale Abgaben	544,4	534	558	569	581	592
Abschreibungen	495,6	345	508	533	560	588
Sonstige betriebliche Aufwendungen	597,0	597	632	645	657	671
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,8	0	3	3	3	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6,4	20	24	26	26	28
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>934,4</b>	<b>95</b>	<b>281</b>	<b>279</b>	<b>274</b>	<b>280</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7,7	5	5	5	5	5
Sonstige Steuern	0,3	16	16	16	16	16
<b>Jahresergebnis</b>	<b>926,4</b>	<b>75</b>	<b>260</b>	<b>258</b>	<b>253</b>	<b>259</b>

## ➤ Ertrag

Bundes- und Landesausgleichsregularien aus 49-Euro-Ticket sind nach aktuellem Kenntnisstand in der Prognose 2023 sowie als Fortführung 2024ff angesetzt. Noch fehlen dazu klare Bemessungsergebnisse sowie die Bescheinigung des Bundes und der Länder zur weiteren Finanzierung. Im Grundsatz sind Teile der Ausgleichsfinanzierung zugesagt, so dass eine Beendigung des Tickets durch eine langfristig fehlende Co-Finanzierung deutschlandweit wenig wahrscheinlich ist, jedoch noch diverse sichernde Aktivitäten erforderlich sind.

## ➤ Erträge Fahreinnahmen

Die neu verhandelten Ausgleichsbeträge (allgemeine Vorschrift, EAV) zeigen positive Wirkungen für die PVG, ebenso wie die Anhebung des K4-Wertes, der zur Finanzierung der kriegsbedingten Mehrkosten unerlässlich ist. Die Planung basiert auf einer Unternehmensfortführung auch nach Ablauf des Konzessionsendes in 11/2024, da das Konzessionsvergabeverfahren durch den RGB auf 2025 verschoben wurde.

## ➤ Energiepreis

Die Dieselpreisanstiege sind zum derzeitigen Niveau beplant und mit einer geringen Gegenfinanzierung von Bund/Land abgemildert. Der Umgang mit den Energiepreisanstiegen, den Dieselmehraufwendungen wird über die AV gegenfinanziert. Die AV läuft zu dem Zeitpunkt 10/2025 für die PVG definitiv aus und endet durch den Beginn des Vergabeverfahrens. Eventuelle Mitbewerber auf die Konzessionen haben weiterhin eine gesicherte Finanzierung durch die AV (z. B. ONS bis 2028). Ab 2025 geht die Konzession in einen 3-jährigen Verkehrsvertrag bis 2028 über, der derzeit vom Aufgabenträger in Vorbereitung ist.

## ➤ Personal/Tarifverhandlungen

Die Wirkung aus der ab Sommer 2023 geführten Tarifverhandlung wird zum derzeitigen Status verhandelt und ist in einer prozentualen Steigerung eingepreist. Die Höhe der Vorstellungen der Tarifparteien liegen derzeit noch weit auseinander.

## ➤ Zinsen

Der Fremdkapitalzinsmarkt ist derzeit sehr angespannt und steigend.

## ➤ Berücksichtigung des "KVM-Gutachtens"

Die Planansätze sind unter der Maßgabe einer Geschäftsfortführung gemäß Ist-Struktur getroffen. Dieser Rahmen wird nach Umsetzung einer veränderten Anteilsverteilung durch Verkauf, oder als Folge des Vergabeverfahrens des RGB, ab 2025 bzw. ab 2028 anzupassen sein.

**Der Wirtschaftsplan basiert auf einer ausreichenden Finanzierung der Mehrkosten durch Energiekrise, D-Ticket etc. über die allgemeine Vorschrift (AV) des RGB bzw. Bundeshilfen. Etwaige übergeordnet festgelegte Änderungen der Ticketstruktur sind im Plan als gegenfinanziert eingegangen.**



# Investitionsplan

## Investitionsvorhaben in T€

Gebäude

Fahrzeuge

Sololinienbusse

Gelenkbusse

Masch. Anlagen

Betriebs- und. GA, GWG, EDV

**Gesamt**

Vorschau 2023	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
0	10	10	10	10	10
0	250	280	560	300	0
916	1.050	700	700	350	1.050
4	0	0	0	0	0
6	10	10	10	10	10
<b>926</b>	<b>1.320</b>	<b>1.000</b>	<b>1.280</b>	<b>670</b>	<b>1.070</b>

Die zwei in 2022 beauftragten Neufahrzeuge (Gelenkbusse), die aufgrund von Lieferverzögerungen in die Planung 2023 reingenommen worden sind, wurden im Juli 2023 ausgeliefert. Weiterhin konnten über einen VDV-Kontakt vier sehr gut gepflegte Gebrauchtfahrzeuge zu einem sehr guten Preis erworben werden, was zu einer weiteren Entspannung der Fahrzeugsituation beiträgt.

Das geplante Neufahrzeug für das an MAN zurückgegebene Fahrzeug (derzeit in Ausschreibung) wird vermutlich nicht mehr in 2023 ausgeliefert werden, bzw. die Ausschreibung wird aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen aufgehoben.

Für die weiteren Jahre sind kontinuierliche Busbeschaffungen (Neu- oder Gebrauchtfahrzeuge) unerlässlich, um das Durchschnittsalter der Busflotte zu senken und den Betrieb wirtschaftlich erbringen zu können. Dieses läuft gänzlich konträr zu den zwei Vergabeverfahren des RGB.

Für den Betriebshof in Peine sind aufgrund des Alters weiterhin kontinuierlich Instandhaltungsinvestitionen eingeplant.

### ➤ Fremdkapital

Die benötigten Mittel werden bedarfskonform über das Unternehmen am externen Kapitalmarkt eingeholt. Die Vergabeverfahren erschweren dieses aufgrund des ansteigenden Risikos.

# Personalplan

	Vorschau 2023	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
Angestellte	5	5	5	5	5	5
Gewerbliche	70	70	70	70	70	70
Auszubildende	0	0	0	0	0	0
kaufmännisch	0	0	0	0	0	0
gewerblich	0	0	0	0	0	0
<b>Bestand</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>75</b>

Einstellungen sind aufgrund einer hohen Anzahl "dauerkranker Mitarbeiter und Altersrentner" elementar.

Betreff:  
**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit:  
Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:  
27.11.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	07.12.2023	Ö

## Beschluss:

„Die Vertreterinnen und der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, den Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 21. November 2023 empfohlenen Fassung festzustellen.“

## Sachverhalt:

Die Feststellung des Wirtschaftsplanes unterliegt nach § 11 Buchstabe d) des Gesellschaftsvertrages der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) der Entscheidung der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SFB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der SFB hat dem Wirtschaftsplan 2024 in seiner Sitzung am 21. November 2023 in der vorgelegten Fassung zugestimmt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Der von der SFB vorgelegte Erfolgsplan des Wirtschaftsplanes 2024 weist bei Erträgen in Gesamthöhe von 8.697.600 € und Aufwendungen in Gesamthöhe von 10.263.302 € einen Fehlbetrag in Höhe von 1.565.702 € aus, welcher durch Zuschüsse der Stadt Braunschweig auszugleichen ist.

Angaben in T€	IST 2022			Plan 2023			Nachtragsplan 2023			Plan 2024		
	Ist 2022 GESAMT	IST 2022 'Kern' + Gewerbe	IST 2022 Hochbau- Sparte	Plan 2023	Plan 2023 'Kern' + Gewerbe	Plan 2023 Hochbau- Sparte	Nachtrags- Plan 2023	Nachtrags- Plan 2023 'Kern + Gewerbe'	Nachtrags- Plan 2023 Hochbau- Sparte	Plan 2024	Plan 2024 'Kern' + Gewerbe	Plan 2024 Hochbau-Sparte
1 Umsatzerlöse	71,4	71,4	0,0	77,5	77,5	0,0	793,2	77,5	715,7	1.731,8	300,5	1.431,3
1b % zum Vorjahr/Plan				+ 15,6/+8,5			+ 1.023			+118		
2 Sonstige betriebliche Erträge	13,8	13,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3 Vermind./Erhöhung des Bestandes an unf. und fertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.975,0	0,0	1.975,0	6.965,8	0,0	6.965,8
4 Materialaufwand	-11,4	-11,4	0,0	-48,9	-48,9	0,0	-2.023,9	-48,9	-1.975,0	-7.010,8	-45,0	-6.965,8
5 Personalaufwand	-91,7	-91,7	0,0	-1.030,1	-501,7	-528,4	-1.030,1	-501,7	-528,4	-1.450,0	-470,0	-980,0
6 Abschreibungen	-83,1	-83,1	0,0	-102,3	-94,2	-8,1	-102,3	-94,2	-8,1	-97,9	-84,7	-13,2
6b Abschreibungen auf Finanzanlagen	-25,0	-25,0	0,0	-50,0	-50,0	0,0	-50,0	-50,0	0,0	-35,0	-35,0	0,0
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-177,9	-118,5	-59,4	-412,4	-205,8	-206,6	-378,2	-188,8	-189,4	-600,7	-275,7	-325,0
8 Betriebsergebnis (Summe 1-7)	-303,9	-244,5	-59,4	-1.566,2	-823,1	-743,1	-816,3	-806,1	-10,2	-496,8	-609,9	113,1
9 Zins-/Finanzergebnis	-32,5	-32,5	0,0	-43,9	-43,9	0,0	-288,9	-288,9	0,0	-1.055,6	-1.055,6	0,0
10 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11 Ergebnis nach Steuern (Summe 8-10)	-336,4	-277,0	-59,4	-1.610,1	-867,0	-743,1	-1.105,2	-1.095,0	-10,2	-1.552,4	-1.665,5	113,1
12 sonstige Steuern	-7,6	-7,6	0,0	-8,7	-8,7	0,0	-8,7	-8,7	0,0	-13,3	-13,3	0,0
13 Jahresergebnis (Summe 11-12)	-344,0	-284,6	-59,4	-1.618,8	-875,7	-743,1	-1.113,9	-1.103,7	-10,2	-1.565,7	-1.678,8	113,1

Im Doppelhaushalt der Stadt Braunschweig 2023/2024 sind für das Haushaltsjahr 2024 für die SFB 1.606.000 € eingeplant. Der nun im Plan 2024 dargestellte Zuschussbetrag von 1.565.702 € liegt darunter. Somit ist ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe 2024 enthalten.

Die Sparte ‚Kern und Gewerbe‘ weist einen Fehlbetrag von 1.678,8 T€ aus.

Dies resultiert insbesondere aus einer im Finanzplan veranschlagten Kreditaufnahme in Höhe von insgesamt 20.160,0 T€ zur Finanzierung von Grundstückserwerben (s. u.). Dies führt zu dem Erfordernis einer Veranschlagung von (aus Gründen des Vorsichtsprinzips für das gesamte Jahr 2024 zu berechnenden) entsprechenden Zinsaufwendungen in Höhe von 1.055,6 T€, welche das Ergebnis dieser Sparte maßgeblich beeinflussen.

Umsatzerlöse können derzeit nicht in korrespondierender Höhe veranschlagt werden, so dass sich ein Defizit ergibt. So sind Erlöse aus Betreuungsleistungen eingeplant in Höhe von 242,5 T€, u. a. aus Entgelten für die Erbringung der Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten für die Braunschweiger Parken GmbH. Ferner sind 57,0 T€ Erbpachterträge für das Lilienthalhaus 1 und voraussichtlich Lilienthalhaus 2 veranschlagt.

In der Sparte Hochbau sind zum einen marktgerecht kalkulierte Honorarerlöse im Rahmen des Projektsteuerungsvertrags zum Konzerthaus und insbesondere aufgrund des Projektverträge zur Stadthallensanierung in Höhe von 1.431,0 T€ veranschlagt. Es wird hierzu auf die Beschlüsse des Rates der Stadt vom 21. März 2023 („Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“, 23- 20743-05) und insbesondere vom 16. Mai 2023 zum Projektrealisierungsvertrag zur Stadthallensanierung (DS 23-21241) verwiesen.

In diesem Zusammenhang sind ertragswirksame Bestandsveränderungen in Höhe von 6.985,8 T€ eingeplant. Hierbei handelt es sich um bei den ‚Vorräten‘ zu aktivierende voraussichtliche Baufortschritte bei der Stadthallensanierung (Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen). Diesen Erträgen stehen aber korrespondierend deckungsgleich Aufwendungen für bezogene Leistungen (Materialaufwand) entgegen.

Der Personalaufwand ist entsprechend dem im Jahr 2024 notwendigen Personalbedarf angesetzt. Wie beim sonstigen betrieblichen Aufwand können auch hier Synergieeffekte innerhalb der beiden Sparten erzielt werden.

Im Finanzplan 2024 der SFB sind 20.160 T € veranschlagt für voraussichtlich erforderliche Darlehensaufnahmen (Sparte Kern und Gewerbe, s. o.). Vorsorglich wurde eine schon im Nachtragswirtschaftsplan 2023 dargestellte Darlehensaufnahme wiederholt im Finanzplan aufgeführt, da diese Kreditaufnahme voraussichtlich im Jahr 2023 nicht mehr erfolgen wird.

Als Anlage ist der Wirtschaftsplan 2024 einschließlich des Finanz- und Liquiditätsplanes der Gesellschaft beigelegt.

Geiger

**Anlage/n:** Wirtschaftsplan 2024 der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH**  
**Wirtschaftsplan 2024**

	Nachtrags- Plan	WP	Differenz 2023-2024	...davon Gesch.Bereich "Kern" mit Gewerbe	...davon Gesch.Bereich Hochbau
	2023	2024	2024	2024	2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>1. Erfolgsplan</b>					
1.1 Erlöse aus Erbpacht	46.200	57.000	10.800	57.000	0
1.2 Erlöse aus Vermietung	0	0	0	0	0
1.3 Erlöse aus der Weiterberechnung an Dritte	1.000	1.000	0	1.000	0
1.4 Erlöse aus Bauleistungen	715.670	1.431.300	715.630	0	1.431.300
1.5 Erlöse aus Betreuungsleistungen (BSP+SFB)	30.300	242.500	212.200	242.500	0
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>793.170</b>	<b>1.731.800</b>	<b>938.630</b>	<b>300.500</b>	<b>1.431.300</b>
<b>2. Bestandsveränderungen (+ / -)</b>	<b>1.975.000</b>	<b>6.965.800</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>6.965.800</b>
3.1 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0	0
3.2 Auflösung Rückstellungen, Sonstige	0	0	0	0	0
<b>3. Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
4.1 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.988.500	6.990.800	5.002.300	25.000	6.965.800
4.2 Aufwendungen für Instandhaltung u. Sicherungen	35.400	20.000	-15.400	20.000	0
<b>4. Materialaufwand</b>	<b>2.023.900</b>	<b>7.010.800</b>	<b>4.986.900</b>	<b>45.000</b>	<b>6.965.800</b>
<b>5. Personalaufwand</b>	<b>1.030.100</b>	<b>1.450.000</b>	<b>419.900</b>	<b>470.000</b>	<b>980.000</b>
<b>6. Abschreibungen</b>	<b>152.300</b>	<b>132.952</b>	<b>-19.348</b>	<b>119.752</b>	<b>13.200</b>
...davon auf Finanzanlagen	50.000	35.000	-15.000	35.000	0
7.1 Grundkosten des Betriebes (Jahresabschl., AR+GesVers., Seminare)	110.100	137.200	27.100	69.100	68.100
7.2 lfd. Geschäftsbetrieb	186.400	366.700	180.300	172.200	194.500
7.3 Rechts- u. Beratungskosten	44.600	39.500	-5.100	15.000	24.500
7.4 Kommunikation und Werbung	15.000	50.000	35.000	20.000	30.000
7.5 Ausstattung/Instandhaltung	56.300	41.500	-14.800	16.500	25.000
7.6 Einsparung	-34.250	-34.250	0	-17.125	-17.125
<b>7. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>378.150</b>	<b>600.650</b>	<b>222.500</b>	<b>275.675</b>	<b>324.975</b>
<b>8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>288.900</b>	<b>1.055.600</b>	<b>766.700</b>	<b>1.055.600</b>	<b>0</b>
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-1.105.180</b>	<b>-1.552.402</b>	<b>-447.222</b>	<b>-1.665.527</b>	<b>113.125</b>
<b>11. Sonstige Steuern</b>	<b>8.700</b>	<b>13.300</b>	<b>4.600</b>	<b>13.300</b>	<b>0</b>
<b>12. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-1.113.880</b>	<b>-1.565.702</b>	<b>-451.822</b>	<b>-1.678.827</b>	<b>113.125</b>
<b>13. Gewinnvortrag / Verlustvortrag</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
<b>14. Ausgleich d. Gesellschafterin Stadt BS</b>	<b>1.113.880</b>	<b>1.565.702</b>	<b>451.822</b>		



## 2. Finanzplan

Finanzplan	Nachtrags-Plan	WP
	2023 EUR	2024 EUR
<b>Mittelbedarf</b>		
Investitionen	20.291.000	20.160.000
Kapitaleinlage BSP	50.000	35.000
Investitionen BGA und Lizenzen		30.000
laufende liquiditätswirksame Aufwendungen	3.729.750	10.130.350
Tilgungsleistungen	104.200	123.955
Ausgleich Cashpool	0	0
Rückstellung *)	0	267.650
	<b>24.174.950</b>	<b>30.746.955</b>
<b>Mittelherkunft</b>		
Kreditentnahme Cashpool	10.150.000	10.000.000
laufende liquiditätswirksame Erträge	793.170	1.731.800
Verlustausgleich aus 2022 (Überzahlung)	-201.000	0
Vorab-Verlustausgleich 2024	1.113.880	1.565.702
Ausgleich von Forderungen / Anzahlungen	7.616.700	6.965.800
Darlehen kommunalverbürgt **)	10.160.000	10.160.000
	<b>29.632.750</b>	<b>30.423.302</b>
Über-/Unterdeckung	5.457.800	-323.653
<b>Vbl. an Cashpool 31.12.</b>	<b>10.640.000</b>	<b>10.000.000</b>
<b>Kredithöhe 31.12.</b>	<b>14.655.800</b>	<b>10.160.000</b>

\*) hier gesamte Rückstellung berücksichtig: Resturlaube, ausstehende Rechnungen, Straßenausbau LTP (217.650€), JA-Gebühren, etc.

\*\*) Es wird die Inanspruchnahme der Experimentierklausel der Stadt Braunschweig geprüft.

### 3. Ergebnisverwendung

<b>Ergebnisverwendung</b>	<b>Nachtrags-Plan 2023 EUR</b>	<b>WP 2024 EUR</b>
<b>Jahresfehlbetrag</b>	-1.113.880	-1.565.702
<b>Ausgleich d.Gesellschafterin Stadt BS*</b>	1.113.880	1.565.702
<b>Bilanzgewinn/-verlust im Geschäftsjahr</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

\* Vorbehaltlich der Gremienbeschlüsse der Gesellschafterin Stadt BS

### 4. Liquiditätsplanung

<b>Liquiditätsplan</b>	<b>Nachtrags-Plan 2023 EUR</b>	<b>WP 2024 EUR</b>
<b>Liquide Mittel 01.01.</b>	163.706	5.000.000
<b>Zufluss (Verlustaussgleich, Darlehen)</b>	29.632.750	30.423.302
<b>Abfluss (Ergebnis-Afa, Tilgung, Invest)</b>	-24.174.950	-30.746.955
<b>Liquidität 31.12.</b>	<b>5.621.506</b>	<b>4.676.347</b>

Betreff:

**Volkshochschule Braunschweig GmbH**  
**VHS Arbeit und Beruf GmbH**  
**Haus der Familie GmbH**  
**Wirtschaftspläne 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

27.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)

Sitzungstermin

07.12.2023

Status

Ö

## **Beschluss:**

„Der Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2024 der Volkshochschule Braunschweig GmbH in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16. November 2023 empfohlenen Fassung wird festgestellt.
2. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der VHS Arbeit und Beruf GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Wirtschaftsplan 2024 der Gesellschaft in der vom Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 16. November 2023 empfohlenen Fassung festgestellt wird.
3. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Haus der Familie GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Wirtschaftsplan 2024 der Gesellschaft in der vom Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 16. November 2023 empfohlenen Fassung festgestellt wird.“

## **Sachverhalt:**

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Volkshochschule Braunschweig GmbH. Die Volkshochschule Braunschweig GmbH wiederum ist alleinige Gesellschafterin der VHS Arbeit und Beruf GmbH und der Haus der Familie GmbH.

Für jede Gesellschaft wird ein eigener Wirtschaftsplan aufgestellt.

Gemäß § 12 Satz 1 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der Volkshochschule Braunschweig GmbH obliegt die Feststellung des Wirtschaftsplanes der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich.

derlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Wirtschaftsplan bedarf gemäß § 10 Ziffer 6 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der Beratung im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH hat sich in seiner Sitzung am 16. November 2023 mit den Wirtschaftsplänen der VHS-Gruppe befasst und den Gesellschafterversammlungen empfohlen, die Wirtschaftspläne zu beschließen.

### Volkshochschule Braunschweig GmbH

Der Wirtschaftsplan 2024 der Volkshochschule Braunschweig GmbH weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen in Höhe von 6.917,1 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 8.454,7 T€ einen Jahresfehlbetrag von 1.537,6 T€ aus. Der Jahresfehlbetrag wird von der Stadt Braunschweig ausgeglichen. Entsprechende Mittel sind in den Haushaltsplan 2024 eingeplant.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2022 und 2023 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023*)	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	4.997,1	4.979,1	4.979,1	5.730,1
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.501,0	1.185,0	1.185,0	1.187,0
	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		-5,1%	-5,1% / 0,0%	+12,2%
3	Materialaufwand	-1.661,3	-1.146,2	-1.146,2	-1.111,2
4	Personalaufwand	-4.576,1	-4.800,0	-4.800,0	-5.525,0
5	Abschreibungen	-81,1	-150,0	-150,0	-160,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.687,9	-1.533,5	-1.533,5	-1.658,5
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-1.508,2	-1.465,6	-1.465,6	-1.537,6
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 7-9)	<b>-1.508,2</b>	<b>-1.465,6</b>	<b>-1.465,6</b>	<b>-1.537,6</b>
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 10-11)	<b>-1.508,2</b>	<b>-1.465,6</b>	<b>-1.465,6</b>	<b>-1.537,6</b>

\*) Prognosedaten Stand 30.09.2023

Die Planung für das Jahr 2024 fällt im Vergleich zum Vorjahr etwas schlechter aus. Steigerungen im Bereich der Aufwendungen sind insbesondere bei den Personalaufwendungen (+725 T€) zu verzeichnen. Diese resultieren im Wesentlichen aus Anpassungen aufgrund von Tarifierhöhungen, Höherstufungen der Mitarbeitenden sowie Stundenerhöhungen. Des Weiteren ist eine Erhöhung der Einplanung im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu erkennen (+125 T€). Diese ergeben sich größtenteils durch gestiegene Raum- und Mietkosten. Demgegenüber stehen Erhöhungen im Bereich der Erträge. Insbesondere bei den Umsatzerlösen ist eine deutliche Steigerung zu erkennen (+751 T€). Hier sind im Wesentlichen die Umsätze aus Teilnahmegebühren im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

In Summe ergibt sich der geplante Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.537,6 T€ und damit eine Erhöhung des Fehlbetrags gegenüber der Wirtschaftsplanung 2023 um 72 T€.

Die Gesellschaft hat einen Beitrag zur Umsetzung der Globalen Minderausgabe des Städtischen Haushalts in der Planung berücksichtigt.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2024 der Volkshochschule Braunschweig GmbH verwiesen.

## VHS Arbeit und Beruf GmbH

Der Wirtschaftsplan der VHS Arbeit und Beruf GmbH gliedert sich in die Geschäftsbereiche „Kommunale Beschäftigungsförderung“ und „Allgemeine Projekte“.

Der Wirtschaftsplan 2024 der VHS Arbeit und Beruf GmbH weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen (inklusive Zinserträgen) in Höhe von 7.379,8 T€ und Gesamtaufwendungen (inklusive Steuern) in Höhe von 7.379,8 T€ ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Die Erträge beinhalten den Zuschuss der Stadt für den Bereich „Kommunale Beschäftigungsförderung“ in Höhe von 3.933,0 T€.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2022 und 2023 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023*)	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	3.789,4	3.873,1	3.873,0	3.446,8
2	Sonstige betriebliche Erträge**)	3.167,9	3.648,3	3.649,0	3.933,0
	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		+8,1%	+8,1% / +0,0%	-1,9%
3	Materialaufwand	-1.535,4	-1.378,9	-1.379,0	-1.399,1
4	Personalaufwand	-4.451,1	-4.918,8	-4.919,0	-4.776,7
5	Abschreibungen	-26,8	-25,8	-26,0	-22,7
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-821,3	-1.192,1	-1.192,0	-1.175,5
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	122,7	5,8	6,0	5,8
8	Zins-/Finanzergebnis	-0,3	0,2	0,0	0,2
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 7-9)	<b>122,5</b>	<b>6,0</b>	<b>6,0</b>	<b>6,0</b>
11	sonstige Steuern	-2,5	-6,0	-6,0	-6,0
12	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 10-11)	<b>119,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

\*) Prognosedaten Stand 30.09.2023

\*\*) In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die tatsächlichen bzw. veranschlagten Zuschüsse der Stadt für den Bereich "Kommunale Beschäftigungsförderung" wie folgt enthalten:

	3.134,7	3.648,3	3.649,0	3.933,0
--	---------	---------	---------	---------

Bei einer getrennten Betrachtung der Geschäftsbereiche ergibt sich folgendes Bild:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023*)	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	2.961,5	3.065,3	3.065,3	2.761,1
2	Sonstige betriebliche Erträge**)	28,1	0,0	0,0	0,0
	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		+2,5%	-29,6%	-9,9%
3	Materialaufwand	-1.315,2	-1.160,6	-1.160,6	-1.198,1
4	Personalaufwand	-4.157,8	-4.563,9	-4.563,9	-4.476,7
5	Abschreibungen	-25,5	-23,8	-23,8	-20,7
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-623,0	-959,3	-959,3	-992,5
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-3.131,9	-3.642,3	-3.642,3	-3.927,0
8	Zins-/Finanzergebnis	-0,3	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 7-9)	<b>-3.132,2</b>	<b>-3.642,3</b>	<b>-3.642,3</b>	<b>-3.927,0</b>
11	sonstige Steuern	-2,5	-6,0	-6,0	-6,0
12	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 10-11)	<b>-3.134,7</b>	<b>-3.648,3</b>	<b>-3.648,3</b>	<b>-3.933,0</b>

\*) Prognosedaten Stand 30.09.2023

\*\*) ohne Zuschüsse der Stadt für den Bereich "Kommunale Beschäftigungsförderung"

		3.134,7		3.648,3		3.648,3		3.933,0	
--	--	---------	--	---------	--	---------	--	---------	--

	Angaben in T€	Ist 2022	Allgemeine Projekte			Plan 2024
			Plan 2023	Prognose 2023*)		
1	Umsatzerlöse	827,9	807,8	807,8		685,7
2	Sonstige betriebliche Erträge	5,1	0,0	0,0		0,0
	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		-3,0%	-11,0%		-15,1%
3	Materialaufwand	-220,2	-218,3	-218,3		-201,0
4	Personalaufwand	-293,3	-354,9	-354,9		-300,0
5	Abschreibungen	-1,3	-2,0	-2,0		-2,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-198,3	-232,8	-232,8		-183,0
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	119,9	-0,2	-0,2		-0,2
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,2	0,2		0,2
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0		0,0
10	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 7-9)	<b>119,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>		<b>0,0</b>
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0		0,0
12	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 10-11)	<b>119,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>		<b>0,0</b>

\*) Prognosedaten Stand 30.09.2023

Der Zuschuss im Bereich der Kommunalen Beschäftigungsförderung steigt im Vergleich zur Vorjahresplanung um 284,7 T€ zum einen aufgrund tarifbedingter Personalkostensteigerungen, zum anderen durch den erhöhten kommunalen Förderanteil bei der Umsetzung des Projekts „Sozialer Arbeitsmarkt“ nach § 16i SGB II (Teilhabechancengesetz).

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2024 der VHS Arbeit und Beruf GmbH verwiesen.



## Haus der Familie GmbH

Der Wirtschaftsplan 2024 der Haus der Familie GmbH weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen in Höhe von 1.678,0 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 1.678,0 T€ ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Die Erträge beinhalten einen Zuschuss der Stadt in Höhe von 263,5 T€.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2022 und 2023 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023*)	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	1.106,4	1.177,3	1.177,3	1.288,7
2	Sonstige betriebliche Erträge**)	326,6	363,4	363,4	389,3
	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		+7,5%	+2,1%	+8,9%
3	Materialaufwand	-440,3	-401,3	-401,3	-449,3
4	Personalaufwand	-801,4	-891,2	-891,2	-987,3
5	Abschreibungen	-4,3	-6,0	-6,0	-6,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-186,9	-242,2	-242,2	-235,4
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	0,1	0,0	0,0	0,0
8	Zins-/Finanzergebnis	0,1	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (Summe 7-9)	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	<b>Jahresergebnis</b> (Summe 10-11)	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

\*) Prognosedaten Stand 30.09.2023

\*\*) In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die tatsächlichen bzw. veranschlagten Zuschüsse der Stadt wie folgt enthalten:

	230,7	252,4	252,4	263,5
--	-------	-------	-------	-------

Die Erhöhung des Zuschusses im Bereich der Haus der Familie GmbH (+11,1 T€) resultiert im Wesentlichen aus der Anpassung an die Mittelfristige Finanzplanung, insbesondere aus der Erhöhung des Personalaufwandes aufgrund von Tarifsteigerungen.

Geiger

### Anlagen:

VHS-Gruppe – Wirtschaftspläne 2024  
VHS-Gruppe – Erläuterungen Wirtschaftsplan 2024  
VHS-Gruppe – MFP 2024-2027

## Entwurf Wirtschaftsplan 2024

### Volkshochschule Braunschweig GmbH

Stand: 20.10.2023

In T €	Ist 2022	Plan 2023	Plan 2024
<b>Erträge</b>			
1. Umsatzerlöse	4.997,1	4.979,1	5.730,1
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.501,0	1.185,0	1.187,0
<b>Aufwendungen</b>			
3. Materialaufwand	-1.661,3	-1.146,2	-1.111,2
4. Personalaufwand	-4.576,1	-4.800,0	-5.525,0
5. Abschreibungen	-81,0	-150,0	-160,0
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.687,9	-1.533,5	-1.658,5
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>-1.508,2</b>	<b>-1.465,6</b>	<b>-1.537,6</b>
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	-1.508,2	-1.465,6	-1.537,6
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>-1.508,2</b>	<b>-1.465,6</b>	<b>-1.537,6</b>

## Entwurf Wirtschaftsplan 2024

### VHS Arbeit und Beruf GmbH

Stand: 20.10.2023

	In Tsd. €	ist 2022	Plan 2023	Plan 2024
<b>Erträge</b>				
1. Umsatzerlöse		3.789,4	3.873,1	3.446,8
2. Sonstige betriebliche Erträge		3.167,9	3.648,3	3.933,0
<b>Aufwendungen</b>				
3. Materialaufwand		-1.535,4	-1.378,9	-1.399,1
4. Personalaufwand		-4.451,1	-4.918,8	-4.776,7
5. Abschreibungen		-26,8	-25,8	-22,7
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand		-821,3	-1.192,1	-1.175,5
<b>7. Betriebsergebnis</b>		<b>122,7</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>
8. Zins-/Finanzergebnis		-0,3	0,2	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern		122,4	6,0	6,0
11. Sonstige Steuern		-2,5	-6,0	-6,0
<b>12. Jahresergebnis</b>		<b>119,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Erläuterungen:

\* In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" der Pläne 2023 u. 2024 ist der veranschlagte Verlustausgleich durch Stadt Braunschweig (2023 3.648,3 Tsd.€; 2024 3.933,0 Tsd. €) enthalten.

\* In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen des "IST 2022" ist der Verlustausgleich durch Stadt Braunschweig (3.134,7 Tsd. €) enthalten.

## VHS Arbeit und Beruf GmbH - Entwurf Wirtschaftsplan 2024

Aufteilung in "Kommunale Beschäftigungsförderung (KBF)" und "VHS Arbeit und Beruf allgemein (A+B allg.)"

Stand: 20.10.2023

	in Tsd. €	Ist 2022		Plan 2023		Plan 2024				
		KBF	A+B allg.	Gesamt	KBF	A+B allg.	Gesamt			
Erträge										
1. Umsatzerlöse		2.961,5	827,9	3.789,4	3.065,3	807,8	3.873,1	2.761,1	685,7	3.446,8
2. Sonstige betriebliche Erträge		3.162,8	5,1	3.167,9	3.648,3	0,0	3.648,3	3.933,0	0,0	3.933,0
Gesamterträge		6.124,3	833,0	6.957,3	6.713,6	807,8	7.521,4	6.694,1	685,7	7.379,8
Aufwendungen										
3. Materialaufwand		-1.315,2	-220,2	-1.535,4	-1.160,6	-218,4	-1.378,9	-1.198,1	-201,0	-1.399,1
4. Personalaufwand		-4.157,8	-293,3	-4.451,1	-4.563,9	-354,9	-4.918,8	-4.476,7	-300,0	-4.776,7
5. Abschreibungen		-25,5	-1,3	-26,8	-23,8	-2,0	-25,8	-20,7	-2,0	-22,7
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand		-623,0	-198,3	-821,3	-959,3	-232,8	-1.192,1	-992,5	-183,0	-1.175,5
Gesamtaufwendungen		-6.121,5	-713,0	-6.834,5	-6.707,6	-808,0	-7.515,6	-6.688,0	-686,0	-7.374,0
7. Betriebsergebnis		2,8	119,9	122,7	6,0	-0,2	5,8	6,0	-0,2	5,8
8. Zins-/Finanzergebnis		-0,3	0,0	-0,3	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern		2,5	119,9	122,5	6,0	0,0	6,0	6,0	0,0	6,0
11. Sonstige Steuern		-2,5	0,0	-2,5	-6,0	0,0	-6,0	-6,0	0,0	-6,0
12. Jahresergebnis		0,0	119,9	119,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

## VHS AuB - Entwurf Wirtschaftsplan 2024

### Teilprojekt "Sozialer Arbeitsmarkt mit dem THCG" (§16i)

Stand: 20.10.2023

In Tsd. €

#### Erträge

1. Umsatzerlöse*	912,6
2. Sonstige betriebliche Erträge**	616,1
<b>Gesamterträge</b>	<b>1.528,7</b>

#### Aufwendungen

3. Materialaufwand	-	195,9
4. Personalaufwand	-	1.284,7
5. Abschreibungen	-	-
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-	48,0
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>-</b>	<b>1.528,7</b>

**7. Betriebsergebnis** 0,0

8. Zins-/Finanzergebnis -

9. Steuern vom Einkommen und Ertrag -

10. Ergebnis nach Steuern 0,0

11. Sonstige Steuern -

**12. Jahresergebnis** 0,0

#### Erläuterungen:

\* Die Umsatzerlöse ergeben sich aus der erwarteten Förderung durch das Jobcenter Braunschweig.

\*\* Die "Sonstigen betrieblichen Erträgen" bilden den geplanten Verlustausgleich durch die Stadt Braunschweig ab.



## Entwurf Wirtschaftsplan 2024

### Haus der Familie GmbH

Stand: 20.10.2023

In T €	Ist 2022	Plan 2023	Plan 2024
<b>Erträge</b>			
1. Umsatzerlöse	1.106,4	1.177,3	1.288,7
2. Sonstige betriebliche Erträge	326,6	363,4	389,3
<b>Aufwendungen</b>			
3. Materialaufwand	-440,3	-401,3	-449,3
4. Personalaufwand	-801,4	-891,2	-987,3
5. Abschreibungen	-4,3	-6,0	-6,0
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-186,9	-242,2	-235,4
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
8. Zins-/Finanzergebnis	0,1	0,0	0,0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	0,2	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

\* In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2024 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (**2024: 263.500,- €**) enthalten  
 In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2023 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (2023: 252.400,- €) enthalten  
 Im Ist 2022 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig (230.700,- €) in den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" enthalten.



## Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen 2024

### Volkshochschule Braunschweig GmbH und VHS Arbeit und Beruf GmbH

Die VHS-Gruppe setzt bei ihren Planungen für das Geschäftsjahr 2024 ein Gesamtumsatzvolumen in Höhe von rd. 16,0 Mio € an. Die Förderung von Seiten der Stadt Braunschweig beträgt insgesamt 5.734,1 Tsd. €. Davon als Verlustausgleich **1.537,6 Tsd. €** bei der Muttergesellschaft und **3.933,0 Tsd. €** für die Betrauungsaufgaben der VHS-Tochter Arbeit und Beruf sowie **263,5 Tsd. €** als Zuschuss für die Familienbildungsstätte Haus der Familie. Damit würde sich der laut Mittelfristiger Finanzplanung vorgesehene Verlustausgleich für die VHS um 72 Tsd. € erhöhen und der Zuschuss für das Haus der Familie um 11,1 Tsd. €.

### Volkshochschule Braunschweig GmbH

Erträge	Tsd. €
1. Umsatzerlöse	<b>5.730,1</b>
Die Erlöse setzen sich zusammen aus:	
Teilnehmergebühren	1.850,7
Koordinierungsstelle Frau und Beruf	146,3
Grundbildung/2.Bildungsweg	108,6
Sprachförderung Integration Flüchtlinge, DeuFöV	1.840,0
IQ-Netzwerk – Berufsbezogenes Deutsch	403,7
Antidiskriminierungsstelle	175,0
Sonstige Projekte / Aufträge	339,3
Verrechnungen im Bereich Personal und Miete mit den Tochtergesellschaften	866,5
Die Erträge bei den „Sonstigen Projekten / Aufträgen“ setzen sich zusammen aus Firmenkursen, Auftragsmaßnahmen und Landesprogrammen	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<b>1.187,0</b>
Verrechnungen in den Bereichen Gemeinkosten und Infrastruktur mit den Tochtergesellschaften	462,0
Zuschüsse des Landes EBG	720,0
Sonstige Erträge	5,0
<b><u>Summe Erträge</u></b>	<b><u>6.917,1</u></b>



Aufwendungen	Tsd. €
3. Materialaufwand	1.111,2
4. Personalaufwand	5.525,0
Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr entsteht aufgrund von Tariferhöhungen, Stufenaufstiegen und Stundenerhöhungen.	
5. Abschreibungen	160,0
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	1.658,5
Darin enthalten sind Raum- und Energiekosten in Höhe von 1.100,0 Tsd. €	
<b><u>Summe Aufwendungen</u></b>	<b><u>8.454,7</u></b>
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>1.537,6</b>
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-1.537,6</b>
11. Sonstige Steuern	0,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>-1.537,6</b>

# VHS Arbeit und Beruf GmbH

Erträge	Tsd. €
1. Umsatzerlöse	3.446,8
Die Erlöse im betrauten Bereich für die Aufgabenfelder der Kommunalen Beschäftigungsförderung, Jugendberufshilfe und Schulessensversorgung setzen sich im Wesentlichen durch die Einnahmen für die Umsetzung folgender Maßnahmen zusammen:	
Gartenlandschaftsbau (Lokpark)	74,0
- Manuelle Reinigung der Innenstadt („USB“)	83,9
- Hauswirtschaftliche Grundversorgung	124,8
- Medienprojekt	39,6
- Aktivierung und Tagesstruktur für Personen mit multiplen Hemmnissen	208,8
- Graffiti-Entfernung	64,9
- Bürgergarten Bebelhof	35,3
- Sozialkaufhaus „Jacke wie Hose“	59,0
- KombiProjekt §16a SGB II	188,2
Stadtgrün	45,3
Kostenerstattung MAE-Aufwendungent	206,2
- Förderung durch die NBank für die Projekte Jugendwerkstatt (JWS) inkl. Mittel des JC BS über §45 SGB III	265,0
- Erlöse „SchuBiCA“	393,5
- Sozialer Arbeitsmarkt mit dem Teilhabechancengesetz (§16i SGB II)	912,6
Sonstige	60,0
<b>Zw.-Summe Erlöse betrauter Bereich</b>	<b>2.761,1</b>
Im allgemeinen Bereich sind dies Projekte und Maßnahmen aus dem SGB II / III nach Vergabeverfahren oder mit individuellen Bildungsgutscheinen.	
- Umsetzung Projekt „Jobfabrik“ für das JC Braunschweig	425,7
- Durchführung von Kompetenzfeststellungen und berufspraktischen Tagen im Rahmen der Berufsorientierung in BS, SZ und WF (BOBS, BONA-SZ, KoPra WF), Bildungsgutscheinmaßnahmen sowie diverse Kleinprojekte	175,0
- Verrechnung Personal Muttergesellschaft	85,0
<b>Zw.-Summe Erlöse Allgemeiner Bereich</b>	<b>685,7</b>
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.933,0
- Verlustausgleich betrauter Bereich durch Stadt	3.933,0
Darin sind 893,4 Tsd. € für die Umsetzung des im Jahr 2019 gestarteten Projekts „Sozialer Arbeitsmarkt mit dem Teilhabechancengesetz“ nach §16i SGB II enthalten.	
<b><u>Summe Erträge</u></b>	<b><u>7.379,8</u></b>

Aufwendungen	Tsd. €
--------------	--------

3. Materialaufwand	1.399,1
Die entscheidenden und größten Posten hierbei sind im betrauten Bereich der „Kommunalen Beschäftigungsförderung“:	
- Dozentenonorare	57,4
- bezogene Leistungen von der Muttergesellschaft in Form von Personalgestellung	331,4
- bezogene Leistungen von der Stadt Braunschweig in Form von Personalgestellung	89,1
- Verrechnung Gemeinkosten mit Muttergesellschaft	208,3
- Einkauf „SchuBiCa“	300,0
- Sach- und Teilnehmerkosten	211,9
Hierin enthalten sind 235,7 Tsd. € an Fördermitteln für Freie Träger für das Projekt „Sozialer Arbeitsmarkt mit dem Teilhabechancengesetz“	
<b>Zw.-Summe Materialaufwand im betrauten Bereich</b>	<b>1.198,1</b>
Im nicht betrauten Bereich sind dies:	
- Dozentenonorare	52,8
- bezogene Leistungen von der Muttergesellschaft in Form von Personalgestellung	105,5
- Verrechnung Gemeinkosten mit Muttergesellschaft	41,7
- Sach- und Teilnehmerkosten	1,0
<b>Zw.-Summe Materialaufwand im allgemeinen Bereich</b>	<b>201,0</b>
4. Personalaufwand	4.776,7
<b>Zw.-Summe Personalaufwand im betrauten Bereich</b>	<b>4.476,7</b>
Davon für gefördert Beschäftigte im Projekt „Sozialer Arbeitsmarkt mit dem Teilhabechancengesetz 1.700,0 Tsd. €	
<b>Zw.-Summe Personalaufwand im allgemeinen Bereich</b>	<b>300,0</b>
5. Abschreibungen	22,7
<b>Abschreibungen im betrauten Bereich</b>	<b>20,7</b>
<b>Abschreibungen im Allgemeinen Bereich</b>	<b>2,0</b>
Anpassung der Prognosezahlen an Hand der im laufenden Jahr gesammelten Erfahrungen mit der benötigten Infrastruktur und Ausstattung für den betrauten Bereich.	
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	1.175,5
Im betrauten Bereich sind dies im Wesentlichen	
- Raumaufwendungen	292,6
- Verwaltungsaufwendungen	55,2
- Mehraufwandsentschädigungen („2-Euro“)	206,2
- Aufwendungen für Kraftfahrzeuge	123,5
- Übrige Aufwendungen (inkl. IT-Aufwendungen)	315,0
<b>ZW.-Summe Sonstiger Betrieblicher Aufwand im betrauten Bereich</b>	<b>992,5</b>

Im allgemeinen Bereich sind dies im Wesentlichen

- Raumaufwendungen	122,8
- Verwaltungsaufwendungen	13,1
- Fahrtkostenerstattung Teilnehmer	6,0
- Übrige Aufwendungen (inkl. IT-Aufwendungen)	41,1
<b>Zw.-Summe Sonstiger Betrieblicher Aufwand im allgemeinen Bereich</b>	<b>183,0</b>

**Summe Aufwendungen**

**7.374,0**

7. Betriebsergebnis	5,8
8. Zins-/Finanzergebnis	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	6,0
11. Sonstige Steuern	6,0
Hier sind die KFZ-Steuer für die Fahrzeuge im betrauten Bereich erfasst.	
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0</b>

## Haus der Familie GmbH

Erträge	Tsd. €
1. Umsatzerlöse	1.288,7
Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus:	
Teilnehmergebühren	294,5
DialogWerk	520,0
Rucksack-Projekt	180,0
Qualifizierung und Fortbildung Kindertagespflege	104,5
Hebammenzentrale	123,7
Weitere Projekte	66,0
2. Sonstige betriebliche Erträge	389,3
Zuschuss Land Niedersachsen	54,0
Zuschuss Stadt Braunschweig	263,5
Sonstige Erträge	71,8
<b><u>Summe Erträge</u></b>	<b><u>1.678,0</u></b>
Aufwendungen	Tsd. €
3. Material und Honorare	449,3
4. Personalaufwand	987,3
Die Erhöhungen entstehen aufgrund von Tariferhöhungen, Stufenaufstiegen und Stundenänderungen.	
5. Abschreibungen	6,0
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	235,4
Dazu gehören insbesondere Raumaufwendungen (154 Tsd.€) und Verwaltungsaufwendungen.	
<b><u>Summe Aufwendungen</u></b>	<b><u>1.678,0</u></b>
7. Betriebsergebnis	0
8. Zins-/Finanzergebnis	0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>0</b>
<b>11. Jahresergebnis</b>	<b>0</b>



## MFP Wirtschaftsplan 2024-2027



### Volkshochschule Braunschweig GmbH

Stand: 20.10.2023

In T €	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
<b>Erträge</b>				
1. Umsatzerlöse	5.730,1	5.808,6	5.982,9	6.162,4
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.187,0	1.243,8	1.304,9	1.371,0
<b>Gesamterträge</b>	<b>6.917,1</b>	<b>7.052,4</b>	<b>7.287,8</b>	<b>7.533,4</b>
<b>Aufwendungen</b>				
3. Materialaufwand	-1.111,2	-1.144,5	-1.178,8	-1.214,2
4. Personalaufwand	-5.525,0	-5.801,3	-6.091,4	-6.396,0
5. Abschreibungen	-160,0	-164,8	-169,7	-174,8
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.658,5	-1.708,3	-1.759,5	-1.812,3
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>-8.454,7</b>	<b>-8.818,9</b>	<b>-9.199,4</b>	<b>-9.597,3</b>
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>-1.537,6</b>	<b>-1.766,5</b>	<b>-1.911,6</b>	<b>-2.063,9</b>
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	-1.537,6	-1.766,5	-1.911,6	-2.063,9
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>-1.537,6</b>	<b>-1.766,5</b>	<b>-1.911,6</b>	<b>-2.063,9</b>



## MFP Wirtschaftsplan 2024 - 2027

### VHS Arbeit und Beruf GmbH

Stand: 20.10.2023

In Tsd. €	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
<b>Erträge</b>				
1. Umsatzerlöse	3.446,8	2.474,2	2.548,5	2.624,9
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.933,0	3.478,2	3.582,6	3.690,0
<b>Gesamterträge</b>	<b>7.379,8</b>	<b>5.952,4</b>	<b>6.131,1</b>	<b>6.314,9</b>
<b>Aufwendungen</b>				
3. Materialaufwand	-1.399,1	-1.310,0	-1.349,3	-1.389,8
4. Personalaufwand	-4.776,7	-3.655,1	-3.764,7	-3.877,7
5. Abschreibungen	-22,7	-26,0	-26,0	-25,7
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.175,5	-955,5	-985,3	-1.015,9
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>-7.374,0</b>	<b>-5.946,6</b>	<b>-6.125,3</b>	<b>-6.309,1</b>
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>
8. Zins-/Finanzergebnis	0,2	0,2	0,2	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	6,0	6,0	6,0	6,0
11. Sonstige Steuern	-6,0	-6,0	-6,0	-6,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>





## MFP Wirtschaftsplan 2024-2027

### Haus der Familie GmbH

Stand: 20.10.2023

In T €	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
<b>Erträge</b>				
1. Umsatzerlöse	1.288,7	1.312,4	1.351,8	1.392,4
2. Sonstige betriebliche Erträge	389,3	435,8	469,6	505,4
<b>Gesamterträge</b>	<b>1.678,0</b>	<b>1.748,2</b>	<b>1.821,4</b>	<b>1.897,8</b>
<b>Aufwendungen</b>				
3. Materialaufwand	-449,3	-462,8	-476,7	-491,0
4. Personalaufwand	-987,3	-1.036,7	-1.088,5	-1.142,9
5. Abschreibungen	-6,0	-6,2	-6,4	-6,6
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-235,4	-242,5	-249,8	-257,3
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>-1.678,0</b>	<b>-1.748,2</b>	<b>-1.821,4</b>	<b>-1.897,8</b>
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2023 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (2024: 263.500,- €) enthalten

In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2024 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (2025: 302.700,- €) enthalten

In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2025 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (2026: 328.600,- €) enthalten

In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2026 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (2027: 355.800,- €) enthalten

Betreff:  
**Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit: Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	Datum: 05.12.2023
--	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	07.12.2023	Ö

## Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 27. November 2023 empfohlenen Fassung festzustellen.“

## Sachverhalt:

Gemäß § 11 Buchstabe f) des Gesellschaftsvertrages obliegt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (FBWG) die Feststellung des Wirtschaftsplanes.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der FBWG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der FBWG hat in seiner Sitzung am 27. November 2023 dem Wirtschaftsplan 2024 in der vorgelegten Fassung zugestimmt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Im Vergleich zu den Vorjahren stellt sich der Erfolgsplan 2024 wie folgt dar:

	Angaben in T€	Plan 2021	IST 2021	Plan 2022	IST 2022	Plan 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	4.108,0	4.499,8	5.891,9	5.427,9	5.429,4	6.017,7
1a	% zum Vorjahr/Plan		+9,5	+43,4/+30,9	+20,6/-7,9	-7,8/0,0	+14,7/+10,8
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.320,0	2.458,4	2.320,0	2.280,5	2.184,0	2.140,0
2b	Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen	4.611,0	3.729,0	2.507,9	2.895,9	2.398,0	2.898,5
3	Materialaufwand	-2.313,1	-2.149,4	-2.094,3	-2.036,4	-2.243,5	-2.592,9
4	Personalaufwand	-5.006,7	-3.994,0	-4.816,0	-4.679,1	-4.451,3	-4.652,0
5	Abschreibungen	-3.141,0	-3.077,8	-3.119,0	-3.040,0	-3.060,0	-3.013,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-875,0	-985,9	-998,1	-982,8	-928,1	-1.192,0
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-296,8	480,1	-307,6	-134,0	-671,5	-393,7
8	Zins-/Finanzergebnis	-73,2	-52,6	-72,4	80,2	-41,5	-36,3
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<b>Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)</b>	<b>-370,0</b>	<b>427,5</b>	<b>-380,0</b>	<b>-53,8</b>	<b>-713,0</b>	<b>-430,0</b>
11	sonstige Steuern	-30,0	-11,9	-20,0	-17,6	-20,0	-20,0
12	<b>Jahresergebnis (Summe 10-11)</b>	<b>-400,0</b>	<b>415,6</b>	<b>-400,0</b>	<b>-71,4</b>	<b>-733,0</b>	<b>-450,0</b>
13	Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung*	300,0	0,0	300,0	0,0	300,0	350,0
12	<b>Jahresergebnis II (Summe 12+13)</b>	<b>-100,0</b>	<b>415,6</b>	<b>-100,0</b>	<b>-71,4</b>	<b>-433,0</b>	<b>-100,0</b>

\* Im IST bzw. in der Prognose sind die "Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung" schon bei den jeweiligen spezifischen Aufwendungen und Erträgen verbucht

Der Plan 2024 weist Gesamterträge (ohne Betriebsmittelzuschüsse) in Höhe von 8.159,7 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 11.508,2 T€ aus. Ferner sind ‚Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung‘ in Höhe von 350,0 T€ eingeplant. Die Geschäftsführung hofft wie in den Vorjahren durch diverse Anstrengungen bei unterschiedlichen Ertrags- und Aufwandspositionen insgesamt 350,0 T€ positive Ergebnisauswirkungen erzielen zu können.

Es verbleibt ein Zuschussbedarf der Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig (2.092,5 T€) und Stadt Wolfsburg (806,0 T€) in Gesamthöhe von 2.898,5 T€ sowie ein planerisches Defizit von 100,0 T€.

Im Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt Braunschweig sind für das Haushaltsjahr 2024 Zuschüsse für die FBWG seitens der Stadt Braunschweig i. H. v. 2.208,9 T€ veranschlagt. Für den Haushalt der Stadt Braunschweig ergibt sich somit eine Mitteleinsparung aus dem nunmehr vorgelegten Wirtschaftsplan 2024. Somit ist ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe 2024 enthalten.

Die Umsatzerlöse erhöhen sich gegenüber der Vorjahresplanung aufgrund eines für die Wirtschaftsjahre 2023 und 2024 mit Volkswagen im Laufe dieses Jahres vereinbarten höheren Nutzungsentgeltes (1.300 T€ p. a., bisher: 1.000 T€). Dieser seit 2022 bestehende finanzielle Beitrag soll sich nicht mehr am Zuschussbedarf orientieren, sondern am von der FBWG zur Verfügung gestellten Ressourcenbedarf für die Anrainerin Volkswagen AirService GmbH. Hierzu wurde ein Betriebsführungs- und Nutzungsvertrag abgestimmt, der der FBWG einen finanziellen Beitrag der Volkswagen AirService GmbH von mindestens 1,3 Mio. € jeweils für die Jahre 2023 und 2024 garantiert, der jedoch - abhängig von der tatsächlichen Nutzung der Flughafenressourcen durch die Volkswagen AirService GmbH - auch höher sein kann (Hinweis: zudem hat VW wie jeder Kunde der FBWG die flugbetrieblichen Entgelte zu zahlen). Diese Einnahme ist bei den sonstigen Umsatzerlösen zu veranschlagen.

Ferner sind gestiegene flugbetriebliche Erlöse eingeplant.

Aufwandssteigerungen sind für die Anlagenunterhaltung einkalkuliert, so z. B. Unterhaltungsaufwendungen für das Restaurant/Terrassen Lilienthalplatz 4 und das Empfangsgebäude einschl. Abfertigungsanbau.

Die Erhöhung der Personalkosten wird begründet mit Tarifsteigerungen und tariflichen Höherstufungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen ebenfalls, insbesondere aufgrund weiterer Kosten für das Planänderungsverfahren sowie stark gestiegener Aufwendungen für Schulungen und Lehrgänge.

Der Finanzplan 2024 weist insbesondere die schon in den Vorjahren begonnenen großen Bauvorhaben Neubau Feuerwache nebst Kfz-Halle (finale Maßnahmen) und Ausbau Hauptgebäude aus.

Insgesamt sind Bauvorhaben in Höhe von 3.558,0 T€ und eine Vielzahl von diversen Beschaffungen in Höhe von 1.427,0 T€ vorgesehen.

Die Finanzierung der beiden großen Bauvorhaben Neubau Feuerwache nebst Kfz-Halle und Ausbau Hauptgebäude erfolgt bzw. erfolgte durch eine Kreditaufnahme aus den Vorjahren (kommunalverbürgt – ich verweise auf die Vorlage DS 19-12190 vom 27. November 2019). Die weiteren Investitionen werden durch Abschreibungsmittel sowie vorhandene eigene Liquidität finanziert.

Zur Zuschusseinplanung im Wirtschaftsplan 2024 der Gesellschaft und im Haushalt der Stadt Braunschweig wird ergänzend folgendes angemerkt:

Die beihilferechtlichen Regelungen der EU sahen bis 2017 vor, dass Flughäfen sukzessive bis zum Jahr 2024 ohne Zuschüsse auskommen müssen. Auf Grundlage dieser (damaligen) Rechtslage fasste der Rat der Stadt Braunschweig am 15. März 2016 folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizitreduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann.“

Dem Ratsauftrag kam die Verwaltung der Stadt Braunschweig in Abstimmung mit der weiteren Gesellschafterin Stadt Wolfsburg dadurch nach, dass auf Flughäfen spezialisierte Beratungsunternehmen „amd.sigma GmbH“ zu beauftragen, ergebnisoffen Möglichkeiten zu eruieren, ob und wie es möglich wäre, den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ggf. ohne Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafterinnen zu betreiben.

Das Gutachten des o. g. Beratungsunternehmens wurde dem Rat der Stadt Braunschweig und dem Rat der Stadt Wolfsburg im Oktober 2018 übermittelt und ergänzend wurde umfassend berichtet. In einer öffentlichen Mitteilung hierzu wurde ausführlich erläutert, ob und in welchen Teilbereichen die Absicht besteht, Ergebnisse aus diesem Gutachten umzusetzen. Siehe hierzu die Mitteilung der Stadt Braunschweig vom 8. März 2019 („Wirtschaftliche Lage und Perspektiven des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg“, DS 19-09863). Der Ratsbeschluss wurde umgesetzt.

Die Rechtslage zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellt sich wie folgt dar:

Seit Juni 2017 sind Flughäfen in die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der EU aufgenommen worden, so dass Flughäfen unter bestimmten Bedingungen (die beim Flughafen Braunschweig-Wolfsburg einschlägig sind) weiterhin Zuschüsse erhalten dürfen. Die derzeitigen Regelungen der AGVO gelten mindestens bis Ende 2026. Folglich ist die Einplanung und Gewährung von Zuschüssen durch die Gesellschafterinnen beihilferechtskonform.

Als Anlage ist der Wirtschaftsplan 2024 beigelegt.

Geiger

**Anlage/n:** Wirtschaftsplan 2024 der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

**Wirtschaftsplan 2024**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Erfolgsplan</b>	4
<b>1 Personalaufwendungen</b>	5
1 1 Löhne und Gehälter	5
Stellenplan	6
1 2 Sonstige Personalaufwendungen	8
<b>2 Sachaufwendungen und Betriebskosten</b>	10
2 1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10
2 2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	12
2 2 1 Anlagenunterhaltung	12
2 2 2 Versorgungsleistungen	16
<b>3 Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	18
3 1 Versicherungen und Beiträge	18
3 2 Mieten und Pachten	20
3 3 Übrige Aufwendungen	22
<b>4 Steuern</b>	24
<b>5 Zinsaufwand</b>	26
<b>6 Abschreibungen auf das Anlagevermögen</b>	28
<b>7 Zusammenstellung der Aufwendungen</b>	28
<b>9 Erträge</b>	29
9 1 Umsatzerlöse	30
9 1 1 Flugbetrieb	30
9 1 2 Vermietungen	32
9 1 3 Pachten	34
9 1 4 Erbbauzinsen	36
9 1 5 Versorgungsleistungen	38
9 1 6 Sonstige Umsatzerlöse	40
9 1 7 Sonstige betriebliche Erträge	42
9 1 8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44
9 1 9 Außerordentliche Erträge	46
<b>10 Gesamtplan</b>	47
<b>11 Übersicht der auf die Gesellschafter und die VW AG insgesamt entfallenden Betriebsmittelzuschüsse</b>	48



**II. Finanzplan**

1. Bauvorhaben
2. Beschaffungen
3. Finanzaufwand
4. Zusammenstellung der Ausgaben
5. Deckungsmittel

49  
50  
52  
54  
46  
56

Der Aufsichtsrat kann Abweichungen des Wirtschaftsplans, die sich im Laufe des Jahres notwendig ergeben, auch über die gegenseitige Deckungsfähigkeit hinaus genehmigen, wenn sich an dem Zuschussbedarf insgesamt nichts ändert.

Die Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig. Mit Ausnahme der Instandsetzungskosten ist jedoch bei Einzelaufträgen die der Ansätze um mehr als 25,0 T€ überschreiten, die Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen.



				Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
Kto. Nr.	Aufwendungen			TE	TE	TE
1 Personalaufwendungen						
1.1 Entgelte						
41000/41300	Entgelte			4.854,0	4.142,4	4.540,2
41310						
41160	Übergangsversorgung Lotsen			-242,0	258,9	89,9
Übertrag:				4.612,0	4.401,3	4.630,1

Erläuterungen

Soll-Ansätze Entgelte Spalte 1	
In den Ansätzen wurde eine Personalkostensteigerung und Leistungsentgelte gem. TVÖD-Vereinbarungen berücksichtigt. Höherstufungen und Zulagen wurden berücksichtigt.	
Der mit der Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) verhandelte Tarifvertrag für die Lotsen wurde eingeplant.	
Die Entgelte enthalten zusätzliche Personalkosten (Kto. 41000 für die Bereitschaft außerhalb der regulären Flughafenbetriebszeiten. Diese Sonderausgaben werden gedeckt durch Sondererträge PPR für die zusätzliche Betriebsbereitschaft, vgl. Kto 81402, Seite 30	

Kto. 41160 Für das Jahr 2024 ist die Übergangsversorgung der Lotsen anzupassen

## Erläuterungen

		Entgeltgruppe		Wochenstunden		Tarif
		Soll 2024	Ist 2023	Soll 2024	Ist 2023	
<b>GF - Geschäftsführung</b>						
GF	Geschäftsführung	AT	AT			AT
GF	Grundsatzaufgaben	10	10	39	39	TVöD-F
GF	Assistenz der Geschäftsführung	9	9	39	5**	TVöD-F
GF	Teamassistent	8	8	39*	39	TVöD-F
GF	IT	10	10	39	39	TVöD-F
GF	IT - Nachfolgestelle	9		39		TVöD-F
GF	Marketing / UK	9	9	39*	5**	TVöD-F
GF	Personalmanagement	9	9	39	39	TVöD-F
GF	Sekretariat	6	6	39	39	TVöD-F
GF	Infrastruktur Management		13		39	TVöD-F
GF	Projektmanagement Immobilien/Bau	11		39		TVöD-F
GF	Ausbildungsstelle					TVöD
<b>KM - kaufmännische Leitung</b>						
KM	Leitung / Prokura	13	13	39	39	TVöD-F
KM	Buchhaltung u. Controlling	9	9	39	39	TVöD-F
KM	Buchhaltung u. Controlling-Mini-Job	9		5**		TVöD-F
KM	Buchhaltung u. Controlling	9	9	34	34	TVöD-F
<b>BL - Betriebsleitung</b>						
BL	Qualitätsmanagement	11	11	39	39	TVöD-F
BL	Safety Management	11	11	39	39	TVöD-F
<b>Operations</b>						
V/OD	Leitung	12	12	39	39	TVöD-F
V/OD	BVD	7	7	39	39	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Check-In)	4	4	15	15	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Check-In)	4	4	n. Bedarf	n. Bedarf	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	2	2	18	18	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	3	3	30	30	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	3	3	30	30	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	3	3	17	17	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	3	3	30	30	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	2	2	n. Bedarf	n. Bedarf	TVöD-F
V/OD	BVD Passage (Gepäck/Ausgl.fläch.)	3	2	30	18	TVöD-F
V/OD	LUSI Ausweisstelle	7	7	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL (Leitung)	9	9	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL	8	8	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL	7/8	8	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL	8	8	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL	8	8	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL	8	8	39	39	TVöD-F
V/OD	VL Verkehrsleitung / BfL	8	8	39	39	TVöD-F
<b>TWR - Tower</b>						
TWR	Towerlotsen (Vorruhestand)	FLE6	FLE6	0	0	TV GdF
TWR	Towerlotsen (Vorruhestand)	FLE6	FLE6	0	0	TV GdF
TWR	Towerlotsen (Vorruhestand)	FLE6	FLE6	0	0	TV GdF

		Entgeltgruppe		Wochenstunden		Tarif
		Soll 2024	Ist 2023	Soll 2024	Ist 2023	
<b>FT - Flughafentechnik</b>						
FT	Leitung	11	11	39	39	TVöD-F
FT	stellv. Leitung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Entwässerung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Entwässerung	7	7	39	39	TVöD-F
FT	Elektromeister	9	6	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	6	5	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	8	8	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	8	8	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	8	8	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	7	7	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	7	7	39	39	TVöD-F
FT	E-Technik	7	7	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Bau	9	9	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	6	8***/5***	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	6	8***/5***	39	30	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	7	7	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	7	6	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur / Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Infrastruktur Nachfolge	5		39		TVöD-F
FT	Infrastruktur Nachfolge	5		39		TVöD-F
FT	Infrastruktur / Reinigung		2		32,5	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	8	8	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	7	7	39	39	TVöD-F
FT	Kfz Wartung und Instandhaltung	7	7	39	39	TVöD-F
FT	Winterdienst	8	8	39	39	TVöD-F

\* befristete Teilzeitbeschäftigung nach § 11 TVöD

\*\* Mini-Job während Elternzeit

\*\*\* Änderung der Entgeltgruppe bei Neubesetzung der Stelle

**Stellenplan 2024 – Veränderungen zum Stellenplan 2023****Projektmanagement Bau- und Immobilienentwicklung**

Die bisherige Stelle Infrastruktur Management konnte nicht wie geplant besetzt werden. Der Schwerpunkt der Stelle lag in der vertrieblchen und technischen Entwicklung und Vermarktung flughafeneigener Gewerbeflächen. Insbesondere die Vertriebstätigkeiten wurden bislang von der Geschäftsführung mit externer Unterstützung übernommen. Die Konstellation soll zukünftig weiter Bestand haben.

Vor diesem Hintergrund soll die o.g. Stelle in die Stelle Projektmanagement Bau- und Immobilienentwicklung umgewandelt werden und die technischen Aspekte der Bau- und Immobilienentwicklung behandeln.

Kernaufgabe soll die Ausübung der Bauherrenfunktion und Schnittstelle insbesondere zu Verwaltungsbereichen der Stadt Braunschweig (u. a. Bau, Denkmalschutzbehörde, Umwelt, Naturschutz), Behörden des Landes Niedersachsen (u. a. Planfeststellungsbehörden, NLStbV, Luftfahrtbehörde), sonstiger Genehmigungsbehörden und beauftragten Dienstleistern (u. a. Architekten, Technischen Planern, Projektentwicklern, Rechtsanwälten) sein. Hierbei soll u. a. die Weiterbearbeitung des Planänderungsverfahrens und der Entwicklung und Realisierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen liegen.

**Teamassistent**

Die derzeit befristete Stelle Teamassistent (Elternzeitvertretung) soll ab dem Jahr 2024 in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden. Zusätzlich zu der Unterstützung in allgemein administrativen Themen beinhaltet diese Stelle zukünftig die administrativen Aufgaben im Vergabeverfahren, die bislang von einer externen Firma durchgeführt wurden.

**IT**

Im Bereich IT muss temporär eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, um die Nachfolge des derzeitigen Stelleninhabers bis zu seinem Renteneintritt übergangsfrei abzusichern. Die Aufgaben der Stelle umfassen neben den originären IT Aufgaben auch die Steuerung und Wartung von flugsicherungstechnischen Anlagen, für die eine komplexe und sehr zeitintensive Einarbeitung am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg sowie Ausbildung an der Akademie der Deutschen Flugsicherung (DFS) notwendig ist.

**Kaufmännische Leitung**

Im Bereich Buchhaltung und Controlling befindet sich bis Ende 2025 eine Kollegin in Elternzeit. Ab dem Jahr 2024 wird für sie während ihrer Elternzeit eine für diese Zeit befristete Mini-Job-Stelle geschaffen.

Zusätzlich zum Bereich Buchhaltung und Controlling wird die Stelleninhaberin die Sicherstellung des Flughafenbrandschutzes temporär mit unterstützen.

**Operations**

Eine in der Gepäckabfertigung zu besetzende Stelle soll auf den gleichen Umfang der üblichen Stellen erhöht werden.

**Flughafentechnik****Infrastruktur / Instandhaltung**

Im Team Infrastruktur / Instandhaltung werden im Jahr 2024 temporär 2 zusätzliche Stellen geschaffen aufgrund des geplanten Renteneintritts zweier Kollegen zum 1. Januar 2025. Diese Stellen sollen im Laufe des Jahres 2024 nachbesetzt werden, um eine Übernahme der Stellen zum 1. Januar 2025 unter Berücksichtigung notwendiger Schulungs- und Einweisungszeiten zu gewährleisten. Weiterhin wird eine Stelle wegen Kündigung des Stelleninhabers zum 31. Dezember 2023 neu besetzt. Die Stelle wurde mit Beginn des Jahres 2022 auf Wunsch des derzeitigen Stelleninhabers in eine Teilzeitstelle umgewandelt (30 Stunden / Woche). Ab dem Jahr 2024 wird diese Stelle wieder entsprechend der ursprünglichen Vollzeitstelle im Stellenplan aufgenommen.

**Elektro – Meisterstelle**

Eine bereits im Stellenplan enthaltene, noch unbesetzte Stelle soll ab dem Jahr 2024 inhaltlich neu definiert werden. Die Notwendigkeit dieser Änderung begründet sich in den komplexen, flughafenbezogenen Anforderungen im Bereich Elektrotechnik und soll daher als Meisterstelle mit einer geänderten Entgeltgruppe neu besetzt werden.

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	4.612,0	4.401,3	4.630,1
	1 2 Sonstige Personalaufwendungen				
41430	Konkursausfallgeld(GUV)/ Beihilfen		40,0	50,0	39,0
41520					
		Summe:	4.652,0	4.451,3	4.669,1

41430/41520 Schätzung gemäß Beihilfevorschriften und Konkursausfallgeld gemäß Bescheid  
des Nds. Finanzministeriums  
Konkursausfallgeld rd. 17 T€  
Sachzuwendungen etc. 23 T€



Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
<b>2 Sachaufwendungen und Betriebskosten</b>					
<b>2 1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und sonst. Sachaufwendungen</b>					
49800	Bau- und Schlossermaterial		2,0	6,3	0,0
49810	Elektromaterial		35,0	35,0	48,9
45300	Betriebsstoffe für Fahrzeuge und Geräte		55,0	55,0	55,9
42500	Reinigungsmaterial		10,0	10,0	8,7
49830	Malermaterial		3,0	3,0	0,1
49820	Tischlermaterial		0,0	3,0	0,0
49840	Klempner- und Installationsmaterial		5,0	9,0	3,3
48010	Arbeits-, Dienst- und Schutzkleidung		20,0	20,0	11,3
48020	Div. Sachkosten f. Feuerwehr Schutzkleidung f. Feuerwehr		45,0	48,0	1,6
49020/49021	Winterdienst(WD)		100,0	100,0	31,8
Übertrag:			275,0	289,3	161,6

**Erläuterungen**

49800	Materialkosten für Instandhaltung durch eigenes Personal
49810	dto.
45300	Die Kosten sind abhängig von der Preisentwicklung für Energie und der Witterung bzgl. Einsatz des Winterdienstes
49830	Materialkosten für Instandhaltung durch eigenes Personal
49820	dto.
49840	dto.
48010	Arbeitskleidung für Betriebspersonal.
48020	Diverse Sachkosten für Feuerwehr (Schutzkleidung für zusätzliches Feuerwehrpersonal etc.) 25 T€ wegen Austausch Feuerwehrbekleidung.
49020	Nach dem Ausbau der Start- und Landebahn sind zwar größere Verkehrsfläche zu unterhalten. Die Kosten wurden jedoch aufgrund der Erfahrungen der letzten Winter niedriger als in den Vorjahren geschätzt. Bei extremen Wetterbedingungen können gegebenenfalls Mehrkosten entstehen.

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
		Übertrag:	TE	TE	TE
			275,0	289,3	161,6
	<b>2 2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>				
	<b>2 2 1 Anlagenunterhaltung</b>				
42000/42760	Sicherheits- und Sicherungseinrichtungen für Flugbetrieb		39,0	39,0	31,6
42010	Umweltschutz		50,0	50,0	17,7
42015	Brandschutz u.a. Notfallübungen		46,0	40,0	4,0
42020/42021	Diverse Sicherheitsmaßnahmen		25,0	25,0	19,3
42031	Fremdleistungen DAS		258,9	0,0	0,0
42080	Gärtnerische Anlagen/WD öffentl. Bereich		5,0	10,0	0,5
47800	Baubetreuung		70,0	35,0	189,2
42610	Verw.geb. Lilienthalplatz 3 Delair		10,0	10,0	0,0
42620	Restaurant/Terrassen Lilienthalplatz 4		160,0	10,0	14,6
42900	Abwasserhebeanlage		1,0	3,2	0,0
42600	Empfangsgebäude einschl. Abfertigungsanbau, Kontrollturm und östlicher Anbau		67,0	15,0	55,0
42740/42800	Motorflughalle I/Technische Dienste Werkstatt		7,0	5,9	9,6
42890	Winterdiensthalle		1,0	1,0	13,6
42810	Motorflughalle II		1,0	1,0	12,4
42820	Motorflughalle III, Rundhalle I		1,0	1,0	0,0
42830	Motorflughalle IV, Rundhalle II		1,0	1,0	0,2
42840	Motorflughalle V, Fundhalle III		1,0	1,0	0,0
42850	Motorflughalle VI, Rundhalle IV		1,0	1,0	0,0
42860	Motorflughalle VII, Rundhalle V		1,0	1,0	0,0
42870/42880	Motorflughalle VIII + IX, Rundhalle VI + VII		1,0	1,0	0,0
42690	Segelflughalle Nord		2,0	2,0	0,0
42700	Segelfliegerheim Nord		1,0	1,0	0,0
49670	Feuermeldeanlage		2,0	2,0	0,0
		<b>Übertrag:</b>	<b>1.026,9</b>	<b>545,4</b>	<b>529,3</b>

### Erläuterungen

Aufgrund von einigen notwendigen neuen Kontenzuordnungen ist keine 1: 1-Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre gegeben.

42000/42760	Wartung und Instandhaltung: Funksprechgeräte, Antennenanlagen, Wegweiser an den Bahnen, Markierungskegel und -reiter auf dem Rollfeld, Drehscheinwerfer, Signalfeld, Windsack, Flutlichtscheinwerferanlagen usw.
42010	Entsorgung von Altlö (div. Sicherheitsmaßnahmen) usw.
42015	Nach Durchführung einer Brandschau sind umfangreiche Brandschutzmaßnahmen im Flughafenhauptgebäude weitestgehend abgeschlossen. 21 T€ Diverses + 10 T€ Notfallübung groß + 15 T€ Austausch Brandmelder = 46 T€ in 2024
42031	Kosten für die für uns tätigen Lotsen der DAS.
42080	Pflege der Grünanlagen und Winterdienst für den öffentlichen Bereich des Flughafens (außerhalb des Flughafengeländes).
47800	Bauliche Betreuung durch Ingenieurbüro Richter für Flughafenbau (35 T€) sowie weitere externe Ingenieurleistungen etc. (35 T€) Kleinere Unter- haltungsarbeiten werden in Eigenregie durchgeführt.
42610	Laufende Unterhaltung 10 T€ für allgemeine Sanierungsarbeiten etc. + 15 T€ Säulen Terrassen + Renovierung Gaststätte 125 T€ + Spielmöglichkeiten 10 T€ = 160 T€
42600	15 T€ für allgemeine Sanierungsarbeiten + 35 T€ Sanierung Fenster Hauptgebäude Süd EG Ost + Sanierung Fassade Hauptgebäude West 17 T€ = 67 T€
42740	Lfd. Instandsetzung.
42800	dto.
42890	Lfd. Instandsetzung
42810	dto.
42820	Lfd. Instandsetzung.
42830	dto.
42840	dto.
42850	dto.
42860	dto.
42870/42880	dto.
42690	lfd. Instandsetzung
42700	dto.

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	1.026,9	545,4	529,3
42750	Tankstelle		5,0	10,0	1,0
42670/42671	Flugbetriebsgebäude GAT		5,0	5,0	11,2
42770					
42680	Flugschulgebäude		3,0	3,0	0,0
49050	Betriebshof		0,0	3,0	0,0
42720	Austausch Beleuchtungen		15,0	15,0	0,0
49040	Vorfeld, Bahnen		150,0	145,0	240,1
49010	Trinkwasserversorgung etc.		50,0	50,0	29,2
42040	Luftsicherheit/Bewachung etc.		567,0	427,1	497,5
49210/42910	Straßen und Plätze		15,0	10,0	57,9
45400/45000	Pflege Kraftfahrzeuge		127,0	90,0	126,7
45401/4681					
49030	Umzäunung		15,0	15,0	45,9
48000	Lfd. Unterhaltung und Wartung von tech. Betriebsanlagen und Instandsetzung		72,0	65,0	72,0
42050/42060	Flugsicherung		90,0	85,0	91,9
42090					
49042	Pflege für Ausgleichs- und Ersatzflächen und deren Überprüfung sowie Nachpflanzungen		30,0	30,0	43,2
42911	TOC Messstation		25,0	32,0	23,6
47812	Reinigungsdienste		50,0	50,0	73,7
42710	Technikraum		1,0	1,0	0,0
		Übertrag:	2.246,9	1.581,5	1.843,2

Aufgrund von einigen notwendigen neuen Kontenzuordnungen ist keine 1: 1-Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre gegeben.

42750 Lfd. Instandsetzung  
42670 Lfd. Instandsetzung  
42680 dto.  
49050 Lfd. Instandsetzung  
42720 Lfd. Instandsetzung  
49040 Lfd. Instandsetzung 150 T€

49010 Umfangreiche Reparaturen und Leitungserneuerungen am Leitungswasseretz etc.  
42040 Umsetzung der Vorgaben des Luftverkehrsgesetzes (Schaffung von sensiblen Bereichen, Durchf. von Personal- und Warenkontrollen, Schulung Personal etc.)  
Nächtliche Kontrollen des Vorfeldbereiches

49210/4291 Lfd. Instandsetzung Parkflächen und Straßen, Kanäle, etc.  
10 T€ laufende Unterhaltung + 5 T€ Zuwegung Flugschule  
45400 Unterhaltung und Pflege für den bestehenden Fahrzeugpark.  
112 T€ laufende Unterhaltung + 3 T€ Konservierung Winterdienstfahrzeuge + 12 T€ Besenwellen

49030 Lfd. Zaun- und Torinstandsetzung.

48000 Lfd. Kosten für Wartung, Unterhaltung im Rahmen von Wartungsverträgen und Instandsetzung für Nachtbeheizung des Bahnsystems, Notstromaggregat, Fernsprechanlage, Uhrenanlage, Feuermeldeanlage, Feuerlöschanlagen (Hydranten, Brunnen), Straßenbeleuchtung, Windmessanlage, Heizungsanlagen, Entwässerungsanlagen, Versorgungsanlagen (Strom, Wasser), Straßentankstelle, Blitzschutzanlagen, Peiler, Gleitwinkelanzeiger usw.  
60 T€ laufende Unterhaltung + 5 T€ Austausch Heizkostenverteiler + Hindernisfeuer Kirche Waggum  
42050/42060 Flugsicherungskosten  
42090

49042 Laufende Pflegemaßnahmen für die durch den Ausbau der Start- und Landebahn notwendigen Ausgleichsflächen.  
Nachpflanznotwendigkeiten 2019 bis 2024 erfolgen aus Rückstellungen.

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	2.246,9	1.581,5	1.843,2
2 2 2 Versorgungsleistungen					
42300	Heizmaterial		100,0	336,0	64,7
42310	Strom		170,0	250,0	85,9
42320	Wasser		11,0	11,0	4,0
42330	Kanalgebühren, Abwasser		21,0	21,0	5,7
42340	Kanalgebühren, Niederschlagswasser		18,0	18,0	16,3
42350	Müllabfuhr		26,0	26,0	18,3

Summe: 2.592,9 2.243,5 2.038,1



## Erläuterungen

- 42300 Die Gesellschaft wird durch Fernwärme von BS Energy versorgt. Die Heizwärme wird gemessen, die Kosten sind abhängig von der Preisentwicklung und der Witterung sowie der Belegung der Gebäude.
- 42310 Einheitspreis gem. Rahmenvertrag der VW AG . Der Ansatz umfasst eigene und mieterseltige Stromentnahmen.
- 42320 Der Ansatz erfasst eigene und weiterzuberechnende Wasserentnahmen. Er ist der Entwicklung angepasst.
- 42330 Der Ansatz erfasst eigene und weiterzuberechnende Abwässer. Er ist der Entwicklung angepasst.
- 42340 Entwässerungsgebühren für versiegelte Flächen.  
Der Ansatz ist der Entwicklung angepasst.
- 42350 Der Ansatz ist der Entwicklung angepasst und erfasst eigene und an Mieter weiterzuberechnende Müllabfuhr

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen					
3 1 Versicherungen und Beiträge					
43600/45200	Versicherungen		109,0	109,0	122,2
43800	Beiträge zu Verbänden und Vereinen		19,3	19,3	23,3

Übertrag: 128,3 128,3 145,5

Erläuterungen			
43600	1	Flughafenthaler-Haftpflichtversicherung	55,0
		Deckungssumme rd. 100 Mio. €	
	2	Gebäude-Feuerversicherung	11,4
	3	Kfz-Haftpflichtversicherung	3,9
	4	Elektronik-Versicherung	10,0
	5	Gebäude-Sturm-Hagelversicherung	1,4
	6	Geschäfts- und Betriebsversicherung	1,1
	7	Gebäude-Leitungswasserversicherung	2,3
	8	Kfz-Kasko-Versicherung	20,0
	9	D & O-Versicherung	3,9
			<b>109,0</b>
43800	<b>Jahresbeiträge 2024</b>		<b>€</b>
	Städtischer Verkehrsverein		102,3
	Interessengemeinschaft deutscher Regionalflughäfen(IDRF)		6.500,0
	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen		10.000,0
	Kommunaler Arbeitgeberverband		330,0
	Industrie- und Handelskammer		220,0
	TUV		15,3
	Landwirtschaftskammer		50,6
	Realverband Feldmarkinteressengemeinschaft		81,0
	Verein Forschungsflughafen Braunschweig e. V.		1.000,0
	Creditreform		374,0
	AGV BS		600,0
	FBG Peine		25,0
			<b>19.298,2</b>

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
			TE	TE	TE
		Übertrag:	128,3	128,3	145,5
	3 2 Mieten und Pachten				
42200/49650	Mieten und Pachten		223,0	171,0	200,3
42202/45700	/49680				
49600					

Übertrag: 351,3 299,3 345,8

42200/49650 Angepasster Erbbauszins "Ostgelände" mit Befeuerung. Mieten für Funkfeuerger.  
42202 bei Hondelage, westliches Gelände mit Befeuerung.  
103,0 T€ für Erbbaurechtsverträge mit der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz,  
9,4 T€ Erbbaurecht Frau Böse  
30,0 T€ Mietleasing Kraftfahrzeuge  
12,0 T€ Miete Wasserwagen  
45,0 T€ Miete Bürocontainer  
24 T€ Miete Air Starter

Kto. Nr.	Aufwendungen		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	351,3	299,3	345,8
	<b>3 3 Übrige Aufwendungen</b>				
49300	Geschäfts- und Bürobedarf		10,0	10,0	7,5
47400	Frachten und Transportkosten		2,0	2,0	0,1
49100	Postgebühren		1,5	1,5	1,7
49200	Fernmeldegebühren/Internetkosten		10,0	10,0	12,7
49250					
49400	Drucksachen, Zeitschriften, Fachliteratur		5,0	5,0	5,5
49070	Allgemeine Verwaltungskosten		5,0	5,0	7,1
46600/46700	Reisekosten und Spesen AN		15,0	15,0	19,8
46610/46600					
46620	Reisekosten steuerfrei.		0,5	0,5	0,0
46000/46400	Werbungs- und Repräsentationskosten		30,0	10,0	31,7
47820/23810					
46500	Bewirtungskosten		5,5	5,5	4,3
49570/49560	Revisions-, Beratungs-, Anwalts- und Gerichtskosten		220,0	200,0	222,7
49500					
49580	Planänderungsverfahren Ausbau		100,0	50,0	0,0
49700	Kontoführungs- und Bankgebühren		4,0	8,1	3,3
49060/23000	Sonstige allgemeine Kosten		50,0	50,0	100,1
49550/47811	23010/23100/49000/20200				
43900	Sitzungsgeld des Aufsichtsrats		4,0	7,0	4,3
43910	Fahrtkosten des Aufsichtsrats		0,5	0,5	0,0
24060/24500	Forderungsabschreibungen und		25,0	25,0	2,5
24510/24020	Wertberichtigungen				
49460/49461	Sonstige Dienstleistungen Personal		45,0	45,0	10,4
49463					
20000/20010	Außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0	0,0
41410	Lehrgänge (Brandschutz etc.)		205,0	50,0	67,5
49450	Schulungen				
49041	RESA		20,0	20,0	20,8
49670	Feuermeldeanlage		2,7	2,7	2,2
47813	EASA Zertifizierung		32,0	26,0	35,3
48100	Leasing eines Klimagerätes für Luftfahrzeuge		0,0	0,0	22,5
48060/49640	Wartungskosten/Lizenzen Hard- und Software		28,0	60,0	65,3
42022	Cyber-Sicherheit		20,0	20,0	0,0
42911	TOC Messstation		0,0	0,0	0,0
	<b>Summe:</b>		<b>1.192,0</b>	<b>928,1</b>	<b>993,1</b>

## Erläuterungen

Aufgrund von einigen notwendigen neuen Kontenzuordnungen ist keine 1: 1-Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre gegeben.

49200	Fernsprechanschluss und Telefax zur Fluberatung Hannover. Die Gebühren werden weiterberechnet. Telefax für Wettermeldungen des Towers. Fernsprechanschluss und Telefax der Verwaltung, Mobilfunkgebühren etc.
46000/46400	Der Ansatz berücksichtigt laufende Werbe- und Repräsentationsmaßnahmen. Das Image des Flughafens soll durch Veranstaltungen etc. in 2024 verbessert werden. Desweiteren sollen die Nachhaltigkeitsmaßnahmen des Flughafens öffentlich gemacht werden.
49570	Kosten für die Jahresabschlussprüfung sowie Steuer- und Rechtsberatung Weitergehende Gutachten für die Erstellung eines Masterplans Prüfung und Erarbeitung der Notwendigkeit der EASA-Auflagen etc. Untersuchungen im Rahmen der Immobilien- und Grundstücksentwicklung Beratungen hinsichtlich der Durchführung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen.
49580	Kosten des Planänderungsverfahrens.
49460/41660	Im Ansatz sind die Kosten enthalten für Honorare für arbeitsmedizinische und
41520	Sicherheitsingenieurmäßige Betreuung, Tauglichkeitsuntersuchungen, Beitrag Landesunfallkasse etc.
48060	Wartungskosten/Lizenzen für Hard- und Software
41410	Der Ansatz erfasst die Kosten der laufenden Ausbildung des bestehenden und neuen Personals. Zusätzlich in 2024: 50 T€ CNS-Ausbildung eines Mitarbeiters, Neuausbildung von Kollegen 35 T€ 32 T€ Erstraining EASA, 13 T€ Diverse Schlungsänderungen, 5 T€ Prüfer Atemschutzgeräte
49041	Pflege der RESA-Flächen
47813	Aufwendungen für Externe Beratung/Gutachten etc.
42022	Aufwendungen für Cyber-Sicherheit



			Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
Kto. Nr.	Aufwendungen		TE	TE	TE
4 Steuern					
23750	Grundsteuern		15,0	15,0	13,6
45100	Kfz-Steuern		5,0	5,0	4,1
22870	Steuererstattungen		0,0	0,0	0,0

Summe:	20,0	20,0	17,7
--------	------	------	------

## Erläuterungen

23750	Steuern für Grundstücke und Objekte
45100	Steuern für die von der Gesellschaft betriebenen Kraftfahrzeuge Erweiterung des Fahrzeugparks durch den Ausbau der S/L-Bahn
22870	Evtl. Steuererstattungen.

			Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
Kto. Nr.	Aufwendungen		TE	TE	TE
5 Zinsaufwand					
21000/21400	Zinsaufwendungen		1,0	3,0	0,0
21100	Zinsaufwand BilMoG		15,0	15,0	29,8
21230	Zinsaufwand Mietkauf		0,1	0,8	1,7
21200	Zinsaufwand Feuerwache		13,7	15,2	14,7
21210	Zinsaufwand Hauptgebäude		8,5	9,5	9,2

Summe:	38,3	43,5	55,4
--------	------	------	------

## Erläuterungen

21000	Überziehung Girokonto, Konto Abschlussgebühren etc.
21100	Nach Bilanzrichtlinienmodernisierungsgesetz auszuweisender Betrag für die Übergangsversorungen.
21230	Kosten der Finanzierung für einen bereits in 2015 erfolgten Mietkauf.
21292	Kosten der Finanzierung für einen aufgenommenen Kredit. Finanzierungskosten für die Feuerwehrrhalle (rd. 3,2 Mio. €)
21293	Kosten der Finanzierung für einen aufgenommenen Kredit. Finanzierungskosten für den Ausbau des Hauptgebäudes (rd. 2,0 Mio. €)

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
	<b>6 Abschreibungen auf das Anlagevermögen</b>			
48300/48410 48310/	Abschreibungen lfd. Betrieb	913,00	916,00	961,20
48310	Abschreibungen Start- und Landebahn	2.100,00	2.144,0	2.078,8
	Summe	3.013,0	3.060,0	3.040,0

Die Abschreibungen sind der Investitionsentwicklung angepasst und beinhalten die Abschreibungen für die Start- und Landebahn in Höhe von 2.100 T€.

#### 7 Zusammenstellung der Aufwendungen

1. Personalaufwendungen	4.652,0	4.451,3	4.669,1
2. Materialaufwand	2.592,9	2.243,5	2.038,1
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.192,0	928,1	993,1
4. Steuern	20,0	20,0	17,7
5. Zinsaufwand	38,3	43,5	55,4
6. Abschreibungen	3.013,0	3.060,0	3.040,0
<b>Summe:</b>	<b>11.508,2</b>	<b>10.746,4</b>	<b>10.813,4</b>






Kto. Nr.	Erträge	Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
<b>9 Erträge</b>				
<b>9 1 Umsatzerlöse</b>				
<b>9 1 1 Flugbetrieb</b>				
84000/83360	Landegebühren	1.435,0	1.386,1	1.272,0
81400/8338				
83366/81000	Abstellungen	111,0	95,1	90,7
84006/83386				
81402/84002	Sonderertrag PPR	227,0	246,0	243,8
83362/83382				
84003/81403	Sonderertrag Nachtbefuerung	13,0	10,6	7,2
83363/83383				
84001/81401	Abfertigungsente	585,0	422,6	410,8
83361/83381				
84004/81404	Passagiergebühr	116,0	70,7	65,3
83364/83384				
84005/81405	Luftsicherheitsentgelt	81,0	48,0	49,1
83365/83385				
83368/83388				
84055/84009	Auslieferung Flugbetriebsstoffe	232,0	232,8	211,1

Übertrag: 2.800,0 2.511,9 2.350,0



## Erläuterungen

84000/81400		Die Ansätze berücksichtigen die Verkehrsentwicklung.
84004/81404		
84006		
84005		
84008/81408		Die Ansätze werden der Entwicklung angepasst.
8020		
84001/81401		Der Ansatz ist der Entwicklung angepasst und enthält das Sonderentgelt für die Betriebsbereitschaft außerhalb der regulären Flughafenbetriebszeiten.
81403/81000		
84003		
81402/84002		
84055		Provision für Treibstoffverkauf

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
			T€	T€	T€
<b>9 1 2 Vermietungen</b>		<b>Übertrag:</b>	<b>2.800,0</b>	<b>2.511,9</b>	<b>2.350,0</b>
84007	Kurzfristige Unterstellung M-Halle I		3,4	3,4	0,0
81002	Unterstellentgelte, Mieten, sfr. M-Halle		1,6	1,6	1,4
84010	Miete M-Halle I + II, steuerpflichtig		45,0	38,0	43,7
84011	Mieten M-Halle III, R-Halle I		22,1	22,1	13,8
84012	Mieten M-Halle IV, R-Halle II		16,8	16,8	17,0
84013	Mieten M-Halle V, R-Halle III		18,0	18,0	15,9
84014	Mieten M-Halle VI, R-Halle IV		21,6	21,6	17,6
84015	Mieten M-Halle VII, R-Halle V		15,0	15,0	14,6
84016	Mieten M-Halle VIII, R-Halle VI		18,0	18,0	15,1
84017	Mieten R-Halle VII		19,2	19,2	15,3
84018	Mieten Seeoffluchhalle		3,3	3,3	2,8
84038/84039	Mieten für Anlagen und Einrichtungen		5,2	5,2	11,5
84021/84022	Miete Empfangsgebäude Lilienthalplatz 5		63,5	57,5	59,5
81004	Miete Empfangsgebäude Lilienthalplatz 5		1,0	1,0	0,5
84024	Miete Gebäude Lilienthalplatz 3		54,5	54,5	54,5
84025	Miete Terr.Geb. Lilienthalpl. 4, steuerpfl.		14,1	14,1	16,5
84026	Miete Flugschule/DLR		30,7	30,7	32,6
81009	Miete Garage, steuerfrei		0,6	0,6	0,0
84028	dto. steuerpflichtig		1,5	1,5	3,7
84031/81050					
84032/84037	Miete MMO Waggum, Vodafone		6,7	6,7	2,7
	Mietanpassungen		0,0	13,0	0,0
	<b>Übertrag:</b>		<b>3.161,8</b>	<b>2.873,7</b>	<b>2.688,7</b>

Erläuterungen	
84007 81002 84010 84011 84012 84013 84014 84015 84016 84018 84017	Die Ansätze enthalten die Erträge aus der Einzelunterstellung von Luftfahrzeugen
84039	Der Ansatz enthält die Miete für eine Feuermeldeschiene, Trafostation (i21 Germany) und für eine Normaluhr
84021	Der Ansatz enthält die steuerpflichtigen Mieterträge aus gewerblich genutzten Büro- und Kellerräumen und wurde der Entwicklung angepasst. Vermietung an eves und Leichtwerk.
81004	Der Ansatz enthält die steuerfreien Mieterträge
84024	Vermietung an DLR.
84025	Die Ansätze erfassen die Miete für die Gaststätte einschl. Hotel und Räume Fa. Bollmann
84026	Vermietung Flugschulgebäude an die Flugschule und an DLR.
84032	Miete für die Aufstellung einer Mobilfunkantenne auf dem Flughafenempfangsgebäude.
84050	Grundstücke wurden verkauft.
84036	Vermietung Grundstück für Parkplätze.

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	3.161,8	2.873,7	2.688,7
9 1 3 Pachten					
81003/81600	Pachten/Mieten div. Anlagen Einrichtg.		10,4	10,4	13,5
84035					
84009					

Übertrag:	3.172,2	2.884,1	2.702,2
-----------	---------	---------	---------

Erläuterungen

81003/81600 Pachten/Mieten div. Anlagen und Einrichtungen  
Blitzsensor etc.

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
			TE	TE	TE
		Übertrag:	3.172,2	2.884,1	2.702,2
9 1 4	Erbbauszinsen				
85746	Erbbauszinsen und Nutzungsent. Bund		16,6	16,6	16,5
85747					
85141	Erbbauzins VW Gewerbegrund GmbH		15,0	15,0	14,9
85143	Erbbauzins Rust		0,6	0,6	0,6
85144	Erbbauszinsen Aerodata		44,5	44,5	44,6
85145	Erbbauszinsen Jazdziewski		29,5	29,5	29,5
85146	Erbbauszinsen Evers Junior		25,8	25,8	25,8
85149	Erbbauszinsen TU Braunschweig		53,8	53,8	53,8
85740	Erbbauszinsen Stadt BS Aero-Club		5,8	5,8	5,8
85741	Erbbauszinsen DFS		22,0	22,0	22,0
85742	Erbbauszinsen H-B 17 GmbH		14,5	14,5	14,5
85748					
85743	Erbbauszinsen Hastreiter		3,9	3,9	3,9
85744	Erbbauszinsen BS Energy		1,8	1,8	1,8
85745	Erbbauszinsen New Yorker		20,3	20,3	20,3
85749	Erbbauzins VW-Immobilien		146,2	146,2	146,2
85147	Erbbauzins Eves-Immobilienvermittlung		78,2	89,0	78,2
85148					
85140	Erbbauzins VW AG für RESA-Fläche		9,1	9,1	9,1
85750	Erbbauvertrag VW-Immobilien GmbH		73,5	50,0	36,8
84090	Erbbauvertrag Leichtwerk AG		30,0	30,0	20,8
85142	Erbbauvertrag Kroschke Holding		14,0	14,0	14,0
		Übertrag:	3.777,3	3.476,5	3.261,3

## Erläuterungen

85746	Erbbauzinsen für Flughafengelände das 1936/1937 im Erbbaurechtswege an das Reich und 1971 an den Bund gegeben wurde. Die Rückgabe von Teilflächen an die Flughafengesellschaft wurde berücksichtigt. Ab 2011 wurde die Rückgabe eines Hallengrundstücks mit rd. 6.910 qm berücksichtigt.
85141	Erbbaurecht für einen VW-Parkplatz am VW-Terminal. Eine Anpassung wurde berücksichtigt.
85143	Erbbauzinsen für ein Erbbaurecht (Hausgrundstück) eines ehemaligen Prokuristen.
85144	Erbbauzinsen der Aerodata für eine Flugzeughalle am östlichen Anschluss an das Avionik-Zentrum. Eine Anpassung wurde berücksichtigt.
85145	Mit den Gesellschaftern der City-Kurier GmbH wurde 1996 ein neues Erbbaurecht an rd. 10.000 qm vereinbart. Eine Anpassung wurde berücksichtigt
85146	Erbbauzinsen des Unternehmens Evers für ein Bürogebäude auf dem ehemaligen Tannenber-Kasernengelände. Flächenanpassung wurde vorgenommen.
85149/85740	An die TU BS wurden in 1999 zur Ansiedlung ihrer Luftfahrtinstitute ein Erbbaurecht an ca. 21.500 qm und an die Stadt BS in 1998 zur Ansiedlung der Geschäftsstelle des Dt. Aeroclubs ein Erbbaurecht an 2.556 qm vom Bund mit Zustimmung der Flughafengesellschaft als Eigentümerin veräußert und damit auch der Erbbauzins erhöht. Eine Anpassung wurde berücksichtigt
85741	Erbbauzinsen für ein Bürogebäude der DFS/Flight Calibration Services Eine Anpassung wurde berücksichtigt
85742	Erbbauzinsen für ein Bürogebäude der H-B 17 GmbH in der ehemaligen Tannenber-Kaserne.
85743	Erbbauzinsen für eine Werkstatt für Kleinflugzeuge mit angegliedertem Wohngebäude. Eine Anpassung wurde berücksichtigt
85744	Erbbauzinsen für ein Heizkraftwerk der BS-Energy.
85745	Erbbauzinsen für ein rd. 8.100 qm umfassendes Gelände für den Bau einer Flugzeughalle des Unternehmens New Yorker. Eine Anpassung wurde berücksichtigt
85749	Erbbauzinsen für drei Teilgrundstücke (12645 qm, 41,8 T€ p.a/ 7190 qm, 19,4 T€, 1.643 qm, 4,4 T€) an die VW-Immobilienverwaltung, Anpassung berücksichtigt
85147	Erbbauzinsen für ein 4064 qm großes Grundstück an die EVES-Immobilienvermittl. und
85140	Erbbauzinsen für ein 8569 qm großes Grd.stück 2018 an die EVES-Immobilienvermittl. Erbbauzinsen für die von der Flughafengesellschaft für rd. 229,5 T€ erworbene RESA-Fläche im Westen des Flughafens(43.114 qm).
85750	Erbbauzinsen für ein Grundstück VW AG im Bereich H-B-Str. 10
84090	Erbbauzinsen für Grundstücke für die Fa. Leichtwerk AG. Weil. Grundstück in 2017.
85142	Erbbauzinsen für ein Grundstück für die Kroschke Holding GmbH & Co. KG Weiteres Grundstück in 2017.

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
	Übertrag:		3.777,3	3.476,5	3.261,3
<b>9 1 5</b>	<b>Versorgungsleistungen</b>				
86090	Wasserversorgung, steuerfrei		0,9	0,9	0,7
84070	Wasserversorgung, steuerpflichtig		4,1	4,1	2,2
86092/84072	Müllabfuhr		0,7	0,7	0,0
86093	Kanalgebühren, steuerfrei		0,8	0,8	0,4
84073	Kanalgebühren, steuerpflichtig		5,4	5,4	3,2
84074	Stromversorgung, steuerpflichtig		42,0	75,0	51,0
86094	Stromversorgung, steuerfrei		8,0	7,5	0,1
84071/86091	Heizung		0,0	0,0	0,0

Übertrag: 3.839,2 3.570,9 3.318,9



## Erläuterungen

86090 84070	Bei den Versorgungsleistungen entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahmeentwicklung
84072	Bei den Versorgungsleistungen entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahmeentwicklung
86093 84073	Bei den Versorgungsleistungen entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahmeentwicklung
84074 86094	Bei der Stromversorgung entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahmeentwicklung

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	3.839,2	3.570,9	3.318,9
<b>9 1 6 Sonstige Umsatzerlöse</b>					
84060	Erstattung Betriebs- und Verw.-Kosten		5,0	5,0	5,5
84065	Luftaufsichtskosten, Erstattung Personal-, Sach-, Miet- und Verwaltungskosten		40,0	40,0	42,3
81409 83369	Telefongebühren steuerpfl.		1,0	1,0	0,5
84040/84080	Veranstaltungen		1,0	1,0	0,0
37370/37360	Lieferantenskonti		1,5	1,5	2,1
27000, 2701 2704	Diverse Erträge		30,0	30,0	66,9
86400	Nutzungsentgelt VW AG		1300,0	1000,0	1000,0
81100	Erstattung Flugsicherungskosten		800,0	780,0	993,7

Übertrag: 6.017,7 5.429,4 5.429,9

## Erläuterungen

84060	Der Ansatz enthält die Erstattung von Betriebs- und Verwaltungskosten für Leistungen an Flughafenanleger
84065	Erstattung der Luftaufsichtskosten durch das Land Niedersachsen
27000	Betrag für die Berechnung von Fahrberechtigungen und Ausweisen etc.
86400	Die VW AG hat ihre Gesellschaftsanteile im Jahr 2010 an die Flughafengesellschaft abgetreten, leistete aber weiterhin Betriebskostenzuschüsse in Höhe ihres ursprünglichen Gesellschaftsanteils von 35,568 % bis zum Jahr 2021. AB dem Jahr 2022 wurde die bisherige Regelung durch einen Vertrag, der mindestens 1 Mio. € Betriebskostenzuschüsse der VW AG vorsieht, ersetzt. Für die Jahre 2023 und 2024 zahlt die VW AG zusätzlich 300 T€ p.a. Ab dem 01.09.2021 werden die Flugsicherungskosten vom Bund erstattet.
81100	

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
			TE	TE	TE
		Übertrag:	6.017,7	5.429,4	5.429,9
	<b>9 1 7 Sonstige betriebliche Erträge</b>				
27000 etc.	Diverse Erträge		40,0	40,0	146,0
27360/27361	Auflösung Sonderposten		2.100,0	2.144,0	2.134,5
27051/27210	Grundstücksverkauf		0,0	0,0	0,0

	Übertrag:	8.157,7	7.613,4	7.710,4
--	-----------	---------	---------	---------

27000 etc. Diverse Erträge  
Weiterberechnungen etc.  
27360/27361 Auflösung des Sonderpostens in Höhe der Abschreibungen  
von 2.100 T€ für den Ausbau der Start- und Landebahn.

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024 T€	Soll 2023 T€	Ist 2022 T€
		Übertrag:	8.157,7	7.613,4	7.710,4
9 1 8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					
26500/26510	Zinserträge		2,0	2,0	135,7

Übertrag: 8.159,7 7.615,4 7.846,1

26500 Evtl. anfallende Zinserträge

Kto. Nr.	Erträge		Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
			TE	TE	TE
		Übertrag:	8.159,7	7.615,4	7.846,1
	9 1 9 Außerordentliche Erträge				
25000	Außerordentliche Erträge		0,0	0,0	0,0
	Summe der Erträge		8.159,7	7.615,4	7.846,1



## 10 Gesamtplan ohne Berücksichtigung von Billigkeitsleistungen

	Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
	T€	T€	T€
1. Personalaufwendungen	4.652,0	4.451,3	4.669,1
2. Materialaufwand	2.592,9	2.243,5	2.038,1
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.192,0	928,1	993,1
4. Steuern	20,0	20,0	17,7
5. Zinsaufwand	38,3	43,5	55,4
6. Abschreibungen	3.013,0	3.060,0	3.040,0
<b>Summe:</b>	<b>11.508,2</b>	<b>10.746,4</b>	<b>10.813,4</b>
Erträge	8.159,7	7.615,4	7.846,1
Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung	350,0	300,0	0,0
Rechnerisches Ergebnis vor Zuschüssen	<b>-2.998,5</b>	<b>-2.831,0</b>	<b>-2.967,3</b>
Zuschuss der Stadt Wolfsburg	806,0	659,0	805,3
Zuschuss der Stadt Braunschweig	2.092,5	1.739,0	2.090,6
<b>Summe:</b>	<b>2.898,5</b>	<b>2.398,0</b>	<b>2.895,9</b>
<b>Gewinn/Verlust</b>	<b>-100,0</b>	<b>-433,0</b>	<b>-71,4</b>

Die VW AG hat ihre Gesellschaftsanteile im Jahr 2010 an die Flughafengesellschaft abgetreten, leistete aber weiterhin Betriebskostenzuschüsse in Höhe ihres ursprünglichen Gesellschaftsanteils von 35,568 % bis zum Jahr 2021.  
 AB dem Jahr 2022 wurde die bisherige Regelung durch einen Vertrag, der mindestens 1 Mio. € Betriebskostenzuschüsse der VW AG vorsieht, ersetzt. (siehe sonstige Umsatzerlöse).  
 Für die Jahre 2023 und 2024 zahlt die VW AG zusätzlich 300 T€ p.a.

**11 Übersicht der auf die Gesellschafter und die VW AG insgesamt entfallenden Betriebsmittelzuschüsse des Jahres 2023**

<b>Gesellschafter</b>	<b>Betriebs- mittelzu- schüsse insgesamt Euro</b>	<b>Anteile in %</b>
Stadt Braunschweig	2.092.477,62	42,638
Eigene Anteile	0,00	35,568
Stadt Wolfsburg	806.022,38	17,784
LK Gifhorn *	0,00	2,005
LK Helmstedt*	0,00	2,005
	<b>2.898.500,00</b>	<b>100,000</b>

\* Die Landkreise Gifhorn und Helmstedt haben die Zahlung von Betriebsmittelzuschüssen an die Flughafengesellschaft eingestellt; die Differenz wird daher auf die anderen Gesellschafter verteilt.



Ia. Bauvorhaben/Betrieb

1. Bau Feuerwache und KFZ-Halle	*	350,0
2. Ausbau Hauptgebäude (davon Eigenanteil 600 T€)	*	2.280,0
3. Ersatz alte Multifunktionshalle (Winterdienstzelt) und Unterstand Vorfeldgeräte	*	250,0
4. Waschplatz	*	50,0
5. Gat-Umbau		130,0
6. Winterdiensthalle	*	10,0
7. Erneuerung Beleuchtung Terrasse		10,0
8. Winterdiensthalle an Fernwärme anschließen		40,0
9. Garagen Ersatz für Garage 1 bis 3		28,0
10. Behindertenfahrrstuhl		25,0
11. Investitionen zur Optimierung von Nachhaltigkeit der Immobilien		45,0

Ib. Flächenerwerb Jenzen/Essmann für Planänderungsverfahren

50,0

Ic. Bauvorhaben/Start- und Landebahn

1. Flächen Hoppe Grundstückserwerb**	260,0
2. A + E- Maßnahmen Flächen Hoppe**	30,0
**verschoben aus 2015	

\* Bei den gekennzeichneten Positionen werden erste Bauarbeiten etc. eventuell bereits im Jahr 2023 durchgeführt. Die Positionen waren bereits im beschlossenen Wirtschaftsplan 2023 berücksichtigt.

3.558,0

**Ia. Bauvorhaben/Betrieb**

1. Aufgrund Bauauflage ist der Neubau einer Feuerwache (incl. KZ-Halle und neuer Hauptbetriebszufahrt) erforderlich.
2. Um einen ordnungsgemäßen Passagierbetrieb zu gewährleisten, ist das Hauptgebäude umzubauen.
3. Die bisherige Multifunktionshalle (Winterdienstzell) muss aufgrund von Bauvorgaben ersetzt werden.
4. Da der alte Waschplatz nicht mehr zur Verfügung steht wird ein neuer Waschplatz benötigt.
5. Um die Sicht auf das Vorfeld zu gewährleisten und aus Gründen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist die Flugabfertigung auszubauen.
6. Für die adäquate Unterstellung der Winterdienstgeräte wurde eine Winterdiensthalle errichtet. Für das Jahr 2023 entstehen noch restliche Kosten in Höhe von rd. 115 T€ für ergänzende Maßnahmen.
7. Die Beleuchtung der Terrassen soll erneuert werden.
8. Die Winterdiensthalle soll an die Fernwärme angeschlossen werden.
9. Im Zuge des Ausbaus des Lilienthalplatzes entfallen die bisherigen Garagen. Zur Unterstellung von Gerätschaften müssen neue Garagen errichtet werden.
10. Die Gaststätte beziehungsweise das Terminal soll mit einem Behindertenfahrstuhl ausgestattet werden.
11. Investitionen zur Optimierung von Nachhaltigkeit der Immobilien.

**Ib.** Im Rahmen des Planänderungsverfahrens ist es notwendig Flächen zu erwerben.

**Ic. Bauvorhaben/Start- und Landebahn**

1. Gem. Planfeststellungsbeschluss müssen noch Grundstücke erworben werden.
2. Gem. landschaftspflegerischem Beleitplan sind noch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen.

				TE
<b>II. Beschaffungen</b>				
1	Löschwasserbehälter für Gebäudebrandschutz	**	*	150,0
2	METAR-System für DAS mit Interface	**		300,0
3	Ausstattung Terminalerweiterung	**		150,0
4	Gepäckförderband	**		80,0
5	Erweiterung Bergegerät	**		80,0
6	Palettenregal für Lagerung von Ersatzteilen in der neuen KFZ-Halle	**	*	45,0
7	Elektrischer Hubstapler zur Bestückung des Palettenregals	**	*	15,0
8	Notfallausstattungen	**	*	60,0
9	Besenszellen für Kehrblasgeräte			12,0
10	Neuanschaffung und Austausch von PC's und Zubehör			15,0
11	Möbiliar für Archiv und Bürousausstattungen	** (teilweise)		7,0
12	Erweiterung Werkzeugbestand div. Abteilungen TD	** (teilweise)		15,0
13	Erweiterung Schließanlage	**		8,0
14	Funkgeräte für Tower, GAT und Feuerwehr	** (teilweise)		5,0
15	Funkgeräte für Betriebsfunk	** (teilweise)		5,0
16	Frontmähwerk	**		8,0
17	Ausstattung neue Feuerwache	**		40,0
18	LWL-Verkabelung Hauptgebäude	**		5,0
19	EDV-Technik und Ersatzpumpen für TOC-Anlagen	**		10,0
20	Umbau Übungsflugzeug	**	*	10,0
21	Visuelle Alarmerungstechnik	**		9,0
22	Technisches Herrichten Krisenstab	**	*	8,0
23	Anpassung BOS-Funktechnik	** (teilweise)		5,0
24	Amphibienschutz	** (teilweise)		30,0
25	Häcksler für Ausgleichsmaßnahmen	**	*	7,0
26	Werkzeuge für Ausgleichsmaßnahmen	**		3,0
27	Übernahme Einreisecontainer	**		34,0
28	Zentrale USV für Verwaltung	**		30,0
29	Plattenheber	**		5,0
30	Kleintraktor			60,0
31	Messzelle für TOC-Anlagen	**		10,0
32	Telefonanlage	**		20,0
33	Neue Fluggasttreppe			40,0
34	Elektrovorfeldschlepper			30,0
35	GPU			60,0
36	2 Handwagen			3,0
37	2 Boardingschalter			10,0
38	Transportwagen für Ladepersonal	**		18,0
39	Kameras			10,0
40	Werkstatt und Bürousausstattung im Elektrobereich	**		7,0
41	Geringwertige Wirtschaftsgüter			8,0

1.427,0

\* Die gekennzeichneten Positionen sollen noch beziehungsweise zum Teil im Jahr 2023 durchgeführt werden und sind auch im Jahr 2023 liquiditätsmäßig berücksichtigt. Falls sie im Jahr 2023 aus betrieblichen Gründen nicht mehr realisiert, werden können wurden sie aus haushaltsrechtlichen Gründen sicherheitshalber in den Wirtschaftsplan 2023 aufgenommen. Liquiditätsverschiebungen sind daher möglich.

\*\* Die gekennzeichneten Positionen sind Anschaffungen völlig neuer Gerätschaften etc., die bisher nicht im Bestand vorhanden sind. D.h. es handelt sich hierbei auch um keinen Ersatz von abgängigen Gerätschaften.

1.427,0

## Erläuterungen

1. Zur Sicherstellung des Gebäudebrandschutzes ist ein Löschwasserbehälter notwendig.
2. Für den Tower muss zur Wetteranzeige ein Neues METAR-System angeschafft werden
3. Diverse Einrichtungsgegenstände für das neue Terminal.
4. In der Abfertigung wird ein neues Gepäckband benötigt
5. Zur Bergung größerer Luftfahrzeuge ist entsprechendes Bergegerät zu beschaffen.
6. Anschaffung eines Palettenregals
7. Elektrischer Hubstapler zum "Befüllen" des neuen Palettenregals
8. Beschaffung diverser Ausrüstungsgegenstände etc. für die Kurzzeitversorgung von Verletzten im Notfall bis zur Übergabe an den Rettungsdienst bzw. Weitertransport in Krankenhäuser etc.
9. Die Besenwellen f.d. im Winterdienst eingesetzten Kehrbläser. sind zu erneuern.
10. Austausch von PC's gegen leistungsstärkere PC's und Neuanschaffung von PC's.
11. Beschaffung von Mobiliar für Archivierung und Büroausstattungen.
12. Der Werkzeugbestand im Betriebsbereich ist zu erweitern.
13. Die elektronische Schließanlage soll erweitert werden.
14. Wegen Umstellung der Frequenzraster sind teilweise neue Funkgeräte zu beschaffen.
15. Neuanschaffung und Austausch defekter Funkgeräte.
16. Ein neues Frontmähwerk ist zu beschaffen.
17. Die neue Feuerwache muss mit entsprechendem Equipment ausgestattet werden.
18. Die Verkabelung im Hauptgebäude ist zu erweitern.
19. Die TOC-Anlagen müssen mit neuer EDV-Technik und Ersatzpumpen ausgestattet werden.
20. Um Feuerwehrrübungen durchführen zu können ist ein Übungsflugzeug umzubauen.
21. In Notfällen muss eine visuelle Alarmierung erfolgen.
22. Technisches Equipment für den Krisenstab.
23. Die Funkgeräte sind auf einen neuen Technikstand umzurüsten.
24. Es sind Zäune zum Schutz der Amphibien zu beschaffen.
25. Häcksler für Ausgleichsmaßnahmen
26. Werkzeuge für Ausgleichsmaßnahmen
27. Der bisher gemietete Einreisecontainer soll übernommen werden.
28. Für die Verwaltung soll eine zentrale USV angeschafft werden.
29. Für Wegearbeiten soll ein Plattenheber angeschafft werden.
30. Ein abgängiger Traktor soll ersetzt werden.
31. Beschaffung einer Messzeile für die TOC-Anlagen.
32. Die alte Telefonanlage soll ersetzt werden.
33. Zu Abfertigungszwecken soll eine Fluggastrepppe beschafft werden.
34. Beschaffung eines Elektrovorfeldschleppers.
35. Beschaffung einer neuen GPU.
36. Beschaffung von 2 Handwagen für die Abfertigung.
37. Beschaffung von 2 Boardingschaltern für die Abfertigung.
38. Beschaffung von Transportwagen für das Ladepersonal.
39. Beschaffung von Kameras für das GAT.
40. Die Werkstätten und das Büro im Elektrobereich sind entsprechend auszustatten.
41. Beschaffungen unter 800 €.

Soll 2024

T€

**III. Kredittilgungen**

1.	Kredit I/Mietkauf	15,0
2.	Kredit Feuerwache	106,8
3.	Kredit Hauptgebäude	66,8

**188,6****IV. Inanspruchnahme von Rückstellungen**

1.	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	207,0
2.	Planänderungsverfahren	470,0

**677,0**



1. Tilgung von im Jahr 2015 erfolgten Mietkauf in Höhe von 340 T€ vgl. Kto. 21230 für Kehrblaszug

Soll 2024

T€

**IV. Zusammenstellung der Ausgaben**

1.	Bauvorhaben	3.558,0
2.	Beschaffungen	1.427,0
3.	Tilgung von Investitionsdarlehen	188,6
4.	Inanspruchnahme von Instandhaltungsrückstellungen	677,0
		<b>5.850,6</b>

**V. Deckungsmittel**

1.	Abschreibungsmittel 2024 (lfd. Betrieb)	913,0
2.	Eigenmittel (Hierin enthalten bereits aufgenommene Darlehensbeträge: 2.030,0 T€)	4.937,6
		<b>5.850,6</b>

Betreff:

**Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH**  
**Wirtschaftsplan 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

05.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 07.12.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

**Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

1. den Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. November 2023 empfohlenen Fassung zu beschließen und
2. entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates zu beschließen, dass die in der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2023 enthaltene und nicht genutzte Kreditermächtigung für die Experimentierklausel 2023 i. H. v. 106,7 Mio. € auf das Geschäftsjahr 2024 vorgetragen wird.“

**Sachverhalt:**

**Zu 1.:**

Gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrages der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH ist für jedes Geschäftsjahr ein Wirtschaftsplan aufzustellen, der nach § 9 Abs. 1 Nr. 9 des Gesellschaftsvertrages seitens der Gesellschafterversammlung zu beschließen ist. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung des Städtischen Klinikums herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Nr. 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH hat den Wirtschaftsplan 2024 am 28. November 2023 in der vorgelegten Fassung – zuzüglich eines Restrukturierungsbeitrages i. H. v. 5,0 Mio. € – empfohlen und ferner dem Vortrag der Kreditermächtigung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan 2024 wird für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung am 11. Dezember 2023 um den Restrukturierungsbeitrag ergänzt werden.

**Hinweis zur laufenden Nr. 16 der in dieser Beschlussvorlage enthaltenen Übersicht:**

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 28. August 2023 die Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2024 unter der Auflage empfohlen, dass während des Geschäftsjahres 2024 ein Restrukturierungsbeitrag i. H. v. 5,0 Mio. € geleistet wird, der den Jahresfehlbetrag in entsprechender Höhe mindert. Dabei wurde noch nicht festgelegt, durch welche Ertrags- bzw. Aufwandspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) dieser Beitrag geleistet werden soll. Die Feststellung über die Erreichung des Zielwertes des Restrukturierungsbeitrages ist

insofern erst im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2024 vorzunehmen. Der dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Wirtschaftsplanentwurf 2024 weist ausschließlich das Jahresergebnis vor dem Restrukturierungsbeitrag aus.

### **Erfolgsplan**

Der bundesweite Krisenmodus der Krankenhaus-Branche macht auch vor Niedersachsen keinen Halt: Umfragen der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft e. V. (NKG) zufolge, erwarten die Niedersächsischen Krankenhäuser für das Geschäftsjahr 2023 ein landesweites Defizit von insgesamt 532,0 Mio. €, das in erster Linie auf die nicht auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten zurückzuführen ist. Auch hinsichtlich der Investitionskostenfinanzierung macht sich die andauernde Krise bemerkbar: Im Juli 2023 bezifferte die NKG den landesweiten Investitionsstau mit etwa 3,0 Mrd. €. Vor dem Hintergrund der äußerst volatilen Bedingungen dieser multifaktoriellen Krise wurde der Wirtschaftsplan 2024 des Städtischen Klinikums aufgestellt.

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 8.723,83 € abgeschlossen (siehe hierzu DS 23-21524); in diesem Jahresergebnis ist eine seitens der Stadt Braunschweig außerplanmäßig zur Verfügung gestellte Verlustausgleichszahlung i. H. v. 14.907.000,00 € enthalten (siehe hierzu DS 22-20095).

Für das Geschäftsjahr 2024 ist nunmehr ein Jahresfehlbetrag i. H. v. 58.514.648,00 € vor dem Restrukturierungsbeitrag vorgesehen. Im geplanten Jahresergebnis des Wirtschaftsplanes 2024 wurde, wie auch im Wirtschaftsplan 2023, eine Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig nicht berücksichtigt. In diesem Zusammenhang sind für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 der Stadt Braunschweig folgende Verlustausgleichszahlungen für das Städtische Klinikum vorgesehen: 2023: 29.583.000,00 €; 2024: 21.754.000,00 € (siehe hierzu DS 23-20805). Die in der nachfolgenden Übersicht enthaltenen Prognosewerte für das Geschäftsjahr 2023 berücksichtigen bereits die für das Geschäftsjahr 2023 vorgesehene Verlustausgleichszahlung i. H. v. 29,6 Mio. €.

Die Planung für das Geschäftsjahr 2024 geht, entsprechend der Planungen der Vorjahre, von einem regulären Krankenhausbetrieb ohne Auswirkungen der Corona-Pandemie aus. Die Leistungsplanung erfolgte auf Basis der Entwicklungen im Geschäftsjahr 2023, das jedoch insbesondere im ersten Quartal durch Sondereffekte (wie etwa Streikmaßnahmen) geprägt war. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung lagen weder ein beschlossener DRG-Katalog für das Jahr 2024 noch der entsprechende Landesbasisfallwert vor. Zum Ausgleich von allgemeinen bzw. inflationsbedingten Kostensteigerungen wurden keine weiteren Ausgleichsmaßnahmen eingeplant; die Vergütungslogik der Betriebskostenfinanzierung sieht an dieser Stelle einen Ausgleich über den Landesbasisfallwert vor, der tatsächlich anfallende Kostensteigerungen jedoch nicht vollständig kompensieren kann.

Die Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre 2022 bis 2024 sind in der nachfolgenden Übersicht zu finden; auf Grund der Darstellungsweise in Mio. € können Rundungsdifferenzen enthalten sein. Aufgrund des Zeitpunktes der Aufstellung des Wirtschaftsplanentwurfs 2024 handelt es sich bei dem abgebildeten Prognosewert für das Geschäftsjahr 2023 um den entsprechenden Wert aus dem Bericht zum zweiten Quartal 2023.

Mio. € (Rundungsdifferenzen möglich)		Ist	Plan	Progn.	Plan
		2022	2023	2023	2024
1a	Umsatzerlöse (GuV-Pos. 1 bis 4)	362,2	391,6	365,1	396,6
1b	Umsatzerlöse nach § 277 HGB %-Vergleich zum <b>Vorjahr/Plan</b> (1a + 1b)	15,4 – –	17,9 +8 % –	20,9 +2 % -6 %	19,1 +8 % +1 %
2a	Betriebliche Erträge (GuV-Pos. 5 bis 8)	40,1	21,5	51,5	22,6
2b	– davon städt. Verlustausgleich	14,9	0,0	29,6	0,0
3	<b>Gesamtleistung</b> (1a + 1b + 2)	<b>417,6</b>	<b>431,0</b>	<b>437,5</b>	<b>438,3</b>
4	Materialaufwand	102,0	128,4	122,0	128,5
5	Personalaufwand	249,5	257,7	248,8	288,1
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	55,7	60,2	61,0	64,2
7	<b>EBITDA</b> (3 - 4 - 5 - 6)	<b>10,5</b>	<b>-15,2</b>	<b>5,8</b>	<b>-42,5</b>
8	Erträge und Aufwendungen nach KHG und KHBV (Saldo)	8,5	8,1	8,1	11,6
9	Abschreibungen	15,8	16,4	16,4	17,0
10	<b>EBIT (Betriebsergebnis)</b> (7 + 8 - 9)	<b>3,2</b>	<b>-23,5</b>	<b>-2,4</b>	<b>-47,9</b>
11	Zins- und Finanzergebnis	-1,9	-4,8	-4,8	-9,3
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,3	1,3	1,3	1,3
13	<b>Ergebnis nach Steuern</b> (10 + 11 - 12)	<b>0,0</b>	<b>-29,6</b>	<b>-8,5</b>	<b>-58,4</b>
14	Sonstige Steuern	0,0	0,1	0,1	0,1
15	<b>EAT<sup>1)</sup> vor Verlustausgleich</b> (13 - 14 - 2b)	<b>-14,9</b>	<b>-29,6</b>	<b>-38,1</b>	<b>-58,5</b>
16	Restrukturierungsbeitrag	–	–	–	5,0
17	<b>EAT<sup>1)</sup> nach Restrukturierungsbeitrag</b> (15 + 16)	<b>-14,9</b>	<b>-29,6</b>	<b>-38,1</b>	<b>-53,5</b>
18	<b>EAT<sup>1)</sup> nach Verlustausgleich</b> (17 + 2b)	<b>0,0</b>	<b>-29,6</b>	<b>-8,6</b>	<b>-53,5</b>

<sup>1)</sup>EAT: Gewinn nach Steuern (engl. *Earnings After Taxes*).

Die **Umsatzerlöse** sind durch die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (i. e. DRG-Fallpauschalen) und durch die Erlöse aus dem seit dem Jahr 2020 ausgegliederten Pflegebudget geprägt. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2023 wurden die Umsatzerlöse marginal höher angesetzt (+6,2 Mio. € bzw. 1,5 %). Die Steigerung basiert in erster Linie auf höheren Erlösen im Bereich der ambulanten Leistungen (+3,7 Mio. € bzw. +25,4 %) und im Bereich des Pflegebudgets (+8,5 Mio. € bzw. +11,5 %); dem Pflegebudget steht jedoch eine entsprechende Steigerung des Personalaufwandes gegenüber. Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen wurden gegenüber dem Wirtschaftsplan 2023 an die aktuelle Leistungsentwicklung angepasst (-8,6 Mio. € bzw. -3,2 %), da mit dem Ende der Corona-Pandemie im Jahr 2023 ein vorpandemisches Leistungsniveau nicht erreicht werden konnte und auch zukünftig voraussichtlich nicht erreicht werden kann. Daraus resultiert ein entsprechend geringerer vollstationärer Case Mix von 55.545 Punkten; für das Geschäftsjahr 2023 waren 60.828 vollstationäre Case-Mix-Punkte vorgesehen. Für das Pflegebudget liegen zwischenzeitlich bis einschließlich Geschäftsjahr 2021 endgültige Ergebnisse der Budgetverhandlungen vor, so dass auf dieser Basis – im Gegensatz zu den Vorjahren – eine belastbare Planung für das Geschäftsjahr 2024 erfolgen konnte.

Die **Umsatzerlöse nach § 277 HGB** wurden im Plan-Plan-Vergleich um 1,2 Mio. € bzw. um 6,7 % erhöht, was im Wesentlichen durch die Herstellung von Zytostatika (für die Behandlung von Krebserkrankungen) für die Tochtergesellschaft „Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH“ und Dritte zurückzuführen ist.

Die **betrieblichen Erträge** beinhalten diverse Einzelpositionen, darunter insbesondere Mittel aus dem Krankenhauszukunftsfonds (KHZF) sowie periodenfremde Erträge aus den Pflegebudgets der Vorjahre. Bei den Vergleichswerten ist zu beachten, dass der Wert für das Geschäftsjahr 2022 den zuvor erwähnten Verlustausgleich der Stadt Braunschweig i. H. v. 14,9 Mio. € beinhaltet. Gleiches gilt für den Prognosewert für das Geschäftsjahr 2023, der an dieser Stelle einen Betrag i. H. v. 29,6 Mio. € veranschlagt.

Der **Materialaufwand** zeigt sich gegenüber dem Wirtschaftsplan 2023 mit 128,5 Mio. € nahezu unverändert. Trotz der rückläufigen Leistungsentwicklung konnte der Materialaufwand jedoch nicht geringer angesetzt werden. Ursächlich hierfür ist die nicht refinanzierte allgemeine Kostenentwicklung (siehe oben).

Der **Personalaufwand** wurde im Vergleich zum Planwert des Vorjahres um 30,4 Mio. € bzw. 11,8 % höher angesetzt. Dieser Planwert ist insbesondere auf die im Jahr 2023 erzielten Tarifabschlüsse zurückzuführen. Besonders betroffen ist der Bereich des Pflegedienstes mit einer Steigerung um 14,5 Mio. € bzw. 18,1 %; das Pflegebudget wird seit Ausgliederung aus den Fallpauschalen über ein separates Budget refinanziert. Die Anzahl der Vollkräfte (VK) soll im Geschäftsjahr 2024 in Summe von 3.240,26 auf 3.261,59 VK aufgestockt werden (+21,33 VK).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Plan-Plan-Vergleich mit einer Erhöhung um 4,0 Mio. € bzw. 6,7 % eingeplant. Ursächlich für diesen Anstieg sind im Wesentlichen Aufwendungen für Wartungen und allgemeine Dienstleistungen im Rahmen der voranschreitenden Digitalisierung des Städtischen Klinikums.

Der Saldo aus den **Erträgen und Aufwendungen nach KHG und KHBV** bildet denjenigen Teil der Abschreibungen auf Investitionen ab, der durch Fördermittel finanziert wird; dadurch werden die Abschreibungen teilweise neutralisiert.

Die **Abschreibungen** wurden an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Wesentliche Steigerungen sind jedoch erst ab dem Geschäftsjahr 2025 zu erwarten, wenn mit dem Neubau Ost und dem Funktionstrakt Nord als Teil der Zentralen Notaufnahme die nächsten Teilprojekte des Zwei-Standorte-Konzeptes abgeschlossen bzw. aktiviert sein werden.

Unter dem **Zins- und Finanzergebnis** werden langfristige Personalrückstellungen aufgezinst und seit 2019 auch Zinsanteile für die Aufnahme von Fremdkapital berücksichtigt. Da

zur Finanzierung der laufenden Baumaßnahmen entsprechend dem Baufortschritt zunehmend Fremdmittel benötigt werden, wurden für das Geschäftsjahr 2024 um 4,5 Mio. € höhere Aufwendungen im Plan-Plan-Vergleich berücksichtigt.

Die **Steuern** fallen im Wesentlichen in den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben der Gesellschaft an.

Zur Sicherung der **operativen Liquidität** sieht der Wirtschaftsplan 2024 eine Finanzierungsline i. H. v. bis zu 144,9 Mio. € vor. Dafür stehen eine Factoring-Möglichkeit i. H. v. bis zu 15,0 Mio. € und eine Betriebsmittelkreditlinie bei einer Bank i. H. v. bis zu 4,9 Mio. € zur Verfügung. Eine Anpassung erfolgt abhängig vom Bedarf. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass das Städtische Klinikum für Liquiditätsbedarfe im operativen Tagesgeschäft den Liquiditätsverbund der Stadt Braunschweig in Anspruch nehmen kann. Die derzeit eingeräumte Linie beträgt bis zu 80,0 Mio. €. Neben der operativen Cash-Pool-Linie i. H. v. 15,0 Mio. €, wurde zum Ausgleich struktureller Defizite beim Pflegebudget eine strukturelle Cash-Pool-Linie vereinbart. Diese Linie steht dem Städtischen Klinikum mit einem Volumen i. H. v. bis zu 65,0 Mio. € zur Verfügung. Der zugrundeliegende Ergänzungsvertrag, der sich sowohl auf die operative als auch auf die investive Cash-Pool-Linie bezieht, hat eine Laufzeit bis zum 31. März 2024.

### **Investitions- und Vermögensplanung**

Die Investitions- und Vermögensplanung bildet im Wesentlichen die weitere Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes ab, das in der Planung zwischenzeitlich mit der Projektbezeichnung „Zentralklinik“ geführt wird. Erklärtes Ziel der Gesellschaft ist es, den klinische Leistungen zukünftig vollständig am Standort Salzdahlumer Straße zu erbringen und den Standort Celler Straße für andere medizinische Geschäftsfelder zu nutzen. Neben diesem Projekt sind kostenintensive lebensdauerverlängernde Maßnahmen für Bestandsgebäude sowie Investitionen insbesondere in den Bereichen IT und Medizintechnik erforderlich. Das für den Change-Prozess „Zwei-Standorte-Konzept“ veranschlagte Gesamtbudget umfasst aufgrund der zusätzlichen Berücksichtigung eines Budgets für das Teilprojekt „Öffentliche Straßenanlagen West“ nunmehr 803,2 Mio. €.

Die Finanzierung des Zwei-Standorte-Konzeptes und der sonstigen Investitionen wurde bereits in den vergangenen Jahren durch den Einsatz von Eigenmitteln des Städtischen Klinikums begonnen und durch Kreditaufnahmen i. H. v. insgesamt 227,4 Mio. € bis November 2023 fortgesetzt. Für das Geschäftsjahr 2024 ist die Finanzierung von weiteren Investitionen i. H. v. 153,5 Mio. € vorgesehen. Beabsichtigt ist, dass die Kernverwaltung dafür Kredite i. H. v. 126,5 Mio. € aufnehmen und im Rahmen der Experimentierklausel an das Städtische Klinikum weiterreichen wird. Der Restbetrag wird durch Fördermittel und andere Fremdfinanzierungen gedeckt. Zur Sicherung der investiven Liquidität wird eine Finanzierungsline i. H. v. bis zu 150,0 Mio. € benötigt.

### **Mehrjahresplanung**

Die Mehrjahresplanung bis 2028 setzt auf die für das Geschäftsjahr 2024 vorgesehenen Daten auf und berücksichtigt ferner die Auswirkungen der wesentlichen langfristigen Projekte wie z. B. die Finanzierung des Zwei-Standorte-Konzeptes/der Zentralklinik und das Ergebnisverbesserungsprogramm „skbs.performance“.

### **skbs.performance Programm (Ergebnisverbesserungsprogramm)**

Das Ergebnisverbesserungsprogramm „skbs.performance“ wird zum Ende des Geschäftsjahres 2023 abgeschlossen werden. Das im Geschäftsjahr 2019 begonnene Ergebnisverbesserungsprogramm hat zum Ziel, bis zum Ende des Geschäftsjahres 2023 – und von da an fortlaufend – ergebnisverbessernde Effekte i. H. v. 41,8 Mio. € pro Jahr zu erzielen. Die positiven Effekte aus dem Ergebnisverbesserungsprogramm wurden bei Aufstellen des Wirtschaftsplanes 2024 für das Geschäftsjahr 2024 und in der Mehrjahresplanung berücksichtigt. Ein Nachfolge-Programm zur Ergebnisverbesserung („skbs.performance 2.0“) soll entwickelt werden, sobald die Auswirkungen derzeit volatilen Rahmenbedingungen der Krankenhaus-Reform beziffert werden können.

### **Tochtergesellschaften**

Auf Konzernebene ergibt sich unter Einbeziehung der Tochtergesellschaften ein für das Geschäftsjahr 2024 geplanter konsolidierter Jahresfehlbetrag vor Berücksichtigung des Restrukturierungsbeitrages des Städtischen Klinikums als Konzernmutter i. H. v. 58.169.048,00 €.

#### **Zu 2.:**

Die für das Geschäftsjahr 2023 im entsprechenden Wirtschaftsplan vorgesehene Kreditermächtigung wurde bislang nicht genutzt. Gleichzeitig sind im Städtischen Klinikum in den nächsten Monaten erhöhte Investitionsausgaben zu leisten. Aufgrund der aktuell rückläufigen Inflation preisen verschiedene Marktteilnehmer bereits Zinssenkungen spätestens Mitte 2024 in den Forward-Rates ein. Die Höhe wird hierbei zwar nicht angegeben, ein Zinsschritt von

-25 Basispunkten (BP) gilt allerdings als wahrscheinlich. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist derzeit noch bemüht, die Erwartung auf baldige Zinssenkungen zu bremsen, behält sich jedoch gleichzeitig vor, beim Vorliegen entsprechender Daten zu handeln.

Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, die Kreditaufnahme aus der Kreditermächtigung im ersten Quartal 2024 zu verorten, um somit die in Relation zum aktuell vorherrschenden Niveau günstigeren Zinssätze realisieren zu können.

Geiger

#### **Anlage:**

Wirtschaftsplanentwurf 2024 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH



# **Wirtschaftsplan 2024**

## **der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH**

**Datum:** **13.11.2023**

## Inhaltsverzeichnis

- 1. Allgemeines**
- 2. Vorwort**
- 3. Wirtschaftsplan 2024 GuV**
  - 3.1 Werte
  - 3.2 Kommentierungen
- 4. Anlagen**
  - 4.1 Personalübersicht
  - 4.2 Erfolgsplan 2024 Klinikum
  - 4.3 Investitions- und Vermögensplanung
  - 4.4 Erfolgsplan Konzern
  - 4.5 Mehrjahresplanung (Gesamtübersicht)

## 1. Allgemeines

Mit diesem Wirtschaftsplan wird die Zielsetzung verfolgt, die wirtschaftlichen Perspektiven für das Städtische Klinikum Braunschweig (skbs) im Jahr 2024 aufzuzeigen.

Das Dokument beinhaltet die Werte für das Jahr 2024 der oben genannten Einrichtung sowie –falls erforderlich– Erläuterungen und Kommentierungen zu einzelnen Werten.

## 2. Vorwort

Die Jahre 2020, 2021 und auch 2022 waren bestimmt von der Covid-Pandemie. Zum aktuellen Zeitpunkt der Planung, im Oktober 2023, kann wieder von einem regulären Klinikbetrieb ausgegangen werden. Im Hinblick auf die Vorhersage der Leistungsentwicklung 2024, insb. im Jahresverlauf, kann nur auf das aktuelle Berichtsjahr 2023 zurückgegriffen werden, welches insb. im ersten Quartal durch Sondereffekte, wie die Streiktage durch ver.di als auch den Marburger Bund, gekennzeichnet waren. Eine neue Corona-Welle mit maßgeblichen Auswirkungen auf den Klinikbetrieb kann momentan nicht ausgeschlossen werden. Aktuell sind alle Schutzverordnungen auf Bundes- und Landesebene ausgelaufen. Zum Schutz von Patienten unterliegen die Kliniken jedoch weiterhin besonderen Auflagen, welche insb. durch die Isolationszeiten bei Covid-infiziertem Personal zu deutlich höheren Ausfallzeiten führen.

Budgetverhandlungen (Pflege- und Erlösbudget):

Für das Jahr 2021 erfolgte letztmalig eine Budgetverhandlung inkl. Abschluss. Auf Basis dieser Vereinbarung wurden die refinanzierbaren Kosten für das Planjahr 2024 eingestellt. Die Planung im Bereich des Pflegebudgets berücksichtigt die Pflegepersonalkosten inkl. entsprechend anrechenbarer Kosten für pflegeentlastende Maßnahmen in Höhe von 3,8 %. Ob ein entsprechender Abschluss für das Budget 2024 mit den Krankenkassen erzielt werden kann, ist aktuell jedoch ungewiss.

Das skbs.performance-Programm läuft Ende 2023 aus. Die positiven Effekte hieraus werden in der Wirtschaftsplanung 2024 entsprechend berücksichtigt und in der Mehrjahresplanung nachhaltig fortgeführt.

**DRG-System und Landesbasisfallwert 2024:**

Zum Zeitpunkt der Planung lag noch kein abschließender DRG-Katalog 2024 vor. Ein Katalogeffekt und die damit in Zusammenhang stehenden Effekte auf die Erlöse können daher in der vorliegenden Planung nicht berücksichtigt werden.

Ein Landesbasisfallwert 2024 war zum Zeitpunkt der Planung ebenfalls noch nicht bekannt/verhandelt. Es musste daher mit einer Annahme gearbeitet werden. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang insb. darauf, dass die vom DRG-System vorgegebene Vergütungslogik mit der jährlichen Verhandlung des Landesbasisfallwertes mit der Zugrundelegung einer Veränderungsrate in der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Situation nicht ansatzweise dazu geeignet ist, die Kostensteigerungen zu kompensieren. Hierzu kann als Beispiel das Jahr 2023 angeführt werden. Für dieses konnten die Kliniken ihre Preise (einmalig) über den Veränderungswert um 4,32 % steigern. Die tatsächlichen Kostensteigerungen für die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst und beim Marburger Bund als auch die anhaltenden hohen Kosten für Energie, aber auch Lebensmittel und Medizinischen Bedarf, konnten hierüber nicht ansatzweise gedeckt werden. Diese Problematik setzt sich im Jahr 2024 fort.

Zum Zeitpunkt der Planung lag ferner, trotz vielfacher Forderungen auch von Seiten der Bundesländer, keine gesetzliche Regelung zum Ausgleich der Mehrbelastungen vor. Die resultierende Kosten-Erlös-Schere führt daher allein beim skbs zu einer massiven Ergebnisbelastung im zweistelligen Millionenbereich und zeigt den dringlichen Handlungsbedarf der Politik auf!

Weitere Grundannahmen:

Landesbasisfallwert 2024: 4.199,94 EUR (Steigerung um 5,12 % ggü. 2023)

Corona-Pandemie: In der Planung sind keine Corona-Effekte und keine möglichen Ausgleichszahlungen in diesem Zusammenhang enthalten.

Inflation/Kostensteigerungen: In der Planung ist aktuell nur die Steigerung der Erlöse über den Landesbasisfallwert 2024 beinhaltet. Weitere Ausgleichs sind aktuell nicht bekannt und nicht in der Planung enthalten.

Tarifsteigerungen 2024: Ärztlicher Dienst:

Mit Wirkung zum 1. Juli 2023 wurden im Ärztlichen Dienst die Tabellenentgelte um 4,8 % erhöht. Zum 1. April 2024 erfolgt eine weitere lineare Gehaltssteigerung um 4,0 %. Folglich ist das skbs mit einer Anhebung der Werte der Entgelttabelle um 8,8 % im Zeitraum 2023/2024 konfrontiert. Eine steuerfreie Einmalzahlung in Höhe von 1.250 EUR/Vollzeitäquivalent (VK) (Inflationsausgleichsprämie) ist tariflich zum Januar 2024 vereinbart. Somit ergibt sich ein kalkulatorischer Mehrbedarf im Mittel von ca. 8.800 EUR/VK. Die Tarifeinigung hat eine Laufzeit von 18 Monaten bis zum 30. Juni 2024. Daher geht die Kalkulation des ärztlichen Budgets von einer zusätzlichen Tarifsteigerung ab Mitte des Jahres (Einigung zum Oktober 2024) von 1 % Steigerung aus.

Sollte es in diesem Zusammenhang nicht zu einer monetären Anhebung der Personalkosten, sondern zu Strukturanforderungen und -begrenzungen wie z. B. zu einer Vorgabe von Rufdienstverkürzungen kommen, ist der dafür notwendige Bedarf des ärztlichen Personalkörpers über den Plansatz nicht gedeckt.

Tarifsteigerungen 2024: Nicht ärztlicher Dienst (TVöD – VKA):

Der im Jahr 2023 verhandelte Tarifvertrag für den „nicht-ärztlichen Dienst“ hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2023 - 31. Dezember 2024. Die im Jahr 2023 begonnene Zahlung der Inflationsausgleichsprämie wirkt mit 220 EUR pro VK bis einschließlich Februar 2024. Ab dem 1. März 2024 findet eine Tarifierhebung von + 200 EUR, anschließend + 5,5 % aber mindestens insgesamt 340 EUR Anwendung. Für Auszubildende wirkt die Inflationsausgleichsprämie in gleichem Maße mit einer Höhe von 110 EUR pro VK und ab dem 1. März 2024 erfolgt eine Anhebung um 150 EUR. Somit ergibt sich ein kalkulatorischer Mehrbedarf im Mittel von ca. 6.500 EUR/VK.

### 3. Wirtschaftsplan 2024 GuV

#### 3.1 Werte

Ifd. Nr.	GuV Positionen	Wirtschaftsplan		Abweichung	
		2023 €	2024 €	Absolut €	Prozentual in %
1.	<b>Summe der betrieblichen Erlöse</b>	<b>431.042.694 €</b>	<b>438.285.297 €</b>	<b>7.242.603 €</b>	<b>1,7%</b>
2.	Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	361.180.694 €	362.495.297 €	1.314.603 €	0,4%
3.	davon: KHEntg DRG	259.840.000 €	251.481.702 €	- 8.358.298 €	-3,2%
4.	Pflegebudget	73.968.227 €	82.506.784 €	8.538.557 €	11,5%
5.	BPfIsV PEPP	14.455.000 €	16.052.106 €	1.597.106 €	11,0%
6.	REHA-Leistungen	- €	- €	- €	0,0%
7.	Sonst. KH-Leistungen	12.917.467 €	12.454.705 €	- 462.762 €	-3,6%
8.	Erlöse aus Wahlleistung	8.140.000 €	8.000.000 €	- 140.000 €	-1,7%
9.	Erlöse aus ambulanten Leistungen	14.407.000 €	18.070.000 €	3.663.000 €	25,4%
10.	Nutzungsentgelte der Ärzte	7.890.000 €	8.040.000 €	150.000 €	1,9%
11.	Umsatzerlöse gem. § 277 HGB	17.895.000 €	19.090.000 €	1.195.000 €	6,7%
	<b>Umsatz</b>	<b>409.512.694 €</b>	<b>415.695.297 €</b>	<b>6.182.603 €</b>	<b>1,5%</b>
12.	Bestandsveränderungen Unfertige Leistungen	400.000 €	250.000 €	- 150.000 €	-37,5%
13.	Aktivierte Eigenleistungen	1.000.000 €	1.000.000 €	- €	0,0%
14.	Zuweisungen / Zuschüsse der öff. Hand	2.820.000 €	4.300.000 €	1.480.000 €	52,5%
15.	Sonstige betriebliche Erträge	17.310.000 €	17.040.000 €	- 270.000 €	-1,6%
16.	<b>Personalaufwand</b>	<b>- 257.695.773 €</b>	<b>- 288.125.205 €</b>	<b>30.429.432 €</b>	<b>11,8%</b>
17.	davon: Ärztlicher Dienst	- 75.759.218 €	- 81.296.438 €	5.537.220 €	7,3%
18.	Pflegedienst	- 80.299.872 €	- 94.817.838 €	14.517.966 €	18,1%
19.	Medizinisch-Teschnischer Dienst	- 35.132.750 €	- 38.935.672 €	3.802.922 €	10,8%
20.	Funktionsdienst	- 23.622.445 €	- 27.306.705 €	3.684.260 €	15,6%
21.	Klinisches Hauspersonal	- 399.196 €	- 361.312 €	37.884 €	-9,5%
22.	Wirtschafts- und Versorgungsdienst	- 4.475.096 €	- 5.409.905 €	934.809 €	20,9%
23.	Technischer Dienst	- 6.202.919 €	- 5.954.822 €	248.097 €	-4,0%
24.	Verwaltungsdienst	- 16.292.819 €	- 18.040.711 €	1.747.892 €	10,7%
25.	Sonderdienst	- 7.045.163 €	- 7.339.356 €	294.193 €	4,2%
26.	Personal d. Ausbildungsstätte	- 3.980.607 €	- 4.129.781 €	149.174 €	3,7%
27.	Sonstiges Personal	- 2.305.688 €	- 2.352.665 €	46.977 €	2,0%
28.	Sonstiges	- 2.180.000 €	- 2.180.000 €	- €	0,0%
29.	<b>Materialaufwand</b>	<b>- 128.371.500 €</b>	<b>- 128.463.740 €</b>	<b>92.240 €</b>	<b>0,1%</b>
30.	davon: Lebensmittel	- 2.500.000 €	- 2.250.000 €	250.000 €	-10,0%
31.	Medizinischer Bedarf	- 83.600.000 €	- 80.756.740 €	2.843.260 €	-3,4%
32.	Wasser, Energie, Brennstoffe	- 14.710.000 €	- 16.330.000 €	1.620.000 €	11,0%
33.	Wirtschaftsbedarf	- 24.258.500 €	- 26.874.000 €	2.615.500 €	10,8%
33a.	Gebrauchsgüter	- €	- €	- €	0,0%
34.	Sonstige Materialaufwendungen	- 3.303.000 €	- 2.253.000 €	1.050.000 €	-31,8%
35.	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>- 60.217.000 €</b>	<b>- 64.227.000 €</b>	<b>4.010.000 €</b>	<b>6,7%</b>
36.	davon: Verwaltungsbedarf	- 22.973.000 €	- 26.108.000 €	3.135.000 €	13,6%
37.	Zentrale Dienstleistungen	- 1.000 €	- 1.000 €	- €	0,0%
38.	Instandhaltung	- 20.037.000 €	- 20.519.000 €	482.000 €	2,4%
39.	Abgaben, Versicherungen	- 3.776.000 €	- 3.083.000 €	693.000 €	-18,4%
40.	Abschreibungen	- 200.000 €	- 250.000 €	50.000 €	25,0%
41.	Periodenfremde Aufwendungen	- 5.000.000 €	- 5.000.000 €	- €	0,0%
42.	Sonst. ordentliche Aufwendungen	- 8.230.000 €	- 9.266.000 €	1.036.000 €	12,6%
	<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>- 446.284.273 €</b>	<b>- 480.815.945 €</b>	<b>34.531.672 €</b>	<b>7,7%</b>
47.	<b>EBITDA</b>	<b>- 15.241.579 €</b>	<b>- 42.530.648 €</b>	<b>27.289.069 €</b>	<b>179,0%</b>
43.	Fördermittel /Sonderposten (Saldo)	8.125.000 €	11.606.000 €	3.481.000 €	42,8%
44.	Abschreibungen	- 16.350.000 €	- 17.000.000 €	650.000 €	4,0%
48.	<b>EBIT (Betriebsergebnis)</b>	<b>- 23.466.579 €</b>	<b>- 47.924.648 €</b>	<b>31.420.069 €</b>	<b>-133,9%</b>
45.	Finanzergebnis	- 4.816.000 €	- 9.290.000 €	4.474.000 €	92,9%
46.	Steuern	- 1.300.000 €	- 1.300.000 €	- €	0,0%
49.	<b>EAT (Ergebnis)</b>	<b>- 29.582.579 €</b>	<b>- 58.514.648 €</b>	<b>26.946.069 €</b>	<b>-91,1%</b>

### 3.2 Kommentierungen

Lfd. Nr.	Bereich	Beschreibung
1	Erlöse und Erträge	Die Summe der geplanten Erlöse in Höhe von 438,3 Mio. EUR steigt um 7,2 Mio. EUR ggü. dem Planansatz 2023. Ursächlich hierfür ist nicht das Kerngeschäft mit den DRG-Erlösen, sondern unter anderem die Entwicklung und der Ausbau der amb. Leistungen und die Entwicklung im Bereich der Psychiatrie. Das Volumen der DRG-Leistungen wurde mit Blick auf die Entwicklung im laufenden Jahr deutlich nach unten angepasst. Mögliche erste Auswirkungen im Hinblick auf eine Krankenhausreform mit KH-Leveln und Leistungsgruppen sind hierbei nicht berücksichtigt worden. Ein weiterer Bereich, welcher deutlich höher angesetzt wurde, ist der Bereich der Erlöse aus dem Pflegebudget. Diesem stehen jedoch wiederum gestiegene Personalkosten gegenüber.
2	Summe Erlöse aus KH-Leistungen	Die mit 362,5 Mio. EUR geplanten Erlöse aus KH-Leistungen liegen im Vergleich zur Planung 2023 um 1,3 Mio. EUR höher. Ursächlich hierfür sind insb. die höheren Erlöse aus amb. Leistungen und dem Pflegebudget, letzterem stehen direkte Kosten gegenüber. Auch die Erlöse im Bereich der Psychiatrie (PEPP) werden infolge der Entwicklung 2023 auf 16,1 Mio. EUR erhöht. Das Volumen der Einnahmen aus dem DRG-Bereich wurde hingegen aufgrund der Leistungsentwicklung 2023 abgesenkt und um 8,4 Mio. EUR ggü. der Planung 2023 reduziert.
3	Erlöse aus KHEntgG DRG	Mit Ende der Corona-Pandemie im Jahr 2023 musste im Jahresverlauf festgestellt werden, dass die Leistungsplanung des skbs auf Basis „vorpandemischer“ Leistungszahlen nicht erreicht werden konnte. Für 2024 wurde daher die Planung auf Basis der Leistungsentwicklung 2023 aufgebaut und mit den Kliniken diskutiert und abgestimmt. Hierzu wurden insb. auch Effekte aus dem Ergebnisverbesserungsprogramm betrachtet und in einzelnen Kliniken zusätzliche Potentiale in die Planung übernommen. Für das Jahr 2024 werden infolge der Entwicklung 2023 nur noch 55.545 CM-Punkte für vollstationäre Versorgung geplant. In der Planung 2023 waren es noch 60.828 CM-Punkte. Eine Reduktion um 5.283 Punkte.
4	Erlöse Pflegebudget	Die Pflegekosten sind seit 2020 über ein gesondertes Budget zu vereinbaren. Im Jahr 2023 konnten sowohl die Vereinbarung 2020 als auch 2021 umgesetzt werden, so dass zwischenzeitlich eine belastbare Ausgangssituation für die Bewertung noch offener Zeiträume existiert. Entsprechend wurden hier die zu refinanzierenden Personalkostenanteile im Pflegedienst angesetzt, welche zur Erreichung der geplanten Leistungsmenge benötigt werden.
5	Erlöse aus BPfIV PEPP	Aufgrund der stabilen, positiven Entwicklung im Jahr 2023 wurde der Planansatz in Abstimmung mit der Klinik angepasst und auf 16,1 Mio. EUR erhöht. Zum Zeitpunkt der Planung gab es noch keine abschließende Vereinbarung über die weitere Aussetzung der PPP-RL, welche das Ergebnis deutlich negativ belasten könnte.
6	Erlöse aus REHA-Leistungen	Auch für das Planjahr 2024 werden keine Erlöse in diesem Bereich geplant.
7	Erlöse aus sonst. KH-Leistungen	Die Erlöse für diese Position wurden auf Basis der IST-Daten des Jahres 2023 hochgerechnet und in die Planung übernommen.
8	Erlöse aus Wahlleistungen	Für 2024 werden Erlöse in Höhe von 8 Mio. EUR geplant, was eine leichte Absenkung ggü. dem Jahr 2023 darstellt und durch die abgesenkte Leistungsplanung bedingt ist.
9	Erlöse aus ambulanten Leistungen des KH	Der Planansatz für 2024 wurde deutlich auf 18,1 Mio. EUR erhöht und trägt der Entwicklung 2023 Rechnung. Ursächlich hierfür ist der weitere Ausbau der amb. Tätigkeitsfelder. Hierzu zählen insb. die ASV-Leistungen und der gezielte Ausbau ambulanter Leistungsbereiche.
10	Nutzungsentgelte Ärzte	Die Nutzungsentgelte wurden auf Basis der IST-Daten des Jahres 2023 hochgerechnet und in die Planung übernommen.
11	Umsatzerlöse Krankenhaus gem. § 277 HGB	Infolge der positiven Entwicklung im Jahr 2023 wird der Planwert auf 19,1 Mio. EUR erhöht. Begründet ist diese Entwicklung vor allem durch die gestiegenen Erlöse aus der Zytostatikaherstellung für die MVZ GmbH des skbs und Dritte.

## Wirtschaftsplan 2024

12	Bestandsveränderungen	Der Planansatz wurde auf 250 TEUR reduziert und bildet die mögliche Überliegerstruktur zum 31. Dezember 2024 bei den nach DRG abzurechnenden Patienten ab.
13	Andere aktivierte Eigenleistungen	Die sogenannten anderen aktivierten Eigenleistungen werden analog der Planung 2023 pauschal mit 1 Mio. EUR angesetzt. Dieser Ansatz ergibt sich aus den Eigenmittelherstellungen der Apotheke sowie der Projektplanung und Betreuung von Baumaßnahmen.
14	Zuwendungen u. Zuschüsse	In dieser Position werden u. a. die Anteile der Ausgleichszahlung für direkte und indirekte Kostensteigerungen für das Jahr 2024 berücksichtigt.
15	Sonstige betriebliche Erträge	Die Position wurde auf Basis des Planansatzes 2023 fortgeschrieben.
16	Personalaufwand	Der Personalaufwand in 2024 steigt insb. infolge der Tarifabschlüsse 2023 und deren Folgewirkungen im Jahr 2024 um 30 Mio. EUR bzw. 12 % ggü. dem Planansatz 2023 auf 288 Mio. EUR. Erneut muss betont werden, dass allein der Bereich des Pflegedienstes anteilig über das Pflegebudget gegenfinanzieren sind. Die verbleibenden Steigerungen in Höhe von rund 20 Mio. EUR können über die voraussichtliche Steigerung des Landesbasisfallwertes 2024 in Höhe von 5,12 % nur anteilig kompensiert werden.
17	Ärztlicher Dienst	Der ärztliche Dienst wird mit einem Budget von 81,3 Mio. EUR geplant. Dies entspricht einem Vollzeitäquivalent von 522 VK. Im Vergleich zum Jahr 2023 ist die Vorgabe reduziert und auf die aktuelle Leistungsplanung angepasst. Begrenzungen für einen weiteren Abbau basieren auf Strukturvorgaben des Gesetzgebers und VK-Mindestanforderungen in diversen Fachabteilungen.
18	Pflegedienst	Auf Grundlage der Leistungsplanung und der sich daraus ergebenden Bettenkapazität und unter Beachtung der Pflegepersonaluntergrenzenverordnung (PpUGV) ergibt sich ein Personalbedarf von 1.245 VK und ein Budget von 94,8 Mio. EUR im Pflegedienst. Darüber hinaus ist hier das Personal für den Aufbau der Modulversorgung für Arzneimittel im Neubau OST verortet.
19	Medizinisch-Technischer Dienst	Für den med.-techn. Dienst wird ein Budget von 38,9 Mio. EUR und eine VK-Kapazität von 500 VK geplant. Der Anpassung an das Leistungsgeschehen steht die planerische Übernahme der „Ärzteassistenten“ im Sinne des Einsatzes von Physician-Assistants erhöhend entgegen.
20	Funktionsdienst	Zur Unterstützung des geplanten Leistungsgeschehen wird der Funktionsdienst mit 380 VK und einem Budget von 27,3 Mio. EUR geplant. Hierüber soll insb. der umfangreiche Betrieb des Zentral-OPs gewährleistet werden.
21	Klinisches Hauspersonal	In der Berufsgruppe findet eine leicht reduzierte VK-Planung auf 6 VK mit einem Budget von 361 TEUR Anwendung.
22	Wirtschafts- und Versorgungsdienst	Planerisch wird für den Wirtschafts- und Versorgungsdienst ein Budget von 5,4 Mio. EUR und 90 VK geplant. Der leichte VK-Aufbau zum Vorjahr basiert auf der für Ende 2023 geplanten Einführung der Logistikversorgung für Sterilgutversorgung.
23	Technischer Dienst	Der Technische Dienst wird mit 70 VK und einem Budget von 6,0 Mio. EUR geplant. Die Planung basiert auf dem aktuellen Ist und berücksichtigt die prospektive Aufgabe des Standortes Holwedestraße.
24	Verwaltungsdienst	Für den Verwaltungsbereich wird ein Budget von 18,0 Mio. EUR und einem Soll-VK von 200 geplant. Diese Planung basiert weiterhin auf dem Bedarf im Geschäftsbereich IT, um der Strukturvorgabe KRITIS gerecht zu werden. Darüber hinaus werden über diverse Insourcingmaßnahmen Sachkostenreduzierungen erreicht (u. a. Datenschutz und im Bereich der Microsoft-Administration).
25	Sonderdienst	Im Sonderdienst werden 7,3 Mio. EUR geplant, dies entspricht 80 VK.
26	Personal d. Ausbildungsstätten	Vor dem Hintergrund des Ausbaus der Ausbildungskapazitäten wird dieser Bereich mit 48 VK und 4,1 Mio. EUR geplant.
27	Sonstiges Personal	Das Personal der „Auszubildenden“ (Azubi, PJ, Praktikantinnen) wird mit 120 VK und einem Budget von 2,4 Mio. EUR geplant.
28	Sonstiges	Die sonstigen Personalkosten werden mit einem Budget von 2,2 Mio. EUR geplant.



## Wirtschaftsplan 2024

29	Materialaufwand	Die Materialaufwendungen werden infolge der weiter steigenden Kosten bei deutlich niedrigerer Leistung in einzelnen Bereichen erheblich höher geplant als im Jahr 2023. Mit nun 128,5 Mio. EUR liegen diese rund 92 TEUR über dem Planansatz 2023 und sind über die aktuell vorliegenden Steigerungswerte für die Krankenhausentgelte weiterhin nicht adäquat gegenfinanziert. Heraus sticht unter anderem der Bereich der Energiekosten. Hier muss zum Zeitpunkt der Planung das Auslaufen der Energiepreisbremsen aufwandserhöhend berücksichtigt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Energiekosten weiterentwickeln.
30	Lebensmittel	Der Planansatz 2024 wird ggü. dem Vorjahr trotz deutlicher Kostensteigerungen leicht abgesenkt. Dies ist bedingt durch die niedrigeren Planansätze bei den Leistungszahlen. Weiterhin wirken auch Maßnahmen aus dem skbs.performance-Programm positiv auf die Kosten ein.
31	Med. Bedarf	Die Aufwendungen für den Medizinischen Sachbedarf werden unter Berücksichtigung der Ist-Kostenentwicklung des Jahres 2023 und auf der Basis der Leistungsplanung 2024 geplant. Berücksichtigt wurde eine durchschnittliche Preissteigerung in Höhe von 3 %.
32	Wasser-Energie-Brennstoffe	In diesem Bereich wird aufgrund der laufenden Entwicklung ohne Preisbremsen von einer weiteren Kostensteigerung ausgegangen, welche über das DRG-System nicht kompensiert wird. Für die Planung wurde daher insb. für den Kostenblock „Strom“ eine Abfrage beim Energieberater des skbs durchgeführt, um im Hinblick auf die stark schwankenden Preise eine realistische Einschätzung für das Planjahr 2024 zu erhalten. Abschließend wird von einer weiteren, deutlichen Steigerung der Kosten in diesem Bereich von durchschnittlich 11 % ausgegangen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Ansatz ausreichend ist.
33	Wirtschaftsbedarf	Für das Planjahr wird von weiter steigenden Kosten ausgegangen. Diese sind insbesondere bedingt durch höhere Ausgaben für die Klinikdienste. Ursächlich ist dabei insbesondere die Tarifentwicklung für diesen Bereich. Die Kosten für die Betriebsfeuerwehr am Standort S2 werden mit 1,8 Mio. EUR angesetzt.
35	Sonstiger betrieblicher Aufwand	Der sonstige betriebliche Aufwand wird mit insgesamt 64,2 Mio. EUR ebenfalls höher geplant als für das Jahr 2023. Ursächlich sind auch hier die stark gestiegenen Preise in vielen Bereichen. Enthalten sind weiterhin steigende Wartungs- und Dienstleistungskosten im Rahmen der IT-Offensive. Ebenfalls wurden die Ansätze für den Aufwand für Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden gegenüber der Planung 2023 erhöht.
36	Verwaltungsbedarf	Für 2023 wird ein Aufwand in Höhe von 26,1 Mio. EUR geplant. Ursächlich hierfür sind insbesondere allgemeine Kostensteigerungen und die oben angesprochenen Steigerungen beim IT-Aufwand.
37	Zentrale Dienstleistungen	Die Position wurde ggü. dem Ansatz von 2023 konstant gehalten.
38	Instandhaltung	Der Planansatz für den Bereich Instandhaltung wird im Vergleich zur Planung 2023 für das Jahr 2024 leicht erhöht. Ursächlich sind auch hier Kostensteigerungen am Markt.
39	Steuern, Abgaben, Versicherungen	Die Aufwendungen für Steuern, Abgaben und Versicherungen werden aufgrund der aktuellen Entwicklung 2023 leicht abgesenkt.
41	Periodenfremde Aufwendungen	Die Planung wurde aufgrund der Entwicklungen der Vorjahre für das Jahr 2024 konstant geplant.
42	Sonst. ordentl. Aufwendungen	Die Sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden für das Planjahr von 8,2 Mio. EUR auf 9,3 Mio. EUR angehoben. Weiterhin ist hier der gestiegene Planaufwand für die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden abgebildet.
43	Fördermittel/SoPo (EBIT)	Der Fördermittelbereich nach KHG übertrifft mit einem Volumen von 11,6 Mio. EUR den Vorjahresansatz um rd. 3,5 Mio. EUR. Enthalten sind auch Fördermittel aus dem KHZG-Bereich, welche Aufwandspositionen aus den vorhergehenden Positionen neutralisieren.
44	Abschreibungen AV (EBIT)	Für Abschreibungen werden im Rahmen der Inbetriebnahme des Neubau OST höhere Belastungen für das Jahr 2024 geplant.



45	Finanzergebnis (EAT)	Der Ansatz beinhaltet erheblich höhere Zinsbelastungen für die Finanzierung der in 2024 geplanten Investitionen. Hierdurch kommt es zu einer zusätzlichen Belastung von allein 4,5 Mio. EUR im Jahr 2024. Diese werden über die Logik des DRG-Systems nicht gegenfinanziert.
46	Steuern (EAT)	Die Belastung für das Jahr 2024 wird mit 1,3 Mio. EUR konstant zum Jahr 2023 geplant.
47	EBITDA	Für das Planjahr wird mit einem Ergebnis der operativen Krankenhausleistung (Erlöse abzgl. Kosten) in Höhe von – 42,5 Mio. EUR geplant. Die Auswirkungen der Tarifvereinbarungen im Jahr 2023 mit einer dramatischen Kostensteigerung von allein 12 % werden über die Logik des DRG-Systems mit einer vorgegebenen Veränderungsrate von nur 5,12 % nur anteilig kompensiert. Hinzu kommen weiterhin die anhaltend hohen Kosten für Energie (Fernwärme/Strom), welche mit einer Steigerung von 11 % ebenfalls deutlich oberhalb der Veränderungsrate im Erlösbereich geplant werden.
48	Betriebsergebnis (EBIT)	Das Betriebsergebnis 2024 wird mit - 47,9 Mio. EUR geplant. Enthalten sind hier neben den Krankenhauserlösen und Kosten (EBITDA) auch Fördermittel und Abschreibungen.
49	Ergebnis (EAT)	<p>Für das Jahr 2024 wird infolge der neuerlichen, erheblichen Effekte der Kosten-Erlös-Schere ein deutlich negatives Jahresergebnis in Höhe von - 58,5 Mio. EUR geplant. Einer Kostensteigerung von 7,7 % stehen nur 1,7 % höhere Erlöse gegenüber. Eine direkte Folge des Finanzierungssystems, nach dem die Kliniken ihre Preissteigerungen nicht vollständig an ihre Kunden (Krankenkassen) weitergeben können.</p> <p>Darüber hinaus können insb. im Personalkostenbereich, als größtem Kostenblock, nur bedingt Einsparungen vorgenommen werden. Um Leistungen gegenüber den Krankenkassen abrechnen zu können, müssen bestimmte Strukturanforderungen (z.B. für Facharztquote und Rufbereitschaft) zwingend eingehalten werden.</p> <p>Gestiegene Belastungen durch hohe Energiekosten als auch die deutlich steigenden Belastungen für Zinsaufwendungen verschlechtern das Ergebnis zusätzlich.</p>

## 4. Anlagen

### 4.1 Personalübersicht

BG Bezeichnung	VK Plan 2023	Durchschnitt 2. QT 2023	VK Plan 2024	Budget	Delta Plan 2023 vs 2024
Ärztlicher Dienst	530,20	512,40	522,30	81.296.438 €	-7,90
Pflegedienst	1.207,36	1.134,08	1.245,29	94.817.838 €	37,93
Medizinisch-Technischer Dienst	516,16	483,14	500,00	38.935.672 €	-16,16
Funktionsdienst	354,95	358,29	380,00	27.306.705 €	25,05
Klinisches Hauspersonal	7,00	6,00	6,00	361.312 €	-1,00
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	83,27	76,88	90,00	5.409.905 €	6,73
Technischer Dienst	81,05	70,48	70,00	5.954.822 €	-11,05
Verwaltungsdienst	206,04	184,34	200,00	18.040.711 €	-6,04
Sonderdienst	85,21	78,47	80,00	7.339.356 €	-5,21
Personal der Ausbildungsstätten	48,77	38,28	48,00	4.129.781 €	-0,77
Sonstiges Personal	120,25	97,76	120,00	4.532.665 €	-0,25
<b>SUMME 2022</b>	<b>3.240,26</b>	<b>3.040,12</b>	<b>3.261,59</b>	<b>288.125.205 €</b>	<b>21,33</b>

## 4.2 Erfolgsplan 2024 Klinikum

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

### Erfolgsplan 2024

Lfd.Bezeichnung (Konten-unter-gruppe) Nr.	Planansätze 2024	Hochrechnung 2.QT 2023	Planansätze 2023	GuV 2022
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (KGr.40)	362.495.297	332.516.772	361.180.694	331.822.157
2. Erlöse aus Wahlleistungen (KGr.41)	8.000.000	7.733.000	8.140.000	6.194.837
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses (KGr.42)	18.070.000	17.000.000	14.407.000	16.218.855
4. Nutzungsentgelte der Ärzte (KGr.43)	8.040.000	7.890.000	7.890.000	7.922.269
4a. Umsatzerlöse Krankenhaus n. § 277 HGB	19.090.000	20.850.000	17.895.000	15.417.872
<b>ZWISCHENSUMME 1.-4a.: Umsatz</b>	<b>415.695.297</b>	<b>385.989.772</b>	<b>409.512.694</b>	<b>377.575.989</b>
5. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (KGr. 55)	250.000	400.000	400.000	1.095.065
6. andere aktivierte Eigenleist. (KGr. 55)	1.000.000	1.000.000	1.000.000	889.000
7. Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentl. Hand, soweit nicht unter Nr. 11 (KGr. 47)	4.300.000	7.420.000	2.820.000	6.997.740
8. andere sonstige betriebliche Erträge (KGr. 52, 54, 57, 59)	17.040.000	42.710.000	17.310.000	31.077.133
<b>ZWISCHENSUMME 1-8: Betriebl. Erträge</b>	<b>438.285.297</b>	<b>437.519.772</b>	<b>431.042.694</b>	<b>417.634.927</b>
9. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter (KGr.60, 64)	232.629.319	200.866.755	207.350.232	201.447.700
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (KGr.61-63)	55.495.886	47.918.631	50.345.541	48.057.221
<b>ZWISCHENSUMME: Personalaufwand</b>	<b>288.125.205</b>	<b>248.785.386</b>	<b>257.695.773</b>	<b>249.504.920</b>
10. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (KGr.65; KGr. 66 ohne KUGr. 6601, 6609, 6616 - 6618)	95.928.873	91.073.397	97.960.039	76.175.191
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen (KUGr. 6601, 6609, 6616 bis 6618; KUGr. 680, 681, 700, 782, 793)	32.534.867	30.888.103	30.411.461	25.835.284
<b>ZWISCHENSUMME 9 und 10</b>	<b>416.588.945</b>	<b>370.746.886</b>	<b>386.067.273</b>	<b>351.515.395</b>
<b>ZWISCHENERGEBNIS</b>	<b>21.696.352</b>	<b>66.772.886</b>	<b>44.975.421</b>	<b>66.119.532</b>

## Wirtschaftsplan 2024

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

## Erfolgsplan 2024

Lfd.Bezeichnung (Konten-unter-gruppe) Nr.		Planansätze 2024	Hochrechnung 2.QT 2023	Planansätze 2023	GuV 2022
1	2	€ 3	€ 4	€ 5	€ 6
11.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (KGr. 46) davon Fördermittel nach dem KHG (KGr. 46) 2023: 6.100.000 € Planansatz 2022: 23.450.000 € Planansatz 2021: 14.200.000 € Planansatz	23.890.000	6.100.000	6.100.000	39.163.335
12.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (KGr. 48)				
13.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (KUGr. 490,491)	11.000.000	8.709.000	8.709.000	9.444.310
14.	Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung (KUGr. 492)	16.000	16.000	16.000	15.898
15.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (KUGr. 752, 755)	22.800.000	6.200.000	6.200.000	39.904.293
17.	Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen (KGr. 77)	500.000	500.000	500.000	251.681
<b>ZWISCHENSUMME 11 - 17</b>		11.606.000	8.125.000	8.125.000	8.467.569
20.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (KUGr. 760)	17.000.000	16.350.000	16.350.000	15.781.767
21.	sonstige betriebliche Aufwendungen (KGr. 69, 70; KUGr. 720, 731, 732, 763, 781, 782, 790, 791, 792, 793)	64.227.000	61.014.000	60.217.000	55.651.406
<b>ZWISCHENSUMME 20 und 21</b>		81.227.000	77.364.000	76.567.000	71.433.172
<b>ZWISCHENERGEBNIS</b>		-47.924.648	-2.466.114	-23.466.579	3.153.929

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

## Wirtschaftsplan 2024

Lfd.Bezeichnung (Konten-unter-gruppe) Nr.		Planansätze 2024	Hochrechnung 2.QT 2023	Planansätze 2023	GuV 2022
		€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
22.	Erträge aus Beteiligungen (KUGr. 500, 521)	0	0	0	0
24.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (KGr. 51)	10.000	4.000	4.000	22.753
26.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (KGr. 74)	9.300.000	4.820.000	4.820.000	1.884.275
<b>ZWISCHENSUMME 22 und 26</b>		-9.290.000	-4.816.000	-4.816.000	-1.861.522
27.	<b>ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTS-TÄTIGKEIT</b>	-57.214.648	-7.282.114	-28.282.579	1.292.407
28.	außerordentliche Erträge	0	0	0	0
29.	außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
30.	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	0	0	0	0
31.	Steuern (KUGr. 730)	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.283.683
	davon vom Einkommen und vom Ertrag	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.254.765
32.	<b>JAHRESERGEBNIS</b>	-58.514.648	-8.582.114	-29.582.579	8.724

### 4.3 Investitions- und Vermögensplanung

A Übersicht Mittelverwendung - Update 04.10.2023 [in Mio. EUR]

			Budget	Bis 2022	2022	2023	2023	2023	2023	2024	2025	2026	2027	Ab 2028
				IST	Übertrag	IST Q1-Q2	Prognose Q3-Q4	Plan	Prognose <sup>1)</sup>	Plan <sup>1)</sup>	Plan	Plan	Plan <sup>2)</sup>	Plan
Projekt	Nummer	Bezeichnung	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Change Prozess "Zwei-Standorte-Konzept"														
Strategie	CP-S-04	S2 Bebauungsplan	0,7	0,3	0,1		0,1	0,4	0,1	0,3				
1. Zwischensumme Strategie			0,7	0,3	0,1	0,0	0,1	0,4	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	
Zentralklinik	CP-Z-01	S2 Regiegebäude	42,0	37,8	0,6							2,7	1,5	
Zentralklinik	CP-Z-02	S2 Neubau Ost	277,0	128,0	19,7	20,8	29,8	75,0	50,5	54,2	44,2			
Zentralklinik	CP-Z-03	S2 Neubau Süd	312,0	19,6	-0,6	0,8	54,2	55,0	55,0	50,0	50,0	50,0	50,0	37,4
Zentralklinik	CP-Z-04	S2 Funktionsstrakt Nord	32,0	16,2	2,6	3,6	3,3	11,0	6,9	2,2				6,8
Zentralklinik	CP-Z-05	S2 Dienstleistungszentrum	9,5	4,2	-0,1	1,0	0,7	2,0	1,7	2,0	1,4			0,2
Zentralklinik	CP-Z-06	S2 Bürozentrum	0,3	0,4	-0,1									-0,1
Zentralklinik	CP-Z-07	S2 Hochgarage	2,0	2,0 <sup>3)</sup>										
Zentralklinik	CP-Z-08	S2 Infrastruktur	42,5	19,0	9,9	10,2	5,6	7,0	15,7	6,0	0,6			1,2
Zentralklinik	CP-Z-09	S2 Öffentliche Straßenanlagen Süd	7,5	7,1	0,4									0,4
Zentralklinik	CP-Z-10	S2 Öffentliche Straßenanlagen West	4,0							4,0 <sup>4)</sup>				
2. Zwischensumme Zentralklinik			728,7	234,3	32,5	36,3	93,6	150,0	129,9	118,4	96,1	52,7	60,0	37,4
Lebensdauererläar	CP-L-01	S2 Funktionsstrakt	20,5	2,7	0,5	1,6	1,9	5,5	3,5	5,0	3,5	2,8	3,1	
Lebensdauererläar	CP-L-02	S3 Gebäude A	15,0	10,6	-0,3	0,9	1,2	4,0	2,1	0,7			1,6	
Lebensdauererläar	CP-L-03	S3 Gebäude B	25,0	6,1	0,8	4,9	2,3	11,7	7,1	3,5	2,0	0,6	5,7	
Lebensdauererläar	CP-L-04	S3 Gebäude D	3,4	0,1	-0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	0,2	2,0	0,7	0,3	
Lebensdauererläar	CP-L-05	S3 Gebäude H	5,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,5	0,3	1,9	2,5		0,3	
Lebensdauererläar	CP-L-06	S3 Infrastruktur	4,9	2,2	0,4	0,1	0,2	0,8	0,3	0,9	0,7		0,9	
3. Zwischensumme Lebensdauererläarverlängerung			73,8	21,8	1,3	7,5	5,8	22,7	13,4	12,2	10,6	4,1	11,8	0,0
Summe Strategie, Zentralklinik und Lebensdauererläarverlängerung (Change P)			803,2	256,4	33,8	43,8	99,4	173,1	143,3	131,0	106,7	56,8	71,7	37,4
davon für Anlagen und Gebäude <sup>5)</sup>			642,6	205,1	27,1	35,1	79,6	138,5	114,6	104,8	85,4	45,4	57,4	29,9
davon für Medizintechnik <sup>5)</sup>			120,5	38,5	5,1	6,6	14,9	26,0	21,5	19,6	16,0	8,5	10,8	5,6
davon für Einrichtungen und Ausstattungen <sup>5)</sup>			40,2	12,8	1,7	2,2	5,0	8,7	7,2	6,5	5,3	2,8	3,6	1,9
4. Außerhalb Change Prozess "Zwei-Standorte-Konzept" <sup>6)</sup>														
Diverse	GB C Sonstige investive Projekte <sup>7)</sup>								7,9	9,0				
Diverse	GB D2 (IT) <sup>8)</sup>			30,7					10,1	13,5				
Diverse	GB D1 (Medizintechnik) <sup>8)</sup>								3,2	3,4	Σ 6,2	Σ 6,2		
Diverse	Sonstige Bereiche <sup>8)</sup>								1,7	1,1				
Zwischensumme Diverse				30,7					22,9	27,0	6,2	6,2		
Summe gesamt				287,1	33,8	43,8	99,4		166,2	158,0	112,9	62,9	71,7	37,4

Summen können aufgrund von Rundungen abweichen

1) Stand: Wirtschaftsplan 2024 (September 2023)

2) Der Übertrag wurde am Ende des Change Prozess "Zwei-Standorte-Konzept" verortet

3) Ausgaben für das Projekt S2 Hochgarage wurden als Aufwand verbucht und führen daher zu einer Abweichung bei den Anlagezugängen

4) Ausgaben für das Projekt S2 Öffentliche Straßenanlagen West werden ab Q1/2023 budgeterhöhend als Teil des Change Prozess "Zwei-Standorte-Konzept" erfasst

5) Es wird von der folgenden zeitlichen Investitionsreihenfolge sowie prozentualen Verteilung an den Gesamtausgaben ausgegangen: 1. Anlagen und Gebäude (80%), 2. Medizintechnik (15%) und 3. Einrichtungen und Ausstattungen (5%)

6) Ab 2024ff können weitere Teile der Investitionen durch das Krankenhauszukunftsgesetz finanziert werden; Die jährliche Höhe der Investitionen und der Finanzierung befindet sich in Bearbeitung

7) Sonstige investive Projekte sind bis 2020 im Change Prozess "Zwei-Standorte-Konzept" enthalten

8) Wird jährlich in der Wirtschaftsplanung für das Planjahr detailliert - Annahme für 2025ff, dass nur in Höhe der pauschalen Fördermittel investiert wird

# Wirtschaftsplan 2024

## B Übersicht Mittelherkunft - Update 04.10.2023 [in Mio. EUR]

	Budget	Bis 2022	2022	2023	2023	2023	2023	2024	2025	2026	2027	Ab 2028
		IST	Übertrag	IST Q1-Q2	Prognose Q3-Q4	Plan	Prognose	Plan <sup>1)</sup>	Plan	Plan	Plan	Plan
	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
(1-3.)												
\$9.1 Fördermittel <sup>1)</sup>	178,0	130,1			12,9		12,9	23,8 <sup>2) 4)</sup>	9,5 <sup>2)</sup>			1,8
Fördermittel für Baukostensteigerungen 2023	11,5							11,4 <sup>4)</sup>				0,1
Erhöhung des \$9.1 Fördervolumens <sup>5)</sup>	73,0									24,3	24,3	24,3
\$9.3 Fördermittel <sup>1)</sup>												
KHZG Fördermittel <sup>1)</sup>												
Experimentierklausel 2019-2022	193,5	153,5		40,0			40,0					
Experimentierklausel 2023 bzw. Fremdfinanzierungsbedarf	106,7						47,6	59,1				
Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf 2024	67,4							67,4				
Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf (unter Finanzierungsvorbehalt)	173,2	20,1							106,7	32,4	47,4	-33,5 <sup>1)</sup>
<b>Summe Mittelherkunft 1.-3.</b>	<b>803,2</b>	<b>303,7</b>					<b>100,5</b>	<b>126,5</b>	<b>106,7</b>	<b>56,8</b>	<b>71,7</b>	<b>37,4</b>
Zwischenfinanzierung 2022/ 2023 (+)/ Finanzierungsüberschuss (-)	-51,8	-47,3					-4,5					
Zwischenfinanzierung (-)/ Finanzierungsüberschuss (+) aus Vorjahr	51,8						47,3	4,5				
<b>Summe Mittelherkunft 1.-3. (nach Zwischenfinanzierung)</b>	<b>803,2</b>	<b>256,4</b>					<b>143,3</b>	<b>131,0</b>	<b>106,7</b>	<b>56,8</b>	<b>71,7</b>	<b>37,4</b>

(4.)												
\$9.1 Fördermittel <sup>1)</sup>												
Fördermittel für Baukostensteigerungen 2023												
Erhöhung des \$9.1 Fördervolumens <sup>5)</sup>												
\$9.3 Fördermittel <sup>1)</sup>	30,8	6,2					6,2	6,2	6,2	6,2		
KHZG Fördermittel <sup>1)</sup>	6,2						2,7	3,4				
Experimentierklausel 2019-2022												
Experimentierklausel 2023 bzw. Fremdfinanzierungsbedarf												
Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf 2024												
Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf (unter Finanzierungsvorbehalt)	56,0	24,6					14,0	17,4				
<b>Summe Mittelherkunft 4.</b>	<b>92,9</b>	<b>30,7</b>					<b>22,9</b>	<b>27,0</b>	<b>6,2</b>	<b>6,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Zwischenfinanzierung 2022/ 2023 (+)/ Finanzierungsüberschuss (-)												
Zwischenfinanzierung (-)/ Finanzierungsüberschuss (+) aus Vorjahr												
<b>Summe Mittelherkunft 4. (nach Zwischenfinanzierung)</b>	<b>92,9</b>	<b>30,7</b>					<b>22,9</b>	<b>27,0</b>	<b>6,2</b>	<b>6,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

(1-4.)												
\$9.1 Fördermittel <sup>1)</sup>	178,0	130,1			12,9		12,9	23,8 <sup>2)</sup>	9,5 <sup>2)</sup>			1,8 <sup>2)</sup>
Fördermittel für Baukostensteigerungen 2023	11,5							11,4				0,1
Erhöhung des \$9.1 Fördervolumens <sup>5)</sup>	73,0									24,3	24,3	24,3
\$9.3 Fördermittel <sup>1)</sup>	30,8	6,2					6,2	6,2	6,2	6,2		
KHZG Fördermittel <sup>1)</sup>	6,2						2,7	3,4				
Experimentierklausel 2019-2022	193,5	153,5		40,0			40,0					
Experimentierklausel 2023 bzw. Fremdfinanzierungsbedarf	106,7						47,6	59,1				
Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf 2024	67,4							67,4				
Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf (unter Finanzierungsvorbehalt)	229,1	44,7					14,0	17,4	106,7	32,4	47,4	-33,5 <sup>1)</sup>
<b>Summe Mittelherkunft 1.-4.</b>	<b>896,2</b>	<b>334,4</b>					<b>123,4</b>	<b>153,5</b>	<b>112,9</b>	<b>62,9</b>	<b>71,7</b>	<b>37,4</b>
Zwischenfinanzierung 2022/ 2023 (+)/ Finanzierungsüberschuss (-)	-51,8	-47,3					-4,5					
Zwischenfinanzierung (-)/ Finanzierungsüberschuss (+) aus Vorjahr	51,8						47,3	4,5				
<b>Summe Mittelherkunft 1.-4. (nach Zwischenfinanzierung)</b>	<b>896,2</b>	<b>287,1</b>					<b>166,2</b>	<b>158,0</b>	<b>112,9</b>	<b>62,9</b>	<b>71,7</b>	<b>37,4</b>

- 1) Wird jährlich in der Wirtschaftsplanung für das Planjahr detailliert - Nur \$9.1 und \$9.3 Fördermittel für 2024ff geplant (weitere Fördermittel, u.a. im Rahmen von KHZG, erwartet)
- 2) Zum aktuellen Zeitpunkt liegt keine Bescheinigung über eine Auszahlung der \$9.1 Fördermittel in 2023 und 2024 vor. Aus Planungssicherheitsgründen wird der Gesamtfinanzierungsbedarf für diese Jahre jedoch exklusive Einzahlungen aus Fördermitteln nach \$9.1 KHG geplant und dargestellt. Zum aktuellen Zeitpunkt wird eine Auszahlung von 99% der Fördermittel bis Ende 2025 erwartet. Der Restbetrag von 1% der Fördersumme wird erst mit Abschluss der Baumaßnahme nachträglich ausbezahlt
- 3) Die Summe der Mittelherkunft beinhaltet die offenen Fördermittel nach \$9.1 KHG ab 2023 (insgesamt 35,5 Mio. EUR)
- 4) Gemäß Investitionsprogramm des Landes Niedersachsen sind für 2023 Fördermittel i.H.v. 24,0 Mio. EUR für das skbs vorgesehen. Weitere 11,5 Mio. EUR sind ebenso für 2023 im Rahmen des Investitionsprogramms 2023 für Baupreissteigerungen für das skbs vorgesehen. Aus kaufmännischer Vorsicht werden die Zahlungseingänge dieser Fördermittel in 2024 berücksichtigt
- 5) Zusätzlich zur Festbetragsförderung i.H.v. 178,0 Mio. EUR wurde eine Erhöhung der förderfähigen Kosten um 73,0 Mio. EUR bis zum Abschluss des Investitionsprogramms durch das Land Niedersachsen bestätigt. Zum aktuellen Zeitpunkt liegt keine schriftliche Bestätigung über die Höhe der Festbetragsförderung vor - Daher wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Erhöhung um den Betrag aus der Pressemitteilung des Landes handelt
- 6) Der negative Betrag im Eigenmittel/ Fremdfinanzierungsbedarf (unter Finanzierungsvorbehalt) entsteht aufgrund der im Sinne des Vorsichtsprinzips in 2028 berücksichtigten Summe der Fördermittel der Jahre 2024-2025 und der entsprechend geplanten Vorfinanzierung in den Vorjahren

## C1 Zusammenfassung Zwischenfinanzierung der mit der Experimentierklausel finanzierten Investitionen [in Mio. EUR]

	Bis 2022	2023	2024	2025	2026	2027	Ab 2028
	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Benötigte Zwischenfinanzierung der mit der Experimentierklausel/Fremdfinanzierung finanzierten Investitionen <sup>1+2)</sup>	65,0	65,0	150,0	n/v	n/v	n/v	n/v

- 1) Die Höhe der Zwischenfinanzierung steht unter der Annahme, dass bis Ende Oktober 2023 eine Fremdfinanzierung erfolgt; Falls sich die Inanspruchnahme verzögert, wird die Zwischenfinanzierung um den zusätzlichen Bedarf erhöht
- 2) Eine Detaillierung wird jährlich in der Wirtschaftsplanung für das Planjahr vorgenommen; derzeitiger Betrachtungszeitraum nur bis 2024

## C2 Zusammenfassung Finanzierung zur Sicherung der operativen Liquidität [in Mio. EUR]

	Bis 2022	2023	2024	2025	2026	2027	Ab 2028
	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Verfügbare Finanzierungslinie <sup>3)</sup>	80,0	80,0	144,9	n/v	n/v	n/v	n/v

- 3) Für 2022 und 2023 bestehend aus Cashpool-Linie, Betriebsmittelkreditlinie und Factoring (60 Mio. EUR, 5,0 Mio. EUR, 15 Mio. EUR). Für 2024 bestehend aus bereits existierenden und erwarteten operativen und strukturellen Liquiditätsbedarfen und der Betriebsmittelkreditlinie i.H.v. 4,9 Mio. EUR; Anpassung erfolgt abhängig vom Bedarf; Derzeitiger Betrachtungszeitraum nur bis 2024

## Wirtschaftsplan 2024

## 4.4 Erfolgsplan Konzern

### Erfolgsplan 2024

Lfd. Nr.	Bezeichnung (Konten-unter-Gruppe)	Klinikum	MVZ	Textilservice GmbH	Klinikdienste GmbH	skbs.digital GmbH	Klinikum konsolidiert
		Planansatz Planjahr	Planansatz Planjahr	Planansatz Planjahr	Planansatz Planjahr	Planansatz Planjahr	Planansatz Planjahr
1	2	€	€	€	€	€	€
1.	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (KGr.40, KUGr.780)	362.495.297	0	0	0	0	362.495.297
2.	Erlöse aus Wahlleistungen (KGr.41)	8.000.000	0	0	0	0	8.000.000
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses (KGr.42)	18.070.000	11.776.000	0	0	0	29.571.000
4.	Nutzungsentgelt der Ärzte (KGr.43)	8.040.000	0	0	0	0	8.040.000
4a.	Umsatzerlöse Krankenhaus gem. § 277 HGB	19.090.000	0	0	0	0	16.090.000
5.	Erhöhung des Bestandes an Unfertigen Leistungen (KGr.55)	250.000	0	0	0	0	250.000
6.	andere aktivierte Eigenleistungen (KGr.55)	1.000.000	0	0	0	0	1.000.000
7.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11. (KGr.47)	4.300.000	0	0	0	0	4.300.000
8.	sonstige betriebliche Erträge (KGr.44, 45; KUGr.473,520; KGr.54, 57, 58; KUGr.591, 592)	17.040.000	0	3.793.000	30.125.000	2.500.000	24.158.000
<b>ZWISCHENSUMME 1-8</b>		<b>438.285.297</b>	<b>11.776.000</b>	<b>3.793.000</b>	<b>30.125.000</b>	<b>2.500.000</b>	<b>453.904.297</b>
9.	Personalaufwand						
a)	Löhne und Gehälter (KGr. 60, 64)	232.629.319	6.167.892	1.695.518	16.480.035	1.421.006	257.594.294
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (KGr.61-63),	55.495.886	1.471.408	404.482	3.931.465	338.994	61.441.711
10.	Materialaufwand						
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (KGr.65; KGr.66 ohne Kto.6601, 6609, 6616 und 6618; KGr.67; KUGr.680; KGr.71)	95.928.873	1.036.175	1.008.098	8.427.450	89.609	97.540.204
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen (Kto.6601, 6609, 6616 und 6618; KUGr.681)	32.534.867	351.425	341.902	314.550	30.391	12.773.136
<b>ZWISCHENSUMME 9 und 10</b>		<b>416.588.945</b>	<b>9.026.900</b>	<b>3.450.000</b>	<b>29.153.500</b>	<b>1.880.000</b>	<b>429.349.345</b>
<b>ZWISCHENERGEBNIS</b>		<b>21.696.352</b>	<b>2.749.100</b>	<b>343.000</b>	<b>971.500</b>	<b>620.000</b>	<b>24.554.952</b>



# Wirtschaftsplan 2024

11.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (KGr.46)	23.890.000	0	0	0	0	23.890.000
12.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (KGr.48)		0	0	0	0	0
13.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (KUGr.490, 491)	11.000.000	0	0	0	0	11.000.000
14.	Erträge aus der Auflösung des Ausgleichsposten für Darlehensförderung (KUGr.492)	16.000	0	0	0	0	16.000
15.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (KUGr.752, 755)	22.800.000	0	0	0	0	22.800.000
17.	Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen (KGr.77)	500.000	0	0	0	0	500.000
<b>ZWISCHENSUMME 11 - 17</b>		<b>11.606.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>11.606.000</b>
20.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (KUGr.760)	17.000.000	480.000	0	157.000	21.000	17.658.000
21.	sonstige betriebliche Aufwendungen (KGr.69, 70; KUGr.720, 731, 732, 763, 781, 790, 791, 792, 793)	64.227.000	1.641.500	370.000	738.500	550.000	65.702.000
<b>ZWISCHENSUMME 20 und 21</b>		<b>81.227.000</b>	<b>2.121.500</b>	<b>370.000</b>	<b>895.500</b>	<b>571.000</b>	<b>83.360.000</b>
<b>ZWISCHENERGEBNIS</b>		<b>-47.924.648</b>	<b>627.600</b>	<b>-27.000</b>	<b>76.000</b>	<b>49.000</b>	<b>-47.199.048</b>
22.	Erträge aus Beteiligungen (KUGr.500, 521)	0	0	0	0	0	0
	davon aus verbundenen Unternehmen		0	0	0	0	0
24.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (KGr.51)	10.000	0	0	8.000	0	18.000
26.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (KGr.74)	9.300.000	307.000	0	0	25.000	9.632.000
<b>ZWISCHENSUMME 22 - 26</b>		<b>-9.290.000</b>	<b>-307.000</b>	<b>0</b>	<b>8.000</b>	<b>-25.000</b>	<b>-9.614.000</b>
<b>ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>		<b>-57.214.648</b>	<b>320.600</b>	<b>-27.000</b>	<b>84.000</b>	<b>24.000</b>	<b>-56.813.048</b>
31.	Steuern (KUGr.730)	1.300.000	0	0	50.000	6.000	1.356.000
32.	<b>JAHRESÜBERSCHUSS/- FEHLBETRAG</b>	<b>-58.514.648</b>	<b>320.600</b>	<b>-27.000</b>	<b>34.000</b>	<b>18.000</b>	<b>-58.169.048</b>

## 4.5 Mehrjahresplanung (Gesamtübersicht)

### A Übersicht

Gewinn- und Verlustrechnung	2023	2024	2025	2026	2027	2028
KHBV	Prognose t€	WiPlan t€	Plan t€	Plan t€	Plan t€	Plan t€
1. Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	332.517	362.495	378.249	384.642	391.327	397.901
2. Erlöse aus Wahlleistungen	7.733	8.000	8.189	8.189	8.189	8.189
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen	17.000	18.070	19.327	20.204	20.884	21.382
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	7.890	8.040	8.735	9.254	9.708	10.091
4a. Umsatzerlöse Krankenhaus n. § 277 HGB	20.850	19.090	19.911	20.312	20.719	21.129
5. Unfertige Leistungen	400	250	250	250	250	250
6. Aktivierte Eigenleistungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
7. Zuweisungen und Zuschüsse d. öff. Hand	7.420	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300
8. Sonstige betriebliche Erträge	42.710	17.040	17.408	17.741	18.072	18.401
Zwischensumme	437.520	438.285	457.369	465.892	474.449	482.643
9. Personalaufwand	248.785	288.125	295.218	300.440	305.561	313.061
10. Materialaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen	182.976	192.691	191.836	187.597	188.887	190.060
Zwischensumme	431.761	480.816	487.054	488.037	494.449	503.121
Investitions- und Förderbereich	13.045	14.694	25.335	31.441	32.523	40.587
22. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
24. Sonstige Zinsen u. ähnl. Erträge	4	10	10	10	10	10
31. Steuern	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
32. Angestrebtes Jahresergebnis	-8.582	-58.515	-56.310	-54.876	-53.813	-62.355

Betreff:

**Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH  
Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH auf die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

05.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

07.12.2023

12.12.2023

Status

Ö

N

**Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH auf die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH zuzustimmen.“

**Sachverhalt:**

Die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH (Bistro GmbH) ist 2014 aus vergaberechtlichen Gründen gegründet worden. Anlass war die Vergabe von Reinigungsleistungen für die Stadt Braunschweig an die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH (Klinikdienste GmbH), für die nach den damaligen Vorschriften die erforderliche Inhousefähigkeit fehlte.

Die Bistro GmbH betreibt die Cafés in den Klinikstandorten, die Gastronomie in der Braunschweiger Wasserwelt und bietet einen Catering-Service an. Während bis 2019 noch knapp positive Ergebnisse erreicht werden konnten, hat die Gesellschaft seit Beginn der Corona-Pandemie negative Ergebnisse. Das Eigenkapital ist zwischenzeitlich aufgebraucht, die Liquidität wird seit 2021 mit zwischenzeitlich drei konzerninternen Darlehen im Gesamtumfang von 450.000 € durch die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (SKBS GmbH) gesichert. Eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht abzusehen, so dass weitere Verluste nicht ausgeschlossen werden können.

Die Klinikdienste GmbH hat ihren Umsatz seit der Gründung der Bistro GmbH 2014 von rd. 10,0 Mio. € auf rd. 22,1 Mio. € im Jahr 2022 steigern können. Der Umsatz der Bistro GmbH lag 2022 bei rd. 0,8 Mio. €, so dass nach den aktuellen vergaberechtlichen Vorschriften keine Einschränkungen zu erwarten sind, wenn zukünftig wieder die Klinikdienste GmbH die bislang durch die Bistro GmbH erbrachten Leistungen übernimmt.

Die Übertragung des gesamten Geschäftsbetriebs der Bistro GmbH auf die Klinikdienste GmbH stellt arbeitsrechtlich einen Betriebsübergang dar, sodass die Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bistro GmbH unter Wahrung der Rechtspositionen auf die Klinikdienste GmbH übergehen.

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich bezogen auf den Gesamtkonzern ergebnisneutral. Zukünftig ist vorgesehen, die Gastronomieeinheiten in einer Trennungsrechnung zu führen.

Die im Gesellschaftsvertrag der Klinikdienste GmbH dargestellten Gesellschaftszwecke werden entsprechend angepasst.

Die vollständige Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bistro GmbH führt handelsrechtlich dazu, dass der Mantel der GmbH bestehen bleibt und für die weitere Neustrukturierung des Klinikums als Vorrats-GmbH im Klinikum-Konzern verbleibt. Es ist angedacht, diesen Vorteil im Hinblick auf das im Bau befindliche Diagnostikzentrum zu nutzen und zu gegebener Zeit auch dazu eine entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen.

Der Gründung der Bistro GmbH lag ein Beschluss der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (SKBS GmbH) nach vorherigem Anweisungsbeschluss durch den Verwaltungsausschuss zugrunde. Auch für die Entscheidung zu der geplanten Betriebsübertragung soll es eine entsprechende Beschlussfassung geben, da die Konzernstruktur des Klinikums erneut verändert wird. Nach der Beschlussfassung ist vorgesehen, die Kommunalaufsicht unter Hinweis auf § 152 NKomVG entsprechend zu informieren.

Der Aufsichtsrat der SKBS GmbH hat sich mehrfach mit der Übertragung des Geschäftsbetriebs von der Bistro GmbH auf die Klinikdienste befasst und diese befürwortet, auch die Verträge liegen inzwischen vor.

I. V.

Geiger

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Gewerbepark Waller See - Braunschweig 1. BA**

Organisationseinheit:

Dezernat VII

20 Fachbereich Finanzen

Datum:

05.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Sitzungstermin

07.12.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

12.12.2023

N

**Beschluss:**

1. Dem der Vorlage beigelegten Vereinbarungsentwurf wird zugestimmt und der Oberbürgermeister beauftragt die Vereinbarung redaktionell endzuverhandeln und zu unterzeichnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die weiteren Schritte zu veranlassen.

**Sachverhalt:**

Bezüglich der Historie des Interkommunalen Gewerbegebiets Waller See, 1. BA wird auf die umfangreiche Darstellung der DS 18-08040 und der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-20712 verwiesen.

Obwohl die vergangenen Gespräche mit der Gemeinde Schwülper wie seinerzeit dargestellt schwierig verliefen, stand aus Sicht der Verwaltung immer eine gütliche Einigung außerhalb des Klagewegs im Fokus. Wie in der o. g. Mitteilung berichtet wurde, wurden der Gemeinde unter einem Gremienvorbehalt Vorschläge zur Beilegung der Thematik übermittelt. Der Rat der Gemeinde Schwülper hat der vorgeschlagenen einvernehmlichen Gesamtlösung im Frühjahr 2023 zugestimmt.

Diese Gesamtlösung wird nunmehr in der beigelegten Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Gemeinde Schwülper umgesetzt:

- Wie in der Sitzung des VA am 30.08.2018 beschlossen, zahlt die Gemeinde Schwülper auch für die Jahre 2018 bis 2022 60 % der Gewerbesteuereinkünfte abzüglich der Gewerbesteuerumlage an die Stadt. Die Zahlungsverpflichtung beträgt 3.112.767,28 €.
- Die Stadt Braunschweig beteiligt sich zu 50 % einmalig an der notwendigen Sanierung und Verbreiterung der Zugangsstraße, da diese der einzige Zugang zum 2. BA dem Braunschweiger Gewerbegebiet Waller See - Braunschweig ist. Von den Gesamtkosten in Höhe von 1.899.515,16 € werden 949.757,58 € mit der o. g. Zahlungsverpflichtung verrechnet.
- Die Straßenunterhaltung des Kreisverkehrsplatzes, der nur zu einem Teil auf Braunschweiger Gebiet liegt, wird der Gemeinde gegen Zahlung eines Ablösebetrages in Höhe von 97.200 €, übertragen, der ebenfalls mit der o. g. Zahlungsverpflichtung verrechnet wird. Dabei wird auch die Ablösung der

Straßenunterhaltung für den angrenzenden Straßenast berücksichtigt.

- Auf Wunsch der Gemeinde Schwülper enthält der Vertrag einen Passus, der die bisher bereits in der Praxis gelebte Abstimmung zwischen der Stadt Braunschweig und der Gemeinde bei Grundstückweiterveräußerungen bezüglich des Vorkaufsrecht schriftlich fixiert.

Mit dem Vertrag werden die offenen Fragen zur Beteiligung der Stadt an der Sanierung/ Erweiterung der Zugangsstraße, zur Ablösung der Straßenunterhaltung sowie zur Zahlung des ausstehenden Steueranteils gem. § 4 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Schwülper und der Stadt Braunschweig abschließend geregelt. Die wechselseitigen Zahlungsverpflichtungen wurden fortgeschrieben und geprüft.

Da eine Einigung mit der Gemeinde Schwülper erzielt worden ist, wird davon ausgegangen, dass weder ein Mahnverfahren, noch der Rechtsweg zur Durchsetzung dieser Forderungen erforderlich sein wird (s. Beschluss Nr. 2 der DS 18-08040).

Im Ergebnis erhält die Stadt Braunschweig  
 $3.112.767,28 \text{ €} - 949.757,58 \text{ €} - 97.200 \text{ €} = 2.065.809,70 \text{ €}$ . gem. dem § 4 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum gemeinsamen Projekt „Gewerbepark Waller See - Braunschweig“ 1. Bauabschnitt abzüglich der vertraglichen Vereinbarungen. Damit ist die Geltungsdauer des Steuerausgleichs beendet und ab dem 1. Januar 2023 fließen die Gewerbesteuererträge zu 100% der Gemeinde Schwülper zu.

Geiger

#### **Anlage/n:**

Vereinbarung Waller See

## Vereinbarung

zwischen

der Stadt Braunschweig, vertreten durch den Oberbürgermeister,

-nachstehend „Stadt“ genannt-

und

der Gemeinde Schwülper, vertreten durch die Bürgermeisterin,

-nachstehend „Gemeinde“ genannt-.

## **Präambel**

Zwischen der Stadt Braunschweig und der Gemeinde Schwülper wurde im Jahr 1999 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum gemeinsamen Projekt „Gewerbepark Waller See-Braunschweig“ geschlossen, die den 1. Bauabschnitt auf dem Gebiet der Gemeinde Schwülper betrifft und auf einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 1997 beruht. Die Vereinbarung sieht eine Kosten- und Einnahmeverteilung von 40 % für die Gemeinde Schwülper und von 60 % für die Stadt Braunschweig vor. Die Vereinbarung wurde zum Ende des Jahres 2017 gekündigt, offen ist bisher noch die Abrechnung des Steuerausgleiches für die Stadt Braunschweig für die vereinbarte nachvertragliche Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022.

Mit dieser Vereinbarung wird ein einvernehmlicher Abschluss zum 1. Bauabschnitt des Gewerbegebiets Waller See herbeigeführt, indem zum einen eine kostenmäßige Abwicklung der Forderungen der Stadt Braunschweig aus dem Steuerausgleich für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2022.

Weiterhin wird geregelt, dass die Kosten für die aufgrund der starken Beanspruchung bereits zeitnah erforderliche Straßensanierung und –erweiterung im Bereich der Zufahrt zum Gewerbegebiet Waller See auf Basis der Kostenschätzung jeweils zu 50% von der Gemeinde Schwülper und der Stadt Braunschweig getragen werden.

Zum anderen soll für den Kreisverkehrsplatz (KVP) im 2. Bauabschnitt des Interkommunalen Gewerbegebiet Waller See sowie den angrenzenden Straßenast die Straßenunterhaltung teilweise neu geregelt und vereinfacht werden.

## **§ 1 Teilweise Neuregelung der Straßenunterhaltung**

Der östliche Teil des KVP befindet sich in der Baulast der Stadt Braunschweig, der westliche Teil in der Baulast der Gemeinde Schwülper (s. Anlage 1). Auch der nach Süden vom KVP abgehende Straßenast weist eine getrennte Baulast auf. Auch hier liegt er östliche Teil in der Baulast der Stadt Braunschweig und der westliche Teil in der Baulast der Gemeinde Schwülper.

Um klare Grenzen zu definieren wird zwischen der Stadt Braunschweig und der Gemeinde Schwülper mit dieser Vereinbarung eine Regelung erreicht, bei der sowohl der komplette KVP als auch der komplette südlich abgehende Straßenast der Baulast einer der beiden Gebietskörperschaften zugeordnet wird. Und zwar im Einzelnen wie folgt:

Die Straßenunterhaltung für den westlichen Abschnitt des KVP, inkl. Nebenanlagen sowie für den Abschnitt der Straßensanierung verbleibt bei der Gemeinde Schwülper.

Die Straßenunterhaltung für den östlichen Abschnitt des KVP, inkl. Nebenanlagen sowie für den Abschnitt der Straßenerweiterung wird zukünftig von der Gemeinde Schwülper übernommen.

Die Straßenunterhaltung für den westlichen Abschnitt des südlich an den KVP angrenzenden Straßenastes wird zukünftig von der Stadt Braunschweig übernommen.

Die Straßenunterhaltung für den östlichen Abschnitt (1.400 m<sup>2</sup>) des Straßenastes verbleibt bei der Stadt Braunschweig.

Somit ergibt sich eine Grenze in der Unterhaltung im Übergang zwischen KVP und südlich angrenzendem Straßenast.

Die Vereinbarung trifft keine Regelungen zum Eigentum.

## **§ 2 Umfang der Baulast**

Die Baulast umfasst:

- die laufende bauliche und betriebliche Unterhaltung sowie Reinigung und Winterdienst
- die Verkehrssicherungspflicht und Befriedigung von Ansprüchen Dritter, die aus einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht erwachsen
- das Aufstellen von Verkehrszeichen im Rahmen des § 9 Abs. 1 und § 15 NStrG
- die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen einschließlich Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach den §§ 18 - 21 NStrG
- den Abschluss von Nutzungsverträgen nach § 23 NStrG
- die Durchführung von Schutzmaßnahmen nach § 31 Abs. 1 und 2 NStrG.

## **§ 3 Höhe des Ablösebetrages**

Der Straßenunterhaltung des KVP, die künftig komplett von der Gemeinde Schwülper übernommen wird, wird die Straßenunterhaltung des Straßenastes durch die Stadt Braunschweig gegengerechnet, wie in § 1 auf Basis der Anlage 1 festgelegt.

Da die jeweils übernommenen Unterhaltungspflichten unterschiedliche Flächengrößen betreffen, ergibt sich für die Stadt Braunschweig die Pflicht zur Zahlung eines Ablösebetrages nach folgender Berechnung:

Fläche des östlichen KVP:	1.800 m <sup>2</sup>
Fläche des westlichen Straßenastes:	990 m <sup>2</sup>
Ansatz Ablöse-Zahlung (psch.):	120 €/m <sup>2</sup> (brutto)

Somit ergibt sich ein von der Stadt Braunschweig zu zahlender Ablösebetrag von  
 $1.800 - 990 \text{ m}^2 \times 120 \text{ €/m}^2 = 97.200 \text{ €}$

## **§ 4 Höhe der Kostenbeteiligung**

Die Kosten für die geplante Straßensanierung und -erweiterung betragen gem. Kostenschätzung vom 25.08.2023 1.899.515,16 € (brutto), Grundlage hierfür ist die Berechnung in Anlage 2.



Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass sich die Stadt Braunschweig pauschal i. H. v. 50% an den geschätzten Kosten beteiligt.

Somit ergibt sich ein von der Stadt Braunschweig zu zahlender Betrag für die Straßensanierung und -erweiterung von

$$1.899.515,16 \text{ €} \times 0,5 = 949.757,58 \text{ €}$$

Sollten sich von der Kostenschätzung abweichende Gesamtkosten ergeben, erfolgt keine Anpassung der pauschalen Kostenbeteiligung. Eine Kostenbeteiligung der Stadt Braunschweig bei zukünftigen Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen erfolgt nicht.

### **§ 5 Höhe des Steuerausgleiches**

Die Gemeinde Schwülper zahlt für die Jahre 2018 bis 2022 60 % der Gewerbesteuererträge abzüglich der Gewerbesteuerumlage an die Stadt Braunschweig.

Die Zahlungsverpflichtung beträgt 3.112.767,28 €, Grundlage der Berechnung ist Anlage 3.

### **§ 6 Höhe des Zahlungsbetrages**

Wegen der in dieser Vereinbarung getroffenen Regelungen über die unterschiedlichen Zahlungspflichten erfolgt im Einvernehmen der Parteien eine Verrechnung der Forderungen.

Daraus ergibt sich im Ergebnis ein an die Stadt Braunschweig zu zahlender Betrag der Gemeinde Schwülper i. H. v. 2.065.809,70 € nach folgender Berechnung:

$$\begin{aligned} & 3.112.767,28 \text{ € (Steuerausgleich)} \\ & - 97.200 \text{ € (Ablösebetrag für Straßenunterhaltung)} \\ & - 949.757,58 \text{ € (Beteiligung Stadt an Straßensanierung)} \\ & = \mathbf{2.065.809,70 \text{ €}} \end{aligned}$$

Dieser Betrag wird 14 Tage nach Vertragsunterzeichnung fällig.

### **§ 7 Ausübung der Vorkaufsrechte**

Die Stadt Braunschweig verpflichtet sich bei einer beabsichtigten Ausübung eines grundbuchlich gesicherten Vorkaufsrechtes an den Gewerbegrundstücken auf dem Gebiet der Gemeinde Schwülper, die Gemeinde Schwülper rechtzeitig zu informieren.

### **§ 8 Abschluss von Nutzungsverträgen**

Verträge über die Benutzung der Straße auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig durch Versorgungsleitungen sind der Stadt anzuzeigen.

### **§ 9 Geltungsdauer**

Mit dieser Vereinbarung sind alle offenen Fragen aus dem 1. Bauabschnitt des „Gewerbeparks Waller See-Braunschweig“ einvernehmlich geklärt. Diese Vereinbarung gilt unbefristet.

### **§ 10 Schriftform**

Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform, das gilt auch für diese Schriftformklausel.

### **§ 11 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Stadt Braunschweig

Gemeinde Schwülper

Braunschweig, den .....

Schwülper, den .....

.....  
Oberbürgermeister

.....  
Bürgermeisterin

Betreff:

**Beschluss zum Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG)**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

05.12.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt, die Erleichterungsregelungen bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 nach § 1 Abs.1 Nrn. 1 und 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG) anzuwenden; vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den niedersächsischen Landtag.

**Sachverhalt:**

Anlass der Neuregelung eines Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG) sind die mit Stand Juli 2021 rund 5.100 fehlenden kommunalen Jahresabschlüsse in Niedersachsen, deren notwendigerweise zügige Aufarbeitung mit den aktuell rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln nicht erreicht werden kann.

Ohne Erleichterungen wird es den Kommunen nach Auffassung sowohl der ministeriellen als auch der kommunalen Ebene nicht gelingen, kurz bzw. mittelfristig alle offenen Jahresabschlüsse gemäß den gesetzlichen Vorgaben zu erstellen. Neben den bereits vorhandenen Eingriffsmöglichkeiten der Kommunalaufsichtsbehörden sollen nun Erleichterungen für die Kommunen geschaffen werden.

Durch diese Erleichterungen kann nach § 1 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des NBKAG von der Erstellung folgender Unterlagen abgesehen werden:

1. einem Anhang nach § 128 Abs. 2 Nr. 4 NKomVG und seinen beizufügenden Anlagen wie der Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Schuldenübersicht, Rückstellungsübersicht, Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen.
2. die Teilergebnisrechnungen nach § 52 Abs. 3 KomHKVO und die Finanzrechnungen für Teilfinanzhaushalte nach § 53 Abs. 3 KomHKVO.

Die Stadt Braunschweig ist bisher nicht in der Situation, dass eine Genehmigung der Haushaltssatzung mit Auflagen verbunden ist. Der Jahresabschluss 2020 wurde am 22. November 2022 vom Rat beschlossen.

Mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf kann durch Beschluss des Rates bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 davon abgesehen werden, den Anhang zu erstellen und die Teilergebnisrechnungen und die Finanzrechnungen für Teilfinanzhaushalte aufzustellen. Dies stellt eine tatsächliche Arbeitserleichterung für die bei der Stadt Braunschweig noch aufzustellenden Jahresabschlüsse 2021 und 2022 dar. Die Verwaltung sieht deshalb vor, die Übergangsregelung nach Beschlussfassung des Gesetzes anzuwenden.

Der von der Landesregierung beschlossene Entwurf des NBKAG wurde am 19. Oktober 2023 an die Landtagspräsidentin zur Beschlussfassung im Landtag übermittelt. Der zuständige Ausschuss für Inneres und Sport hat in seiner Sitzung am 23. November 2023 beschlossen, die kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

Mit dem HVB-Schreiben Nr. 440 / 2023 (Anlage 1) wurden die Kommunen um Stellungnahme bis zum 4. Januar 2024 gebeten.

Aus Sicht der Verwaltung ist eine erneute Stellungnahme entbehrlich.

Geiger

**Anlage/n:**

HVB-Schreiben Nr. 440 / 2023



# Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Prinzenstraße 17, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: [post@nst.de](mailto:post@nst.de)

**An**

**die Damen und Herren Hauptverwaltungsbeamten o.V.i.A.  
unserer Mitgliedsstädte, -gemeinden und -samtgemeinden**

**Nr. 440 / 2023**

Az.: 20.26.00:008 -

Bearbeitet von: Frau Dr. Hendricks

Tel.-Durchwahl: 0511 / 3 68 94-22

E-Mail: [Hendricks@nst.de](mailto:Hendricks@nst.de)

Hannover, den 28. November 2023

**Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse sowie zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/2631**

**Zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf besteht Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 04.01.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Jahresabschlüsse erreichen uns immer wieder Nachfragen zum Verfahrensstand. Die KSV haben hierzu ja bereits gegenüber dem Ministerium Stellung bezogen und auch aus unserer Mitgliedschaft haben uns dazu Rückmeldungen erreicht, die entsprechend eingeflossen sind. Leider konnte uns die Frage, wann geplant ist, dass das Gesetz in Kraft tritt, bisher nicht beantwortet werden. Der Gesetzesentwurf befindet sich jetzt nach Einbringung in den Landtag im parlamentarischen Verfahren in den Ausschüssen.

Der Niedersächsische Landtag hat uns über Folgendes informiert:

*„Der Ausschuss für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages berät zurzeit den o. g. **Gesetzentwurf zur Drs. 19/2631.***

*Der Ausschuss für Inneres und Sport möchte Ihnen Gelegenheit geben, zu dem Gesetzentwurf **schriftlich** Stellung zu nehmen.*

*Zu Ihrer Unterrichtung habe ich die Drucksache (**Anlage**) beigelegt.“*

Wir bitten um Kenntnisnahme und ggf. Stellungnahme bis zum 04.01.2024 an [witte@nst.de](mailto:witte@nst.de).

Mit freundlichen Grüßen

**Anlage**

gez. Dr. Jan Arning  
Hauptgeschäftsführer

**Gesetzentwurf**

Hannover, den 19.10.2023

Der Niedersächsische Ministerpräsident

**Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse sowie zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**

Frau  
Präsidentin des Niedersächsischen Landtages  
Hannover

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anliegend übersende ich den von der Landesregierung beschlossenen

**Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse sowie zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen.

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Sport.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Weil

**Entwurf**  
**Gesetz**  
**zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse sowie**  
**zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes,**  
**des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit,**  
**des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes und**  
**des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**

Artikel 1

Niedersächsisches Gesetz  
zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG)

§ 1

Übergangsregelung für Jahresabschlüsse und konsolidierte Gesamtabschlüsse

(1) Die Kommune kann durch Beschluss der Vertretung bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 davon absehen,

1. den Anhang nach § 128 Abs. 2 Nr. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) zu erstellen und
2. die Teilergebnisrechnungen nach § 52 Abs. 3 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) und die Finanzrechnungen für Teilfinanzhaushalte nach § 53 Abs. 3 KomHKVO aufzustellen.

(2) Die Kommune kann durch Beschluss der Vertretung auch davon absehen,

1. für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2020 nach § 128 Abs. 4 NKomVG einen konsolidierten Gesamtabschluss aufzustellen und
2. für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2021 nach § 128 Abs. 6 Satz 3 NKomVG dem Konsolidierungsbericht eine Kapitalabflussrechnung beizufügen.

(3) <sup>1</sup>Eine Kommune, die im Zeitpunkt des Beschlusses über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 die Beschlüsse nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG für die Haushaltsjahre 2020, 2021 und 2022 oder für diese Haushaltsjahre und frühere Haushaltsjahre noch nicht gefasst hat, hat der Kommunalaufsichtsbehörde zusammen mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2025 einen Zeitplan vorzulegen, aus dem sich ergibt, bis wann die Jahresabschlüsse erstellt und die Beschlüsse nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG gefasst sein sollen. <sup>2</sup>Das Rechnungsprüfungsamt ist an der Erstellung des Zeitplans zu beteiligen.

(4) <sup>1</sup>Die Haushaltssatzungen für die Haushaltsjahre 2028 bis 2031 dürfen der Kommunalaufsichtsbehörde nach § 114 Abs. 1 NKomVG erst vorgelegt werden, wenn der Beschluss der Vertretung nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG für das jeweils vier Jahre zuvor liegende Haushaltsjahr gefasst worden ist. <sup>2</sup>Satz 1 gilt in den Fällen des § 112 Abs. 3 Satz 2 NKomVG entsprechend. <sup>3</sup>Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

§ 2

Übergangsregelungen für Jahresabschlussprüfungen

<sup>1</sup>In kreis- und regionsangehörigen Gemeinden mit Ausnahme der großen selbständigen Städte, der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Göttingen sowie in Samtgemeinden kann die Vertretung beschließen, dass in den Haushaltsjahren bis einschließlich 2022 die Rechnungsprüfung abweichend von § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG die Prüfung des Jahresabschlusses nicht umfasst. <sup>2</sup>Das Rechnungsprüfungsamt und die Kommunalaufsichtsbehörde sind über den Beschluss unverzüglich zu unterrichten, bei Beschlüssen von Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden auch die Samtgemeinde.

## Artikel 2

## Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

§ 179 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 111), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird gestrichen.
2. Der bisherige Absatz 2 wird einziger Absatz.

## Artikel 3

## Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit

In § 14 Abs. 3 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der Fassung vom 21. Dezember 2011 (Nds. GVBl. S. 493), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Oktober 2021 (Nds. GVBl. S. 700), werden nach dem Wort „schriftlich“ die Worte „oder durch ein elektronisches Dokument“ und nach dem Wort „ein“ ein Semikolon und die Worte „Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung“ eingefügt.

## Artikel 4

## Änderung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes

Das Niedersächsische Datenschutzgesetz vom 16. Mai 2018 (Nds. GVBl. S. 66), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 400), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 erhält der einleitende Satzteil folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Dieser Teil trifft ergänzende Regelungen zur Datenschutz-Grundverordnung für die Verarbeitung personenbezogener Daten“.
  - b) In Satz 3 wird nach dem Wort „denen“ das Wort „ausschließlich“ eingefügt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Im einleitenden Satzteil werden nach dem Wort „finden“ die Worte „auch Anwendung“ eingefügt.
  - b) In den Nummern 1 und 2 werden jeweils die Worte „abweichend von“ durch das Wort „über“ und die Worte „auch Anwendung“ durch das Wort „hinaus“ ersetzt.
3. In § 5 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „andere“ gestrichen.
4. § 6 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 1 wird das Wort „konkreten“ gestrichen.
  - b) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. die Datenverarbeitung erforderlich ist, um Angaben der betroffenen Person, an deren Richtigkeit aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte Zweifel bestehen, zu überprüfen,“.
5. § 7 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift wird das Wort „Dateien“ durch das Wort „Dateisysteme“ ersetzt.
  - b) Die Worte „einer gemeinsamen automatisierten Datei, in oder aus der“ werden durch die Worte „eines gemeinsamen automatisierten Dateisystems, in oder aus dem“ ersetzt.



6. § 8 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift und im einleitenden Satzteil wird jeweils die Angabe „Artikel 13 Abs. 1 und 2 und Artikel 14 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „Artikel 13 Abs. 1 bis 3 und Artikel 14 Abs. 1, 2 und 4“ ersetzt.
  - b) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Rechtsvorschrift“ die Worte „im öffentlichen Interesse“ eingefügt.
7. In § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Rechtsvorschrift“ die Worte „im öffentlichen Interesse“ eingefügt.
8. In § 10 Nr. 3 werden nach dem Wort „Rechtsvorschrift“ die Worte „im öffentlichen Interesse“ eingefügt.
9. In § 13 Abs. 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
10. § 18 wird wie folgt geändert:
  - a) In den Absätzen 2 und 3 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragte“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
  - b) In Absatz 4 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragte“ und nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
  - c) In Absatz 6 Sätze 1 bis 4, Absatz 7 Satz 1 und Absatz 8 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
11. In § 19 Abs. 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
12. In § 20 Abs. 1 und 2 Sätze 1 und 2, Abs. 4 Sätze 1 bis 3 und Abs. 5 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
13. In § 21 werden nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
14. In § 22 Sätze 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
15. In § 23 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „des Gesetzes“ gestrichen.
16. In § 25 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 17“ durch die Angabe „§ 17 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
17. § 32 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 26“ durch die Angabe „§ 28“ ersetzt.
  - b) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 5“ durch die Angabe „§ 5 Abs. 2 und 3“ ersetzt.
18. In § 40 Abs. 3 werden nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
19. In § 51 Abs. 6 Satz 3 wird die Angabe „§ 57 Abs. 8“ durch die Angabe „§ 57 Abs. 7 Satz 1“ ersetzt.
20. In § 52 Abs. 4 Satz 4 wird die Angabe „und 7“ gestrichen.
21. § 57 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 4 Sätze 1 und 3 werden jeweils nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.
  - b) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 20 Abs. 6“ durch die Angabe „§ 20 Abs. 5“ ersetzt.
22. In § 60 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Landesbeauftragten“ die Worte „für den Datenschutz“ eingefügt.

## Artikel 5

## Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz

§ 4 b des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz vom 6. Juni 1994 (Nds. GVBl. S. 238), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 16. Mai 2018 (Nds. GVBl. S. 66), wird wie folgt geändert:

1. Die Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Ein Verband darf personenbezogene Daten,

1. die er nach § 34 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes oder nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen bei einer Behörde erhebt oder
2. die in Besteuerungsgrundlagen, die ihm nach der Abgabenordnung übermittelt werden, enthalten sind,

verarbeiten, soweit und solange dies zur Erfüllung seiner Aufgaben einschließlich der Verwaltung seiner Mitglieder erforderlich ist. <sup>2</sup>Im Übrigen finden ergänzend zur Datenschutz-Grundverordnung die Vorschriften des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes Anwendung.“

2. In Satz 3 werden die Worte „Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. EU Nr. L 119 S. 1; Nr. L 314 S. 72)“ durch das Wort „Datenschutz-Grundverordnung“ ersetzt.

## Artikel 6

## Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

## Begründung

**A. Allgemeiner Teil****I. Anlass, Ziele und Schwerpunkte**

Mit dem Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG - im Folgenden stets so bezeichnet) sollen für einen befristeten Zeitraum Übergangsregelungen für die kommunalen Jahresabschlüsse geschaffen und mit der bisher in § 179 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) verorteten Übergangsregelung für konsolidierte Gesamtabschlüsse zusammengeführt werden.

Die Erfahrungen des Ministeriums für Inneres und Sport (MI) als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde über die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte, die großen selbständigen Städte, die Landeshauptstadt Hannover und die Stadt Göttingen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die gesetzlich normierten Fristen und Vorlagepflichten für die kommunalen Jahresabschlüsse nicht flächendeckend von allen Kommunen eingehalten werden und teilweise entsprechende kommunalaufsichtliche Interventionen notwendig waren. Entsprechende Rückmeldungen gab es auch von den Landkreisen und der Region Hannover als Kommunalaufsichtsbehörden über die übrigen kreis- bzw. regionsangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden.

Um die Einhaltung der rechtlichen Verpflichtungen zur Aufstellung, Prüfung und Beschlussfassung der Jahresabschlüsse mit kommunalaufsichtlichen Mitteln zu gewährleisten, hat das MI mit Datum vom 12. Februar 2021 (Nds. MBl. S. 414) und vom 16. November 2022 (Nds. MBl. S. 1691) ermes-

senslenkende Hinweise für die Kommunalaufsichtsbehörden zum Umgang mit fehlenden Jahresabschlüssen im Rahmen von Genehmigungen nach § 176 NKomVG bekannt gemacht.

In ihrer Stellungnahme vom 30. September 2020 zum Entwurf der oben genannten Bekanntmachung regten die kommunalen Spitzenverbände an, Vereinfachungen bei der Erstellung verfristeter Jahresabschlüsse zuzulassen, um das Aufstellungs- und Prüfungsverfahren wirksam zu beschleunigen.

Um einen landesweiten Überblick über den Stand der Jahresabschlüsse zu bekommen, initiierte das MI gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden im Zeitraum vom 23. April bis 12. Mai 2021 eine Umfrage. Erfragt wurde, inwieweit es Rückstände bei der Erstellung, Prüfung und Beschlussfassung sowie Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten durch die Vertretung zum Jahresabschluss gibt. An der Umfrage haben rund 95 % der Kommunen (1 037 von 1 096) teilgenommen.

Die Umfrage kommt zum Ergebnis, dass bei den an der Umfrage teilnehmenden Kommunen bis einschließlich 2020 noch insgesamt 3 936 Jahresabschlüsse zu erstellen sind. Davon entfallen 2 633 Jahresabschlüsse auf die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinden. Dies entspricht rund 67 % der insgesamt noch zu erstellenden Jahresabschlüsse.

Der Trilogie des Bearbeitungsprozesses der Jahresabschlüsse Aufstellung, Prüfung und Beschluss folgend, erhöhen sich folgerichtig die nunmehr noch zu prüfenden und zu beschließenden Jahresabschlüsse. Ursächlicher Grund dafür ist, dass die Rechnungsprüfungsämter nicht nur die noch zu erstellenden Jahresabschlüsse (bis einschließlich 2020) prüfen müssen, sondern auch die bereits erstellten, aber noch nicht geprüften. Diese liegen „auf den Schreibtischen der Rechnungsprüfungsämter“. Die entsprechende Logik setzt sich bei den noch zu beschließenden Jahresabschlüssen (bis einschließlich 2020) fort. Dies führt zu den Ergebnissen, dass insgesamt 4 967 Jahresabschlüsse noch geprüft und 5 148 Jahresabschlüsse von der Vertretung noch beschlossen werden müssen. Ähnlich den noch zu erstellenden Jahresabschlüssen sind auch hier bei den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinden die meisten Meldungen zu verzeichnen.

Zusammengefasst stellt sich die Situation wie folgt dar:

	nicht erstellte Jahresabschlüsse		nicht geprüfte Jahresabschlüsse		nicht beschlossene Jahresabschlüsse	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Landkreise und Region	54	1,4	82	1,7	96	1,9
Einheitsgemeinden	784	19,9	1.014	20,4	1.067	20,7
Samtgemeinde	465	11,8	576	11,6	604	11,7
Mitgliedsgemeinden Samtgemeinde	2 633	66,9	3 295	66,3	3 380	65,7
Summe	3 936		4 967		5 147	

Die Umfrageergebnisse wurden im Juli 2021 mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen und auf der Dienstbesprechung mit den unteren Kommunalaufsichtsbehörden vorgestellt. Einige Kommunen haben über ihre Verbände angemerkt, dass es ihnen unter den geltenden Bedingungen nicht möglich sei, bei der Fertigstellung der Jahresabschlüsse mittelfristig den Anschluss zu finden. Offenkundig wurde jedenfalls, dass grundlegender Handlungsbedarf besteht, um die Problemlage flächendeckend aufzulösen. Die Gründe für das Fehlen der Jahresabschlüsse sind dabei unterschiedlich und vielfältig und hängen in den Aussagen auch vom jeweiligen Betrachter ab.

Das Ergebnis der Umfrage wurde am 16. September 2021 auch im Unterausschuss „Kommunale Wirtschaft und Finanzen“ des Arbeitskreises III der Innenministerkonferenz vorgestellt. Die dort vorgetragenen Erfahrungen der einzelnen Länder zeigen, dass es als notwendig erachtet wird, dass parallel zu den Erleichterungen auch Regelungen geschaffen werden, die wirksam sicherstel-

len, dass die Kommunen die rechtliche Verpflichtung zur Aufstellung, Prüfung und Beschlussfassung der Jahresabschlüsse einhalten. Hier sehen die Regelungen einiger Bundesländer (z. B. Hessen und Sachsen-Anhalt) vor, dass die genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzungen der Kommunen grundsätzlich nur noch dann genehmigt werden, wenn die Aufstellung, Prüfung und Beschlussfassung der Jahresabschlüsse entsprechend den gesetzlichen Regelungen erfolgt ist. Erst nach Erlass entsprechender Regelungen konnte ein Anstieg der nachgeholten Jahresabschlüsse verzeichnet werden.

Ohne Erleichterungen wird es den Kommunen nach Auffassung sowohl der ministeriellen als auch der kommunalen Ebene nicht gelingen, kurz bzw. mittelfristig alle fehlenden Jahresabschlüsse gemäß den gesetzlichen Vorgaben zu erstellen und zu prüfen.

Eine gesetzeskonforme, fristgerechte Aufstellung der Jahresabschlüsse ist zukünftig auch für die Erstellung der „Statistik zur öffentlichen Finanzwirtschaft und zum Personal im öffentlichen Dienst“ von zunehmender Bedeutung. Aufgrund der mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes eingeführten Meldepflicht der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ab dem Berichtsjahr 2025 ist es dringend notwendig, dass den niedersächsischen Kommunen ihre aktuellen Jahresabschlüsse vorliegen. Aus diesem Grund und mit Blick auf die zuvor beschriebenen Erfahrungen anderer Bundesländer werden gleichzeitig zu den Erleichterungen auch Sanktionsregelungen normiert, die sich mit Blick auf das zuvor genannte Berichtsjahr 2025 aber auch am aktuellen rechtlichen Rahmen für die Aufstellung der Jahresabschlüsse in § 129 Abs. 1 NKomVG und dementsprechend hinsichtlich der maßgeblichen Jahreszahlen am tatsächlich Machbaren orientieren.

Mit der Änderung im Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) wird zudem für Zweckverbände die Möglichkeit geschaffen, zu den Sitzungen der Verbandsversammlung durch Nutzung moderner Kommunikationstechnik zu laden.

Die Änderungen des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) stellen insbesondere unter Klarstellungsgesichtspunkten notwendige Korrekturen dar, die aus zeitlichen Gründen im Zuge der im Mai 2018 verabschiedeten Neufassung des Gesetzes keine Berücksichtigung finden konnten. Vor dem Hintergrund der besonderen Eilbedürftigkeit der Anpassung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes an die Datenschutz-Grundverordnung (im Folgenden: DSGVO) wurde deren Prüfung zunächst zurückgestellt. Nunmehr sollen diese Korrekturen umgesetzt werden. Es handelt sich dabei überwiegend um Änderungen aus Gründen der Rechtsklarheit sowie Korrekturen zu Gesetzesverweisungen. Die DSGVO wird nunmehr dynamisch in Bezug genommen, weil sie auch künftig mit ihren jeweiligen Änderungen unmittelbar anzuwenden sein wird. Zudem wird bei Datenverarbeitungen zu einem anderen Zweck die Pflicht zur Information der betroffenen Person denselben Beschränkungen unterworfen, wie es bereits in Bezug auf die Informationspflicht bei Datenerhebungen der Fall ist. Die dort geregelten Ausnahmetatbestände sind bei Zweckänderungen ebenso erforderlich und zulässig.

Die Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz (Nds. AGWVG) dient der Überarbeitung der Vorschrift, die mit Artikel 20 des Gesetzes vom 16. Mai 2018 (Nds. GVBl. S. 66) neu eingefügt wurde. Sie soll den Anwendungsbereich der Vorschrift genauer formulieren und für eine bessere Abstimmung mit den Vorschriften der DSGVO und des novellierten Niedersächsischen Datenschutzgesetzes sorgen.

## **II. Anhörungen**

### **1. Niedersächsisches Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG)**

#### **1.1 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (AG KSV):**

Allgemein

Die AG KSV teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass von kommunaler Seite auf die erleichternden Regelungen zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse dringend gewartet wird, und bittet daher darum, dass das NBKAG zügig in Kraft tritt.

Aus Sicht der AG KSV erscheint es zudem geboten, auch dauerhaft Erleichterungen zu schaffen. Laut AG KSV ist es an der Zeit, das Recht zu evaluieren und auf dauerhafte Erleichterungen für alle Kommunen hin zu überprüfen.

Die Landesregierung verfolgt mit dem NBKAG u. a. das Ziel, dass die kommunalen Jahresabschlüsse nach Auslaufen der Regelungen wieder nach den gesetzlichen Vorgaben des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) erfolgen. Bevor etwaige Erleichterungen in eine dauerhafte Regelung überführt werden, sollte die temporäre Wirkung des NBKAG zunächst abgewartet und evaluiert werden. Die anschließende Diskussion und Erarbeitung einer dann möglicherweise notwendigen Folgeregelung, sollte auch aus hiesiger Sicht im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe MI, AG KSV und kommunalen Praktikerinnen und Praktikern erfolgen. Vor diesem Hintergrund wird der Anregung der AG KSV nicht gefolgt.

Der Anregung der AG KSV, die Regelungen des NBKAG auch auf Eigenbetriebe zu erweitern, wird nicht gefolgt, da im Gegensatz zu den „kommunalen Kernhaushalten“ keine fundierten Informationen darüber vorliegen, dass es bei den Eigenbetrieben Probleme bei der Aufstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse gibt.

Zu § 1 Abs. 1 NBKAG:

Laut Stellungnahme erreichte die AG KSV das Anliegen, die Regelung auf die Jahresabschlüsse des Haushaltsjahres 2023 auszudehnen.

Die Regelungen des NBKAG haben das Ziel, die hohe Anzahl der rückständigen Jahresabschlüsse zu reduzieren. Der Anregung wird daher und auf Grundlage des geplanten Inkrafttretens der Regelung nicht gefolgt.

Zu § 1 Abs. 2 NBKAG:

Die AG KSV sieht die Regelung des § 1 Abs. 2 NBKAG im Widerspruch zu der Regelung in Absatz 1, da konsolidierte Gesamtabchlüsse gemäß § 128 Abs. 6 NKomVG nach den Regeln des § 128 Abs. 1 NKomVG zu erstellen sind und u. a. dort dann wieder die konsolidierten Anlagen, von denen beim Kernhaushalt gerade ja abgesehen werden soll, zu erstellen wären. Diese Frist sollte dringend zumindest in den Fällen verlängert werden, in denen Kommunen nach § 2 NBKAG auf Jahresabschlussprüfungen bis einschließlich 2022 verzichten. Wenn der Kernhaushalt einer Kommune vereinfacht aufgestellt wird und ggf. keiner Prüfung unterliegt, sei es lt. AG KSV nicht sinnvoll, einen Gesamtabschluss aufzustellen und diesen nach § 156 Abs. 2 NKomVG von kommunalen Rechnungsprüfungsämtern prüfen zu lassen. Insoweit sollte gelten: Solange von den Vereinfachungsmöglichkeiten bei der Jahresabschlusserstellung des NBKAG Gebrauch gemacht wird, besteht keine Rechtspflicht, einen Gesamtabschluss aufzustellen.

In § 1 Abs. 2 NBKAG wird die bisher in § 179 Abs. 1 NKomVG verortete Übergangsregelung für konsolidierte Gesamtabchlüsse wortgleich übertragen. Dies war erforderlich, um alle Übergangsregelungen für kommunale Abschlüsse in einem gemeinsamen Gesetz zu verorten. Eine Ausweitung war nicht der Anlass für die Regelungen des NBKAG. Eine Ausweitung der mit der Änderung zum 1. November 2021 in das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz aufgenommenen Übergangsregelung über das Jahr 2020 hinaus sollte nicht erfolgen. Im Gegensatz zur Erleichterung in § 1 Abs. 1 NBKAG, nach der lediglich auf die Erstellung einzelner Übersichten und Berichte verzichtet werden kann, aber der Jahresabschluss trotzdem vollständig nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung erstellt wird, regelt der § 1 Abs. 2 NBKAG (bisher § 179 Abs. 1 NKomVG) die Möglichkeit des vollständigen Verzichts zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für den genannten Übergangszeitraum. Darüber hinaus liegen im MI keine Erkenntnisse darüber vor, inwieweit es Kommunen gibt, die vom vorliegendem NBKAG Gebrauch machen und gleichzeitig einen Gesamtabschluss aufstellen. Es fehlt insoweit daher auch an einer Handlungsnotwendigkeit.

Die konsolidierten Anlagen sind Bestandteil des konsolidierten Gesamtabchlusses. Auch wenn die Kommune von der Erleichterung nach § 1 Abs. 1 NBKAG Gebrauch macht, ist eine (spätere) Erstellung der konsolidierten Anlagen möglich. Das „Zahlenwerk“ hierfür liegt der Kommune vor. Zudem besteht kein direkter zeitlicher Zusammenhang zwischen der Erstellung des Jahresabschlusses

ses und des Gesamtabchlusses. Es ist auch nicht notwendig, dass zunächst der Jahres- wie auch der konsolidierte Gesamtabchluss eines Haushaltsjahres erstellt sein muss, damit der Jahresabschluss des folgenden (rückständigen) Haushaltsjahres erstellt werden kann.

Zu § 1 Abs. 4 NBKAG:

Der Niedersächsische Landkreistag weist darauf hin, dass nach § 1 Abs. 4 NBKAG die Haushaltsatzung für die Haushaltsjahre 2028 bis 2031 der Kommunalaufsichtsbehörde erst vorgelegt werden, wenn der Beschluss der Vertretung für das jeweils vier Jahre zuvor liegende Haushaltsjahr gefasst worden ist. Diese Regelung sei aus der Praxis mehrheitlich kritisiert worden, weil kein „Beschleunigungsdruck“ für die Jahresabschlusserstellung entsteht, wenn die Jahresabschlüsse in späteren Jahren nicht zeitnäher nachgeholt werden. Insoweit wird vom Niedersächsischen Landkreistag angeregt, die 4-Jahres-Frist ab 2028 in den Folgejahren jeweils um ein Jahr zu verkürzen, damit 2031 dann auch der gesetzliche Regelfall grundsätzlich erreicht wird.

Eine Notwendigkeit, den „Beschleunigungsdruck“ über die Regelungen des § 1 Abs. 4 NBKAG hinaus zu erhöhen, besteht nicht und wäre auch nicht angemessen. Bereits die bisherige Regelung ist ein notwendiger, aber deutlicher Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und die Finanzhoheit der betroffenen Kommune.

Zu § 2 NBKAG:

Es wird seitens der AG KSV um eine Klarstellung gebeten, dass der Prüfungsverzicht auch beschlossen werden kann, wenn die Jahresabschlüsse dem Rechnungsprüfungsamt bereits zur Prüfung vorliegen.

In der Begründung zu § 2 NBKAG wird hinreichend ausgeführt: „In den Fällen, in denen der Jahresabschluss bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits erstellt wurde und dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorliegt, kann gleichwohl noch ein Beschluss nach § 2 Abs. 1 erfolgen. Über die Notwendigkeit ist von der Vertretung in diesen Fällen mit Blick auf die beabsichtigte Beschleunigung zu entscheiden.“ Eine explizite Aufnahme in die gesetzliche Regelung ist daher nicht erforderlich.

Die AG KSV ist nach Hinweisen aus der Praxis zu § 2 NBKAG-E, nach dem die Vertretung beschließen kann, dass in den Haushaltsjahren bis einschließlich 2022 die Rechnungsprüfung abweichend von § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG die Prüfung des Jahresabschlusses nicht umfasst, der Auffassung, dass die Regelung zumindest mit Blick auf § 155 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG zu kurz greife. Darin sind die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und der Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses vorgesehen. Wenn allerdings auf die Jahresabschlussprüfung verzichtet wird, ist nach dortiger Auffassung auch eine laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege nicht sinnvoll, da sie nicht in einem Prüfungsbericht münden. Insoweit sollte aus Sicht der AG KSV auch diese Norm mit in § 2 NBKAG aufgenommen werden.

Die Anregung der AG KSV ist inhaltlich nicht schlüssig und entsprechend nicht nachvollziehbar. Der Prüfungsverzicht kann für Jahresabschlüsse bis 2022 und demnach nur für bereits vergangene Jahre beschlossen werden. Die Regelung in § 155 Abs. 1 Nr. 3 (sogenannte Visakontrolle etc.) bezieht sich aber ausschließlich auf das jeweils aktuelle Haushaltsjahr. Überdies ist diese Kontrollfunktion des Rechnungsprüfungsamtes im laufenden Jahr immer wichtig und ist insoweit auch eine Begründung für einen möglichen Prüfungsverzicht für die vergangenen Jahre, da auf diese Kontrollen auch in diesen Haushaltsjahren gerade nicht verzichtet wurde (siehe auch Begründung zu § 2 NBKAG).

Laut AG KSV fehlen über die Ausführungen in der Begründung hinausgehende konkrete Regelungen zum „Wiedereintritt“ in die Prüfung. Im ersten Jahr, welches wieder einer Prüfung unterliegt, treffen die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes auf einen umfangreichen Rechnungsstoff, der über Jahre nicht geprüft wurde. Nach § 156 Abs. 1 NKomVG sollen sie allerdings u. a. prüfen und damit auch testieren, ob sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt. Das sei praktisch unmöglich, wenn der nicht geprüfte Rechnungsstoff der vorhergehenden Jahre nicht doch überprüft wird. Eine solche Prüfung würde allerdings dem gesetzgeberischen Ziel völlig widersprechen. Insoweit bedürfe es zwingend einer Regelung, dass die Prüfung sich in diesen Fällen

auf die Daten des ersten Jahresabschlusses beschränkt, der wieder nach den normalen gesetzlichen Regelungen erstellt wird. Hierfür müsse der Gesetzentwurf deutliche Regelungen vorsehen, dass die Prüfung die ungeprüften Zeiträume nicht berücksichtigt wird und insoweit Fehler der Vergangenheit nicht aufgedeckt, aber auch nicht neu diskutiert werden. Ein Hinweis in der Begründung reiche hierzu nach Auffassung der AG KSV nicht aus. Mittelfristig werden diese Fehler an Bedeutung verlieren. All dies müsse vom Gesetzgeber mitbedacht und in eine widerspruchsfreie Regelungssystematik gebracht werden. Wenigstens eine Einschränkung der Prüfung nach § 156 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG in den Fällen der Anwendung des § 2 NBKAG sei zwingend.

Der Anregung wird nicht gefolgt. Der „Wiedereintritt“ in die Prüfung erfolgt, der Intention des Gesetzes folgend, aufbauend auf den ungeprüften Jahresabschlüssen. Sie sind an dieser Stelle, „das Maß der Dinge“. Die Gesetzesbegründung ist an dieser Stelle ausreichend:

„Die regelmäßige Prüfung der Jahresabschlüsse nach § 155 Abs. 1 in Verbindung mit § 156 Abs. 1 NKomVG beginnt bei entsprechender Beschlussfassung nach Absatz 1 wieder mit dem Jahresabschluss 2023 unter Berücksichtigung des ungeprüften Jahresabschlusses 2022. Eine nachgelagerte Prüfung vorangegangener Jahre ist mit der Regelung in Absatz 1 nicht gewollt und von den Rechnungsprüfungsämtern nicht vorzunehmen. Ein solches Verfahren würde dem Ziel des Gesetzes zuwiderlaufen. Das schließt nicht aus, dass in besonders begründetem Einzelfall eine vertiefte Rückschau geboten sein kann.“

Das Rechnungsprüfungsamt kann sich gegebenenfalls bezogen auf § 156 NKomVG durch einen ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtslage und Prüfung auf dieser Grundlage einschließlich ungeprüfter Vorjahre exkulpieren. Festzuhalten ist, dass es bei Inanspruchnahme der Möglichkeit nach § 2 NBKAG ungeprüfte Jahre gibt. Gleichwohl wurden für alle Jahre Jahresabschlüsse erstellt, die sodann die Grundlage für die wieder zu prüfenden Folgejahre sind.

Der Niedersächsische Landkreistag weist ergänzend darauf hin, dass er die Möglichkeit des Verzichts auf die Prüfung bei kleineren (Samt-)Gemeinden und Mitgliedsgemeinden mitträgt. Für größere Kommunen, insbesondere solche mit Sonderstatus, sieht er diese Möglichkeit äußerst kritisch. Diese Städte und Gemeinden müssten über eine hinreichende Verwaltungskraft verfügen, um zeitnah ihre Jahresabschlüsse zu erstellen. Der Verzicht auf Prüfung in größeren Kommunen hätte auch finanzwirtschaftlich eine andere Bedeutung als bei kleineren mit überschaubaren Haushalten und Jahresabschlüssen. Dabei weist er insbesondere darauf hin, dass das Problem der nicht entlasteten Jahresabschlüsse höchstens in Ausnahmefällen in der Prüfung liegt. Nach der in der Gesetzesbegründung dargestellten Erhebung sind rund 80 % der fehlenden Jahresabschlüsse schlicht nicht erstellt. Insoweit ist die Schaffung prüfungsfreier Räume bei größeren Kommunen zur Behebung des Problems nach seiner Auffassung nicht erforderlich.

Der Niedersächsische Städtetag begrüßt demgegenüber die Einbeziehung auch größerer Städte, Samtgemeinden und Gemeinden. Der Zeitpunkt der Rechnungsprüfung ist seitens der Kommune letztlich nicht beeinflussbar. Aus der Mitgliedschaft des Niedersächsischen Städtetages wurde von einem Fall berichtet, in dem ein erstellter Jahresabschluss mehrere Jahre lang nicht geprüft wurde. Auch solche Fälle sollten erfasst werden können.

Der Anregung des Niedersächsischen Landkreistages wird nicht gefolgt. In der Begründung wird zu dem von dort angesprochenen Thema ausgeführt: „Die sich durch den Abbau der noch zu erstellenden Jahresabschlüsse ergebende ‚Bugwelle‘ an zu prüfenden Jahresabschlüssen wäre ohne weitere Erleichterungen für die Rechnungsprüfungsämter kaum leistbar (...) Der Adressatenkreis orientiert sich am tatsächlichen Bedarf in Kombination mit der Zielrichtung einer zügigen Aufarbeitung der fehlenden Jahresabschlüsse. Die oben genannte Auswertung hat ergeben, dass 66,9 % (2 633) aller in Niedersachsen nicht erstellten und 66,3 % (3 295) aller nicht geprüften Jahresabschlüsse auf die Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden entfallen. Insoweit war unstrittig, diese Gemeindeebene einzubeziehen. Wenn auch nicht in dem Ausmaß, bestehen Rückstände aber auch bei kreis- und regionsangehörigen Gemeinden, Samtgemeinden und vereinzelt auch in selbständigen Gemeinden, die nach § 153 Abs. 1 Satz 1 NKomVG zur Einrichtung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes verpflichtet sind.“

Gemeinden mit Sonderstatus sind in der Tat Einzelfälle, die aber ebenfalls mit einbezogen werden sollen.

### 1.2 Stellungnahme des Niedersächsischen Landesrechnungshof - Überörtliche Kommunalprüfung:

Aus Sicht der überörtlichen Kommunalprüfung erscheint der geplante Gesetzesentwurf sinnvoll und geeignet, um die erheblichen Rückstände bei der Erstellung, Prüfung und Beschlussfassung der Jahresabschlüsse zeitnah abzubauen.

Zu § 1 Abs. 2 NBKAG:

Nach § 1 Abs. 2 NBKAG kann die Vertretung durch Beschluss davon absehen, bis einschließlich 2020 einen konsolidierten Gesamtabschluss nach § 128 Abs. 4 NKomVG aufzustellen. Die überörtliche Kommunalprüfung bittet zu erwägen, diesen Verzicht auf die Ausstellung bis 2022 auszuweiten. Andernfalls sei die Entlastungswirkung aus § 1 Abs. 1 NBKAG für die Kommunen erheblich geringer, da die konsolidierten Anlagen auch die Daten des Kernhaushalts für die Jahre 2020 und 2021 erforderlich wären.

Hier wird auf die o. a. Ausführungen zu der vergleichbaren Anregung der AG KSV verwiesen. Eine geringere Entlastungswirkung für die Erstellung fehlender Jahresabschlüsse besteht hier nicht. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Zu § 2 NBKAG:

Nach § 2 Satz 1 NBKAG-E können die Vertretungen kreisangehöriger Kommunen beschließen, dass in den Haushaltsjahren bis einschließlich 2022 die Rechnungsprüfung abweichend von § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG die Prüfung des Jahresabschlusses nicht umfasst. Der Gesetzesentwurf sieht bisher lediglich vor, dass das Rechnungsprüfungsamt unmittelbar nach Beschlussfassung unterrichtet wird. Nach Auffassung der überörtlichen Kommunalprüfung ist dieser Beschluss jedoch so weitreichend, dass eine umfassende Information der Vertretung sichergestellt werden muss. Das Rechnungsprüfungsamt sollte daher zwingend die Möglichkeit erhalten, die Vertretung vor Beschlussfassung zu beraten.

Mit einer entsprechenden Regelung könnte der Eindruck erweckt werden, dass es eines zusätzlichen Verfahrensschrittes für die Beschlussfassung bedarf. Im Ablauf des hier normierten Beschleunigungsverfahrens muss jedenfalls im Sinne eben dieser Beschleunigung alles vermieden werden, was das Verfahren wieder verzögert. Dies könnte bei einer ausdrücklichen Beratungspflicht der Fall sein bzw. wäre in nicht unerheblichem Maße zu erwarten.

Mit dem Beschluss nach § 2 NBKAG erstellt das Rechnungsprüfungsamt keinen Schlussbericht zu dem jeweiligen Jahresabschluss. § 129 NKomVG sieht allerdings vor, dass die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte den Jahresabschluss u. a. mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes vorlegt. Nach Auffassung der überörtlichen Kommunalprüfung sollte, wenn eine Vertretung (auch nur) zeitlich befristet auf den Schlussbericht durch das Rechnungsprüfungsamt verzichtet, insbesondere mit Blick auf § 129 Abs. 1 NKomVG eine Rechtsunsicherheit vermieden und eine klarstellende Regelung aufgenommen werden.

Auf eine entsprechende Regelung kann verzichtet werden; er beinhaltet eine Selbstverständlichkeit: Was es nicht gibt, kann nicht vorgelegt und nicht mit einer Stellungnahme versehen werden. Auf die entsprechenden ergänzenden Ausführungen in der Gesetzesbegründung zu § 2 NBKAG wird an dieser Stelle verwiesen: „Wird aufgrund eines Beschlusses nach diesem Absatz keine Prüfung des Jahresabschlusses vorgenommen, stellt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresabschlüsse fest und legt sie der Vertretung folglich ohne den Schlussbericht der Rechnungsprüfung und eine eigene Stellungnahme zu diesem Bericht zur Beschlussfassung nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG vor.“

### 2. Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG)

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. Landesgruppe Niedersachsen/Bremen (VKU) hat in seiner Stellungnahme angeregt, kommunale Unternehmen in privatrechtlicher Form, deren sämtliche Anteile sich in kommunaler Hand befinden (Eigengesellschaften nach § 136 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG), den öffentlichen Anstalten im Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit gleichzustellen. Dem wird nicht gefolgt. Das Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit bildet den Rechtsrahmen für kommunale Zusammenarbeit in ausschließ-



lich öffentlich-rechtlichen Formen. Kommunale Unternehmen des Privatrechts bleiben damit vom Anwendungsbereich des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes ausgeschlossen. Öffentliche Anstalten können nicht vergleichend herangezogen werden, weil es sich bei den kommunalen Anstalten nach § 136 Abs. 2 Nr. 3 und den §§ 141 bis 147 NKomVG und den gemeinsamen kommunalen Anstalten nach den §§ 3 und 4 NKomZG um juristische Personen des öffentlichen Rechts handelt.

Auch der weitere Vorschlag des VKU, Zweckverbänden nach dem Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit die gleichen Möglichkeiten einer kommunalen Zusammenarbeit wie Kommunen zu eröffnen, wird nicht aufgenommen. Mehrstufige kommunale Zusammenarbeit will das Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit ausschließen, wie z. B. § 7 Abs. 4 NKomZG deutlich macht, wonach Mitglieder eines Zweckverbandes z. B. nicht eine gemeinsame kommunale Anstalt oder ein Zweckverband sein können.

### 3. Änderung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes

Stellungnahmen wurden von der AG KSV, dem Niedersächsischen Landesrechnungshof (LRH), der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen (LfD), dem Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion (nbb) sowie vom Wasserverbandstag e. V. abgegeben.

Der Vorschlag der LfD, § 1 Abs. 1 Satz 3 NDSG aus Klarstellungsgesichtspunkten zu ändern, wurde bereits im Rahmen der Verbandsanhörung in der 18. Wahlperiode vorgetragen und im aktuellen Gesetzentwurf umgesetzt (siehe Gesetzesbegründung, Artikel 4 Nr. 1 Buchst. b).

Der Anregung der AKGSV zur Aufhebung des § 3 NDSG wird nicht gefolgt. Die Norm ist nicht rein deklaratorischer Natur. Artikel 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO schafft selbst keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten. Dies ergibt sich insbesondere aus der Formulierung in Artikel 6 Abs. 3 Satz 1 DSGVO. Daher wird mit § 3 NDSG eine Rechtsgrundlage geschaffen, die allerdings lediglich für geringfügige Eingriffe in das grundrechtlich verankerte Recht auf informationelle Selbstbestimmung Geltung haben kann. Insofern wird auch den Ausführungen der LfD in der Verbandsanhörung gefolgt, nach denen § 3 NDSG keine bereichsspezifische Ermächtigungsgrundlage für nicht nur geringfügige Grundrechtseingriffe darstellt. Soweit die LfD Lücken bei bereichsspezifischen Rechtsgrundlagen erkennen sollte, sollte sie diese konkret benennen, damit eine entsprechende Abhilfe geprüft werden könnte.

Der Forderung der LfD, wonach § 7 NDSG dahin gehend zu ändern sei, dass ein automatisiertes Abrufverfahren oder eine gemeinsame automatisierte Datei nur dann eingerichtet werden darf, wenn eine Rechtsvorschrift dies zulässt, wird nicht nachgekommen. Aufgrund der umfangreichen Sicherungsmaßnahmen, welche die DSGVO vorsieht, erscheint diese formale Vorgabe seit Geltung der DSGVO entbehrlich. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang auf die Vorschriften in den Artikeln 25, 26, 30, 32 und 35 DSGVO verwiesen. Aus dem Vortrag der LfD wird auch nicht ersichtlich, dass insoweit seit dem Inkrafttreten der Regelung am 25. Mai 2018 ein akuter Bedarf oder eine tatsächliche Problematik entstanden wäre.

Dem Vorschlag des LRH, in § 8 Abs. 2 NDSG eine Befreiung des Landesrechnungshofs von der Informationspflicht nach Artikel 14 DSGVO im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit zu regeln, wird nicht gefolgt. Inwieweit hier wichtige finanzielle Interessen im Sinne von Artikel 23 Abs. 1 Buchst. e DSGVO durch die Einführung des Ausnahmetatbestands geschützt werden müssen, bleibt unklar. Es ist nicht ersichtlich, dass die Verweigerung der Information zum Schutz wichtiger finanzieller Interessen erforderlich ist. Zwar hat der LRH vorgetragen, dass seine Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit durch die Einführung einer solchen Regelung gestärkt werden würde. Nicht erkennbar ist jedoch, inwieweit diese derzeit durch Informationspflichten gefährdet sind. Dabei ist nicht jede Erschwerung der Aufgabenerfüllung für einen Ausnahmetatbestand nach Artikel 23 Abs. 1 e DSGVO ausreichend. Es sind auch keine Gründe dafür ersichtlich, dass bei der Dritterhebung wichtige finanzielle Interessen geschützt werden müssen, bei der Direkterhebung hingegen nicht. Im Übrigen bleibt für den Fall der Dritterhebung Artikel 14 Abs. 5 DSGVO unberührt.

Die Auffassung der LfD, dass es einer Klarstellung bedürfe, nach der die in § 9 NDSG getroffenen Regelungen sich nicht nur auf Artikel 15 Abs. 1 DSGVO, sondern auch auf Artikel 15 Abs. 3 DSGVO beziehen, wird nicht geteilt. In der Überschrift von § 9 NDSG sowie in § 9 Abs. 1 Satz 1 NDSG wird uneingeschränkt der gesamte Artikel 15 der DSGVO genannt. Genauso gilt für die folgenden

Absätze des § 9 NDSG bei der Verwendung des Begriffs „Auskunft“ der Artikel 15 DSGVO uneingeschränkt. Somit beziehen sich die Beschränkungen des Auskunftsrechts nach § 9 Abs. 2 ff. NDSG sowohl auf die Bestätigung, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden (Artikel 15 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 DSGVO), als auch auf das detaillierte Auskunftsrecht nach Artikel 15 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 a bis h DSGVO sowie auf das Recht auf eine Kopie nach Artikel 15 Abs. 3 DSGVO. Dies ergibt sich bereits aus der systematischen Auslegung und ist nicht von der strittigen Frage abhängig, ob man die Kopie als identisch mit der Auskunft auslegt.

Die Auffassung der LfD, § 9 Abs. 2 Satz 2 NDSG zu streichen, weil dieser nicht auf Artikel 23 Abs. 1 DSGVO gestützt werden kann, wird nicht geteilt. Wie bereits in der Begründung zu § 9 Abs. 2 NDSG (Seite 47 der Drs. 18/548) dargestellt, erfolgt durch die Regelung keine Beschränkung des Auskunftsanspruchs, da die zum Zweck der Gewährleistung von Datensicherheit oder Datenschutzkontrolle gespeicherten Daten nicht von den Primärdaten abweichen, hinsichtlich derer grundsätzlich ein Auskunftsanspruch besteht.

Die seitens der LfD mit Blick auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 30. März 2023 in der Rechtssache C-34/21 vorgetragenen Zweifel, ob die Regelungen in § 12 NDSG den Anforderungen an eine europarechtskonforme Umsetzung des Beschäftigtendatenschutzrechts entsprechen, sind bekannt. Eine landesübergreifende Erörterung und Prüfung der Problematik haben bereits begonnen, da die meisten Bundesländer eine ganz ähnliche Ausgestaltung der Datenverarbeitungsbefugnisse für das Dienstverhältnis gewählt haben.

Die Behauptung der LfD, dass die Regelung zur Videoüberwachung in § 14 NDSG unangemessen ausgeweitet worden wäre, kann weiterhin nicht nachvollzogen werden. (siehe zu den Einzelheiten der Regelung die Begründung zu § 14 Abs. 1 NDSG auf Seite 53 der Drs. 18/548). Auch sind während der nunmehr über fünfjährigen Geltungsdauer der Vorschrift keine Hinweise auf entsprechende Ausweitungen von Videoüberwachungen in der Praxis vorgetragen worden. Die Anregung der LfD, eine Regelung für die Videoüberwachung nichtöffentlich zugänglicher Räume zu schaffen, kann nicht nachvollzogen werden. Die Notwendigkeit einer solchen neuen Regelung wurde nicht begründet. Die Videoüberwachung von Bereichen, die nicht öffentlich zugänglich sind, richtet sich derzeit nach Artikel 6 Abs. 1 DSGVO sowie gegebenenfalls bereichsspezifischen Vorschriften.

Die Auffassung der LfD, dass durch § 14 Abs. 2 Satz 2 NDSG der Artikel 13 DSGVO beschränkt werde, wird nicht geteilt. Es handelt sich nicht um eine Beschränkung der Verpflichtung zur Information, sondern um eine Konkretisierung, die erforderlich ist, um in den Fällen der Videoüberwachung die Einhaltung der Vorschriften der DSGVO abzusichern (Begründung zu § 14 Abs. 2 NDSG auf Seite 54 der Drs. 18/548).

Zu der von der LfD geschilderten Rechtsauffassung zu § 17 NDSG und der angeregten Überprüfung des Fachrechts ist anzumerken, dass seit der ursprünglichen Forderung der LfD im Jahr 2018 in diversen Fachgesetzen Rechtsgrundlagen auch für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 DSGVO aufgenommen worden sind. Soweit die LfD zum jetzigen Zeitpunkt noch Lücken bei bereichsspezifischen Rechtsgrundlagen erkennen sollte, sollte sie diese konkret benennen, damit eine entsprechende Abhilfe geprüft werden könnte. Inwieweit das von der LfD erwähnte Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 30. März 2023 (Rechtssache C-34/21) im Zusammenhang mit dem Wiederholungsverbot Auswirkung auf die nationale Gesetzgebung haben könnte, wird noch Gegenstand von zukünftigen Betrachtungen sein.

Der Bitte der LfD zur Schaffung gesetzlicher Regelungen, durch die ihr in Bezug auf § 25 Telekommunikations-Telemedien-Datenschutz-Gesetz (TTDSG) die aufsichtsbehördliche Zuständigkeit und die Befugnisse gemäß Artikel 58 DSGVO zur Wahrnehmung dieser Aufgabe eindeutig zugewiesen werden, kann in diesem Gesetzentwurf noch nicht nachgekommen werden. Das Schreiben der LfD vom 7. Februar 2023 ist im MI erst am 5. Juni 2023 eingegangen; die dort vorgebrachten neuen Argumente liegen somit erst seit diesem Zeitpunkt vor. Auch auf dieser Grundlage werden zurzeit Regelungsalternativen geprüft. Wie eine solche Regelung sachlich und rechtssystematisch am besten gestaltet werden könnte, wird derzeit abgestimmt.

Der Forderung der LfD nach einer Vollstreckungsbefugnis gegen öffentliche Stellen ist nicht zu entsprechen.

Wie bereits in dem von der Landesregierung im Jahr 2018 in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuordnung des niedersächsischen Datenschutzrechts ausgeführt (Drs. 18/548 S. 65), darf weiterhin berechtigterweise angenommen werden, öffentliche Stellen würden Anordnungen, spätestens nach ihrer gerichtlichen Bestätigung, befolgen. Mit der Möglichkeit, gegen Anordnungen gerichtlich vorzugehen (vgl. auch § 20 Abs. 3 Satz 1 NDSG), stehen (auch) den öffentlichen Stellen Wege offen, sie betreffende Entscheidungen überprüfen zu lassen. Es ist von öffentlichen Stellen auch zu erwarten, dass diese gegen sie gerichtete Entscheidungen der Aufsichtsbehörde nicht in Bestandskraft erwachsen lassen, wenn diese von einer Rechtswidrigkeit der Verfügung ausgehen.

Nach Artikel 58 Abs. 5 DSGVO haben die Aufsichtsbehörden die Befugnis, Verstöße gegen die DSGVO anzuzeigen und gegen diese ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Insoweit ist, auch ohne weitere bestehende nationale Regelungen, zumindest von einem unmittelbar auf Artikel 58 Abs. 5 DSGVO beruhenden (Auffang-)Klagerecht der LfD auszugehen. Es ist dagegen nicht ersichtlich, dass aus Artikel 58 Abs. 5 DSGVO auf das Erfordernis einer eigenen Vollstreckungsmöglichkeit durch die Aufsichtsbehörden gegenüber öffentlichen Stellen geschlossen werden kann.

Der Landesregierung ist nicht bekannt, dass bislang überhaupt Anweisungen bzw. Anordnungen gegenüber einer öffentlichen Stelle erfolgt wären, geschweige denn, dass eine bestandskräftige Anweisung bzw. Anordnung nicht befolgt worden wäre. Somit kann keineswegs aus dem bisherigen Verhalten der Landesregierung geschlossen werden, dass bestandskräftige Anweisungen bzw. Anordnungen der LfD gegenüber einer öffentlichen Stelle ignoriert werden und deshalb der LfD ein Recht zum Verwaltungszwang gegenüber öffentlichen Stellen eingeräumt werden müsste. Vielmehr wird die Landesregierung auch weiterhin ihrer Bindung an Recht und Gesetz Rechnung tragen.

Der Forderung der LfD, Bußgelder uneingeschränkt gegen öffentliche Stellen verhängen zu dürfen, wird nicht gefolgt. Die Möglichkeit der Verhängung von Bußgeldern gegen Behörden und öffentliche Stellen ist nach Artikel 83 Abs. 7 DSGVO nur optional. Auch ist dieses für eine effektive Durchsetzung der DSGVO gegenüber öffentlichen Stellen nicht notwendig. Alle öffentlichen Stellen sind an Recht und Gesetz gebunden. Dagegen wird die Verhängung eines Bußgelds durch eine öffentliche Stelle gegenüber einer anderen öffentlichen Stelle weiterhin als systemfremd angesehen.

Der Forderung der LfD und des Wasserverbandstages e. V. zur Schaffung einer neuen landesgesetzlichen Regelung für den Einbau sowie das Auslesen und Verwenden elektronischer Wasserzähler durch öffentliche Wasserversorger wird in diesem Gesetzentwurf nicht entsprochen.

Die bestehenden Schwierigkeiten zur Umsetzung der Forderung wurden der LfD auf Arbeitsebene bereits im November 2021 schriftlich mitgeteilt und in einem gemeinsamen Arbeitsgespräch mit dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz im Dezember 2021 besprochen.

Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass die Frage der Notwendigkeit einer datenschutzrechtlichen Regelung für elektronische Wasserzähler bundesweit unterschiedlich diskutiert und auch seitens der Landesbeauftragten für den Datenschutz der Länder uneinheitlich bewertet wird. Bislang hat nur der Freistaat Bayern eine Regelung in der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern als Satzungsermächtigung für Kommunen getroffen; aktuelle Bestrebungen der übrigen Bundesländer zur Schaffung landesgesetzlicher Regelungen sind nicht bekannt.

Insbesondere das Zusammenwirken einer landesgesetzlichen Regelung mit den aktuell bestehenden bundesrechtlichen Vorschriften in der Verordnung zur Umsetzung der Vorgaben zu Fernwärme und Fernkälte in der Richtlinie (EU) 2018/2002 sowie in der Richtlinie (EU) 2018/2001 (BGBl. I 2021, Nr. 70 vom 04.10.2021, S. 4591) und der Verordnung über die Änderung der Verordnung über Heizkostenabrechnung (BGBl. I 2021, Nr. 80 vom 30.11.2021, S. 4964), die zum 1. Dezember 2021 in Kraft getreten ist, erscheint noch unklar. Neue Messeinrichtungen müssen danach fernablesbar sein und den Datenschutz und die Datensicherheit nach dem Stand der Technik gewährleisten. Bestehende Messeinrichtungen müssen bis Ende 2026 nachgerüstet werden. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifiziert diese Messeinrichtungen. Zudem wird die Interoperabilität der Messeinrichtungen vorgeschrieben. Auch dem sogenannten Smart-Meter-Gateway kommt eine besondere Rolle zu. Nach der Begriffsbestimmung des § 2 Nr. 7 des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) handelt es sich bei einem intelligenten Messsystem um eine über ein Smart-Meter-Gateway in ein Kommunikationsnetz eingebundene moderne Messeinrichtung zur

Erfassung elektrischer Energie, die den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegelt und über den Smart-Meter-Gateway-Administrator im Zusammenwirken mit den informationstechnischen Systemen weiterer Berechtigter aus § 49 Abs. 2 MsbG den besonderen Anforderungen nach den §§ 21 und 22 MsbG genügt, die zur Gewährleistung des Datenschutzes, der Datensicherheit und Interoperabilität in Schutzprofilen und Technischen Richtlinien festgelegt werden können.

Zumindest mittelbar dürften sich die bundesrechtlichen Regelungen auch auf eine landesgesetzliche Regelung zu Kaltwasserzählern auswirken. So dürfte es nur schwer zu vermitteln sein, wenn Kaltwasserzähler anderen datenschutzrechtlichen Standards unterliegen sollten als fernauslesbare Wasserzähler im Bereich der Fernwärmeversorgung.

Vor diesem Hintergrund wurde von dem ursprünglichen Vorschlag der LfD, kurzfristig eine der bayrischen Regelung entsprechende landesgesetzliche Regelung in den vorliegenden Gesetzentwurf aufzunehmen, vonseiten der Landesregierung Abstand genommen.

Es wurde auch geprüft, ob eine Regelung, die sich nur auf den Einbau der elektronischen Wasserzähler bezieht, in der Niedersächsischen Bauordnung geschaffen werden sollte. § 41 Abs. 3 der Niedersächsischen Bauordnung in der geltenden Fassung ist ausreichend, da die technische Funktionsweise der verwendeten Wasserzähler für den Vollzug der Vorschrift nicht von Interesse ist. Digitale Zähler werden von der Regelung umfasst, sodass für die Versorgungsunternehmen auch ohne Ergänzung kein Problem entsteht.

Angesichts der bestehenden Möglichkeit des Auslesens und Verwendens elektronischer Wasserzähler durch öffentliche Wasserversorger auf der Grundlage einer vorherigen Einwilligung durch die betroffenen Personen nach Artikel 6 Abs. 1 a, Artikel 4 Nr. 11 und Artikel 7 DSGVO, sind für eine datenschutzkonforme Nutzung elektronischer Wasserzähler neue landesgesetzliche Regelungen nicht vordringlich erforderlich.

Stattdessen hält die Landesregierung eine bundeseinheitliche Lösung durch Anpassung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser durch den Bund für insgesamt zielführender.

Einzelheiten zu konkreten Hinweisen und Forderungen der Verbände zu einzelnen Regelungen dieses Gesetzentwurfs befinden sich bei den jeweiligen Vorschriften.

Hinsichtlich des zweiten Teils des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (Bereich der Datenschutzrichtlinie) wiederholt die LfD ihre Forderungen, die sie bereits anlässlich der Änderung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes in Jahr 2018 (Umsetzung der DSGVO und der EU-Datenschutzrichtlinie) und 2022 vorgetragen hat. Es ist nicht beabsichtigt, diesem Vortrag bei Gelegenheit dieser Gesetzesänderung erneut nachzugehen. Insoweit erkennt die Landesregierung keinen Änderungsbedarf und sieht von weiteren Ausführungen zu den einzelnen Vorschriften ab.

#### 4. Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz

Die seitens des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) und des BDEW-LG Norddeutschland angeregte Klarstellung zu § 4 b Satz 1 wurde aufgenommen.

### **III. Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung**

Auswirkungen sind mit dem Gesetz nicht verbunden.

### **IV. Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann und auf Familien**

Auswirkungen sind mit dem Gesetz nicht verbunden.

### **V. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen**

Auswirkungen sind mit dem Gesetz nicht verbunden.

**VI. Voraussichtliche Kosten und haushaltsmäßige Auswirkungen**

Die Gesetzesfolgenabschätzung hat stattgefunden. Der Gesetzentwurf hat keine Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzwirtschaft des Landes und keine monetäre, aber vielmehr positive allgemeine Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommunen.

**VII. Digitalcheck**

Mit den vorgesehenen Änderungen werden keine Regelungen vorgesehen, die ein Digitalisierungshemmnis darstellen könnten (z. B. Schriftformerfordernisse). Durch Artikel 3 des Gesetzentwurfs werden vielmehr Hindernisse abgebaut, die einer Digitalisierung entgegenstehen.

**B. Besonderer Teil**

Zu Artikel 1 (Niedersächsisches Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse):

Zu § 1:

Zu Absatz 1:

Mit der Regelung werden der inhaltliche Umfang und zeitliche Aufwand für die Erstellung des Jahresabschlusses der Kommunen reduziert. Es wird den Kommunen ermöglicht, durch Beschluss der Vertretung bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 auf die Erstellung des Anhangs nach § 128 Abs. 2 Nr. 4 NKomVG und somit auf die dem Anhang beizufügenden Berichte und Übersichten nach § 128 Abs. 3 NKomVG sowie auf die Aufstellung der Teilergebnisrechnungen nach § 52 Abs. 3 KomHKVO und Teilfinanzrechnungen nach § 53 Abs. 3 KomHKVO zu verzichten. Ein Verzicht in Teilen ist nicht vorgesehen. Da der Vertretung dann für ihren Beschluss nach § 129 Abs. 3 NKomVG weniger Informationen zur Verfügung stehen, muss diese Entscheidung auch von der Vertretung getroffen werden.

Zu Absatz 2:

Im Absatz 2 wird die bisher im § 179 Abs. 1 NKomVG verortete Übergangsregelung zu dem konsolidierten Gesamtabschluss wortgleich übertragen.

Zu Absatz 3:

Nach § 129 Abs. 3 Satz 3 NKomVG beschließt die Vertretung über den Jahresabschluss und die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten bis spätestens zum 31. Dezember des Jahres, das auf das Haushaltsjahr folgt. Wie das im Allgemeinen Teil genannte Umfrageergebnis zeigt, werden diese Fristen landesweit von zahlreichen Kommunen nicht eingehalten.

Eine Kommune, die im Zeitpunkt des Beschlusses über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 die Beschlüsse nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG für die Haushaltsjahre 2020, 2021 und 2022 oder für diese Haushaltsjahre und frühere Haushaltsjahre noch nicht gefasst hat, hat der Kommunalaufsichtsbehörde zusammen mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2025 einen Zeitplan vorzulegen, aus dem sich ergibt, bis wann die Jahresabschlüsse erstellt und die Beschlüsse nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG gefasst sein sollen.

Dies soll dazu beitragen, dass die betreffende Kommune sich mit der Problemlage bewusst auseinandersetzt und in der Folge vorhandene Rückstände kontinuierlich abgebaut werden bzw. die Lücke zwischen den gesetzlichen Erfordernissen und der tatsächlichen Beschlusslage reduziert wird. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Erstellung des Zeitplans zu beteiligen. Der zu erstellende Zeitplan ist der Kommunalaufsichtsbehörde gemeinsam mit der von der Vertretung beschlossenen Haushaltssatzung mit ihren Anlagen vorzulegen. Mit der Regelung werden alle beteiligten Akteure mit „ins Boot“ geholt, um letztlich gemeinsam eine Strategie für die Herstellung eines rechtskonformen Zustandes zu entwickeln.

Zu Absatz 4:

Eine fristgerechte Aufstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2025 ist insbesondere aufgrund der mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

eingeführten Meldepflicht der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ab dem Berichtsjahr 2025 dringend erforderlich.

Nach Einschätzung der Landesregierung und mit Blick auf die im Allgemeinen Teil genannten Erkenntnisse anderer Bundesländer sind auch bei Erleichterungen ausdrückliche Sanktionsregelungen unerlässlich, um ein flächendeckendes rechtskonformes Verhalten der aktuell säumigen Kommunen zu erreichen. Die festgelegten Jahreszahlen orientieren sich am Berichtsjahr 2025 sowie am aktuellen rechtlichen Rahmen für die Aufstellung der Jahresabschlüsse in § 129 Abs. 1 NKomVG und dementsprechend am tatsächlich Machbaren. Daher wird mit diesem Absatz geregelt, dass die Haushaltssatzungen für die Haushaltsjahre 2028 bis 2031 der Kommunalaufsichtsbehörde nach § 114 Abs. 1 NKomVG erst vorgelegt werden dürfen, wenn der Beschluss der Vertretung über den Jahresabschluss für das jeweils vier Jahre zuvor liegende Haushaltsjahr gefasst worden ist. Die Regelung schließt sowohl Haushaltssatzungen ohne als auch mit genehmigungspflichtigen Teilen ein und hat zur Folge, dass die Satzung nicht nach § 114 Abs. 2 NKomVG verkündet und öffentlich ausgelegt werden darf und so nach § 112 Abs. 3 NKomVG nicht wirksam wird. Die betroffene Kommune befindet sich sodann gemäß § 116 NKomVG in der vorläufigen Haushaltsführung. Wird eine Haushaltssatzung mit genehmigungspflichtigen Teilen gleichwohl übersandt, tritt in der Folge die in § 176 Abs. 1 Sätze 2, 6 und 7 NKomVG geregelte Genehmigungsfiktion nicht ein. Aufgrund der Bedeutung der Jahresabschlüsse für die Beurteilung der Haushaltslage, die Steuerung der Kommune und nicht zuletzt für die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten ist dieser deutliche Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und in die Finanzhoheit der betroffenen Kommune angemessen und gerechtfertigt.

Mit Satz 2 wird klargestellt, dass die Regelung in Satz 1 auch für Doppelhaushalte (Haushaltssatzung mit Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre) gilt.

Um besondere Einzelfälle und Gründe berücksichtigen zu können, wird gleichzeitig in Satz 3 die Möglichkeit geschaffen, dass die Kommunalaufsichtsbehörden von den vorherigen direkten Rechtsfolgen Ausnahmen zulassen können. Bei der Zulassung einer Ausnahme ist ein strenger Maßstab anzulegen. Die Anträge auf Zulassung einer Ausnahme sind von den Kommunen umfassend zu begründen. Erst nach Zulassung einer Ausnahme beginnen die Fristen nach § 176 Abs. 1 Sätze 2, 6 und 7 NKomVG. Ein Ausnahmegrund könnte beispielsweise eine kurzfristige und unerwartete Personalproblematik in der für den Jahresabschluss zuständigen Organisationseinheit sein. Auch ein zwingend unabweisbarer Investitionsbedarf (Wiederaufbau einer abgebrannten Schule o. Ä.) ist denkbar, soweit hier nicht bereits die rechtlichen Möglichkeiten aus § 116 NKomVG ausreichend sind.

Zu § 2:

Neben den in Absatz 1 normierten Maßnahmen zur Beschleunigung der Beschlussfassung über die derzeit noch ausstehenden Jahresabschlüsse bedarf es auch Erleichterungen bei der Jahresabschlussprüfung durch die zuständigen Rechnungsprüfungsämter. Die Umfrage aus dem Jahr 2021 (siehe auch die Tabelle im Allgemeinen Teil) hat ergeben, dass zum dortigen Erfassungszeitpunkt rund 5 000 Jahresabschlüsse noch nicht geprüft waren. Davon sind rund 4 000 Jahresabschlüsse noch nicht erstellt. Die sich durch den Abbau der noch zu erstellenden Jahresabschlüsse ergebende „Bugwelle“ an zu prüfenden Jahresabschlüssen wäre ohne weitere Erleichterungen für die Rechnungsprüfungsämter kaum leistbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erleichterungen so umfassend sein müssen, dass die Kommune in die Lage versetzt wird, ihren Berichtspflichten ab 2025 nach dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes nachkommen zu können.

Gemäß § 153 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG umfasst die Rechnungsprüfung unter anderem die Prüfung der Jahresabschlüsse der Kommune als gesetzlich zugewiesene Pflichtaufgabe des Rechnungsprüfungsamtes. Gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG ist der Jahresabschluss, ebenfalls gesetzlich verpflichtend, dahingehend zu prüfen, ob

- der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,

- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt.

Gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG kann das Rechnungsprüfungsamt die Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten. Die Regelung des Absatzes 3 allein ist aber nicht ausreichend, um der zuvor genannten Problematik „Herr“ zu werden. Überlegungen hinsichtlich einer rechtlichen Vorgabe zu einer Einschränkung der Prüfung bzw. von Prüfungsfeldern wurden mit Blick auf den Umfang und die Komplexität der Problematik sowie der Unabhängigkeit der Rechnungsprüfungsämter gemäß § 154 NKomVG als nicht zielführend erachtet. Um eine gewollt zeitnahe Beschlussfassung aller noch ausstehenden Jahresabschlüsse zu erreichen, muss vielmehr die Möglichkeit eröffnet werden, gänzlich auf eine Prüfung der Jahresabschlüsse im gleichen wie in § 1 Abs. 1 genannten Zeitraum zu verzichten. Mit der Regelung in § 2 kann daher die Vertretung beschließen, dass in den Haushaltsjahren bis einschließlich 2022 die Rechnungsprüfung abweichend von § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG die Prüfung des Jahresabschlusses nicht umfasst. Der Wortlaut der Übergangsregelung orientiert sich dabei eng an der Regelung des § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG selbst und bedeutet letztlich einen Verzicht auf die Jahresabschlussprüfung. In einer Abwägung zwischen den Vorteilen einer vollständigen Rechnungsprüfung und einer Entlastung der Rechnungsprüfungsämter im zuvor genannten Sinne wird letzterem für den betreffenden Kreis der Kommunen der Vorzug gegeben. Dabei ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass zunächst und grundsätzlich von der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns auszugehen ist. Beschlossen werden kann ausschließlich ein vollständiger Verzicht auf die Jahresabschlussprüfung. Ein Verzicht in Teilen ist nicht vorgesehen und weder zielführend noch praktikabel. Eine vorherige Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes ist nicht vorgesehen, um im Sinne einer Beschleunigung kein weiteres Abstimmungsverfahren mit möglicherweise kontroversen und zeitraubenden Diskussionen zu eröffnen. Wird ein Beschluss nach Absatz 1 gefasst, kann das Rechnungsprüfungsamt nicht von sich aus eine Prüfung ganz oder in Teilen vornehmen.

Da das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 154 Abs. 1 Satz 1 NKomVG der Vertretung der Kommune unmittelbar unterstellt und nur dieser gegenüber verantwortlich ist und zudem die Vertretung über den dann ungeprüften Jahresabschluss beschließen muss, kann auch nur die Vertretung über den Prüfungsverzicht entscheiden.

Die Erleichterungsmöglichkeiten nach § 1 Abs. 1 und die Möglichkeit der Prüfungsbefreiung können auch unabhängig voneinander genutzt werden. Eine Befreiung von der Prüfungspflicht kann also auch für solche Jahresabschlüsse erfolgen, die ohne Erleichterungen nach § 1 vollumfänglich aufgestellt wurden. Erfolgt wiederum keine Befreiung von der Prüfungspflicht, aber eine - gegebenenfalls auch teilweise - Inanspruchnahme der Erleichterungen aus § 1 Abs. 1, kann das Rechnungsprüfungsamt dann nur die Unterlagen verlangen, auf die von der Vertretung nicht verzichtet wurde. In den Fällen, in denen der Jahresabschluss bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits erstellt wurde und dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorliegt, kann gleichwohl noch ein Beschluss nach § 2 Abs. 1 erfolgen. Über die Notwendigkeit ist von der Vertretung in diesen Fällen mit Blick auf die beabsichtigte Beschleunigung zu entscheiden.

Da mit diesem Gesetz bezüglich der Rechnungsprüfung ein Ausnahmetatbestand zur gesetzlichen Regelung in § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG normiert wird, wird der Kreis der Kommunen, die diese Regelung in Anspruch nehmen können, nicht auf alle Kommunen in Niedersachsen erstreckt. Der Adressatenkreis orientiert sich vielmehr am tatsächlichen Bedarf in Kombination mit der Zielrichtung einer zügigen Aufarbeitung der fehlenden Jahresabschlüsse. Die oben genannte Auswertung hat ergeben, dass 66,9 % (2 633) aller in Niedersachsen nicht erstellten und 66,3 % (3 295) aller nicht geprüften Jahresabschlüsse auf die Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden entfallen. Insofern war unstrittig, diese Gemeindeebene einzubeziehen. Wenn auch nicht in dem Ausmaß, bestehen Rückstände aber auch bei kreis- und regionsangehörigen Gemeinden, Samtgemeinden und vereinzelt auch in selbständigen Gemeinden, die nach § 153 Abs. 1 Satz 1 NKomVG zur Einrich-

tung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes verpflichtet sind. Vor diesem Hintergrund erfolgt die Benennung der in Betracht kommenden Kommunen nach § 14 NKomVG. Dies schließt auch dortige Fälle nach § 153 Abs. 2 NKomVG ein. Bei den Kommunen, die der kommunalaufsichtlichen Zuständigkeit des MI unterliegen (Landkreise, kreisfreie Städte und große selbständige Städte), besteht für die Regelung kein Bedarf, größere Rückstände bei den Jahresabschlüssen bestehen dort nicht. Durch die gewählte Formulierung sind diese Kommunen von der Regelung ausgenommen. Die Landeshauptstadt Hannover und die Stadt Göttingen werden mit Blick auf die Sonderregelungen in den §§ 15 und 16 NKomVG an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich genannt, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

Die regelmäßige Prüfung der Jahresabschlüsse nach § 155 Abs. 1 in Verbindung mit § 156 Abs. 1 NKomVG beginnt bei entsprechender Beschlussfassung nach Absatz 1 wieder mit dem Jahresabschluss 2023 unter Berücksichtigung des ungeprüften Jahresabschlusses 2022. Eine nachgelagerte Prüfung vorangegangener Jahre ist mit der Regelung in Absatz 1 nicht gewollt und von den Rechnungsprüfungsämtern nicht vorzunehmen. Ein solches Verfahren würde dem Ziel des Gesetzes zuwiderlaufen. Das schließt nicht aus, dass in besonders begründetem Einzelfall eine vertiefte Rückschau geboten sein kann.

Durch die Regelung in Satz 2 wird sichergestellt, dass alle Beteiligten, insbesondere das zuständige Rechnungsprüfungsamt, von dem Beschluss des Rates Kenntnis haben.

Wird aufgrund eines Beschlusses nach diesem Absatz keine Prüfung des Jahresabschlusses vorgenommen, stellt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresabschlüsse fest und legt sie der Vertretung folglich ohne den Schlussbericht der Rechnungsprüfung und eine eigene Stellungnahme zu diesem Bericht zur Beschlussfassung nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG vor („Was es nicht gibt, kann auch nicht vorgelegt werden.“).

Da die Vertretung über den Verzicht auf die Jahresabschlussprüfung entscheidet, erfolgt in diesen Fällen auch der Beschluss über die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten auf Grundlage eines ungeprüften Jahresabschlusses. Zum Thema „Jahresabschlüsse ohne Rechnungsprüfung“ wird auf die Ausführungen in der Begründung zu Absatz 1 verwiesen. Auch die Gefahr missbräuchlichen Verhaltens innerhalb der Verwaltung oder durch die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten selbst wird insbesondere ausgehend von der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns nach bestem Wissen und Gewissen als gering eingestuft. Zudem besteht weiterhin die Möglichkeit bzw. Verpflichtung des Rechnungsprüfungsamtes aus § 155 Abs. 1 NKomVG zur laufenden Prüfung der Kassenvorgänge und der Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses (Nr. 3), zur dauernden Überwachung der Kasse und der Vornahme von regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen (Nr. 4) und der Prüfung der Vergaben vor Auftragserteilung (Nr. 5). Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur folgerichtig, sondern auch vertretbar, dass die Vertretung über die Entlastung auch ohne Prüfung des Jahresabschlusses durch das Rechnungsprüfungsamt entscheidet.

Zu Artikel 2 (Änderung des § 179 NKomVG):

Der bisherige Absatz 1 wird gestrichen, da dessen Wortlaut mit Artikel 1 dieses Gesetzes nach § 1 Abs. 2 NBKAG übertragen wird.

Zu Artikel 3 (Änderung des § 14 NKomZG):

Auch für Zweckverbände soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Mitglieder der Verbandsversammlung durch Nutzung moderner Kommunikationstechnik zu den Sitzungen der Verbandsversammlung zu laden. Wie für die Kommunen durch § 59 Abs. 1 NKomVG soll deshalb neben der Ladung in Schriftform auch die Ladung durch Übersendung eines elektronischen Dokuments ermöglicht werden. Dabei soll es der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung überlassen bleiben, in welcher Form die elektronische Kommunikation gesichert wird.



Zu Artikel 4 (Änderung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes):

Zu Nummer 1 (§ 1 Abs. 1):

Zu Buchstabe a:

Die DSGVO wird ohne konkrete Fundstellenangabe dynamisch in Bezug genommen, da sie auch künftig mit ihren jeweiligen Änderungen stets unmittelbar anzuwenden sein wird. Die bisherige ausführliche Zitierweise der Verordnung ist nicht mehr erforderlich. Die Benennung „Datenschutz-Grundverordnung“ genügt in rechtsförmlicher Hinsicht, um die Norm für die Rechtsanwendung hinreichend bestimmt zu bezeichnen.

Zu Buchstabe b:

Die Änderung geht auf eine Forderung der LfD im Rahmen der Verbandsanhörung in der 18. Wahlperiode zurück. Es ist geboten, den Begriff „ausschließlich“ zur Klarstellung in den Gesetzeswortlaut aufzunehmen. Es liegt nur dann eine öffentliche Stelle im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 3 NDSG vor, wenn es sich um eine Vereinigung des privaten Rechts handelt, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt und an der ausschließlich eine oder mehrere juristische Personen des öffentlichen Rechts beteiligt sind.

Zu Nummer 2 (§ 2):

Zu den Buchstaben a und b:

Die bisherige Formulierung wird aus Gründen der Rechtsklarheit geändert. Die Mitgliedstaaten der EU dürfen weder von Artikel 2 DSGVO „abweichen“ noch den (unmittelbaren) Anwendungsbereich der DSGVO erweitern. Mit der neuen Formulierung soll verdeutlicht werden, dass die Vorschriften der DSGVO für die Verarbeitung personenbezogener Daten in der in Nummer 1 aufgeführten Verarbeitungsform bzw. in den in Nummer 2 genannten Bereichen auch über den Anwendungsbereich nach Artikel 2 DSGVO hinaus Anwendung finden.

Zu Nummer 3 (§ 5 Abs. 1):

Die Regelung über die Übermittlung personenbezogener Daten an eine öffentliche Stelle nach Absatz 1 Satz 1 wird rechtssystematisch an Absatz 2 und Absatz 3 angepasst. Die Änderung dient der Klarstellung.

Zu Nummer 4 (§ 6 Abs. 2):

Zu Buchstabe a:

Bei dem Zusatz „konkreten“ vor dem Wort „Gefahr“ handelt es sich um einen redaktionellen Fehler. Gemeint ist hier eine „Gefahr“ im Sinne des § 2 Nr. 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG), die nach der Legaldefinition stets „konkret“ ist.

Der Forderung der LfD und des NBB in der Verbandsanhörung, in § 6 Abs. 2 Nr. 1 NDSG den Begriff „konkret“ zur Klarstellung im Gesetzeswortlaut zu belassen bzw. im Gesetzeswortlaut „Gefahr“ im Sinne von § 2 Nr. 1 NPOG zu formulieren, wird nicht entsprochen. Die Gefahr muss nach der Legaldefinition in § 2 Nr. 1 NPOG konkret sein. Die Streichung führt nicht dazu, dass nunmehr eine abstrakte Gefahr ausreichen würde. Das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz unterscheidet vielmehr zwischen „Gefahr“ (§ 2 Nr. 1) und „abstrakter Gefahr“ (§ 2 Nr. 6). Von einer Aufnahme der Formulierung „Gefahr im Sinne von § 2 Nr. 1 NPOG“ in den Gesetzeswortlaut wird abgesehen, da dieses auch in anderen Landesgesetzen nicht üblich ist und ebenso in den §§ 8 bis 10 NDSG kein ausdrücklicher Bezug zum Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz hergestellt wird.

Zu Buchstabe b:

Der Zusatz dient der Klarstellung, dass eine Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als dem, für den die Daten erhoben wurden, nur zulässig ist, soweit und solange die Datenverarbeitung zur Überprüfung von Angaben der betroffenen Person erforderlich ist, weil an deren Richtigkeit aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte Zweifel bestehen. Letzteres ergab sich bisher nur aus der Gesetzesbegründung. In Abgrenzung zu der bisherigen, vom Wortlaut her weiteren

Fassung soll durch die Einfügung des Zusatzes verdeutlicht werden, dass die zweckändernde Datenverarbeitung auf einer Rechtsgrundlage beruht, die dem Schutz eines mit der nationalen Sicherheit, der Landesverteidigung oder der öffentlichen Sicherheit vergleichbaren wichtigen Ziels des allgemeinen öffentlichen Interesses im Sinne des Artikels 23 Abs. 1 Buchst. e DSGVO dient.

Zu Nummer 5 (§ 7):

Die Änderungen sind lediglich redaktionell. Es handelt sich um eine sprachliche Anpassung an den Begriff „Dateisystem“ in Artikel 4 Nr. 6 DSGVO.

Zu Nummer 6 (§ 8):

Zu Buchstabe a:

Nach Artikel 13 Abs. 3 und Artikel 14 Abs. 4 DSGVO bestehen auch bei einer Verarbeitung personenbezogener Daten für einen anderen Zweck Informationspflichten gegenüber der betroffenen Person. In Artikel 13 Abs. 4 und Artikel 14 Abs. 5 DSGVO sind bereits Ausnahmen von der Informationspflicht geregelt. Darüber hinaus ist es jedoch erforderlich und auf der Grundlage des Artikels 23 DSGVO auch zulässig, weitere Ausnahmen von der Informationspflicht national zu regeln. Für die Informationspflichten bei Datenerhebungen nach Artikel 13 Abs. 1 und 2 sowie Artikel 14 Abs. 1 bis 3 DSGVO ist dieses bereits in § 8 geschehen. Die dort aufgeführten Ausnahmetatbestände sind jedoch bei Zweckänderungen ebenso erforderlich und mit derselben Begründung zulässig. Insofern werden nunmehr Artikel 13 Abs. 3 und Artikel 14 Abs. 4 DSGVO mit aufgenommen. Gleichzeitig wird Artikel 14 Abs. 3 DSGVO hier herausgenommen, da dieser lediglich den Zeitpunkt der Informationsmitteilung nach den Absätzen 1 und 2 bestimmt. In den Fällen von Zweckänderungen auf der Grundlage des § 6 Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 besteht daneben eine Ausnahme von der Informationspflicht nach § 6 Abs. 5. Während es bei § 6 Abs. 5 um eine Gefährdung des Zwecks der konkreten Verarbeitung gehen muss, geht es in den Ausnahmetatbeständen nach § 8 in der Regel um die Gefährdung anderer Rechtsgüter. Grundsätzlich sind aber insbesondere bei § 8 Nr. 2 Überschneidungen mit dem Ausnahmetatbestand nach § 6 Abs. 5 denkbar, wenn auch der Zweck der konkreten Verarbeitung durch die Information gefährdet werden würde. Sollte eine Information generelle Erkenntnisse über Arbeitsweise und Methoden der jeweiligen Behörde beinhalten, deren Offenlegung die öffentliche Sicherheit gefährden könnte, wäre § 8 Nr. 1 die zu prüfende Ausnahmevorschrift.

Zu Buchstabe b:

Der ausdrückliche Zusatz „im öffentlichen Interesse“ nach dem Wort „Rechtsvorschrift“ soll insoweit eine Einschränkung darstellen. Nur Rechtsvorschriften, welche eine Geheimhaltung vorschreiben und dabei den Schutz des öffentlichen Interesses bezwecken, fallen unter den Anwendungsbereich.

Damit wird den Anforderungen des Artikels 23 Abs. 1 Buchst. e DSGVO entsprochen. Die Änderung hat eine klarstellende Funktion.

Zu Nummer 7 (§ 9 Abs. 2):

Der ausdrückliche Zusatz „im öffentlichen Interesse“ nach dem Wort „Rechtsvorschrift“ soll insoweit eine Einschränkung darstellen. Nur Rechtsvorschriften, welche eine Geheimhaltung vorschreiben und dabei den Schutz des öffentlichen Interesses bezwecken, fallen unter den Anwendungsbereich.

Damit wird den Anforderungen des Artikels 23 Abs. 1 Buchst. e DSGVO entsprochen. Die Änderung hat eine klarstellende Funktion.

Zu Nummer 8 (§10 Nr. 3):

Der ausdrückliche Zusatz „im öffentlichen Interesse“ nach dem Wort „Rechtsvorschrift“ soll insoweit eine Einschränkung darstellen. Nur Rechtsvorschriften, welche eine Geheimhaltung vorschreiben und dabei den Schutz des öffentlichen Interesses bezwecken, fallen unter den Anwendungsbereich.

Damit wird den Anforderungen des Artikels 23 Abs. 1 Buchst. e DSGVO entsprochen. Die Änderung hat eine klarstellende Funktion.

Zu den Nummern 9 bis 15:

Die Änderungen dienen der Vereinheitlichung der Begrifflichkeit im Gesetzestext.

Zu Nummer 16 (§ 25):

§ 17 Abs. 1 war im ursprünglichen Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes nicht vorgesehen, sondern wurde erst im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eingeführt. Dies hatte zur Folge, dass die Verweisung in § 25 Abs. 3 Satz 1 (auf „§ 17“) sich auch auf den nachträglich eingeführten § 17 Abs. 1 erstreckte.

§ 17 Abs. 1 stellt jedoch eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 DSGVO dar und ist deshalb für den Zweiten Teil des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes nicht einschlägig. Der Zweite Teil des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes beinhaltet vielmehr mit § 25 Abs. 3 Satz 1 bereits eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten in Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680.

Aufgrund dessen hätte die Verweisung in § 25 Abs. 3 Satz 1 bereits in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der nachträglichen Einführung des § 17 Abs. 1 auf § 17 Abs. 2 bis 4 eingeschränkt werden müssen, was seinerzeit jedoch unterblieb und nunmehr nachgeholt werden soll.

Zu Nummer 17 (§ 32):

Zu Buchstabe a:

Die Verweisung auf § 26 wird korrigiert auf § 28.

Zu Buchstabe b:

§ 5 Abs. 1 war im ursprünglichen Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes nicht vorgesehen, sondern wurde erst im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eingeführt. Dies hatte zur Folge, dass die Verweisung in § 32 Abs. 6 (auf „§ 5“) sich auch auf den nachträglich eingeführten § 5 Abs. 1 erstreckte.

§ 5 Abs. 1 Satz 1 regelt die Zulässigkeit der Übermittlung an eine öffentliche Stelle. Eine vergleichbare ausdrückliche Regelung enthält der Zweite Teil des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes nicht, vielmehr richtet sich die Datenübermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs im Zweiten Teil des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes nach § 25 Abs. 1 NDSG in Verbindung mit § 24 Nr. 2 NDSG. Für die Datenübermittlung außerhalb des öffentlichen Bereichs findet sich im Zweiten Teil des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes die Rechtsgrundlage in § 30, sodass auch der Regelungsbereich des § 5 Abs. 1 Satz 2 im Ersten Teil abgedeckt ist.

Aufgrund dessen hätte die Verweisung in § 32 Abs. 6 bereits in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der nachträglichen Einführung des § 5 Abs. 1 auf § 5 Abs. 2 bis 3 eingeschränkt werden müssen, was seinerzeit jedoch unterblieb und nunmehr nachgeholt werden soll.

Entgegen der Auffassung der LfD bedarf es an dieser Stelle keiner Korrektur der Gesetzesbegründung. Wie dargestellt, soll die bereits in § 32 Abs. 6 NDSG vorhandene Verweisung auf § 5 NDSG angepasst werden, da diese Verweisung nicht der ursprünglichen Gesetzesintention entspricht. Insofern wird künftig ausschließlich auf § 5 Abs. 2 und 3 NDSG verwiesen und folglich keine Anwendung des § 5 Abs. 1 Satz 4 NDSG eröffnet.

Zu Nummer 18 (§ 40):

Die Änderung dient der Vereinheitlichung der Begrifflichkeit im Gesetzestext.

Zu Nummer 19 (§ 51):

Die Verweisung auf § 57 Abs. 8 wird korrigiert auf § 57 Abs. 7.

Zu Nummer 20 (§ 52):

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, da es keinen § 51 Abs. 7 gibt.

Zu Nummer 21 (§ 57):

Zu Buchstabe a:

Die Änderung dient der Vereinheitlichung der Begrifflichkeit im Gesetzestext.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, da es keinen § 20 Abs. 6 gibt.

Zu Nummer 22 (§ 60):

Die Änderung dient der Vereinheitlichung der Begrifflichkeit im Gesetzestext.

Zu Artikel 5 (Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz):

Zu Nummer 1:

Die Neufassung der Sätze 1 und 2 enthält inhaltlich eine Streichung des bisherigen Satzes 1. Dieser wird durch den - sprachlich geänderten - bisherigen Satz 2 ersetzt. Satz 2 der geänderten Fassung enthält eine inhaltlich neue Verweisung auf das Niedersächsische Datenschutzgesetz.

Aufgrund des § 5 Abs. 1 NDSG in der Fassung vom 16. Mai 2018 besteht kein Bedarf mehr, in einem Fachgesetz die Übermittlung bestimmter personenbezogener Daten ausdrücklich zuzulassen, wenn die Verarbeitung für Zwecke der empfangenden Behörde zulässig ist. Die Regelung in § 4 b Nds. AGWVG kann daher auf den Inhalt des bisherigen Satzes 2 beschränkt werden, wo der zulässige Verwendungszweck nach der Übermittlung an einen Wasserverband festgelegt wird. Daneben wird klargestellt, dass das Niedersächsische Datenschutzgesetz ergänzend gilt.

Für den neuen Satz 1 - den bisherigen Satz 2 - wurde die rechtliche Anknüpfung in der DSGVO noch einmal überprüft. Das Anliegen dieser Bestimmung besteht darin, die Verarbeitung bestimmter personenbezogener Daten, die die Verbände für ihre Arbeit benötigen, auch für den Fall rechtlich abzusichern, dass diese Verarbeitung eventuell als eine Zweckänderung im Sinne des Artikels 6 Abs. 4 DSGVO angesehen wird. Der Regelungsbedarf besteht unter anderem deshalb, weil es bei Daten in amtlichen Registern - wie dem Melderegister und dem Liegenschaftsbuch - bereits sehr schwerfällt, nach den Kriterien des Datenschutzrechts den Erhebungszweck zuverlässig abzugrenzen. Daten in solchen Registern werden traditionell für diverse Nutzungen durch Behörden vorgehalten. Ähnliches gilt für die Einheitswerte der Finanzbehörden, die für unterschiedliche Abgabenerhebungen nutzbar sind und dementsprechend nach § 31 der Abgabenordnung an Körperschaften des öffentlichen Rechts weitergegeben werden.

Um eine eventuelle Zweckänderung, für die keine Einwilligung der betroffenen Person vorliegt, rechtlich abzusichern, kommen nach der DSGVO zwei Wege in Betracht: Zum einen kann der nationale Gesetzgeber die von Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung erteilte Ermächtigung nutzen und „spezifischere Bestimmungen“ für die Datenverarbeitung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erlassen. Aus dem Erwägungsgrund 50 der Richtlinie ergibt sich, dass diese Konkretisierungsmöglichkeit vom EU-Gesetzgeber gerade auch für nationale Vorschriften bestimmt war, die klarstellen, dass eine Verwendung von Daten zu anderen Zwecken im Sinne des Artikels 6 Abs. 4 DSGVO vereinbar ist mit den ursprünglichen Zwecken.

Die zweite Ermächtigung, die weitergehende Möglichkeiten zur Überwindung des Zweckbindungsgrundsatzes eröffnet, enthält Artikel 6 Abs. 4 in Verbindung mit Artikel 23 Abs. 1 DSGVO. Die Nutzung dieser Ermächtigung setzt allerdings voraus, dass die Zweckänderung aus den in Artikel 23 Abs. 1 DSGVO genannten Gründen erforderlich ist und die Maßgaben des Artikels 23 Abs. 2 DSGVO beachtet werden.

Mit der jetzt erfolgten Neufassung von § 4 b Satz 1 Nds. AGWVG wird die Vorschrift auf die Konkretisierungsbefugnis gestützt, die sich aus Artikel 6 Abs. 2 DSGVO unter Berücksichtigung des Erwägungsgrundes 50 ergibt. Es handelt sich also um eine Konkretisierung zu der Frage, welche Verwendungen personenbezogener Daten durch Wasser- und Bodenverbände von dem ursprüng-

lichen Erhebungszweck noch umfasst oder zumindest im Sinne des Artikels 6 Abs. 4 DSGVO mit diesem ursprünglichen Zweck vereinbar sind.

Es stellt eine sinnvolle Anwendung des Tatbestandes „vereinbarer Zweck“ dar, wenn Unklarheiten bei der Abgrenzung des Erhebungszwecks - hier: des Zwecks der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Melderegister sowie der Festlegung von Einheitswerten - durch eine gesetzliche Klarstellung beseitigt werden.

Gemäß dieser Anknüpfung an die DSGVO werden die Daten, auf die sich die Regelung bezieht, gegenüber der vorherigen Fassung des § 4 b genauer bezeichnet. Von dieser Präzisierung sind diejenigen personenbezogenen Daten von der Vorschrift umfasst, die die Wasser- und Bodenverbände für ihre Arbeit von anderen Behörden benötigen.

Die Vereinbarkeit der Verarbeitung für Verbandszwecke mit dem Erhebungszweck ergibt sich vorliegend insbesondere daraus, dass die Wasser- und Bodenverbände, die in einem bestimmten Gebiet ihre öffentlichen Aufgaben (z. B. die Unterhaltung eines Gewässers oder den Hochwasserschutz) erfüllen müssen, zum traditionellen Nutzerkreis der drei aufgeführten Datenbestände gehören. Da es sich vielfach um obligatorische Solidargemeinschaften der Grundeigentümer im Verbandsgebiet handelt, müssen die Verbände in der Lage sein, auch bei Eigentümerwechseln den aktuellen Kreis ihrer Mitglieder nachzuverfolgen. Es muss im Interesse der gerechten Lastenverteilung auf alle Mitglieder weiterhin möglich sein, die Grundlagen für die Verbandsbeiträge gemäß den §§ 28 ff. Nds. AGWVG effizient zu ermitteln und alle Beitragspflichtigen auf Basis ihrer Grundstückswerte heranzuziehen.

Das Verhältnis von § 4 b Nds. AGWVG zum Niedersächsischen Datenschutzgesetz ist dadurch gekennzeichnet, dass es sich bei den Sätzen 1 und 3 um einen Gebrauch von Gestaltungsbefugnissen nach der DSGVO handelt; diese Regelungen gehen über die Vorschriften des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes hinaus. Mit dem neuen Satz 2 wird klargestellt, dass die Geltung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes für die Datenverarbeitung der Wasserverbände im Übrigen unberührt bleiben soll.

Der bisherige Satz 3 in § 4 b bleibt inhaltlich unverändert. Zu seiner Auslegung ist darauf hinzuweisen, dass eine Satzung, die auf Grundlage dieser Ermächtigung erlassen wird, den Anforderungen gemäß Artikel 14 Abs. 5 Buchst. c DSGVO entsprechen muss. Die Satzung muss also „geeignete Maßnahmen zum Schutz der berechtigten Interessen der betroffenen Person“ ausdrücklich und konkret regeln.

Aufgrund der übereinstimmenden Hinweise des BDEW-LG Norddeutschland und des VKU wird in § 4 b Satz 1 zur Klarstellung, dass es sich um drei alternative Datenbestände handelt, zwischen den Nummern 1 und 2 anstelle des Wortes „und“ das Wort „oder“ eingefügt.

Die Auffassung der LfD, dass die Regelung nicht verständlich sei, ist wenig konkret und nicht nachvollziehbar. Das Bedürfnis der Wasserverbände, konkret genannte Datenquellen für die Mitgliederverwaltung und die Beitragserhebung zu nutzen, ist aus dem Text des Gesetzentwurfes und der Begründung zu entnehmen. Dass Artikel 6 Abs. 4 DSGVO mit dem Tatbestand einer Zweckänderung, die mit dem ursprünglichen Zweck vereinbar ist, eine schwer interpretierbare Rahmenvorgabe enthält, ist nicht dem Landesgesetzgeber zuzurechnen.

Zu Nummer 2:

Aus redaktionellen Gründen wird auch in Satz 3 entsprechend der Änderung in Satz 2 direkt auf die DSGVO verwiesen. Die Nennung der Fundstelle ist nicht erforderlich.

Zu Artikel 6 (Inkrafttreten):

Es wird das Inkrafttreten des Gesetzes geregelt.

Betreff:

**Veräußerung eines ca. 4.220 m<sup>2</sup> großen städtischen Grundstücks in dem Gewerbegebiet Hungerkamp an die MS Immobilien GmbH, Göllingsweg 5, 61191 Rosbach**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.10.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Anhörung)

Sitzungstermin

16.11.2023

Status

Ö

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 07.12.2023

Ö

### **Beschluss:**

„Der Veräußerung eines ca. 4.220 m<sup>2</sup> großen städtischen Grundstücks in dem Gewerbegebiet Hunterkamp an die MS Immobilien GmbH, Göllingsweg 5, 61191 Rosbach wird zu den in der Vorlage genannten Konditionen zugestimmt.“

### **Sachverhalt:**

„Die MS Immobilien GmbH wird als Investorin für die Schwenk GmbH das zur Disposition stehende Grundstück erwerben und im bebauten Zustand an diese vermieten. Alleiniger Gesellschafter beider Gesellschaften ist Herr Maxim Schwenk.

Herr Schwenk hat sein Unternehmen während seines Studiums im Jahr 2012 als Einzelunternehmer gegründet. Im Jahr 2016 erfolgte die Umfirmierung in die Schwenk GmbH. Die Gesellschaft produziert, vertreibt und montiert Terrassenüberdachungen, Carports, Markisen, Stauraumsysteme sowie Sommer- und Wintergärten. Die Mitarbeiterzahl hat sich seit der Gründung von einem Mitarbeiter auf mittlerweile ca. 330 erhöht. Die Hauptverwaltung und die Produktion der Gesellschaft sind mit rd. 100 Mitarbeitern in Butzbach angesiedelt. Weitere Niederlassungen befinden sich in München, Stuttgart, Kassel, Hannover, Berlin, Heidelberg, Nürnberg, Koblenz, Düsseldorf, Saarbrücken und Braunschweig. An diesen Standorten sind insgesamt rd. 230 Mitarbeiter beschäftigt. Die Niederlassung in Braunschweig wurde im Jahr 2017 gegründet. Die Mitarbeiterzahl hat sich seitdem auf mittlerweile 32 erhöht. Zurzeit ist das Unternehmen an zwei angemieteten Standorten in Braunschweig in der Petzvalstraße und der Koppestraße untergebracht. Die beiden Unternehmensstandorte sollen nunmehr an einem Standort im Hungerkamp zusammengeführt werden. Geplant ist der Bau einer ca. 1.000 m<sup>2</sup> großen Ausstellungs-, Lager- und Werkhalle. In diesem Zuge ist geplant, die Mitarbeiterzahl auf 45 zu erhöhen. Die Schwenk GmbH ist auch Ausbildungsbetrieb und bildet zurzeit 2 Auszubildende aus.

Ein Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle zugunsten der Stadt ist grundbuchlich zu sichern.

Geiger

**Anlage/n:**  
Lageplan



Betreff:

**Haushaltsvollzug 2023**  
**hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

04.12.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Sitzungstermin

07.12.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

12.12.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

19.12.2023

Ö

## **Beschluss:**

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

## **Sachverhalt:**

### **1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen**

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.210345 – Sportfunktionsgeb. Leiferde/Neubau
Sachkonto	421110 Grundstücke und baul. Anlagen/Instandhaltungen

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	4E.210345 – Sportfunktionsgeb. Leiferde/Neubau
Sachkonto	787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Auf dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **94.000,00 €** und überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **40.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023 (Aufwendungen/Auszahlungen):	0,00 €
Haushaltsreste 2022/2023 (Aufwendungen / Auszahlungen)	800.000,00 €
<b>überplanmäßig beantragter Aufwand 2023:</b>	<b>94.000,00 €</b>
<b>überplanmäßig beantragte Auszahlung 2023:</b>	<b>40.000,00 €</b>
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	<b>934.000,00 €</b>

Der Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss zum Neubau des Sportfunktionsgebäudes VFL Leiferde wurde im damaligen Bauausschuss am 08.12.2021 (DS 21-17378) mit Gesamtkosten von 1.038.000 € gefasst.



Im Zuge der Bauabwicklung haben sich Mehrkosten in Höhe von 134.000 € ergeben, die im Wesentlichen auf nachstehende Ursachen zurückzuführen sind.

- Höhere Submissionsergebnisse infolge von Lieferengpässen und Preissteigerungen durch die Corona-Krise und dem Ukraine Krieg
- Demzufolge ergeben sich durch die dynamische Marktentwicklung Steigerungen bei Erzeugerpreisen für Holz (Holzständerbauweise des Gebäudes und Fassade) sowie für Trockenbau. Diese beeinflussen den Bauablauf unkalkulierbar sowohl zeitlich als finanziell.

Es wird nunmehr von Gesamtkosten von 1.172.000 € ausgegangen, die zum Beschluss im Ausschuss für Planung und Hochbau am 05.12.2023 vorgelegt werden sollen (DS 23-22608).

Der Neubau ist bereits im Oktober 2023 in Betrieb genommen worden. Die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 134.000 € werden noch in diesem Jahr benötigt, um die Schlussrechnungen zur finanzieren. Zur Finanzierung ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich. Die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit der Finanzierung wird damit begründet, dass der Bau bereits weit vorangeschritten ist und nur noch Restarbeiten ausstehen.

Zur Deckung stehen folgende freie Haushaltsmittel zur Verfügung:

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderauszahlungen	4E.210148.00.500.213 / 787110	GS Völkenrode / Sanierung / Hochbaumaßnahmen - Projekte	<b>40.000,00</b>
Minderaufwendungen	4E.210148.00.505 / 421110	GS Völkenrode / Sanierung / Grundstücke und baul. Anlagen/Instandhaltungen	<b>10.000,00</b>
Minderaufwendungen	4E.210344.00.505 / 421110	Rathaus-Altbau/Eintr. Barrierefreiheit / Grundst.+baul.Anlagen - Instandhaltungen	<b>34.000,00</b>
Minderaufwendungen	4E.210434.01.505 / 421110	SpA Rote Wiese/San. Tennishalle / Grundst.+baul.Anlagen - Instandhaltungen	<b>50.000,00</b>

## **2. Teilhaushalt Fachbereich Schule**

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.40 Neu – Förderprogramm – Lernräume der Zukunft /Beschaffung
Sachkonto	422220 Geringwertige Vermögensgegenstände 250-1000 EUR

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **125.200,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023:

**außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:**

neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

TOP 37  
0,00 €  
**125.200,00 €**  
125.200,00 €

Mit dem Erlass des Kultusministeriums vom 19.08.2023 – 54-80263-2.1 wurde die Richtlinie über die Förderung von „Lernräumen der Zukunft“ an Medienzentren veröffentlicht. Im Rahmen dieser Förderrichtlinie ist es Medienzentren möglich, im Rahmen einer 100% Finanzierung des Bundes und des Landes einen Förderantrag in Höhe von bis zu 200.000 € zu stellen.

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung an Schulen ist auch das Angebot des Medienzentrums als Dienstleister der Schulen anzupassen. Unter anderem wird im Sek. II Bereich das Fach Informatik als Pflichtfach eingeführt. Dies hat einen massiv steigenden Bedarf an Robotik-Sets zur Folge. Auch treten Themen wie VR/AR und additive Fertigungsprozesse immer stärker im Bildungsbereich in den Vordergrund, was eine Ausweitung des entsprechenden Gerätebestandes erforderlich macht.

Das Medienzentrum der Stadt Braunschweig plant Ausgaben in Höhe von rd. 125.200 €. Hiervon soll sich ein Großteil auf den Bereich VR / AR, Robotik und digitale Sensoren beziehen. Darüber hinaus sollen für den Bereich der Fertigungsprozesse als auch für den Verleih zusätzliche Geräte angeschafft werden.

Der Förderantrag musste bis zum 31.10.2023 beim regionalen Landesamt für Schule und Bildung gestellt sein. Ohne die Fördergelder hat die Finanzierung der Neuausstattung bzw. der Ausweitung des Gerätebestandes zulasten der Stadt Braunschweig zu erfolgen.

Der Bescheid zur Förderung liegt noch nicht vor. Um mit den ersten Vorbereitungen jedoch starten zu können, sind Haushaltsmittel in Höhe von 125.200 € erforderlich. Die Bereitstellung der Haushaltsmittel hat außerplanmäßig zu erfolgen, da für Lernräume der Zukunft keine Finanzmittel eingeplant wurden. Aus den oben genannten Gründen wird die Finanzierung der Maßnahmen als sachlich und zeitlich unabweisbar angesehen.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Haushaltsmittel ist jedoch, dass Fördergelder in Höhe von 125.200 € tatsächlich eingebracht werden können.

Zur Zwischenfinanzierung stehen folgende freie Haushaltsmittel zur Verfügung.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderaufwendungen	4S.000021.01.505 / 427193	Ref. 0120: Strukturförderung/EU-Maßn / IM sonstige Sachaufwendungen.	<b>125.200,00</b>

**3. Teilhaushalt Fachbereich Schule**

Zeile 15            Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen  
Kostenart        427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen  
Kostenstelle     400-3000 Planung und Bildung

Für den Teilergebnishaushalt des Fachbereiches Schule werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **140.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023:

**außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:**

neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

TOP 37  
0,00 €  
**140.000,00 €**  
140.000,00 €

Aus den oben genannten Haushaltsansätzen werden u. a. zwei Vorbereitungskurse einschließlich Sprachstandserhebungen im Rahmen der Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS für neu zugezogene schulpflichtige Kinder und Jugendliche finanziert. Die dafür erforderlichen Mittel wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 durch die Politik eingebracht und dauerhaft im Budget des Fachbereiches Finanzen hinterlegt. Mit der Durchführung wurde die VHS Braunschweig per Dienstleistungsvertrag beauftragt. Mit Mail vom 9. November 2023 wurde nun die Jahresrechnung der VHS Braunschweig für die beiden Vorbereitungskurse aus 2023 in Höhe von 140.000,00 Euro avisiert. Daneben liegen noch weitere Rechnungen für Vorbereitungs- bzw. Sprachkurse in 2023 vor (rd. 65.000 Euro), die ebenfalls aus dem Budget des Fachbereiches Schule beglichen werden müssen vor. Auch steht die Rechnungstellung für die Alphabetisierungskurse aus 2023 noch aus.

Aus Gründen der inhaltlichen Projektverantwortlichkeit sowie der Haushaltsklarheit werden die Aufwendungen ab diesem Haushaltsjahr aus dem Budget des Fachbereiches Schule beglichen. Die dafür vorgesehenen Mittel wurden im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023/2024 nicht aus dem Budget des Fachbereiches Finanzen in das Budget des Fachbereiches Schule überführt. Da zwischen beiden Budgets keine gegenseitige Deckungsfähigkeit gegeben ist, müssen die Ansätze nun im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe umgesetzt werden, um die aufgelaufenen Rechnungen aus dem Budget des Fachbereiches Schule beglichen zu können.

Zur Deckung dienen die Planansätze für die Kurse im Budget des Fachbereiches Finanzen.

Deckung:

Art der Deckung	Produkt / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderaufwendungen	1.25.2710.01 / 431510	Volkshochschulen / Zuschuss an verb. Unternehmen	<b>140.000,00</b>

Geiger

**Anlage/n:**

keine

*Betreff:*  
**Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 28.11.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	12.12.2023	N

### **Beschluss:**

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

### **Sachverhalt:**

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht. Bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € wird auf die ebenfalls in der heutigen Sitzung vorgelegte Ratsvorlage verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

**Anlage/n:**

Anlage 1 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)

Anlage 2 (VA) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)

Anlage 3 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)

**Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)****Fachbereich 37**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Rosmarie Allee	100,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf <b>Kettenzuwendung</b>
2	Otto Dierling	150,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Geitelde Abteilung Kinder- und Jugendfeuerwehr
3	Fricke Gerüstbau GmbH	500,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Wenden Abteilung Jugendfeuerwehr

**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Carat.art	Sachspende 299,90 €	Zehn LED-Leuchtplatten für die Fachoberschule der Johannes-Selenka-Schule
2	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 525,48 €	Miethühner für den Sachkundeunterricht
3	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 10,00 €	Ein Buch für den Englischunterricht <b>Kettenzuwendung</b>
4	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 128,00 €	Ein TipToi Buch und drei TipToi Stifte
5	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 20,00 €	Ein Set Merkposter für den Musikunterricht <b>Kettenzuwendung</b>
6	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 47,00 €	20 Mathe-Handspiegel für den Geometrieunterricht <b>Kettenzuwendung</b>
7	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 30,00 €	300 Mathe-Steckwürfel <b>Kettenzuwendung</b>
8	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 181,68 €	Dreizehn Bücher für den Sachkundeunterricht

**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
9	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 109,95 €	Ein Bildertrocknungswagen
10	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 25,00 €	Zweimal Deckweiß  <b>Kettenzuwendung</b>
11	Förderverein der GS Gartenstadt	Sachspende 30,00 €	Ein Set Fingerpuppen 'Grüffelo'  <b>Kettenzuwendung</b>
12	LexCom GmbH	Sachspende 142,80 €	Eine Plk24 Werkstattinformationssystem-Lizenz für ein Jahr für die Heinrich-Büssing-Schule
13	Schulverein der GS Schunteraue	Sachspende 190,40 €	115 Bücher für die Adventskalender der Schülerinnen und Schüler

**Fachbereich 41**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Elli-Hofmann-Eckensberger-Stiftung	1.650,00 €	Projekt "Wir machen die Musik!" in Kindertagsstätten 2023/2024

**Fachbereich 67**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	e. V. Bilmati	251,10 €	Ereignisbaum BP-St-82 Bürgerpark
2	Karin Böhm	250,00 €	Ereignisbaum Westpark EB-1c3
3	Jens Schütte	500,00 €	Stadtbaum An der Paulikirche 2017-110

**Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)****Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Wolfgang Beier	500,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
2	Dr. Christine Lehmann	1.000,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung



**Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)****Fachbereich 37**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Kameraden der Ortsfeuerwehr Meverode	Sachspende 740,38 €	Sachspende Samsung Tablet nebst KFZ Zubehör für ein Hilfeleistungsfahrzeug der Ortsfeuerwehr Meverode
2	Peter Kunze	300,00 €	Spende für die Ortsfeuerwehr Schapen

**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Familie Ganzen	310,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Pausenspielzeugen
2	Gemeindeunfall-Versicherungsverband	400,00 €	Zuschuss zur Förderung des Schulsanitätsdienstes an der Johannes-Selenka-Schule
3	Familie Rabe	1.200,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Pausenspielzeugen
4	REWE Markt GmbH	Sachspende 924,00 €	Stellung von Milchgetränken und Mineralwasser für Veranstaltungen der Grundschule Lehdorf

Betreff:

**Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

28.11.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

### **Beschluss:**

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

### **Sachverhalt:**

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Eine weitere Besonderheit sind Zuwendungen von Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, Stadtbezirksräten oder von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister. Nach § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG ist ausschließlich der Rat zuständig für die Beschlussfassung über Verträge mit dem vorgenannten Personenkreis. Bei Zuwendungen handelt es sich formell um Schenkungsverträge. Demnach müssen alle Spenden und Zuwendungen des vorgenannten Personenkreises dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

**Anlage/n:**

Anlage 1 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)

Anlage 2 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)

Anlage 3 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)

Anlage 4 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2023)

**Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)****Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	600,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der GS Gliesmarode <b>Kettenzuwendung</b>
2	Bürgerstiftung Braunschweig	600,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der GS Ilmenaustraße <b>Kettenzuwendung</b>
3	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grund- und Hauptschule Rünigen <b>Kettenzuwendung</b>
4	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von 44 Büchern für die Schulbücherei der Förderschule Astrid-Lindgren-Schule <b>Kettenzuwendung</b>
5	Bürgerstiftung Braunschweig	200,00 €	Zuschuss zum Erwerb von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Gartenstadt <b>Kettenzuwendung</b>
6	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 1.327,29 €	Zwei Staubsauger zur Reinigung der Maschinen im Unterricht <b>Kettenzuwendung</b>
7	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 179,58 €	Sieben Alu-Geräteleisten zum Verstauen von Besen <b>Kettenzuwendung</b>
8	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 69,34 €	Sechs Flaschenbürsten und sechs Kehrgarnituren zum Reinigen der Unterrichtsmaterialien und-räume <b>Kettenzuwendung</b>
9	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 196,30 €	Dreizehn Besen zur Reinigung der Unterrichtsräume <b>Kettenzuwendung</b>
10	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 95,80 €	Sieben Aluminium-Stiele für Besen <b>Kettenzuwendung</b>
11	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 24,90 €	Ersatzteile und sonstige Materialien zur Instandhaltung der Unterrichtsmaterialien <b>Kettenzuwendung</b>

**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
12	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 338,00 €	Zwei Hochformatsfahnen  <b>Kettenzuwendung</b>
13	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 134,21 €	Sechzehn Eurobehälter für Ordnungsaufgaben  <b>Kettenzuwendung</b>
14	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 528,68 €	Eine Kameratasche, ein Powerzoom-Objektiv und ein UV-Filter  <b>Kettenzuwendung</b>
15	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 38,96 €	Kleinteile für die Backstube  <b>Kettenzuwendung</b>
16	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 66,26 €	Zubehör für Whiteboards  <b>Kettenzuwendung</b>
17	Förderverein der Deutschen Müllerschule Braunschweig e. V.	Sachspende 246,21 €	Ein Dymo Labelwriter und zwei Pakete Mehrzwecketiketten  <b>Kettenzuwendung</b>
18	Förderverein der GS Lehndorf	Sachspende 300,00 €	Bastelpapier für den Unterricht  <b>Kettenzuwendung</b>
19	Förderverein der GS Mascheroder Holz	Sachspende 171,40 €	10 Basketbälle und 2 Handpfeifen für den Sportunterricht  <b>Kettenzuwendung</b>
20	Förderverein der GS Mascheroder Holz	Sachspende 500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für den Leselöwenclub der GS Mascheroder Holz  <b>Kettenzuwendung</b>

**Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)****Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	645,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung  <b>Kettenzuwendung</b>
2	EDEKA Minden-Hannover Stiftung & Co. KG	11.900,00 €	diverse Braunschweiger Grundschulen	Aktion "Gesundes Schulfrühstück" 2023
3	Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	10.000,00 €	diverse Braunschweiger Grundschulen	Aktion "Gesundes Schulfrühstück" 2023

**Fachbereich 51**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Jüdel-Stiftung	45.000,00 €	Braunschweiger Familien mit wenig Einkommen	Weihnachtsbeihilfe der Jüdelstiftung für Braunschweiger Familien mit wenig Einkommen

**Referat 0610**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Richard Borek Stiftung	33.300,00 €	Stadt Braunschweig, Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege zur Weiterleitung an private Grundstückseigentümer	Bildung eines gemeinsamen Etats zur Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Planung, Durchführung und Dokumentation von Maßnahmen zur Erhaltung und sinnvollen Nutzung von Baudenkmalen, die sich in privatem oder kirchlichem Eigentum befinden

**Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)****Fachbereich 40**

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Zuwendungsgeber</b>	<b>Zuwendung Art / Wert</b>	<b>Zuwendungszweck / Erläuterungen</b>
1	Elternhilfe e. V.	Sachspende 8.668,00 €	Zwei Relax-Terminals, sechs Hochbänke, drei Hochtische und sechzehn Schalenstühle zur Ausstattung der Pausenhalle des Gym. Neue Oberschule
2	Elternhilfe e. V.	Sachspende 1.148,90 €	Ein Tischkicker für die Pausenhalle des Gym. Neue Oberschule <b>Kettenzuwendung</b>
3	Elternhilfe e. V.	Sachspende 339,90 €	Eine Tischtennisplatte zur Ausstattung der Pausenhalle des Gymnasiums Neue Oberschule <b>Kettenzuwendung</b>
4	Stiftung - Unsere Kinder in Braunschweig c/o VW Financial Services	Sachspende 400,00 €	Stellung der Bühne für das Jubiläumsfest am 16.6.23 <b>Kettenzuwendung</b>

**Fachbereich 41**

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Zuwendungsgeber</b>	<b>Zuwendung Art / Wert</b>	<b>Zuwendungszweck / Erläuterungen</b>
1	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 255,60 €	Leihfahrzeug zum Transport von Instrumenten für zwei Konzerte des Jugend-Sinfonie-Orchesters im Oktober 2023 in Peine und Gifhorn <b>Kettenzuwendung</b>
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 45,00 €	Drei Oboenrohre für das Angebot „1 Tag - 1.000 Töne“ <b>Kettenzuwendung</b>
3	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 100,00 €	Pizza und Getränke für einen Wochenendbandworkshop am 23. und 24. September 2023 <b>Kettenzuwendung</b>
4	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 213,80 €	Sektempfang, Blumen und Aufmerksamkeiten für die Solisten im Rahmen des Chorkonzertes des Musikschulchores "Carpe Cantum" am 17. September 2023 in der St. Michaeliskirche Braunschweig <b>Kettenzuwendung</b>

**Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2023)****Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Förderverein der GS Mascheroder Holz	Sachspende 143,00 €	Schülerinnen und Schüler der Klasse 4a	Eine Theaterkarte und 18 Gutscheine als Abschiedsgeschenke für die Klasse 4 a  <b>Kettenzuwendung</b>